

Autor*innen-Kollektiv
INTERPART

Beteiligung interkulturell gestalten

Ein Lesebuch zu partizipativer
Stadtentwicklung

jovis

Autor*innen-Kollektiv
INTERPART

**Beteiligung
interkulturell
gestalten**

Ein Lesebuch zu partizipativer
Stadtentwicklung

Inhalt

Über dieses Buch – Leseanleitung	4
Danksagung	8
Kapitel 1 INTERPART – Interkulturelle Räume der Partizipation. Eine Einführung	10
Kapitel 2 Die INTERPART-Reallabore	21
Kapitel 3 Beteiligung als Ko-Produktion von Wissen für die Stadtentwicklung	50
Kapitel 4 Interkulturelle Dialog-Räume für Beteiligung	79
Kapitel 5 Tabu-Thema Rassismus	100
Methoden, Artefakte und Werkzeuge	118
Fachworkshops	119
Expert*innen-Interviews	121
Vor-Ort-Interventionen	122
Klingel-Installation	124
Erzählecke	127
Erzählrunde	129
Podcast-Reihe	131
Brettspiel	133
Aufsuchende Beteiligung, Befragung und Testings	135

	Online-Beteiligungstool	137
	Fachdialog	143
	Story Mapping	144
	Zettelkasten	146
	Verstetigungsworkshops	148
Kapitel 6	Formate des Erzählens als Forschungs- und Beteiligungsmethode	149
Kapitel 7	Crossmediale Beteiligungsansätze für eine vielfältige Stadtgesellschaft	177
Kapitel 8	Institutionen im Wandel – Interkulturelle Öffnung von Planungsverwaltungen	200
Kapitel 9	Ein Plädoyer für den Reallabor-Ansatz im Kontext von Interkultur	227
Kapitel 10	Schlussfolgerungen – Was tun?	241
	Glossar	250
	Literaturverzeichnis	262
	Projekt-Team	272
	Autor*innen-Kollektiv	273
	Impressum	279

Über dieses Buch – Leseanleitung

INTERPART steht für „INTERkulturelle Räume der PARTizipation“. Das Projekt wurde von 2018 bis 2021 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in der Förderlinie „Migration und gesellschaftlicher Wandel“ gefördert. Ziel war es herauszufinden, wie sich Beteiligungsangebote in Stadtplanung und Stadtentwicklung – analog und digital – interkulturell gestalten lassen und wie ein entsprechender institutioneller Wandel in Planungsverwaltungen auf den Weg gebracht werden kann. In diesem Lesebuch reflektieren wir als Autor*innen-Kollektiv den gemeinsamen Lernprozess im Reallabor und stellen zur Diskussion, was wir nach drei Jahren Forschung aus dem Projekt mitnehmen.

Wir richten uns mit dem Buch an eine interessierte Fachöffentlichkeit, die aus verschiedenen Perspektiven über Beteiligung in der Stadtentwicklung nachdenken möchte. Dazu stellen wir Leitgedanken und Prinzipien unserer Forschung vor und berichten von unseren Erfahrungen bei der Umsetzung sowie den Schlussfolgerungen, die wir daraus ziehen. Außerdem bieten wir Fragen für die Reflexion an, mit deren Hilfe die Leser*innen vielleicht anders als bisher über das Thema nachdenken können.

Wir betrachten das Lesebuch als Baustein in einem andauernden Diskurs, um Interkultur in der Stadtentwicklung besser zu verstehen, und freuen uns auf die Fortführung des Diskurses in weiteren Projekten.

Kapitel 1 führt in das Projekt ein. Es erklärt unseren Forschungsanspruch, der transdisziplinär, transformativ und partizipativ war, und gibt erste Hinweise zum Forschungsprozess.

Das nachfolgende Kapitel 2 stellt die INTERPART-Reallabore vor. Mit Reallabor bezeichnen wir den spezifischen Forschungsrahmen, den wir für das Projekt aufgespannt haben. Kapitel 2 erläutert, was genau mit dem Begriff gemeint ist und wie wir konkret vorgegangen sind. Es stellt außerdem die Methoden und Interventionen vor, über die wir zu unseren Ergebnissen gekommen sind.

Die Kapitel 3 bis 8 richten ihren Fokus auf unser Forschungsthema mit jeweils einem thematischen Schwerpunkt:

In Kapitel 3 stellen wir vor, welchen Zugang zu Beteiligung wir für INTERPART gewählt haben. Im Fokus steht die Gestaltung von Austauschformaten, um Fachleute und Stadtnutzer*innen in einen Dialog ‚auf Augenhöhe‘ zu bringen und Machtungleichgewichte zu adressieren.

In Kapitel 4 diskutieren wir zwei mögliche Strategien, interkulturelle Dialog-Räume zu initiieren und zu gestalten: erstens die Normalisierung von Beteiligungsprozessen, die Interkultur selbstverständlich mitdenken, und zweitens die Stärkung und Ermächtigung bestimmter Bevölkerungsgruppen durch zielgruppenspezifische Ansätze.

Das Kapitel 5 thematisiert unterschiedliche Perspektiven auf Rassismus (nicht nur) in Institutionen. Es reflektiert anhand konkreter Forschungsergebnisse den schwierigen Umgang mit Rassismus. Gleichzeitig betrachtet es eine aktive Auseinandersetzung mit Rassismus als unerlässlich für einen interkulturellen Dialog.

Um Formate des Erzählens als Forschungs- und Beteiligungsmethode geht es in Kapitel 6. Hier argumentieren wir, dass das Erzählen von Geschichten – in Präsenz oder auch online – hilft, urbane Vielfalt in Beteiligungsprozessen besser abzubilden. Zudem zeigen wir, wie Erzählräume gestaltet werden können.

In Kapitel 7 stehen crossmediale Beteiligungsansätze für eine vielfältige Stadtgesellschaft und die in INTERPART entwickelten digitalen Tools im Mittelpunkt. Wir verdeutlichen, dass die gemeinsame Konzeption analoger und virtueller Beteiligungsangebote deren Vorteile bündelt und dadurch potenziell die Reichweite erhöht.

Kapitel 8 beleuchtet Bausteine für einen institutionellen Wandel mit Fokus auf die interkulturelle Öffnung von Planungs-verwaltungen. Dazu gehören Reflexionsräume und das Überwinden von Silo-Denken ebenso wie Personalentwicklung und eine Vernetzung mit migrantischen Organisationen. Interkulturelle Öffnung bleibt dabei ein unabgeschlossener Prozess, der kontinuierlich weiterzuentwickeln ist.


Die Kapitel 3 bis 8 sind jeweils ähnlich aufgebaut: Für eilige Leser*innen beginnt jedes Kapitel mit einer Kurzfassung, die die

zentrale Botschaft enthält. Es folgt ein Überblick über den Stand der Fachdiskussion zum Thema, bevor die entsprechenden INTERPART-Aktivitäten und die zentralen Ergebnisse dazu ausführlich dargestellt werden. Jedes Kapitel endet mit einer kritischen Reflexion des Gelernten und der Schlüsse, die sich daraus ziehen lassen. Dabei sollen alle Kapitel auch unabhängig voneinander lesbar sein. So können die Leser*innen direkt dort mit der Lektüre beginnen, wo es sie am meisten interessiert. Kleinere Wiederholungen sind deshalb gelegentlich unvermeidlich; an anderen Stellen gibt es Querverweise zu anderen Kapiteln, wo wir das jeweilige Thema ausführlicher behandeln.

Es folgen zwei weitere Kapitel zum Forschungsprozess und zu unseren Schlussfolgerungen:


In Kapitel 9 reflektieren wir unsere Erfahrungen in den Reallaboren mit Blick auf die transdisziplinäre Zusammenarbeit, partizipative Momente und das transformative Potenzial unserer Forschung. Trotz aller Herausforderungen halten wir Reallabore als methodologischen Ansatz – gerade für Forschung zu Interkultur – für vielversprechend.

Schließlich fassen wir in Kapitel 10 unsere Erkenntnisse in Form von kurzen Empfehlungen zusammen. Diese verstehen wir nicht als Schablonen, die immer und überall 1:1 passen. Vielmehr wollen wir damit Denkanstöße geben, um Interkultur in unterschiedlichen professionellen Handlungskontexten zu reflektieren.

In der Mitte des Buches finden sich – farblich erkennbar abgesetzt – Doppelseiten mit einer pointierten Darstellung der Methoden, Artefakte und Werkzeuge, die im Laufe von INTERPART zum Einsatz gekommen sind. Die einzelnen Kapitel beziehen sich darauf, wenn es konkret um die entsprechenden Artefakte und Methoden geht. Die Links zu den Doppelseiten sind mit  gekennzeichnet.

Außerdem fließen Zitate und Einsichten aus den Interviews, den Zettelkästen und dem forschungsteaminternen E-Mail-Austausch an geeigneten Stellen in das Buch ein, um auf diese Weise einige zentrale Aspekte unseres Forschungsprozesses mithilfe des empirischen Materials zu illustrieren. Die Quellenhinweise am Ende der Zitate sind zur Anonymisierung kodiert. An anderen

Stellen verweisen wir auf unsere Webseite (www.interpart.org), wo sich Zusatzinformationen und audiovisuelle Ergebnisse unserer Forschung finden lassen.

Am Ende des Buches befindet sich schließlich ein Glossar. Hier erläutern wir in aller Kürze zentrale Begriffe, die in den Kapiteln vorkommen und möglicherweise nicht allen Leser*innen bekannt sind. Im Text sind diese Begriffe bei der ersten Erwähnung im Kapitel mit einer Lupe  gekennzeichnet. Die Quellen zu den Texten werden in einem Literaturverzeichnis am Ende des Buches zusammengefasst.

Beim Schreiben haben wir uns an Leitlinien für einfache Sprache orientiert und versucht, den manchmal etwas sperrigen Klang akademischer Texte zu vermeiden. Um den Anforderungen geschlechtergerechten Schreibens zu entsprechen, entschieden wir uns für das Gender-Sternchen (*). Gerade als Projekt, das sich mit Interkultur beschäftigt, ist es uns wichtig, auch sprachlich die gesellschaftliche Vielfalt – so gut es uns möglich ist – abzubilden.

Wir hoffen, dass wir Ihnen mit diesem Lesebuch die eine oder andere Idee für Ihre eigenen Aktivitäten mit auf den Weg geben, und wünschen eine anregende Lektüre.

Danksagung

Wir bedanken uns an dieser Stelle sehr herzlich bei allen Mitwirkenden für ihr Engagement. Großer Dank gilt auch unserem Fördermittelgeber, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, das dieses Projekt möglich gemacht hat.

Darüber hinaus geht unser Dank an die Mitglieder der verwaltungsinternen Projektgruppen und unsere Ko-Forscher*innen bei den intermediären Trägern und Initiativen. Ebenso danken wir den Vertreter*innen aus der lokalen Zivilgesellschaft und migran-tischen Selbstorganisationen sowie zahlreichen Einzelpersonen und Passant*innen, die in Berlin und Wiesbaden an unseren Akti-vitäten mitgewirkt und uns tatkräftig unterstützt haben. Sie haben sich bei unseren Aktivitäten in öffentlichen Räumen eingebracht, an Workshops und Fachdialogen mitgewirkt, für Interviews und Gespräche zur Verfügung gestanden und uns Hinweise gegeben, wie wir unsere Aktivitäten verbessern und unsere Ergebnisse selbst besser verstehen können. Ohne sie wäre das Projekt nicht möglich gewesen.

Wir möchten zudem erinnern und einen besonderen Dank aussprechen an unsere Kollegin und Freundin Gabriele Kotzke aus der Stabsstelle Wiesbadener Identität. Engagement. Bürgerbeteiligung. Gabriele Kotzke war seit Beginn des Projekts dabei und gab insbesondere für die erfolgreiche Umsetzung der Real-labore wesentliche Impulse. Mit ihrem Wissen, ihren Netzwerken und ihrer Erfahrung, aber auch mit ihrer zugewandten und zupa-ckenden Art half sie dem Projekt, in Wiesbaden Fuß zu fassen. Gesundheitsbedingt musste sie frühzeitig aus dem Projekt aus-scheiden, und sie verstarb im Januar 2021. Wir vermissen sie sehr und hoffen, dass wir ihr mit dem Lesebuch ein ehrendes Anden-ken bewahren.

Auch andere Kolleg*innen haben uns im Laufe der letzten drei Jahre ein Stück des Weges begleitet, und auch ihnen gilt unser Dank. Zu ihnen zählen, in alphabetischer Reihenfolge: Ramona Almen, Hoda Aminian, Rogério de Jesus Pereira Lopes, Omid Nowzamani, Philipp Piechura, Daniela Riedel, Michelle Ruesch und Jennifer Schubert. Hans Martin Seydel danken wir für seine

konstruktive Kritik an früheren Textversionen. Das Projekt insgesamt, aber auch die Produktion des Lesebuchs, war für alle Beteiligten ein kollektiver Lernprozess – insbesondere in Zeiten der COVID-19-Pandemie, in denen der persönliche Austausch nur im virtuellen Raum stattfinden konnte.

Dass wir nun dieses Lesebuch vorlegen können, ist dem großen Engagement aller zu verdanken.

1 INTERPART – Interkulturelle Räume der Partizipation. Eine Einführung

- 🔍 Hier geht es zum Glossar.
- 📖 Hier geht es zu den Methoden, Artefakten und Werkzeugen.
- ↪ Hier wird das Thema weiter vertieft.

Auftakt

- A: „Ist Digitalisierung ein Instrument, dem Sie Bedeutung zumessen, speziell bei der Beteiligung von Menschen nicht-deutscher Herkunft oder von unterschiedlichen Generationen mit Migrationshintergrund?“
- B: „Für mich wäre es spannend, mal herauszufinden, wo die Chancen und Grenzen von digitaler Beteiligung liegen. Aber warum sollte das Thema Migranten mehr betreffen als andere? [...] Eine Rolle spielt sicherlich die Sprache. Ich glaube, darin liegt eine Chance für die Kommunikation der Gruppen untereinander, weil digitale Angebote einfach zeit- und raumunabhängig sind [...]. Aber es erfordert ein komplett anderes Denken, und für die Verwaltung ist es mit einem höheren Maß an Unsicherheit verbunden.“
- A: „Ist das etwas, womit Verwaltung gut umgehen kann?“
- B: „Es gibt bestimmt einige technische Voraussetzungen, die man uns beibringen müsste. Und der Rest wäre zu sagen: Probiert es aus, habt Mut und spielt es mal exemplarisch durch [...]. Ich muss eigentlich Experimentierfreudigkeit wecken [...].“

Auszüge aus einem Interview mit einem Mitglied der verwaltungs-internen Projektgruppe (B) in Wiesbaden

INTERPART: Strategien für Interkultur in der (digitalen) Beteiligung in Stadtplanung und Stadtentwicklung

Wie können Räume für Beteiligung und Dialog in Stadtplanung und Stadtentwicklung interkulturell gestaltet werden, und welche Rolle können digitale Dienste dabei spielen?

Mit diesen Fragen beschäftigten sich Forscher*innen aus Wissenschaft, Verwaltung, Beratungs- und Beteiligungspraxis im Forschungsprojekt INTERPART. Der Name steht für „INTERkulturelle Räume der PARTizipation“. Das Projekt wurde von 2018 bis 2021 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in der Förderlinie „Migration und gesellschaftlicher Wandel“ gefördert. Die Förderlinie zielte – stark verkürzt gesagt – darauf ab zu verstehen, wie Zuwanderung institutionellen Wandel befördert. Unser Fokus richtete sich mit einem eher breiten Verständnis von Institutionen auf Beteiligung in Stadtplanung und Stadtentwicklung. Gemeinsam mit Vertreter*innen von Behörden, lokalen Initiativen und Stadtteilbüros in Berlin und Wiesbaden suchte das Forschungsteam im Rahmen von zwei Reallaboren (ausführlich zu diesem Forschungsformat: ↪ Kap. 2) nach strategischen Ansatzpunkten für mehr Interkultur in der analogen und digitalen Beteiligung.

Die obigen Interview-Auszüge geben einen ersten Eindruck davon, wie vielschichtig das Forschungsthema ist: Was kann das sein, ein interkultureller Dialog-Raum? Meinen wir – in Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft – dasselbe, wenn wir von Beteiligung in der Stadtentwicklung sprechen? Wann und warum könnte ein Migrationshintergrund Einfluss darauf haben, wie jemand städtische Räume erlebt und nutzt, ob er*sie an Beteiligungsveranstaltungen teilnimmt? Was kann Interkultur bedeuten vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Debatten um Identität, Kultur und Rassismus? Und nicht zuletzt: Wie können wir über diese Fragen nachdenken in Zeiten, in denen analoge und digitale Räume untrennbar miteinander verwoben sind?

In diesem Lesebuch präsentieren wir zentrale Ergebnisse, Erfahrungen und Einsichten aus unserer Forschung. Dabei erheben wir nicht den Anspruch, eine abschließende Antwort auf die gestellten Fragen zu geben. Wir sind davon überzeugt, dass es diese eine Antwort nicht gibt. Vielmehr möchten wir zeigen, welche theoretischen Konzepte, methodologischen Überlegungen und normativen Prinzipien unsere Forschung geleitet haben, was wir im Forschungsprojekt konkret gemacht haben und welche Schlussfolgerungen wir aus unseren Erfahrungen ziehen. Wir möchten damit Denkanstöße geben, wie Beteiligung in der Stadtentwicklung interkulturell und mithilfe digitaler Medien gestaltet werden kann.

Mit dem Lesebuch laden wir die Leser*innen dazu ein, sich selbst mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, unsere Ansätze weiterzudenken und eigene Ideen für die Umsetzung zu entwickeln. Wir möchten außerdem ‚Denkräume‘ eröffnen, indem wir Ihnen, liebe Leser*innen, Fragen mitgeben, die uns selbst umgetrieben haben. Aus diesen Gründen haben wir uns für ein ‚Lesebuch‘ entschieden, das offener als ein wissenschaftliches Fachbuch konzipiert ist, zum Mitdenken anregt und auch auszugsweise nach Kapiteln gelesen werden kann.

Dieses erste Kapitel stellt das Projekt INTERPART vor: den Anlass, den Kontext, den Forschungsanspruch und den Forschungsprozess.

Anlass: Wieso dieses Projekt?

K: „Ich würde sagen, dass in Berlin die Anforderungen an alle durch eine verstärkte Bürgerbeteiligung gestiegen sind. Die Dialogbereitschaft aufseiten von Politik und Verwaltung, aber auch bei Trägern und Zivilgesellschaft ist hoch. Das zeigte sich auch bei der Entwicklung der Leitlinien Bürgerbeteiligung. Die Stadtgesellschaft fordert ein, beteiligt zu werden. Daraus ergeben sich viele offene neue Formen und Ansätze im Austausch,

und die Kriterien für den Wert von Bürgerbeteiligung geraten stärker in den Fokus, sowas wie Legitimität, Gerechtigkeit, Effektivität [...]. Auch die Machtfrage stellt sich: Wie kann man Leute beteiligen, die sonst wenig Einfluss haben? Und wie kann man möglichst viele beteiligen, um ein möglichst großes Bild von den Interessen der Menschen zu bekommen?“

G: „Durch die Leitlinien Bürgerbeteiligung hat sich in Wiesbaden wirklich etwas verändert. Es findet viel mehr Beteiligung statt. Wir machen uns Gedanken, wie wir möglichst vielfältig Menschen dazu einladen. Einen Fokus auf verschiedene Zielgruppen gab es bislang allerdings nicht.“

K: „Der Blick auf Zielgruppen wird der gesellschaftlichen Realität häufig ohnehin nicht gerecht. Zum Beispiel geht es ja nicht um eine einheitliche Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund im Sinne der Zugehörigkeit zu einer speziellen ethnischen Gruppe, sondern auch um Milieus, Einstellungen und Werte. Da muss man differenzieren [...].“

Auszüge aus einem Podiumsgespräch zwischen zwei Ko-Forscherinnen aus der Berliner (K) und der Wiesbadener (G) Verwaltung beim INTERPART-Auftaktworkshop in Berlin im Juni 2018

Seit den 1970er Jahren gibt es \circ Bürgerbeteiligung in der Stadtplanung. Für viele Planungsprozesse ist sie gesetzlich vorgeschrieben. Häufig gehen Beteiligungsangebote aber auch über die gesetzlichen Vorgaben hinaus. Stadtplaner*innen laden Bewohner*innen, Gewerbetreibende und andere städtische Akteure ein, zu ihren Plänen Stellung zu nehmen oder eigene Vorschläge für die zukünftige Stadtentwicklung zu machen. Wie auch die obigen Auszüge aus einem Dialog zweier Forschungspartnerinnen zeigen, wünschen sich Planer*innen, dass sich möglichst viele Menschen an solchen Verfahren beteiligen.

Einerseits geht es ihnen darum, dass sie ein umfassendes Bild von der Situation in einer Stadt oder einem Stadtteil bekommen. Andererseits wollen sie Menschen bestärken, die Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung und ∞ Teilhabe zu nutzen.

In der Praxis nehmen manche Bevölkerungsgruppen regelmäßig an Verfahren der Bürgerbeteiligung teil, andere hingegen nicht. Studien sprechen davon, dass dies mit dem gesellschaftlichen ∞ Milieu zusammenhängt, dem jemand angehört (Beck, 2011; vhw, 2009, 2018). Dies gilt für Menschen mit ebenso wie für Menschen ohne Migrationsgeschichte. INTERPART ging von der Frage aus, wie die Teilhabe an Planungsprozessen und stadtpolitischen Entscheidungen für unterschiedliche zugewanderte Gruppen – mit und ohne deutschen/europäischen Pass, mit und ohne Bleibeperspektive – erweitert werden kann. Im Laufe des Projekts richteten wir den Fokus jedoch darauf, Teilhabemöglichkeiten generell auszubauen – für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

Ziel von INTERPART war es, Beteiligungsprozesse und deren institutionelle Rahmenbedingungen unter Zuhilfenahme digitaler Dienste und ∞ Artefakte so zu gestalten, dass sich insbesondere Menschen mit Migrationsgeschichte angesprochen fühlen, die bisher häufig unterrepräsentiert sind. Bei der begrifflichen Unterscheidung orientieren wir uns am Berliner Gesetz zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft (Part-MigG), das am 16. Juni 2021 verabschiedet wurde: Ein Migrationshintergrund bedeutet demzufolge, dass jemand selbst oder mindestens ein Eltern- oder Großelternanteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt. Der Begriff ‚Migrationsgeschichte‘ ist breiter und weniger statisch. Er umfasst Personen mit Migrationshintergrund, aber auch Personen, denen ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird, z. B. aufgrund ihres Aussehens, ihrer Sprache, ihres Namens, ihrer Nationalität oder ihrer Religion. Menschen mit Migrationsgeschichte sind ebenso vielfältig wie die Gesellschaft selbst und machen ähnliche, aber auch unterschiedliche Erfahrungen. Wir denken, dass es spezifische Erfahrungen gibt, die zwar nicht alle Menschen mit Migrationsgeschichte machen, Menschen ohne Migrationsgeschichte

jedoch in der Regel nicht. Deshalb arbeiten wir mit dem Begriff in der Hoffnung, allzu simples Schubladendenken zu vermeiden.

INTERPART im Kontext

Diese Themen beschäftigen natürlich nicht nur uns. Viele Hand- und Methodenbücher enthalten Merkposten für ‚gute‘ (digitale) Beteiligung und machen Vorschläge, wie Beteiligung unterschiedliche Bevölkerungsgruppen erreichen kann (in unseren Partnerstädten z. B. das „Handbuch Partizipation“ der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, 2011). In vielen Kommunen haben in den vergangenen Jahren Leitlinienprozesse stattgefunden. Hier verständigten sich Politik, Verwaltung und Bevölkerung gemeinsam darauf, wie Beteiligung in ihrer Stadt zukünftig ablaufen soll (Paust, 2019). Auch in den beiden an INTERPART beteiligten Städten Berlin und Wiesbaden gibt es Leitlinien für Bürgerbeteiligung (SenSW, 2019; Landeshauptstadt Wiesbaden, 2015). Die Zahl der Ratgeber, Erfahrungsberichte und Handbücher, aber auch der kritischen Stimmen zu ‚guter‘ (Online-)Bürgerbeteiligung hat in den vergangenen Jahren zugenommen (z. B. BBSR, 2017; Fründt & Laumer, 2019; Kuder, 2017; Selle, 2019).

Auch die Debatte zu Interkultur (↪ Kap. 4 und Kap. 8) und vor allem zu (Anti-)Rassismus (↪ Kap. 5) wird heute nicht mehr nur in sozial- und kulturwissenschaftlichen Fachkreisen geführt (z. B. Bukow & Cudak, 2017; Hark & Villa, 2017; Klare, 2017; Terkessidis, 2018). Auch die Black-Lives-Matter-Bewegung aus den USA hat den Themen in Deutschland zu mehr Aufmerksamkeit verholfen. In Feuilletons, Sachbüchern, Print- und Online-Medien melden sich (nicht nur) ∞ People of Colour zu Wort, die rassistische Strukturen aufdecken und dazu auffordern, sich kritisch damit auseinanderzusetzen (z. B. Amjahid, 2021; Hasters, 2020; Ogette, 2018; Oluo, 2020). Die Themen Herkunft, Fremdheit und Rassismus werden in preisgekrönten Romanen verhandelt (z. B. Güngör, 2019; Ohde, 2020; Stanišić, 2019). Auch in der Theater- und der

Comedy-Szene gibt es explizite Auseinandersetzungen mit kulturellen Vorurteilen und Begegnungen, z. B. in der Figur Jilet Ayşe von Idil Baydar.

Die genannten Debatten sind nach wie vor in vollem Gange und werden in absehbarer Zeit auch nicht abgeschlossen sein. Mit Blick auf INTERPART inspirierten sie sowohl den Anspruch, den wir an unsere Forschung formulierten, als auch den Forschungsprozess selbst.

Der Forschungsanspruch: Transdisziplinär, transformativ, partizipativ

Für die Auseinandersetzung mit diesen Themen wählte das Projekt den Zugang des Reallabors (↪ Kap. 2). Das Forschungsteam hatte dabei den Anspruch, transdisziplinär, transformativ und partizipativ zu forschen:

Transdisziplinär bedeutet, dass nicht nur Wissenschaftler*innen in einem Projekt forschen. Denn gerade für die Lösung gesellschaftlicher Probleme ist neben theoretisch-wissenschaftlichem Wissen auch Erfahrungswissen aus der Praxis relevant. Daher sind auch Praxisakteure als sogenannte Ko-Forscher*innen in die Forschung eingebunden: Menschen, Institutionen und Initiativen, die beruflich oder persönlich mit dem Forschungsthema zu tun haben.

Transformativ bedeutet, dass ein Forschungsprojekt Probleme nicht nur beschreibt und analysiert. Im Forschungsprozess suchen Forscher*innen und Ko-Forscher*innen auch schon gemeinsam nach Lösungsstrategien und versuchen, diese umzusetzen. Aus den Erfahrungen ziehen sie Schlussfolgerungen, um die Strategien entweder zu überarbeiten und/oder dauerhaft bei den beteiligten Akteuren zu verankern.

Partizipativ bedeutet, dass die Forschung nicht nur für das Forschungsteam ertragreich sein soll. Vielmehr soll sie auch den Ko-Forscher*innen neue Erkenntnisse bringen, mit denen diese in ihrer Praxis oder ihrem Alltag unterstützt werden. Mithilfe par-

tizipativer Forschungsmethoden soll vor allem Menschen Gehör verschafft werden, die sonst eher selten zu Wort kommen.

Mit einer Kombination dieser drei Prinzipien bezog INTERPART unterschiedliche soziale und inhaltliche Positionen ein. Ausgangspunkt war die Annahme, dass Wissen immer ‚situier‘ ist (Haraway, 1988). Das bedeutet, dass Forscher*innen – ebenso wie z. B. Stadtplaner*innen oder Stadtbewohner*innen – eine bestimmte gesellschaftliche oder räumliche Position einnehmen. Von dort aus können sie manche Dinge gut erkennen und nachvollziehen, andere hingegen nicht. Zum Beispiel haben Stadtplaner*innen einen anderen Blick auf einen Stadtteil als Menschen, die dort leben oder ein Gewerbe betreiben. Durch eine Vielzahl von Positionen aus Wissenschaft und Praxis in INTERPART wollten wir möglichst differenzierte Antworten auf unsere Forschungsfragen bekommen. Wie wir die Ko-Forschung mit Praxispartner*innen in unseren Reallaboren organisiert haben und welche Institutionen und Initiativen an INTERPART auf welche Weise beteiligt waren, erläutern wir weiter unten ausführlich (↪ Kap. 2).

Doch eine Vielzahl von Positionen einzubeziehen, bedeutet nicht, dass diese automatisch gleichberechtigt nebeneinanderstehen. Über den gesamten Forschungsprozess hinweg waren wir immer wieder mit dieser Frage konfrontiert: Wie können wir damit umgehen, dass einige Positionen, denen wir begegneten, privilegiert sind, andere hingegen diskriminiert oder rassistisch abgewertet werden? Vielen von uns fällt es vergleichsweise leicht, wissenschaftlich-distanziert über gesellschaftliche Ungleichheiten und Ungleichbehandlungen zu sprechen. Geht es um das eigene Forschungsteam, ist das schon sehr viel schwieriger. Auch im Austausch mit den Ko-Forscher*innen stellte sich immer wieder die Frage, wie sich gesellschaftliche Verhältnisse und struktureller Rassismus auf Vorannahmen, Vorgehen oder Interpretationen der Beteiligten im Forschungsprozess auswirken.

Diese Fragen sind umso wichtiger, weil rassistische Strukturen auch in Deutschland tief verankert sind. Weder das Forschungsteam noch die beteiligten Ko-Forscher*innen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft können für sich in Anspruch neh-

men, damit nichts zu tun zu haben. Um diese Strukturen zu verändern, braucht es – so das Argument von INTERPART – einen interkulturellen Dialog, in dem unterschiedliche Erfahrungen nicht geleugnet, sondern angehört und in Beziehung gesetzt werden (↪ Kap. 4 und Kap. 5). Aus dieser Erkenntnis heraus erhielten das Erzählen und das Zugänglichmachen von persönlichen Erfahrungen und Geschichten im Laufe von INTERPART einen immer größeren Stellenwert (↪ Kap. 6).

Der Weg ist das Ziel: Der INTERPART-Forschungsprozess

INTERPART stellte die Frage nach institutionellem Wandel und nach analogen und digitalen Strategien für mehr Interkultur in der Beteiligung. Von Beginn an war klar, dass es dabei um mehr geht als um handwerkliche Fragen und passende Methoden. Die Erfahrungen, die wir zu Beginn unserer Forschung in Berlin und Wiesbaden machten, zeigten: Zwar mag es an der einen oder anderen Stelle durchaus Ressourcen-, Kompetenz- oder methodische Defizite geben. Die meisten Planer*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen, mit denen wir sprachen, waren sich jedoch der Anforderungen an ‚gute‘ Beteiligung sehr bewusst. Schließlich hatten beide Städte vor kurzem in aufwändigen Prozessen Leitlinien für die Bürgerbeteiligung erarbeitet und nehmen im deutschlandweiten Vergleich mit anderen Städten eine Vorreiterrolle bei diesem Thema ein.

Die ‚Barrieren‘ für mehr Interkultur in der Beteiligung finden sich demnach häufig auch außerhalb einzelner Beteiligungsverfahren oder unmittelbarer Beteiligungssituationen. Deshalb nahm INTERPART auch den institutionellen Rahmen in den Blick, in dem Beteiligung in der Stadtentwicklung organisiert wird. In diesem Rahmen wird u. a. definiert, was unter Beteiligung verstanden wird, wessen Aufgabe sie ist, welche Erwartungen an Interkultur existieren und wie digitale Dienste eingebunden werden können. In einem internationalen Symposium stellten wir Expert*innen aus

mehreren europäischen Ländern das INTERPART-Forschungskonzept vor und entwickelten es mithilfe ihrer Expertise weiter (Gliemann & Seydel, 2018; Kotzke & Piechura, 2019). Gemeinsam mit den Ko-Forscher*innen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft in Wiesbaden und Berlin suchten wir nach Wegen, um Beteiligung interkulturell zu denken und zu gestalten (↪ Kap. 3 und Kap. 4). Schwerpunkte der Ko-Forschung lagen auf

- der Bedeutung des Erzählens für die Ermöglichung und Gestaltung interkultureller Dialog-Räume (↪ Kap. 6),
- Optionen für die crossmediale oder ∞ hybride Dialog-Gestaltung, die analoge und digitale Bausteine kombiniert oder von vornherein zusammendenkt (↪ Kap. 7), und
- möglichen Handlungsfeldern für einen Wandel der institutionellen Rahmenbedingungen in Planungsverwaltungen (↪ Kap. 8).

Die Ergebnisse, die wir in den folgenden Kapiteln präsentieren, bieten weniger konkrete Handlungsempfehlungen als vielmehr strategische Hinweise für die Organisation von Beteiligung vor Ort.

2 Die INTERPART- Reallabore

- 🔍 Hier geht es zum Glossar.
- 📖 Hier geht es zu den Methoden, Artefakten und Werkzeugen.
- ➔ Hier wird das Thema weiter vertieft.

Forschung und Beteiligung im Reallabor

Von Anfang an war klar, dass im Projekt INTERPART Akteure aus Wissenschaft und Praxis eng zusammenarbeiten – aber auch, dass damit Herausforderungen einhergehen. Wie können die Grenzen zwischen den Beteiligten verschiedener Disziplinen und ihren vertrauten Praktiken überbrückt werden? Wie können unterschiedliche Arbeitsweisen, Problemverständnisse, Wissensräume, Fachsprachen und Interessen fruchtbar aufeinander bezogen, wie kann also ‚interkulturell‘ geforscht werden? Reallabore als Ansatz für eine neue Form der Kooperation zwischen Wissenschaft und Praxis erschienen uns auf mehreren Ebenen vielversprechend, um

- Interkultur in der Beteiligung nicht nur zu erforschen, sondern auch gemeinsam zu gestalten;
- Wissenschaft und Praxis miteinander produktiv in Beziehung zu setzen;
- möglichst viele Perspektiven und Erfahrungsräume nachhaltig ins Gespräch zu bringen;
- in lokalen Kontexten partizipativ zu forschen (Ko-Produktion und Ko-Forschung) und damit
- das gewonnene Wissen für Wissenschaft und Beteiligungspraxis nutzbar zu machen.

Lässt man sich auf das Forschen und Beteiligen im Reallabor ein, muss man flexibel auf unerwartete Ereignisse oder Veränderungen reagieren können: Es geht darum, wenig bis kaum planbare Situationen in Kauf zu nehmen, ergebnisoffen zu sein und Nachbesserungen der geplanten Arbeitsschritte zu ermöglichen. Kurz

gesagt: Es braucht Mut, sich auf Unvorhergesehenes einzulassen und Zeit und Ressourcen dafür einzuplanen.

Was ist ein Reallabor?

Ein Reallabor ist in erster Linie ein Forschungszugang, bei dem gesellschaftliche Veränderungen in ihren realweltlichen Kontexten im Mittelpunkt stehen. Im Reallabor kommen, zeitlich und örtlich begrenzt, Engagierte aus Wissenschaft und Praxis zusammen. Sie widmen sich gemeinsam Problemen, die das Zusammenleben in sozialer, ökologischer oder politischer Hinsicht direkt betreffen (Bergmann et al., 2021). Dabei verknüpfen sie theoretisch-wissenschaftliches Wissen und Erfahrungswissen aus der Praxis (transdisziplinär). Denn sozialer Wandel kann nicht erforscht und gestaltet werden, wenn die Forschung abseits sozialer Wirklichkeiten stattfindet, in geschlossenen Laboren. Vielmehr geht es darum, möglichst viele Perspektiven und Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in den Forschungsprozess einzubinden und insbesondere Menschen Gehör zu verschaffen, die sonst eher selten zu Wort kommen (partizipativ). Das geteilte, gesellschaftsrelevante Wissen, das im Reallabor entsteht, hilft dabei, Lösungsstrategien zu entwickeln und auch umzusetzen (transformativ). Somit wird der Begriff des Labors auf einen sozialen Kontext erweitert. Forscher*innen und Ko-Forscher*innen nehmen die Erkenntnisse auf und entwickeln sie weiter.

Gerade in der praxisorientierten Forschung kommt Reallaboren ein immer größerer Stellenwert zu. Sie werden als offene Forschungsumgebungen betrachtet, die experimentelles Vorgehen ermöglichen und einen engen Austausch mit Stadtnutzer*innen verfolgen. Idealtypisch passiert dies in einem Prozess des Ko-Produzierens und Ko-Forschens. Mit Stadtnutzer*innen meinen wir Bewohner*innen ebenso wie Eigentümer*innen, Gewerbetreibende, Projektträger und eine Vielfalt zivilgesellschaftlicher Akteure, die den Stadtraum nutzen und diesen – mit oder ohne

Absicht – mitgestalten. Reallabore verstehen wir als Forschungsansatz, um ihre unterschiedlichen Perspektiven, Interessen und Bedürfnisse zusammenzuführen.

In Reallaboren findet eine Verdichtung von Aushandlungsprozessen statt. Sie werden eingesetzt, um Problemlagen, Bedürfnisse und Erwartungen derjenigen, *für die* und *mit denen* man forscht, herauszufinden und ihre Vorstellungen zueinander in Bezug zu setzen. Die beteiligten Personen interagieren eng miteinander, unter Verwendung von Hilfsmitteln wie räumlichen Anordnungen, Objekten und digitalen Artefakten. Dadurch engagieren sie sich in einem *co*performativen Prozess der Zusammenarbeit. Dabei spielt die Art und Weise, wie man sich ausdrückt, wie man auftritt, erzählt und sich einbringt, eine ebenso wichtige Rolle wie der lokale Kontext selbst. Im Reallabor wird das Alltags-, Erfahrungs- und Handlungswissen der Beteiligten aus der Praxis aktiviert und zum theoretisch-wissenschaftlichen Wissen in Bezug gesetzt.

Dabei stehen Fragen nach Interessen und Erwartungen im Vordergrund: Wie werden Probleme bisher gelöst? Was ist für wen wie relevant? Was wäre eine konkrete, geteilte Vision für eine Weiterentwicklung oder Verbesserung des Ist-Zustands? Wie stehen wir zueinander in Beziehung? Nicht zuletzt stellt sich auch die Frage, in welcher Stadtgesellschaft wir eigentlich leben wollen. In Reallaboren manifestieren sich Forschung und Beteiligung als performative Praxis (Turnhout et al., 2010): Die Forschung lässt in ihrem Verlauf inhaltliche Anpassungen zu (iterativ und lernfähig), reagiert flexibel auf lokale Kontexte (situativ) und ist für alle Beteiligten von Bedeutung (relevant).

Die Entwicklung von Reallaboren

Reallabore sind relativ neue Forschungszugänge. Ihre Entwicklung lässt sich grob in drei Phasen einteilen: Das Konzept ‚Reallabor‘ entstand als wissenschaftspolitisches Instrument der Nachhaltigkeitsforschung Anfang der 2010er Jahre (MWK, 2013).

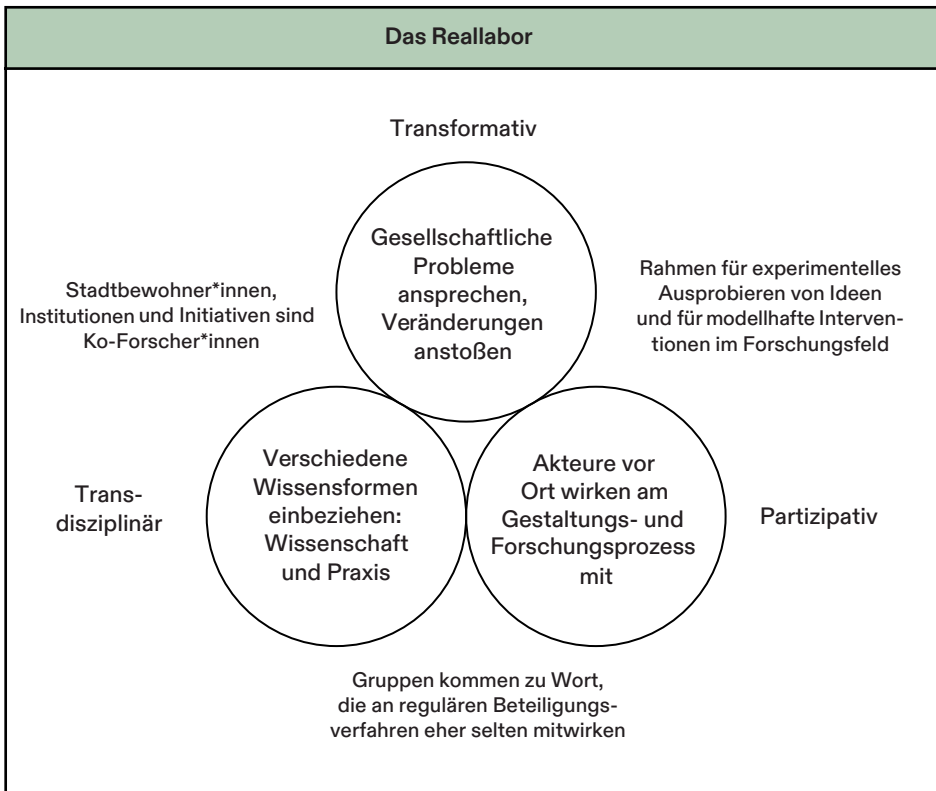
Diese Phase endete mit der Einführung mehrerer Reallabor-Projekte als „BaWü Labs“ in Baden-Württemberg sowie in der Fördermaßnahme „Nachhaltiges Wirtschaften“ (FONA) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Die gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse führten zu einer intensiven Weiterentwicklung des Reallabor-Konzepts (Parodi et al., 2016) als eine Form transformativer Wissenschaft (WBGU, 2011; Schneidewind & Singer-Brodowski, 2014). In einer dritten Phase der Reallabor-Forschung folgte eine Ausdifferenzierung von Konzepten mit Bezug auf ihre Forschungszugänge und Gestaltungsweisen (Gerhard & Marquardt, 2017). Damit ging eine Formulierung von Bedingungen für gelungene Forschung und Praxis in Reallaboren einher. Immer mehr Projekte versuchen seitdem, einen Beitrag zur Strukturierung von Reallaboren als Forschungssettings zu leisten, ohne dabei deren Flexibilität zu untergraben.

Historisch bezieht sich das Reallabor auf die Aktionsforschung und die Transformationsforschung und knüpft im deutschsprachigen Raum an die ‚experimentelle Wende‘ in der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung an. In den vergangenen fünfzehn Jahren haben sich weltweit und einhergehend mit einem sich wandelnden Wissenschaftsverständnis partizipative Forschungsansätze etabliert, die in realen Communities und Settings bzw. in realweltlichen Kontexten durchgeführt werden (Wanner et al., 2018).

Insbesondere im englischsprachigen Raum und in den skandinavischen Ländern, aber auch europaweit gibt es eine Tradition sogenannter ‚Living Labs‘ (Lebensnahe Labore). Sie entstanden erstmals 2006 am Massachusetts Institute of Technology (MIT) als offene Innovationsumgebungen, die benutzerzentriert gestaltet und entwickelt wurden (Hillgren et al., 2013). Dafür wurden lebensnahe Kontexte in Laborumgebungen nachgebildet. Der Fokus lag und liegt heute oft noch auf der technologischen Infrastruktur, zum Beispiel für ‚smart homes‘, in denen mithilfe ferngesteuerter Technologien die Lebensqualität im Bereich des Wohnens verbessert werden sollte.

Seit den ersten Living Labs haben sich allein im internationalen Netzwerk European Network of Living Labs (ENoLL) mehr

als 150 aktive Mitglieder vernetzt, die das Konzept im Laufe der Jahre weiterentwickelt und sich immer stärker den alltäglichen Lebensräumen von Bürger*innen gewidmet haben. In ‚Social Living Labs‘ (Franz, 2015) fand schließlich eine dezidierte Hinwendung zu urbanen, ökologischen und sozialen Kontexten statt, oft auch als ‚Urban Living Labs‘ oder ‚Sustainable Living Labs‘ bezeichnet. Trotz unterschiedlicher Traditionen werden die Bezeichnungen oft auch synonym verwendet. Je nach Land oder Zielsetzung sind Unterschiede in der Methodik oder Umsetzung möglich, die Konzepte weisen jedoch große Überschneidungen auf: Sie werden vor allem in Europa als Instrumente für eine intensivere Bürgerbeteiligung und sozialen Zusammenhalt verstanden (WD 8, 2018).



Die Umsetzung der Reallabore in Biebrich und Moabit

Für INTERPART bedeutete der Ansatz des Reallabors, dass sich das Projektteam gemeinsam mit Vertreter*innen von Behörden, lokalen Initiativen und Stadtteilbüros über die Dauer von drei Jahren mit Interkultur in der Beteiligung (↪ Kap. 4) auseinandersetzte. Die zentrale Frage lautete: Welche analogen und digitalen Ansätze können dazu beitragen, dass mehr Stadtnutzer*innen, insbesondere Menschen mit Migrationsgeschichte, ihre Sichtweisen auf Stadt in Beteiligungsverfahren einbringen?

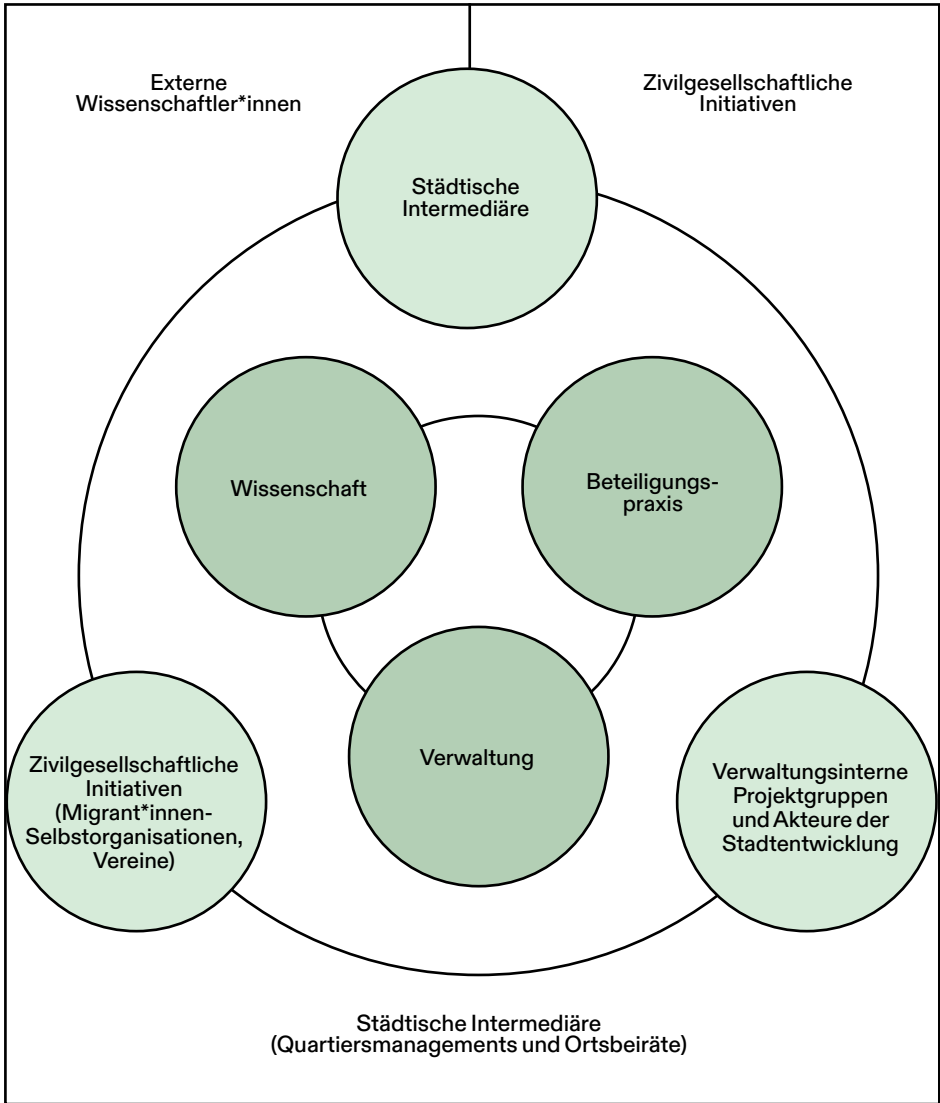
Um diese Frage vielstimmig anzugehen und vorhandenes Wissen zu Beteiligung möglichst effektiv einzubinden, wurde bereits der Forschungsantrag gemeinsam mit Vertreter*innen aus Wissenschaft, Beteiligungspraxis und Verwaltung erarbeitet. Von Anfang an mit dabei waren:

- Planungs- und Designwissenschaftler*innen aus zwei Universitäten,
- Expert*innen aus Beratungs- und (crossmedialer) Beteiligungspraxis und
- Vertreter*innen von Verwaltungen aus zwei Städten, die im deutschlandweiten Vergleich eine Vorreiterrolle beim Thema Beteiligung einnehmen: Wiesbaden und Berlin.

Die räumliche Verortung der Reallabore nahmen wir in enger Absprache mit Verwaltungspartner*innen vor, die für die Stadtteile Wiesbaden-Biebrich und Berlin-Moabit zuständig sind. An beiden Orten arbeitete das Projektteam auf mehreren Ebenen mit städtischen Verwaltungen, Zivilgesellschaft und städtischen Intermediären zusammen. Die folgenden Ausführungen verdeutlichen, wie wir die Reallabore konzipierten und umsetzten und warum es zu diesen lokalen Kontexten kam.

Projektpartner*innen

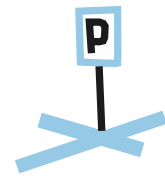
- 1 Projekt-Team
- 2 Enge Kooperation
- 3 Regelmäßige Kooperation



Die ersten Säulen der INTERPART-Reallabore bildeten das Kommunikationskonzept und das Beteiligungskonzept, die wir in der ersten Projektphase entwickelten. Sie sahen den Aufbau von Reallaboren an beiden Orten vor. Diese nannten wir Studio Moabit und Studio Biebrich, um einen niedrigschwelligen Begriff für die Kommunikation zu etablieren (anstelle des sperrigen Begriffs ‚Reallabor‘) und den Werkstattcharakter der Arbeit vor Ort zu verdeutlichen: Hier entsteht etwas Neues, hier wird gemeinsam ausprobiert, hier stehen der Prozess und das Miteinander im Vordergrund. Auch im Corporate Design des Projekts spiegelt sich der Werkstattcharakter von INTERPART wider: Mit bunten Brettern wird gemeinsam gebaut, spielerisch entsteht hier etwas \circ Prototypisches, möglicherweise Unfertiges, für alle Beteiligten aber Hilfreiches – auch über die Erfahrung im gemeinsamen Forschen und Gestalten hinaus. Denn unser Reallabor-Konzept sah vor, Begegnungs- und \circ Dialog-Räume zu schaffen und so wechselseitige Lernprozesse zu ermöglichen.



interkulturelle
räume der
partizipation



Vor diesem Hintergrund war uns wichtig, Forschung und Beteiligung erfrischend und kreativ zu gestalten, also ungewohnte Settings, Ansprachen und Zugänge zu schaffen. Wie sah das konkret aus? Unser Reallabor-Konzept setzten wir mit folgenden Aktivitäten um:

Aneignung der lokalen Kontexte mit qualitativen Methoden der Sozialforschung

- **Akteursmapping:** Wer ist wie im Stadtteil aktiv, welche Themen und Nachbarschaftsaktivitäten stehen im Vordergrund, wie ist der Stadtteil beschaffen?

- **📖**Expert*innen-Interviews mit Verwaltungsmitarbeiter*innen und Vertreter*innen von Initiativen aus den Stadtteilen (unter anderem Migrant*innen-Selbstorganisationen): Wie blicken sie auf die Situation und das Thema? Wie lassen sie sich für die Ko-Forschung im Reallabor einbeziehen?
- **📖**Aufsuchende Beteiligung von Stadtnutzer*innen in ihren Alltagsräumen in den Untersuchungsgebieten zum Thema „Beteiligung an Stadtentwicklung – Möglichkeiten und Barrieren“.

Aktivierung und Einbindung von Ko-Forscher*innen an beiden Orten

- Gründung von verwaltungsinternen Projektgruppen in Berlin und Wiesbaden mit Vertreter*innen aus den Verwaltungen, von Intermediären und anderen institutionellen Akteuren der Stadtentwicklung, die über den gesamten Prozess ko-forschend involviert waren;
- Gewinnung von bereits aktiven lokalen Partner*innen und Zusammenschluss mit Intermediären;
- regelmäßige Treffen und Besprechungen mit den lokalen Partner*innen zur gemeinsamen Konzeption der Ko-Forschung und Abstimmung über gemeinsame Aktivitäten und Interventionen im öffentlichen Raum;
- Durchführung von Auftakt- und **📖**Fachworkshops und **📖**Fachdialogen in Wiesbaden und Berlin, einem städteübergreifenden Workshop (zwecks Vernetzung der beiden Verwaltungen) und von **📖**Verstetigungsworkshops;
- aufsuchende Aktionen in den jeweiligen Stadtteilen und Kommunikation des Vorhabens;


- niedrigschwellige Webpräsenz mit Aktualisierungen, Ankündigungen und Dokumentation.

Diskussion des INTERPART-Reallabor-Konzepts mit einem internationalen Fachpublikum


- Durchführung eines zweitägigen internationalen Symposiums „Creating Spaces of Intercultural Participation“ (Räume für interkulturelle Partizipation gestalten) im März 2019, um das INTERPART-Reallabor-Konzept zur Diskussion zu stellen und sich international zu vernetzen.

📍Vor-Ort-Interventionen (jeweils zwei ganztägige Interventionen im öffentlichen Raum in Moabit und Biebrich mit experimentellen digitalen, analogen und 🔄hybriden Formaten, um einen Dialog mit Stadtnutzer*innen zu eröffnen)

- Entwicklung und Gestaltung einer interaktiven, multilingualen 📞Klingel-Installation als spielerischem Aktivierungsinstrument;
- Konzeption der Zuhör- und Erzählformate 📞Erzählecke und 📞Erzählrunde, um niedrigschwellige Gesprächsräume zu schaffen; Konstruktion des Pop-up-Mobiliars als gestaltete, physische Räume des Dialogs;
- Organisation von kulinarischen Angeboten und Spielecken für Familien mit Kindern, bei denen die Formate eingesetzt wurden;
- Ko-Design eines 📞Online-Beteiligungstools, das browserbasiert und ‚mobile-first‘ einen Zugang zu Online-Beteiligung ermöglicht und dabei Stadtnutzer*innen zur (Mit-)Gestaltung des öffentlichen Raums aktiviert und konsultiert;

- Entwicklung eines  Brettspiels für Workshops, um Aushandlungsprozesse in den Gruppenworkshops zu begünstigen;
- Online-Dialog zur Besprechung und Einordnung der ersten Vor-Ort-Intervention.

Vertiefung, Validierung und Verstetigung

-  Podcasts (↪ Kap. 6), in denen unterschiedliche Erwartungen an Beteiligung ebenso wie inklusive und auch exkludierende Momente in der Beteiligung besprochen wurden;
- Teilnahme am Jour fixe der Arbeitsgruppe „Interkulturelle Beteiligung“ der Berliner Senatsverwaltung;
- Online-Fachdialoge, Verstetigungsworkshops und Validierungsgespräche mit einzelnen Ko-Forscher*innen;
- an den Bedürfnissen der Nutzer*innen orientierte, iterative Weiterentwicklung des digitalen Prototyps als Zugang zu Online-Beteiligung;
- wissenschaftliche Publikationen und öffentliche Präsentationen des Projekts und der Teilergebnisse;
- Online-Abschlusswoche, um die Ergebnisse einer interessierten Fachöffentlichkeit vorzustellen und zu diskutieren.

Zum Wandel von Institutionen beitragen

Auf Verwaltungsebene beschäftigten sich die INTERPART-Real-labore u. a. mit der Frage, was kommunale Politik und Verwaltung verändern müssen, um Beteiligung interkultureller zu gestalten. Hierfür bildeten wir in beiden Stadtteilen verwaltungsinterne Projektgruppen, die uns über die dreijährige Projektlaufzeit begleiteten. Mit ihnen gingen wir im Rahmen der verschiedenen Workshops gemeinsam der Frage nach, wie das vorhandene Wissen um gute Beteiligung in eine interkulturelle Öffnung überführt werden kann, die Beteiligungsprozesse inklusiver gestaltet.

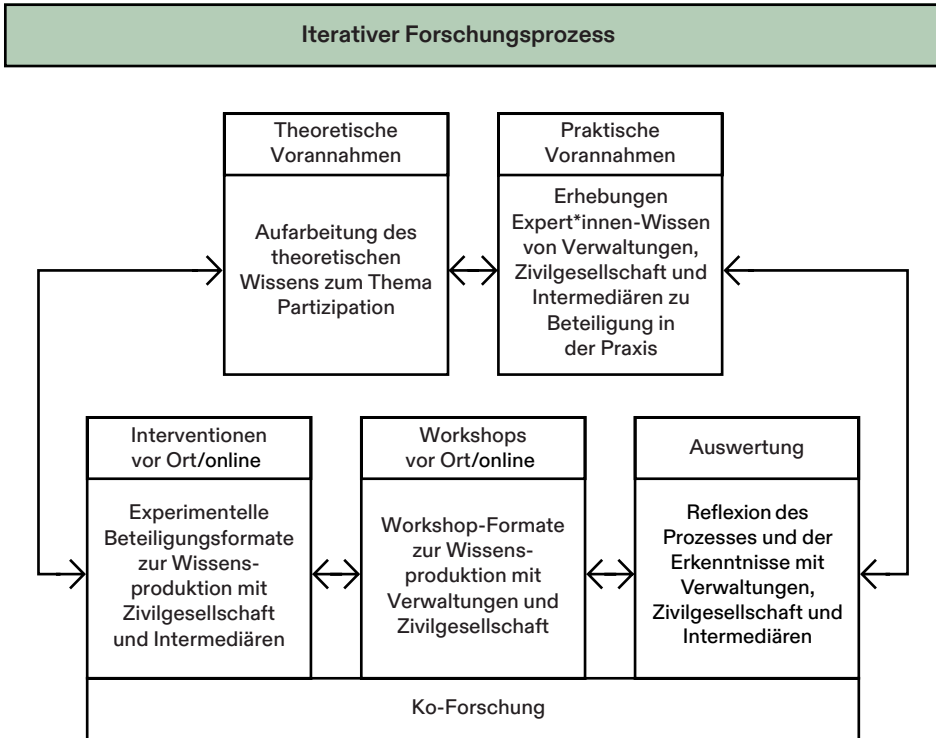
Drei Aspekte waren uns besonders wichtig: Wir wollten erstens verstehen, wie die Planer*innen in Wiesbaden und Berlin Menschen üblicherweise an der Entwicklung der Stadtteile Biebrich und Moabit beteiligen. Zweitens reflektierten wir gemeinsam, wie wir damit umgehen, dass in der Beteiligung Ungleichgewichte vorherrschen und einige Positionen privilegiert sind, andere hingegen diskriminiert oder rassistisch abgewertet werden. Schließlich fanden drittens über unsere Workshops die Einsichten, die wir in den Formaten mit Ko-Forscher*innen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft erarbeiteten, ihren Weg in die Verwaltungen. So konnten wir gemeinsam darüber nachdenken, wie unterrepräsentierte Perspektiven von Bewohner*innen aus den Stadtteilen in zukünftigen Projekten berücksichtigt werden können (↪ Kap. 8).

Einige Formate der Zusammenarbeit (beispielsweise die Fachworkshops mit den verwaltungsinternen Projektgruppen) richteten sich vornehmlich an Mitarbeiter*innen der Verwaltungen und Intermediäre, andere fokussierten die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure. Uns war es jedoch wichtig, Formate zu finden, die Brücken zwischen dem Verwaltungsbetrieb und dem Alltag der Bewohner*innen schlagen. Über die Vor-Ort-Interventionen hinaus luden wir hierfür die Ko-Forscher*innen gemeinsam zu Fachdialogen und Verstetigungsworkshops und zum kollaborativen Podcast ein. Auch das vorliegende Lesebuch kann als eine Brücke verstanden werden: Das im Projekt gesammelte

Wissen soll sowohl für Verwaltungen als auch für die Zivilgesellschaft nutzbar gemacht werden.

Den lokalen Kontext erfassen

Damit wir das bereits vorhandene Wissen erweitern, umsetzen und passend in die Gestaltung der Reallabore und der einzelnen Maßnahmen einfließen lassen konnten, war es uns wichtig, zunächst die lokalen Kontexte genauer kennenzulernen: Welche sozialen Konstellationen sind bestimmend am jeweiligen Ort, welche Initiativen sind wie aktiv? Wie werden Stadtplanung und Bürgerbeteiligung wahrgenommen, welche Zusammensetzung der Bevölkerung prägt wie die Lokalität? Und vor allem: Wie verorten und positionieren sich die (engagierten) lokalen Akteure? Den Einstieg bildeten Untersuchungen zu den beiden Nachbarschaften, dabei in erster Linie die Expert*innen-Interviews mit Verwaltungsmitarbeiter*innen und Vertreter*innen von Initiativen aus den Stadtteilen. Das praktische Wissen zur bestehenden Stadtentwicklungs- und Beteiligungspraxis floss als Ausgangswissen in die weiteren Forschungsaktivitäten ein. Die Ergebnisse bestimmten, in einer ersten Schleife des iterativen Arbeitens, den weiteren (Ko-)Forschungsprozess.



Präsenz im öffentlichen Raum: Vor-Ort-Interventionen

Unsere Anwesenheit vor Ort organisierten wir zunächst in den Vor-Ort-Interventionen, um Meinungen und Einsichten insbesondere von den Menschen einbinden zu können, die nicht über Intermediäre oder organisierte Initiativen erreicht werden. So wurden einzelne Personen und Initiativen aus den Nachbarschaften aktiviert und Verwaltungsmitarbeiter*innen als Ko-Forscher*innen in den Forschungsprozess eingebunden.

Die Ko-Forschungsaktivitäten im öffentlichen Raum fanden in Form von Vor-Ort-Interventionen statt. Mit Intervention meinen wir hier das experimentelle Eingreifen in das Forschungsfeld (vor Ort) auf öffentlichen Plätzen bzw. an zentralen Orten in den Stadtteilen Biebrich und Moabit. Bei den Interventionen arbeiteten wir vor allem mit interaktiven Formaten für Begegnungen,

in denen ausprobiert, reflektiert, angepasst und wieder ausprobiert wurde. Dabei setzten wir unterschiedliche digitale, analoge und hybride Formate ein, die uns Erkenntnisse über Interkultur in der Beteiligung lieferten:

- Eine hybride Benutzerschnittstelle in Form einer interaktiven, mehrsprachigen Klingel-Installation, die in einem hölzernen Tor eingebaut war, forderte die Menschen zu einem Dialog mit ‚dem Platz‘ auf: Das Tor symbolisierte den Eingang in die Vor-Ort-Intervention, der Algorithmus hinter der Klingel personifizierte den öffentlichen Raum.
- Die analogen Formate Erzählecke und Erzählrunde luden die Stadtnutzer*innen dazu ein, in einer bestimmten räumlichen Anordnung über ihre Nachbarschaft zu sprechen.
- Im Rahmen eines Workshops der zweiten Vor-Ort-Intervention in Biebrich konnten Besucher*innen zudem über ein dafür entwickeltes Brettspiel darüber ins Gespräch kommen, wie sie sich gute Beteiligung vorstellen.
- Zusammen mit Moabiter*innen und Biebricher*innen entwickelten wir außerdem ein Online-Beteiligungstool als digitalen Prototypen, der für Smartphones optimiert ist und mit dem sich Stadtnutzer*innen digital an Diskussionen über ihren Stadtteil beteiligen können.
- Aufgrund der Kontaktbeschränkungen durch COVID-19 mussten 2020 alle Forschungsaktivitäten in den digitalen Raum verlegt werden, der Austausch mit Stadtnutzer*innen wurde in Form einer gemeinsamen, digital produzierten Podcast-Reihe weitergeführt.

Ins Stadtleben eintauchen, mit lokalen Partner*innen zusammenarbeiten

Gemeinsam mit den Verwaltungspartner*innen entschieden wir uns für Stadtteile, die durch ihre Beteiligungsinfrastrukturen und anstehende Veränderungsprozesse als besonders geeignet erschienen. Der Zugang zur organisierten und nicht-organisierten Zivilgesellschaft in den beiden Stadtteilen war uns durch die enge Zusammenarbeit mit den lokalen Praxispartner*innen möglich. Berlin-Moabit und Wiesbaden-Biebrich sind in vielen Belangen strukturell ähnlich, aber auch zu verschieden, um sie direkt miteinander zu vergleichen. Uns war es wichtig, den lokalspezifischen Kontext zu berücksichtigen, um unsere Einsichten, Erfahrungen und Erkenntnisse angemessen einzuordnen. Unsere Formate und Herangehensweisen sind daher nicht als Patentrezept zu verstehen, sondern als Denkanstöße.

Der Stadtteil Wiesbaden-Biebrich

In Wiesbaden konzentrierten wir uns auf Biebrich, den bevölkerungsreichsten Stadtteil der hessischen Landeshauptstadt. Mit einem relativ jungen Altersdurchschnitt und einer von Zuwanderung geprägten sozialen Struktur – vor allem durch in den 1960er und 1970er Jahren zugewanderte ‚Gastarbeiterfamilien‘ – ist der Stadtteil sehr divers. Heute hat rund die Hälfte der Bewohner*innen einen Migrationshintergrund oder eine Migrationsgeschichte (Amt für Statistik und Stadtforschung, 2019).

Angesichts der „Wiesbadener Leitlinien für Bürgerbeteiligung“, die die Landeshauptstadt bereits 2015 entwickelt hat, und der Vorreiterrolle der Stadt bei der Entwicklung von Beteiligungsinstrumenten (etwa dem Informations- und Beteiligungsportal dein.wiesbaden.de) stellte sich Biebrich als besonders spannend für uns heraus. Neben zahlreichen planerischen Aktivitäten weist Biebrich eine dichte, mehr oder weniger gut vernetzte soziale



Galatea-Anlage, Wiesbaden-Biebrich



Blick auf den Rhein, Wiesbaden-Biebrich



Schaufenster der Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule, Wiesbaden-Biebrich



Robert-Krekel-Anlage, Wiesbaden-Biebrich



Schaukasten neben der Robert-Krekel-Anlage



Galatea-Brunnen an der Robert-Krekel-Anlage

Infrastruktur an Initiativen auf. Städtische und soziale Träger, Vereine und Begegnungszentren, Initiativgruppen und Ortsbeiräte, die die Belange des Ortsteils vertreten, zeichnen ein lebendiges Bild.

Doch trotz aller Bemühungen seitens der Stadt wie der Stadtgesellschaft stellte sich 2019 bei einer Befragung heraus: Beim Thema Bürgerbeteiligung dominiert bei mehr als der Hälfte der Befragten der Eindruck, machtlos zu sein (wenn auch der Prozentsatz sich im Vergleich zu den Jahren zuvor deutlich verbesserte). Und: Je geringer die Ausstattung und die Verfügbarkeit von Ressourcen wie Bildung, Berufstätigkeit oder Einkommen ist, desto stärker ist das Empfinden von Machtlosigkeit (Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der Stadt Wiesbaden, 2019, gesamtstädtische Ergebnisse). Mit diesem Wissen zu den lokalen Gegebenheiten konnten wir unsere Fragen nach Interkultur in der Beteiligung gemeinsam mit engagierten, bereits beteiligungserfahrenen Akteuren aus Stadt und Verwaltung ebenso wie mit ansonsten unterrepräsentierten Stimmen sinnvoll angehen.

Ausschlaggebend für unsere Arbeit waren die Partnerschaften vor Ort: Bereits zu Beginn unserer Projektlaufzeit startete in Biebrich die Erarbeitung eines ∞ Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) Wiesbaden 2030+, dessen frühe Phase wir begleiten konnten. Vor allem ermöglichte die Stabsstelle Wiesbadener Identität, Engagement, Bürgerbeteiligung, den Zugang zur Zivilgesellschaft. Dabei konnten wir Initiativen wie ein Eltern-Café oder „Ideen für Biebrich“ in unsere Forschung einbinden. Ziel der Beteiligten ist aktuell, zusammen mit dem ∞ Quartiersmanagement eine lokale Partnerschaft aus Organisationen und Verbänden zu schaffen, die sich gegenseitig in ihrer Arbeit und ihren Interessen unterstützen.

Stimmen von Besucher*innen der ersten Vor-Ort-Intervention in Biebrich zur Frage: „Wenn Biebrich eine Person wäre, wie würden Sie sie beschreiben?“

„Also es ist keine Diva. [...] Es gibt halt ja auch viel Industrie hier, es hat schon was, ja, vielleicht schon eine Arbeiterin.“

„Ich glaube, es ist keine eine Person, sondern eigentlich eine Großfamilie. Oder Patchworkfamilie, vielleicht noch besser, irgendwie.“

„Zufrieden. Und frei. Also man hat hier Meinungsfreiheit. Man kann hier die eigene Meinung sagen, ja, ohne dass jemand was dagegen irgendwie sagt, ja?“

Der Stadtteil Berlin-Moabit

In Berlin konzentrierten wir uns auf den Stadtteil Moabit, in dem sich zwei Fördergebiete des Programms \mathcal{O} „Soziale Stadt“ (seit 2020: „Sozialer Zusammenhalt“) und eine Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete befinden. Das Land Berlin installierte dort eines der Integrationsmanagements aus dem Programm „Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften“ (BENN), das zur Integration Geflüchteter in den Nachbarschaften im Umfeld von Unterkünften beiträgt. Das BENN-Team ermöglichte uns den Zugang zu Bewohner*innen der Erstaufnahmeeinrichtung in der Nachbarschaft und zu Stadtteilinitiativen, die vor Ort bereits aktiv waren und Vertrauen aufgebaut hatten, das sie für das INTERPART-Team aktivieren konnten.

Auch in Moabit fanden wir eine spannende Ausgangssituation vor: Das Zusammenleben im Viertel ist sehr divers, mehr als die Hälfte der Einwohner*innen weist einen Migrationshintergrund auf, d. h. eine Person selbst oder mindestens ein Eltern- oder Großelternanteil besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt. Die Bevölkerung ist im Durchschnitt vergleichsweise jung, die soziale Struktur sehr stark von Zu- und Wegzug, von steigenden Mieten und sozialen Ungleichheiten geprägt (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2021). Teile des

Bezirks sind bereits seit vielen Jahren Teil der Förderkulisse „Soziale Stadt“, in der sich Quartiersmanagement-Büros vor allem in den Bereichen Bildung und Nachbarschaftsarbeit engagieren.

Im Juli 2019 legte die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Leitlinien der Bürgerbeteiligung vor, die das Ziel haben, Planung transparenter zu gestalten und die Qualität der Beteiligungsverfahren zu verbessern – unterstützt durch die Informations- und Beteiligungsplattform mein.berlin.de (SenSW, 2019). Hinzu kommt, dass sich im Bezirk Berlin Mitte, zu dem Moabit gehört, das vom Bezirk etablierte Büro für Bürgerbeteiligung engagiert. Es unterstützt die Stadtgesellschaft dabei, mithilfe der Leitlinien für Bürgerbeteiligung, die der Bezirk entwickelt hat, Netzwerke aufzubauen. Gleichzeitig tragen die zahlreichen interkulturellen und intergenerationellen Begegnungs- und Lernorte und die Quartiersmanagements zur Stärkung kultureller Standorte in Moabit bei. Auch hier geht es darum, verschiedene lokale Akteure dabei zu unterstützen, durch Begegnungsmöglichkeiten einen interkulturellen Dialog im Quartier zu schaffen.

Stimmen von Besucher*innen der Vor-Ort-Intervention in Moabit zu der Frage: „Wenn Moabit eine Person wäre, wie würden Sie sie beschreiben?“

„Schizophren wahrscheinlich! Es ist halt ziemlich divers. Ich habe den Eindruck, hier wohnen viele unterschiedliche Leute, wenn man sich so das Alter anguckt, den Habitus, so vom Style her. Gut, jetzt nicht superviele reiche Leute, das vielleicht eher nicht, also so richtig fancy ist es nicht. Aber an sich würde ich sagen, die Person ist auf jeden Fall crazy drauf, ein bunter Vogel. Bisschen irre vielleicht noch. Wenn das wirklich alles eine Person ist: oh oh [lacht]!“

„Komisch, ich denke immer an eine alte Oma, aber das ist vielleicht Quatsch [lacht].“

KAPITEL 2: DIE INTERPART-REALLABORE



Blick in die Bremer Straße, Berlin-Moabit



Streetart, Berlin-Moabit



Wohnanlage im Herbst, Berlin-Moabit



Auf dem ‚Platz ohne Namen‘, Berlin-Moabit



Unter der Brücke am ‚Platz ohne Namen‘



Blick unter die Wendeltreppe am ‚Platz ohne Namen‘

„Albert Einstein. Weil hier jeder – und das finde ich so schön hier – auf seiner eigenen Frequenz sein Ding macht. [...] Und wenn Du hier Dich mit den Menschen unterhältst, wenn Du beim Bäcker bist oder mal einen Kaffee trinkst, haben alle immer eine lustige Story, ich weiß auch nicht warum. Manchmal auch total bescheuert, aber es ist eine persönliche, eigene Story, die die Leute hier haben. [...] Und hier macht jeder große Dinge im Kleinen. Die kleinen Sachen erfreuen die Menschen hier, das finde ich schön.“

„Ein bisschen verrückt, jung, multikulti, frei-zickig manchmal! [alle lachen] Es ist doch so! Es ist ganz normal, menschlich eben. Aber auf keinen Fall langweilig.“

Offen dafür sein, was im Prozess entsteht

Der Forschungsprozess von INTERPART war von Anfang an iterativ angelegt. Es wurde also kein festes Programm ‚abgewickelt‘. Vielmehr gaben Anregungen und Erkenntnisse aus den verschiedenen Beteiligungsformaten immer wieder Anlass für Veränderungen von Fragestellungen und Lösungsansätzen. Diese wurden im weiteren Verfahren geprüft, bewertet und gegebenenfalls wieder verändert. So konnten die Einsichten aus den einzelnen Forschungsaktivitäten laufend mit den Ko-Forscher*innen reflektiert und das Vorgehen angepasst werden. Dieses ergebnisoffene Vorgehen machte es möglich, flexibel zu sein für das, was sich im Laufe des Prozesses ergab.

Diese im Reallabor typische Vorgehensweise sah vor, dass wir uns schrittweise neuen Ansätzen und Erkenntnissen nähern. So wurde sichergestellt, dass sich der Forschungsprozess im Wechselspiel zwischen Forschungsstand/theoretischem Wissen, Thesen, Interventionen, Workshops und Auswertungen bewegte. Um diesem Wechselspiel und dem Reallabor-Ansatz der Ko-For-

schung gerecht zu werden, beinhaltete der Forschungsprozess viele reflexive Momente. So wurden die Erkenntnisse aus den gewonnenen Daten gemeinsam mit den Ko-Forscher*innen sowohl aus den Verwaltungen als auch mit den Intermediären und der Zivilgesellschaft reflektiert und jeweils gemeinsam mit ihnen weiterentwickelt. Für diese Vorgehensweise war deutlich mehr Offenheit und Flexibilität notwendig als in traditionelleren Forschungsformaten. Das iterative Vorgehen erleichterte aber den Umgang mit komplexen sozialen Realitäten: Diese offenbaren sich häufig erst im Forschungsprozess, sodass Anpassungen der nächsten Schritte im Projektverlauf sinnvoll sind.

Die folgende Darstellung bietet einen chronologischen Überblick über alle Forschungsaktivitäten über den Projektzeitraum von drei Jahren. Pandemiebedingt mussten wir unsere Aktivitäten in den Jahren 2020 und 2021 auf hybride oder digitale Formate umstellen. Dies kostete Zeit und hatte Einfluss auf den Forschungsprozess und die Forschungsergebnisse. Doch ergaben sich daraus auch neue Einblicke in unser Thema (↪ vgl. insbes. Kap. 7).

Forschungsaktivitäten – Chronologische Darstellung



Zivilgesellschaftliche Akteure



Intermediäre; städtische Organisationen, die vor Ort arbeiten



Verwaltungen



Wissenschaftler*innen (intern und extern)



Physisches Treffen



Digitales Treffen

Aufaktworkshop			
Berlin	📍	📺	
Wiesbaden			
😊	🔄😊	😊👤	👤😊
29 OKT 2018			

Aufaktworkshop			
Berlin	📍	📺	
Wiesbaden			
😊	🔄😊	😊👤	👤😊
12 NOV 2018			

Expert*innen-Interviews zu Beteiligungserfahrungen			
Berlin	📍	📺	
Wiesbaden			
😊	🔄😊	😊👤	👤😊
18 JUN 2018 – 9 DEZ 2019			

Aufsuchende Straßenbefragung			
Berlin	📍	📺	
Wiesbaden			
😊	🔄😊	😊👤	👤😊
19 DEZ 2018			

Aufsuchende Straßenbefragung			
Berlin	📍	📺	
Wiesbaden			
😊	🔄😊	😊👤	👤😊
7 JAN 2019			

Internationales Symposium „Creating Spaces of Intercultural Participation“			
Dortmund	📍	📺	
😊	🔄😊	😊👤	👤😊
28–29 MÄR 2019			

Fachworkshop 1			
Berlin	📍	📺	
Wiesbaden			
😊	🔄😊	😊👤	👤😊
4 APR 2019			

Fachworkshop 1			
Berlin	📍	📺	
Wiesbaden			
😊	🔄😊	😊👤	👤😊
9 APR 2019			

Vor-Ort-Intervention 1			
Berlin	📍	📺	
Wiesbaden			
😊	🔄😊	😊👤	👤😊
4 JUN 2019			

KAPITEL 2: DIE INTERPART-REALLABORE







Vor-Ort-Intervention 1
inkl. Workshop

Berlin			
Wiesbaden			
			
17 JUN 2019			






Fokusgruppen-Interview
mit Teilnehmer*innen der
Vor-Ort-Intervention 1 in
Wiesbaden

Berlin			
Wiesbaden			
			
13 SEP 2019			






Fachworkshop 2

Berlin			
Wiesbaden			
			
18 SEP 2019			







Vor-Ort-Intervention 2

Berlin			
Wiesbaden			
			
20 SEP 2019			







Prototyp-Testing im
Rahmen der
Vor-Ort-Intervention 2

Berlin			
Wiesbaden			
			
20 SEP 2019			

Fachworkshop 2

Berlin			
Wiesbaden			
			
23-24 SEP 2019			





Vor-Ort-Intervention 2

Berlin			
Wiesbaden			
			
31 OKT 2019			

Verstetigungsworkshop 1
Interkultur in der
Bürgerbeteiligung

Berlin			
Wiesbaden			
			
3 JUN 2020			

Fachdialog 1
Potenziale und Grenzen
digitaler Formate von
Beteiligung

Berlin			
Wiesbaden			
			
9 JUN 2020			

Verstetigungsworkshop 1
Integrationskonzept und
Bürgerbeteiligung
zusammen denken

Berlin			
Wiesbaden			
			
11 SEP 2020			

Fachdialog 2
Rassismus in den
Institutionen

Berlin			
Wiesbaden			
			
14 SEP 2020			

Gemeinsamer Fach-
workshop/ Austausch der
Verwaltungen







Berlin			
Wiesbaden			
			
24-25 SEP 2020			

KAPITEL 2: DIE INTERPART-REALLABORE



Thinking-Along-Testing mit der Verwaltung im Rahmen des Fachworkshops

Berlin			
Wiesbaden			
			
24-25 SEP 2020			






Digitales Thinking-Along-Testing des Prototyps

Berlin			
Wiesbaden			
			
2 OKT 2020			

Verstetigungsworkshop 2 Interkultur in der Personalentwicklung

Berlin			
Wiesbaden			
			
18 NOV 2020			


Podcast-Ko-Produktion

Berlin			
Wiesbaden			
			
SEP 2020 - NOV 2020			

Validierungsworkshop mit Zivilgesellschaft Moabit

Berlin			
Wiesbaden			
			
23 NOV 2020			

Validierungsworkshop mit Zivilgesellschaft Biebrich

Berlin			
Wiesbaden			
			
18 JAN 2021			



Validierung mit der verwaltungsinternen Projektgruppe

Berlin			
Wiesbaden			
			
8-28 FEB 2021			



Abschlusskonferenzwoche

Berlin			
Wiesbaden			
			
19-23 APR 21			

Abschluss-/Verstetigungsveranstaltung Biebrich

Berlin			
Wiesbaden			
			
25 MAI 2021			

Abschlussgespräche Moabit







Berlin			
Wiesbaden			
			
24 Aug 2021			

3 Beteiligung als Ko-Produktion von Wissen für die Stadtentwicklung



- 🔍 [Hier geht es zum Glossar.](#)
- 📖 [Hier geht es zu den Methoden, Artefakten und Werkzeugen.](#)
- ➔ [Hier wird das Thema weiter vertieft.](#)


Kurzfassung

INTERPART hatte das Ziel, partizipativ über Beteiligung zu forschen, um bisher beteiligungsferne Stadtbewohner*innen besser ansprechen zu können. Beteiligung war somit gleichzeitig Strategie und Gegenstand der Forschung. In der Stadtentwicklung ist Beteiligung ein kommunikativer Prozess, in dem Stadtplaner*innen und Stadtnutzer*innen gemeinsam Wissen produzieren. Die Gestaltung der Kommunikation spielt deshalb eine wichtige Rolle bei Beteiligungsangeboten: Sie beeinflusst, wer sich äußert und wie welches Wissen entsteht. Veranstalter*innen und Teilnehmer*innen bringen unterschiedliche Erfahrungen, Kompetenzen, Ressourcen und Emotionen mit. Aktuelle gesellschaftliche Debatten, z. B. über Gentrifizierung, Mietpolitik oder das Recht auf Stadt, können sich auf konkrete Beteiligungsverfahren auswirken. Gesellschaftliche (Macht-)Verhältnisse, Privilegien und Erfahrungen mit Diskriminierung und Rassismus müssen bei der Gestaltung von Beteiligungsangeboten berücksichtigt werden.

Auch in den  Vor-Ort-Interventionen und verschiedenen  Workshop-Formaten von INTERPART zeigten sich unter den Stadtnutzer*innen unterschiedliche Wissensbestände, Erwartungen und Anforderungen an Beteiligung. Diese berücksichtigten wir bei der Gestaltung von Ansprache und Prozess, um Machtungleichgewichte zu bearbeiten. Dazu gehörten Unterschiede zwischen Fach- und Alltagssprache genauso wie zwischen unterschiedlichen Erstsprachen. Sprachmittler*innen erwiesen sich auf mehreren Ebenen als große Unterstützung bei Veranstaltungen, und Objekte wie eine mehrsprachige  Klingel-Installation auf einem Quartiersplatz und ein  Brettspiel zum Thema Beteiligung dienten als Gegenstand und Anlass für den  Dialog. Bei der Entwicklung des  Online-Beteiligungstools (↪ Kap. 7) wurden auch nicht-sprachbasierte Kommunikationswege berücksichtigt.

Um Stadtnutzer*innen miteinander ins Gespräch zu bringen und ein Bewusstsein für unterschiedliche Perspektiven zu wecken,

schufen wir außerdem verschiedene Dialog-Räume: Zum Beispiel ermöglichte eine  Erzählrunde, gestaltet als ein Erzähldom, auf einem öffentlichen Platz Diskussionen über das Zusammenleben im Quartier, und ein  Podcast bot eine Plattform für den Austausch von Stadtteilinitiativen und Bewohner*innen. Solche interkulturellen Dialog-Räume können unterschiedliche Perspektiven auf das Leben im Stadtteil miteinander in Beziehung setzen. Sie lassen sich bei konkreten Beteiligungsanlässen oder auch in Vorbereitungsphasen der eigentlichen Beteiligung nutzen, in der sogenannten ‚Phase Null‘ (↪ Kap. 8).

Persönliche Einladungen und die Rücksichtnahme auf zeitliche und räumliche Restriktionen der Teilnehmenden (z. B. Kinderbetreuung) zeigen eine wertschätzende Haltung gegenüber den Stadtnutzer*innen und ihrer Bereitschaft, Zeit in den Dialog zu investieren. Wenn Bewohner*innen nicht nur als Lieferant*innen konkret benötigter Informationen für die  Stadtplanung adressiert werden, kann auch für sie ein Mehrwert entstehen, z. B. durch einen Perspektivwechsel oder die Gelegenheit zu nachbarschaftlichem Dialog. Begrenzte Ressourcen (Personal, Zeit, Geld) auf Seiten der Veranstalter*innen von Beteiligung stehen dem jedoch häufig ebenso entgegen wie fehlende Entscheidungsspielräume in den Projekten, um die es geht.

Die Vielfalt der Stadtgesellschaft kann nicht mit einheitlichen Strategien in der Beteiligung erreicht werden: Verschiedene Anwendungskontexte erfordern jeweils eigene Vorgehensweisen. Aus Sicht von INTERPART braucht es zudem bereits bei der Vorbereitung eine ehrliche Verständigung über Anspruch und Wirklichkeit einer Beteiligung, um beides einander näherzubringen.

Erkenntnisse aus der Fachdiskussion

Beteiligung in der Stadtentwicklung

Viele Stadtnutzer*innen wissen nicht, was Beteiligung in der Stadtentwicklung eigentlich ist. Dabei war die Einführung der Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre umkämpft. Studenten-, Frauen- und Umweltbewegungen forderten damals eine neue politische Kultur und mehr Mitbestimmung der Bürger*innen. Auf städtischer Ebene standen z. B. der Abriss ganzer Stadtviertel zugunsten von neuen Wohn- oder Verkehrsprojekten und die damit verbundene Vernichtung preisgünstigen Wohnraums in der Kritik. Er wolle „mehr Demokratie wagen“, versprach der damalige Bundeskanzler Willy Brandt deshalb im Jahr 1969. In der Stadtentwicklung schlug sich dies zunächst in den vertieften Untersuchungs- und Beteiligungsvorschriften der Städtebauförderung (1971) nieder.

Heute sind Lokalpolitik und Verwaltung zu Bürgerbeteiligung verpflichtet – entweder ‚formell‘ entsprechend gesetzlicher Regelungen und Mindeststandards oder ‚informell‘, wenn das Beteiligungsverfahren nicht gesetzlich geregelt ist (Paust, 2016). Neben Bürgerbeteiligung sind auch Begriffe wie Partizipation oder Öffentlichkeitsbeteiligung geläufig, nicht zuletzt deshalb, weil der Begriff Bürgerbeteiligung missverstanden werden kann als ein Verfahren, das sich nur an deutsche Staatsbürger*innen wendet.

Während in den 1970er Jahren Bewohner*innen vehement für ihre Mitspracherechte kämpften, müssen Stadtplaner*innen heute um Aufmerksamkeit für ihre Anliegen ringen – auch im digitalen Raum (↪ Kap. 7). Oft ist die Resonanz auf Beteiligungsangebote gering, zusätzlich spiegelt die Zusammensetzung der Teilnehmer*innen nicht die Vielfalt der Bewohnerschaft wider. In

Diskussionen über Beteiligung treffen zudem ganz unterschiedliche Erwartungen und Absichten aufeinander. Die Idee von Beteiligung wird deshalb immer wieder auch kritisch hinterfragt, sowohl von Planer*innen als auch von Bürger*innen (z. B. Selle, 2004; 2013).

Denkraum

Welche Menschen treffen in Partizipationsverfahren aufeinander, die Sie normalerweise planen oder an denen Sie zuletzt teilnahmen?
Welche Art von Wissen bringen die Menschen mit?
Erinnern Sie sich an Situationen, in denen Sie ein bestimmtes Wissen überrascht hat?

Stufen der Beteiligung

Beteiligung kann verschiedene Stufen der Mitbestimmung, Mitgestaltung und Einmischung umfassen. Dies veranschaulicht die sogenannte ‚Leiter der Partizipation‘, entwickelt von der US-amerikanischen Regierungsberaterin Sherry Arnstein (in deutscher Sprache: Arnstein, 1972). Die Leiter hat acht Sprossen, angeordnet nach dem Maß an Entscheidungsmacht, das Stadtnutzer*innen gewährt wird. Inzwischen gibt es viele Varianten mit mehr oder weniger Stufen. Das Leitermodell macht deutlich, dass das Sprechen über Beteiligung keineswegs eindeutig ist, sondern sich Sprecher*innen und Zuhörer*innen oft gedanklich auf verschiedenen Leitersprossen befinden. Mögliche Folgen sind Missverständnisse, enttäuschte Erwartungen sowie unterschiedliche Bewertungen, ob ein Beteiligungsprozess erfolgreich war oder nicht.

Leiter der Partizipation (nach Arnstein, 1972)	
8. Entscheidungsmacht der Bürger*innen	Partizipation
7. Delegierte Entscheidungsmacht	
6. Partnerschaftliche Mitwirkung	
5. Beschwichtigung	Schein-Beteiligung
4. Anhörung	
3. Information	
2. Belehrung	Nicht-Partizipation
1. Manipulation	

In den vergangenen Jahren wurden Beteiligungsangebote in vielen Städten und Gemeinden ausgebaut. Vielerorts erarbeiteten Politik, Verwaltung und Bürger*innen gemeinsam Leitlinien mit Standards und Kriterien für ‚gute‘ Beteiligung (Paust, 2019). Damit verbunden ist häufig das Ziel, möglichst vielen Menschen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen eine Beteiligung an der Stadtentwicklung zu ermöglichen. Einerseits erhoffen sich Stadtplaner*innen davon ein umfassendes Meinungsbild zu den eigenen Plänen und Vorhaben. Andererseits möchten sie möglichst vielen Menschen Wege der demokratischen Einflussnahme und städtischen Teilhabe eröffnen. Stadtnutzer*innen sollen Erfahrungswissen über ihre Lebensumwelt als ‚Expert*innen ihres Alltags‘ selbst einbringen (Björgvinsson et al., 2010).

Das kollaborative Modell von Planung

Seit den 1990er Jahren gibt es das kollaborative Modell räumlicher Planung, das soziale und kulturelle Vielfalt in der Stadtgesellschaft explizit anerkennt (Healey, 2006, S. 40). Es geht davon aus, dass unterschiedliche Lebenswirklichkeiten in Städten keine

Ausnahme sind, sondern die Regel. Stadtplaner*innen sollen Akteure mit einem legitimen Interesse am Prozess aktiv und offensiv einbinden und ihnen die Gelegenheit geben, ihre Netzwerke und Kompetenzen zu erweitern (Healey, 2006, S. 71).

Beteiligung ist dabei ein zentraler Baustein und zeichnet sich im Idealfall durch Offenheit und gegenseitige Wertschätzung aus. Ihr Ziel ist es diesem Verständnis nach nicht, vorgefertigte Meinungen der Teilnehmer*innen zu einem geplanten Vorhaben ‚abzuholen‘. Vielmehr geht es darum, gemeinsam ein Verständnis für ein Problem, für unterschiedliche Sichtweisen darauf und für mögliche Handlungsoptionen zu entwickeln. Auf der Leiter der Partizipation ist dieses Beteiligungsverständnis oberhalb der Stufe ‚Partnerschaftliche Mitwirkung‘ anzusiedeln.

Ermöglicht die Prozessgestaltung dies, kann im Austausch der Stadtnutzer*innen – trotz aller individuellen und sozialen Unterschiede – ein gegenseitiges Verständnis für unterschiedliche Positionen, neue Meinungen und neues Wissen entstehen. Dabei sind neben rationalen Argumenten auch moralische Fragen, Emotionen und ästhetische Eindrücke zu berücksichtigen. Dies erfordert eine gewisse Offenheit des Prozesses, die jedoch nicht immer gegeben ist. Viele Stadtplaner*innen bemühen sich um eine transparente Kommunikation über Ziele und (begrenzte) Entscheidungsspielräume, um bei Teilnehmer*innen keine falschen Hoffnungen zu wecken. Die vorzeitige Beschränkung von Themen birgt allerdings die Gefahr, auch Menschen auszuschließen, für die diese Themen wichtig sind (Inch, 2015).

Die machtsensible Gestaltung von Beteiligung

Beteiligung machtsensibel zu gestalten, bedeutet nicht nur anzuerkennen, dass sich gesellschaftliche (Macht-)Verhältnisse auch hier niederschlagen. Im Gegenteil: Macht und Kommunikation sind untrennbar miteinander verknüpft und bedingen sich gegenseitig (Reuter, 2000). Deshalb verhilft Beteiligung Bevöl-



kerungsgruppen mit wenig Einfluss nicht automatisch zu mehr Handlungsmacht. Beteiligungsangebote, die sich ‚an alle‘ richten, bieten manchen Gruppen eher die Möglichkeit sich zu äußern als anderen. Zu einer Diskussionsveranstaltung kommen z. B. eher Menschen mit hohem Bildungsgrad, guten rhetorischen Fähigkeiten und ohne Scheu, sich vor Fremden zu äußern. Stadtnutzer*innen bringen aber höchst unterschiedliche Erfahrungen, Kompetenzen und Ressourcen mit.

Beteiligung kann so gestaltet werden, dass sich nur wenige Menschen befähigt fühlen, ihre Meinung zu einem Projekt (z. B. Plänen für eine neue Wohnbebauung) zu äußern, oder so, dass viele Menschen verschiedene Kommunikationsformen nutzen können. Um Menschen zu erreichen, die sich nicht für kompetent und ihr Alltagswissen nicht für relevant halten, um es in Diskussionen über Stadtentwicklung einzubringen, müssen explizite Signale gesetzt werden, damit Motivation zur Teilnahme entsteht und Barrieren abgebaut werden können.

Grundsätzlich ist zu fragen, weshalb Stadtnutzer*innen sich überhaupt in Beteiligungsprozesse einbringen und Zeit, Energie und Sachverstand in Diskussions- und Entscheidungsprozesse investieren sollten. Eine Aufwandsentschädigung gibt es häufig nicht, da dies der Erwartung widerspräche, dass Stadtnutzer*innen sich freiwillig und aus Eigeninteresse beteiligen. Wenn Beteiligung ein sozialer Prozess ist, kann jedoch eventuell auf anderen Ebenen – z. B. über die Gelegenheit zum Perspektivwechsel oder die Möglichkeit zum nachbarschaftlichen Austausch – ein Mehrwert für die Teilnehmer*innen geschaffen werden.

Erfahrungen aus den INTERPART-Reallaboren

INTERPART hatte sich – ebenso wie manch andere Beteiligungsprojekte – zur Aufgabe gemacht, in zuvor nur bedingt vertrauten Stadtteilen und mit begrenzten Ressourcen Menschen für die Beteiligung zu gewinnen. Die Herausforderung war eine doppelte: Menschen zu beteiligen, um über Beteiligung zu forschen.

INTERPART startete mit  Expert*innen-Interviews mit Verwaltungsmitarbeiter*innen und der  Zivilgesellschaft über bisherige Erfahrungen mit interkulturellem Dialog und (digitaler) Beteiligung. Dabei kamen unterschiedliche Barrieren zur Sprache. Zum einen liegen sie in den institutionellen Rahmenbedingungen und in der Art und Weise begründet, wie (digitale) Beteiligung häufig organisiert ist. Zum anderen wurden Barrieren aber auch darauf zurückgeführt, dass die unterschiedlichen Voraussetzungen für Beteiligung bei einzelnen zugewanderten Gruppen noch zu selten berücksichtigt werden.

Institutionelle Barrieren für interkulturellen Dialog

Eine zentrale institutionelle Barriere besteht darin, dass offenbar viele Verwaltungsmitarbeiter*innen die Relevanz des Themas für ihren eigenen Arbeitsbereich nicht (an-)erkennen – auch dann nicht, wenn die jeweilige Behörde bereits ein Konzept oder Leitbilder für eine interkulturelle Öffnung offiziell verabschiedet hat. Die Institutionalisierung des Themas ist in den einzelnen Abteilungen ungleich verankert und hängt von individuellen Einstellungen mindestens ebenso viel ab wie von institutionellen Strategien. Der folgende Interview-Ausschnitt zeigt, dass der Bedarf für eine interkulturelle Öffnung offenbar auch mit der

Frage verknüpft wird, ob in einer Abteilung Menschen mit Migrationsgeschichte arbeiten oder nicht:

„Erstmal glaube ich, dass es [...] auf einer formalen Ebene angekommen ist. Wir haben mit allen Anforderungsprofilen immer interkulturelle Kompetenzen zu berücksichtigen und so weiter. Da ist auch viel passiert. [...] Nur dieser Begriff interkulturelle Öffnung ist ja sehr stark an Migranten angekoppelt, sodass dafür jetzt nicht so vordergründig der Bedarf bestand, weil die Verwaltungen eben weitgehend immer noch homogen sind, was die kulturelle Herkunft und kulturelle Zugehörigkeit angeht. So, und das ist der eine Aspekt innerhalb der Verwaltung. Ich glaube, da sind viele Tools da. Da, glaube ich, ist auch ein gutes Bewusstsein da, kann [aber] immer noch besser werden, muss vielleicht irgendwann auch nochmal erneuert werden durch bessere Schulungen, durch eine stärkere Alltagsbezogenheit.“ (#cd_005)

Auch wenn entsprechende Leitbilder existieren, gibt es häufig offenbar keinen offenen Austausch über die Frage, wie sie umgesetzt werden könnten:

„Das läuft unausgesprochen. Da gibt es keinen richtigen Diskurs, auch bei unseren Führungskräften [...] Aber wer überprüft das, und wie überprüfe ich das? Also so richtig durchgezogen hat sich das Thema Interkultur, also auch wenn ich das nicht mehr auf Kultur und Ethnien begreife, in der Verwaltung sicherlich nicht.“ (#cd_001)

Beteiligung wird häufig top-down von den Verwaltungen organisiert. Diejenigen, die angesprochen werden sollen, werden in der Regel nicht selbst als Expert*innen oder – in einer anwaltschaftlichen Position – über migrantische Selbstorganisationen konsultiert. Planer*innen betonen gerne den öffentlichen Charak-

ter der Beteiligung und dass es gleiche Chancen für alle gebe, sich zu beteiligen. Doch fehlen häufig z. B. mehrsprachige Informationen oder Einladungen in leicht verständlicher Sprache. Bei Beteiligungsangeboten, die allein sprachbasiert sind, werden Menschen mit fehlenden Sprachkenntnissen oder rhetorischen Fähigkeiten entmutigt, sich zu äußern. Ihre Aussagen werden deshalb teilweise auch weniger gewichtet.

„Wenn man es mal so ganz flapsig sagt: Wer beteiligt sich da auch bei? Das sind weiße, ältere Männer, gut gebildet und gut situiert. [Das kommt] natürlich durch das Format alleine, das gewählt ist. Es findet in bestimmten öffentlichen Räumen, [z. B. im] Rathaus, statt. Man muss sehr wortgewaltig oder sprachgewandt sein, um sich entsprechend zu beteiligen, darf keine Scheu haben, vor Gruppen zu reden, und [sollte] natürlich auch eine gewisse Beteiligungserfahrung oder Redeerfahrung haben. Von daher ist logischerweise durch diese Methode, die da gewählt wird, auch nur eine bestimmte Zielgruppe angesprochen.“ (#cd_003)

Vielen lokalen Behörden fehlt der direkte Kontakt zur städtischen Bevölkerung und insbesondere zu Migrant*innen-Selbstorganisationen, die in der Regel gerne in politischen Entscheidungsprozessen mitwirken. Dies hat auch mit der Arbeitsteilung zwischen öffentlicher Verwaltung und Dienstleistern oder intermediären Organisationen zu tun: Während die Stadtverwaltung für strategische Entscheidungen zuständig ist, sind Dienstleister wie Planungsbüros oder Quartiersmanagement-Büros für die Umsetzung und Arbeit ‚vor Ort‘ verantwortlich. Eine ähnliche Arbeitsteilung gibt es zwischen den verschiedenen Abteilungen innerhalb von Verwaltungen, sodass mögliche Synergieeffekte – z. B. zwischen Konzepten für Integration und für Beteiligung – nicht immer erkannt und genutzt werden.

Institutionelle Barrieren für digitale Beteiligung

Bei digitaler Beteiligung scheint es, dass – zumindest vor der COVID-19-Pandemie, als unsere Gespräche stattfanden – viele Verwaltungsmitarbeiter*innen selbst mit digitalen Formaten nicht vertraut waren oder auch die Zuständigkeiten nicht klar definiert waren:

„Es gibt immer so eine Frage, wer eigentlich auch digitale Beteiligung macht. Wer kommuniziert das denn? Also über die Plattform, wie heißt die gleich bei Berlin? [I: „Mein Berlin.de?“] Genau. Oder über Frau X, oder was wiederum macht die Pressestelle? Da gibt es durchaus auch Fragezeichen.“ (#pp_001)

Nicht zu unterschätzen sind Fragen des Datenschutzes (z. B. bei Social-Media-Kanälen, die die Verwaltung nicht nutzen darf). Für parallele oder crossmediale Formate (↪ Kap. 7) fehlt häufig eine entsprechende Personalausstattung. Für die Beantwortung von Anfragen, die online eingehen, muss aufgrund der üblichen Verwaltungswege und -hierarchien viel Zeit eingeplant werden. Das widerspricht der Schnelllebigkeit des Internets und den dort erwarteten kurzen Reaktionszeiten deutlich.

Interkulturell begründete Hemmnisse für Beteiligung

Viele Menschen fühlen sich nicht unbedingt angesprochen, wenn sie um Teilnahme an Diskussionen zur Stadtentwicklung gebeten werden. Sie assoziieren andere Personen mit dem Thema (z. B. Politik und Verwaltung). Menschen mit Migrationshintergrund nehmen sich oft nicht als ‚Bürger*innen‘ wahr. „Das Thema ist etwas für Deutsche“, sagte dann auch ein Teilnehmer einer Befra-

gung im Rahmen einer **M**aufsuchenden Beteiligung. Nicht alle fühlen sich in der Lage oder kompetent, sich an Stadtentwicklung zu beteiligen. Der Relevanz des eigenen Alltagswissens sind sie sich häufig nicht bewusst. Umgekehrt wird in den Einladungen zu Beteiligung häufig zu wenig herausgestellt, dass es gerade um dieses Wissen gehen soll.

„Meistens gibt es eine Veranstaltung, wo viele Leute [...] eingeladen werden, dann wird aber ein Plan vorgestellt und dann kann man noch ein bisschen was da zur Anmerkung sagen, ne? Und das ist natürlich was, was nun nicht gerade so animiert, vor allen Dingen auch in einer großen Runde. In einer großen Runde irgendwie die Meinung zu sagen, können sowieso nur ein paar Leute.“ (#hs_013)

Auch Sprache wurde immer wieder als wesentliche Barriere genannt. Erforderlich sind nicht nur Übersetzungen zwischen dem Deutschen und der jeweiligen Erstsprache, sondern auch zwischen Alltags- und Verwaltungssprache. Wenn Menschen befürchten, dass sie aufgrund fehlender Sprachkenntnisse stigmatisiert werden könnten, vermeiden sie es, an Beteiligungsveranstaltungen teilzunehmen. Dies gilt insbesondere, wenn sie bereits Diskriminierungserfahrungen gemacht haben.

„Aber das Wichtige war [bei einem bestimmten Beteiligungsverfahren] gewesen, vorher auch auf der Straße Hinweise aufzunehmen und in den Prozess mit einzubringen. Zumindest für Leute, die nicht eben halt dann an solchen Abendveranstaltungen teilnehmen möchten. Oder, wenn sie teilnehmen, dann meistens stumm sind, weil sie meinen, dass sie irgendwie nicht so redigewandt sind.“ (#rb_001)

Migrant*innen-Selbstorganisationen wünschen sich neben separaten Formaten für Migrant*innen auch Formate mit gemischten und gemeinsamen Settings (nach Geschlecht, Alter, Sprache).

„Und trotzdem würde ich mich gar nicht entscheiden wollen. Also ich glaube, dass sowohl das eine Format irgendwie wichtig ist, aber auch das andere Format: also irgendwie nach Geschlechtern getrennt, nach Alter getrennt oder nach Herkunftsländern vielleicht getrennt, oder aber auch ganz gemischt und heterogen. Würde ich auch aus den Erfahrungen heraus gar nicht entscheiden wollen.“ (#hs_002)


Generell scheint es ein Problem zu sein, dass Beteiligungsverfahren aus Sicht potenzieller Teilnehmer*innen zu stark vorstrukturiert sind. Neben den dadurch eingeschränkten Einflussmöglichkeiten fehlt somit auch der Anreiz, sich einzubringen.

Auswirkungen der digitalen Spaltung auf Online-Beteiligung


Was digitale Beteiligung angeht, brachte nicht erst die COVID-19-Pandemie ans Licht, dass vielen Menschen immer noch die notwendige technische Ausstattung fehlt. Gerade Geflüchtete haben häufig ein Smartphone, aber keinen Laptop, Computer oder – wie sich insbesondere in der Pandemie gezeigt hat – keinen WLAN-Anschluss. Über Smartphones lassen sich komplexere Beteiligungsinhalte jedoch meistens nur sehr unkomfortabel übermitteln. Die digitale Kluft besteht darüber hinaus auch mit Blick auf die Art der Nutzung digitaler Angebote. Die Wahl des Mediums ist personen- und altersabhängig. Jüngere Menschen kommunizieren seltener über E-Mail, während die Kommunikation mit Behörden häufig über E-Mail funktioniert. Älteren Menschen fehlt hingegen oft die digitale Affinität.

Video-Telefonate und -Konferenzen, die sich durch die Pandemie in vielen beruflichen und zivilgesellschaftlichen Kontexten etabliert haben, werden zum Teil skeptisch betrachtet, weil sie einen unerwünschten Einblick in die Privatsphäre und Lebensumstände der Menschen geben. Befürchtungen gibt es auch in

Bezug auf die Datensicherheit, insbesondere bei Anbietern, deren Server nicht in Deutschland stehen und die nicht der Datenschutzgrundverordnung verpflichtet sind. Inwieweit man sich durch Äußerungen im virtuellen Raum angreifbar macht, spielt z. B. für Geflüchtete eine wichtige Rolle. Zudem können Äußerungen in einer Sprache, die aus eigener Sicht noch nicht ausreichend beherrscht wird, Scham erzeugen und eine Teilnahme verhindern. Menschen vermuten dann mitunter, dass sie sich als ‚unwissend‘ zu erkennen geben oder dass der gewählte Ausdruck einen nicht gewollten Inhalt transportiert. Dies gilt digital stärker als im persönlichen Austausch.

Die Migrant*innen-Selbstorganisationen, mit denen wir sprachen, wiesen darauf hin, dass gerade bei der Teilnahme an (Online-)Formaten Aktivierung, Ermutigung oder Unterstützung notwendig sind. Beziehungsarbeit und direkter Kontakt sind unerlässlich, um Vertrauen zu gewinnen. In einen Beteiligungsprozess über digitale Tools und Online-Formate einzusteigen, ohne vorher einen persönlichen Kontakt aufzubauen, sehen sie als problematisch an. Ein direkter Kontakt ermöglicht auch ein bestimmtes Wissen über unterschiedliche Perspektiven und Lebensrealitäten, und Angebote können gezielt darauf zugeschnitten werden. In der  Erzählecke bevorzugten so gut wie alle Teilnehmer*innen das persönliche Gespräch gegenüber reinen Online-Veranstaltungen, wie das folgende Zitat zeigt:

„Ich sag mal, die Technik ist nicht aufzuhalten. Also, das finde ich auch in Ordnung. Aber das persönliche Gespräch, wenn es jemand ist, der auch, ich sag mal, diese Information dann möglichst so weitergibt oder so mitträgt, dann, ja, also wertfrei, dann finde ich auch ein persönliches Gespräch sehr gut, ja?“ (#hs_019)

Diese Erkenntnisse flossen in die weitere Arbeit von INTERPART wie die Podcasts sowie den  Prototypen für das Online-Beteiligungstool ein.

Kontakte knüpfen

Unser Beteiligungs- und Kommunikationskonzept hatte zunächst das Ziel, Interesse für das Projekt zu wecken. Bei den ersten Vor-Ort-Interventionen wollten wir das Projekt in den Quartieren in Berlin und Wiesbaden vorstellen und uns mit den Menschen und der Situation vor Ort vertraut machen. Zentral waren für uns eine empathische und offene Haltung und das Bemühen, unterschiedliche Erwartungen an und Erfahrungen mit Beteiligung zu verstehen.

In beiden Reallaboren nutzte INTERPART analoge und digitale Wege für eine interkulturelle Ansprache der Stadtnutzer*innen. Auch bei der visuellen Prozess- und Mediengestaltung (Flyer, Plakate, Webseiten, Räumlichkeiten) suchten wir nach einer wertschätzenden Ansprache. Um Teilnehmer*innen zu gewinnen, gingen wir aktiv auf zivilgesellschaftliche und intermediäre Akteure vor Ort zu. Wir sprachen Personen und Initiativen an, die als Multiplikatoren für uns Informationen an viele Menschen weiterleiten, Wissen aufbereiten und Zugang zu schwer erreichbaren Gruppen herstellen konnten. Durch den mittelfristigen Aufbau von Beziehungen hofften wir, potenziell immer mehr Menschen zu ermutigen, sich ins Projekt einzubringen.

Bei der wertschätzenden Ansprache spielte auch die Berücksichtigung verschiedener Sprachen eine große Rolle. Sprache wurde in vielen Expert*innen-Interviews und Gesprächen bei den Vor-Ort-Interventionen als wesentliche Barriere für Interkultur in der Beteiligung genannt. Dabei ging es nicht nur um die Übersetzung zwischen verschiedenen Erstsprachen, sondern auch zwischen Fach- und Alltagssprachen. Interkultur bedeutete für uns deshalb auch, in unterschiedlicher Weise über Mehrsprachigkeit nachzudenken, wie wir nachfolgend durch Beispiele verdeutlichen werden (vgl. auch ↪ Kap. 4).

Denkraum

Wie sehen die Veranstaltungsplakate aus, die Ihnen in Ihrer täglichen Arbeit begegnen? Welchen Abstimmungsprozess durchlaufen diese Plakate? Wer könnte sich besonders angesprochen fühlen und wer weniger?

Mehrstufige Interaktionen

INTERPART wollte die Ko-Produktion von Wissen auf unterschiedlichen Wegen ermöglichen und dabei verschiedene (Gruppen von) Stadtnutzer*innen ansprechen. Der Gestaltung der sozialen und materiellen Rahmenbedingungen für die Interaktionen in den Reallaboren schenkten wir besondere Aufmerksamkeit. Beteiligung als Ko-Produktion von Wissen zu verstehen, lenkte die Gestaltung unserer Dialog-Räume – gerade mit Blick auf Interkultur (↪ Kap. 4). Menschen sollten die Gelegenheit haben, eigene Positionen zum Ausdruck zu bringen, fremde Positionen kennenzulernen und beides zu reflektieren. Statt Konfrontation versuchten wir gegenseitige Wertschätzung zu befördern.

Die Aktivitäten in den Reallaboren bestanden aus mehreren Bausteinen, die in Biebrich und Moabit teilweise ähnlich gestaltet waren, sich in anderen Punkten aber auch unterschieden. Die Vor-Ort-Interventionen boten einen Anlass für gegenseitiges Kennenlernen und das Besprechen eigener Erfahrungen und gemeinsamer Fragen des lokalen Zusammenlebens. Die soziale und materielle Gestaltung kennzeichnete den jeweiligen Ort als Rahmen für die Begegnung. Es gab die Möglichkeit, gemeinsam zu essen, wobei in Moabit die Nachbar*innen die Essensangebote selbst zubereiteten und verteilten, unterstützt vom lokalen

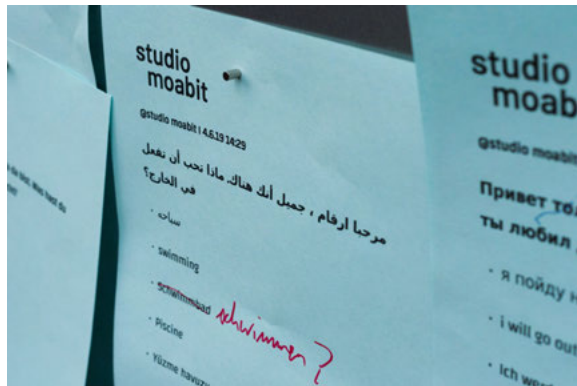
BENN-Team (↪ Kap. 2). Kinder konnten sich unter Aufsicht kreativ oder sportlich betätigen.

Die Ko-Produktion von Wissen über Beteiligung fand bei den Vor-Ort-Interventionen auf verschiedenen Wegen statt. An einer Klingel-Installation, die an einem hölzernen Tor angebracht war, kamen Menschen über das leicht zugängliche Thema ‚Freiräume‘ ins Gespräch. Gleichzeitig ließen sich dabei unterschiedliche Sprachen und Missverständnisse bei der Übersetzung erkennen und thematisieren. In der Erzählecke und Erzählrunde tauschten sich Teilnehmer*innen im Einzelgespräch mit einer Forscherin oder in Gruppengesprächen über ihre Erfahrungen mit dem Zusammenleben im Quartier aus. Beim Testen des Online-Beteiligungstools wurden Nutzungserfahrungen mit digitalen Oberflächen und Anforderungen an digitale Zugänge zu Beteiligung diskutiert. In Biebrich gab es bei einer Intervention, die in Kooperation mit der lokalen Stadtentwicklungsgesellschaft stattfand, zudem Stellwände, an denen Passant*innen ihre Meinungen zu konkreten Fragen der Stadtentwicklung aufschreiben oder ihre Prioritäten für Projekte benennen konnten. In allen Fällen konnten die Teilnehmer*innen selbst entscheiden, inwieweit sie eher beobachten oder sich auf die Interaktionen einlassen wollten.

In Biebrich fanden im Umfeld der Vor-Ort-Interventionen außerdem niedrigschwellige Workshops mit der Zivilgesellschaft statt. Ziel war dabei, Beteiligungsbedürfnisse unterschiedlicher Gruppen abzubilden und zu verstehen, wie diese miteinander in Dialog gebracht werden können. Bei zwei Workshops kam ein eigens dafür entwickeltes Brettspiel zum Einsatz. Es diente zivilgesellschaftlichen Initiativen als Medium, um sich über Beteiligung im Stadtteil zu verständigen.



Die Klingel-Installation, Vor-Ort-Intervention Berlin-Moabit



Maschinell generierte Übersetzungen, Vor-Ort-Intervention Berlin-Moabit



Warten auf den Ausdruck, Vor-Ort-Intervention Berlin-Moabit

Ansätze für eine Kultur der Mehrsprachigkeit

Sprache wurde in den Expert*innen-Interviews zu Beginn des Projekts als Barriere für Beteiligung genannt und auch im Laufe des Projekts immer wieder aufgegriffen. INTERPART unternahm den Versuch, Mehrsprachigkeit als Normalität zu verstehen. Dabei ging es keineswegs nur um verschiedene Erstsprachen, sondern auch um Unterschiede zwischen Fach- und Alltagssprachen.

Unsere Ressourcen und Sprachkompetenzen im Forschungsteam waren begrenzt. Ebenso wie Planer*innen in anderen Beteiligungsverfahren mussten wir Entscheidungen treffen, wie viele und welche Sprachen wir berücksichtigen wollten und wie unsere eigenen begrenzten Sprachfähigkeiten die Auswahl beeinflussen sollten: Würden Plakate in einer Sprache, die wir gar nicht sprechen, nicht falsche Erwartungen wecken?

Eine lückenlose Mehrsprachigkeit konnten wir nicht leisten. Vielmehr wollten wir zu einem pragmatischen Umgang mit den Realitäten der Mehrsprachigkeit anregen. Die Klingel-Installation bot hierzu die Gelegenheit. Stadtnutzer*innen, die verschiedene Sprachen sprechen, konnten durch die Klingel-Installation aktiviert werden. Besonders Personen, die die Amtssprache Deutsch noch nicht gut sprachen, sowie Kindern und Jugendlichen wurde so ein spielerischer Einstieg in den Austausch geboten. Obwohl zu keinem konkreten Inhalt beteiligt wurde und die Fragen der Klingel-Installation sich nur sehr allgemein auf das Thema ‚öffentlicher Raum‘ bezogen, konnte ein Raum für die Auseinandersetzung mit der Nachbarschaft geschaffen werden. Die mehrsprachige Ausrichtung der Klingel-Installation unterstützte einen gleichberechtigten Umgang mit Sprache in der Beteiligung. Sie schaffte es, sprachliche Diversität positiv sichtbar zu machen und Sprachbarrieren zu überbrücken.

Zu den Vor-Ort-Interventionen luden wir Sprachmittler*innen ein, d. h. Menschen, die entweder professionell oder ehrenamtlich zwischen Fremdsprachen übersetzen. Sie brachten sich in Gespräche ein und halfen auch jenseits der reinen Übersetzung

bei der Verständigung. Außerdem waren sie gelegentlich in der Erzählecke dabei, in der ohne sie manches Gespräch nicht möglich gewesen wäre.

Wann ist ein Platz ein Platz? 4. Juni 2019 14-19 Uhr

Salzwedeler Str./Quitowstr.

studio-moabit.org

		بطولة تنس الطاولة
Tischtennis-TURNIER		mehrsprachige Installation
	table tennis tournament	
installation multilingue	تركيب متعدد اللغات	çok dilli kurulum

tu | Logo Berlin | Design Research Lab | zebra|og | urbanplus | be|g | WITENBADEN | MITTE

instagram.com/studio_moabit

Die Sprachmittler*innen konnten nicht nur wörtlich in die jeweiligen Sprachen übersetzen, sondern auch inhaltlich vermitteln und erklären. Sie repräsentierten die von uns angestrebte Kultur der Mehrsprachigkeit und zeugten von unserem Bemühen, Stadtnutzer*innen unabhängig von sprachlichen Fähigkeiten Gehör zu

verschaffen. Viele Teilnehmer*innen konnten in ihrer jeweiligen Alltags-/Erstsprache kommunizieren und komplexe Themen in einfacher Sprache vermitteln.

So äußerten z. B. bei einer Brettspielrunde die Teilnehmerinnen den Wunsch, ins Türkische zu wechseln. Nun war die Moderatorin des INTERPART-Projekts diejenige, für die übersetzt werden musste. Ein Rollenwechsel fand statt. Die neuen Verständigungsmöglichkeiten brachten neue Perspektiven auf die besprochenen Themen mit sich.

Sprachen, Kulturen, Macht

Eine gemeinsame Sprachebene zu finden, bedeutet auch eine Vermittlung zwischen Alltagssprache und (planerischer) Fachsprache. Denn auch hier werden unterschiedliche Kulturen erkennbar. Für INTERPART folgte aus dieser Erkenntnis, einen Fokus auf das Erzählen zu setzen (↪ Kap. 6). Über Erzählungen sollten Ko-Forscher*innen aus der Stadtgesellschaft ihr Erfahrungs- und Alltagswissen in der eigenen Sprache bzw. Ausdrucksweise einbringen können, anstatt mit Planentwürfen, Detailfragen oder der Aufforderung konfrontiert zu werden, ihre Wünsche an die Stadt- bzw. Quartiersentwicklung zu formulieren. Dadurch, dass Erzählen eine eingeübte Alltagskompetenz darstellt, bietet es einen unkomplizierten Zugang zu den komplexen Themen der Stadtentwicklung. In einem Interview sagte eine Vertreterin der lokalen Zivilgesellschaft:

„Verwaltung sollte auch bei der konkreten Planung mal rausgehen und mit den Leuten reden. Politik macht das zwar, meistens vor den Wahlen, aber ansonsten... Da ist Berührungsangst!“ (#rb_003, gekürzter Auszug)

Die Workshops bei den Vor-Ort-Interventionen in Biebrich zeigten, wie sich das Verständnis von und der Bedarf an Beteiligung zwischen verschiedenen Gruppen von Stadtnutzer*innen unter-

schieden. Dabei spielte die Migrationsgeschichte zwar eine Rolle, aber nicht die einzige. Beim Brettspiel äußerten die Teilnehmerinnen mit Migrationsgeschichte sehr konkret den Wunsch nach Information und Orientierung, gerichtet an Ansprechpartner*innen in der lokalen Verwaltung. Sie hatten klare Anliegen, aber kein Wissen, bei wem sie diese äußern könnten. Bei einem anderen Workshop wollte sich ein Teilnehmer zu Beginn nicht zum Quartier äußern und sich nur still dazusetzen. Am Ende sagte er, er habe erst während des Workshops verstanden, dass er tatsächlich auch etwas dazu zu sagen hätte.

In einem Expert*innen-Interview reflektierte ein Mitglied aus der verwaltungsinternen Projektgruppe dazu:

„Wir sprechen davon, dass wir Menschen gerne auf gleicher Augenhöhe mitwirken lassen, d. h. auch die Verantwortung tragen, und dass die auch das Gefühl haben: ‚Ich kann hier was verändern‘. Das heißt, die müssen ja schon richtig drin sein und das Gefühl [haben]: ‚Ich weiß, wo ich stehe, und ich kann mitwirken, und ich bin wertschätzend und erfahre Wertschätzung‘. Wenn das da ist, dann kann sowas funktionieren. Aber da muss erstmal dieses Gefühl da sein.“
(#hs_002, gekürzter Auszug)

Andere Gesprächspartner*innen aus einer Initiative, in der die meisten Mitglieder einen akademischen Hintergrund und keine Migrationsgeschichte haben, hatten keinen solchen Bedarf. Sie kamen ohne Zögern und ohne den ‚Umweg‘ des Sich-Positionierens direkt ‚zur Sache‘ und benannten selbstbewusst ihre Ziele und Wünsche. Sie waren mit Beteiligung vertraut. Auch der Umgang mit Behörden war für sie nichts Ungewöhnliches. Für sie waren dabei die eigenen Perspektiven ‚normal‘, und die Notwendigkeit, diese zu hinterfragen oder über Interkultur nachzudenken, sahen sie eher bei anderen. Beteiligung war für sie – ebenso wie für einige Planer*innen – Mittel zum Zweck. Allerdings kam im Laufe der Zeit auch bei ihnen die Frage auf, welche Barrieren für Interkultur es auch in der eigenen Initiative gibt.




Vergleichen der Antworten und Übersetzungen der Klingel-Installation, Vor-Ort-Intervention Berlin-Moabit



Workshop mit Brettspiel, Vor-Ort-Intervention Wiesbaden-Biebrich

Aufbauend auf diesen Beobachtungen plante INTERPART, einen Dialog zwischen den unterschiedlichen Initiativen im Quartier zu initiieren, um diesen Fragen gemeinsam nachzugehen. Pandemiebedingt konnte der Dialog leider nicht – wie geplant – in einem gemeinsamen Stadtspaziergang realisiert werden. Stattdessen erprobten wir zu diesem Zweck das Format der Podcasts (↪ Kap. 6).

Für uns bestätigte sich in den Fachworkshops,  Fachdialogen und Gesprächen über unterschiedliche Voraussetzungen und Erwartungen an Beteiligung, welche Macht mit der Gestaltung von Prozessen verknüpft ist – von der Einladung und Information über die Methoden und Räumlichkeiten bis hin zu den Inhalten. Macht bedeutet, dass bestimmte (Gruppen von) Stadtnutzer*innen ein- bzw. ausgeschlossen werden. Dies geschieht über Mechanismen wie Sprach-, Wort- und Bildwahl, aber auch über die Anerkennung oder Abwertung bestimmter Arten von Wissen über Stadtentwicklung. Wenn Partizipation davon lebt, dass Menschen sich freiwillig und zusätzlich zu ihren sonstigen Verpflichtungen einbringen, dann muss die unterschiedliche Verteilung von Vorwissen, Zeit, Energie und Sprachkompetenz berücksichtigt werden.

Reflexion

Wie kann Beteiligung so gestaltet werden, dass alle Stadtnutzer*innen sich angesprochen fühlen und aktiv mitmachen? Diese Frage kann auch INTERPART nicht generell, abschließend und für jeden Kontext anwendbar beantworten. Im Folgenden schlagen wir einige Aspekte vor, über die es sich aus unserer Sicht weiter nachzudenken lohnt.

Nützliches Wissen

Das Wissen, das in INTERPART auf verschiedenen Wegen koproduziert wurde, unterscheidet sich zum einen intern durch seine eigene Vielfalt. Zum anderen unterscheidet es sich von der Art des Wissens, das in vielen anderen Beteiligungsverfahren entsteht. Vieles davon ist persönlich und unübersichtlich. Wenn wir ehrlich sind, ist es für Planer*innen erst einmal nicht unmittelbar nützlich, zumindest nicht in dem Sinne, dass es direkt in ein Planungsvorhaben einfließen könnte.

Doch dieses Wissen trägt viel dazu bei, die Situation vor Ort zu verstehen. Es kann Planer*innen verdeutlichen, wer in einem Stadtteil wie zusammenlebt und welche Themen die Menschen bewegen – ähnlich wie sich dies im Quartiersmanagement vielerorts bewährt hat. Ein Mitglied aus der verwaltungsinternen Projektgruppe formulierte dazu folgende Gedanken:

„Wenn es Dialogstrukturen vor Ort gibt, dann werden dringende Themen eines Wohnquartiers dort untereinander thematisiert. Dies ist eine gute Möglichkeit, mit Partizipationsprozessen anzudocken oder Stadtentwicklungsthemen regelmäßig zu thematisieren. Auch Anliegen der Bewohner*innen können mit Verwaltung und Politik durch regelmäßige Besuche oder Sprechstunden adressiert werden.“ (#FWS3)

Für Stadtnutzer*innen ergibt sich ein Mehrwert, wenn sie nicht nur ‚geben‘, sondern auch etwas ‚mitnehmen‘ können, z. B. neue Kontakte, Informationen zu Ansprechpartner*innen oder einfach ‚nur‘ einen netten Abend mit Nachbar*innen. Beteiligung kann die Sprach- und Dialogfähigkeit aller Akteure erhöhen. Denn nicht alle Stadtnutzer*innen – unabhängig von Migrationsgeschichte oder Bildung – wissen, was Beteiligung ist und wie sie funktioniert. Anstatt ‚Beteiligungseliten‘ zu unterstützen, die ihr Recht auf Mitsprache selbstbewusst einfordern, gilt es, Räume zu schaffen, in denen Normalitäten hinterfragt und Normen erschüttert werden können. Auch wenn institutioneller Wandel ein langsamer Prozess ist, können dies erste Schritte in diese Richtung sein.

Haltung und Vertrauen

Verfügbare Ressourcen, politische Entscheidungsspielräume und methodische Kompetenzen spielen eine große Rolle dafür, was in einem Beteiligungsprozess überhaupt möglich ist. Doch auch die Haltung der Gestalter*innen von Partizipationsprozessen gegenüber denjenigen, die zur Teilhabe eingeladen werden, spielt eine wichtige Rolle. Dialog macht erst dann Sinn, wenn sich alle Beteiligten offen für unterschiedliche Erfahrungen zeigen und andere Sichtweisen vielleicht nicht immer teilen, aber dennoch als ebenso relevant anerkennen wie die eigenen. Ein Community Organizer in Berlin sagte dazu in einem Expert*innen-Interview:

„Wir legen Wert auf Vielfalt, weil Berlin eine vielfältige Stadt ist und wir es wichtig finden, die Leute nicht nach Hintergrund oder Zugehörigkeit, sondern als Bürger der Stadt respektvoll und auf Augenhöhe zu sehen. Wir haben Migrantengruppen als Mitglieder, wir haben auch reine Jugendgruppen, es ist sehr bunt gemischt. Da sind wir gut unterwegs, was das angeht. Ich denke, das A und O, warum wir das geschafft haben, das ist erstmal, den Leuten mit Offenheit und

ohne Schublade zu begegnen. Das heißt, wenn ich jemandem begegne, fange ich nicht an mit: ‚Der ist bestimmt das und das, und was darf ich und was darf ich nicht‘. Sondern ich begegne diesem Menschen einfach mit großem Interesse und versuche ihn aus diesem Gespräch heraus kennenzulernen. Es geht um diese Warum-Frage. Warum ist der so, was hat das mit seiner Geschichte zu tun? Und dann kann man die Menschen auch besser verstehen. Dieses Verständnis, dieses Vertrauen ist die Voraussetzung, um das zu schaffen, diese Offenheit.“ (#rb_009, gekürzter Auszug)

In einem Podcast thematisierten zwei Mitarbeiter*innen von BENN (↪ vgl. Kap. 2) ihre ersten Erfahrungen im Quartier:

„Wichtige Erfahrungen, die wir gelernt haben, ist auf jeden Fall, sich erstmal einen Schritt zurückzunehmen, zu beobachten und den Ort zu erkunden, herauszufinden, wer sind hier Schlüsselpersonen, wo treffen sich die Leute? Das ist eine von den Sachen, die ich auf jeden Fall gemerkt habe, also erstmal zuhören. Mehr zuhören, mehr gucken: Wo gibt’s die Möglichkeit, wie man zusammentreffen kann? Im Rahmen unserer Arbeit ist tatsächlich zu gucken, wie diese Orte, die so da sind, geöffnet werden können.“ (#SD_2_Pg)

Vermittelnde, intermediäre Institutionen oder Personen, die in einer Nachbarschaft Vertrauen genießen, können wertvolle Partner*innen in der Beteiligung sein. Dazu gehören Vereine, Schulen oder auch migrantische Selbstorganisationen. Gerade für Stadtnutzer*innen, die mit Verwaltungsvorgängen und Verwaltungssprache wenig vertraut sind, können Vertrauenspersonen Informationen und Sicherheit vermitteln, wenn es um Beteiligung geht. Sie haben zudem ein besseres Verständnis dafür, welcher Grad der Mitwirkung (Zuschauen, Probieren, Mitmachen) erwünscht und/oder bedarfsgerecht ist.

Beteiligung über ‚Bürgerbeteiligung‘ hinausdenken ...

Die höchste Stufe der oben erwähnten Leiter der Partizipation ist die Ermächtigung von Bürger*innen. Es gibt jedoch viele Initiativen, Vereine und Nachbarschaften, in denen Stadtnutzer*innen bereits selbstbestimmt Einfluss auf die Entwicklung ihrer Stadt(teile) nehmen, ohne dass Planer*innen involviert wären. Ein Fokus auf Beteiligung als Prozess, der gemäß den gesetzlichen Vorgaben von der Verwaltung ausgeht, versperrt in gewisser Weise den Blick: einerseits auf diese Formen des (meist ehrenamtlichen) Engagements und andererseits auf diejenigen Personen, die hier längst aktiv sind. Beteiligung und Ehrenamt sind Formen von Teilhabe, die sich ergänzen. Möglicherweise kann beides noch stärker miteinander verknüpft werden, um die Mitwirkung und Mitbestimmung von Stadtnutzer*innen in der Stadtentwicklung dauerhaft zu stärken.

Insgesamt schließen wir aus unseren Untersuchungen und Diskussionen, dass es keinen perfekten ‚Werkzeugkasten‘ für Interkultur in der Beteiligung geben kann. Ihre optimale Gestaltung hängt immer von Personen, dem lokalen Kontext, dem Vorwissen der Menschen und den räumlichen Bedingungen ab. Aber es gibt wichtige Fragen, die im Vorfeld offen und ehrlich beantwortet werden sollten: *Welchem Zweck und wem soll Beteiligung dienen? Welches Wissen bringen die Menschen mit, die erreicht werden sollen? Wie kommunizieren sie im Alltag, und was bedeutet das für die Ansprache, den Abbau potenzieller Barrieren sowie für die räumlichen und sozialen Anforderungen an den Dialog?*

4 Interkulturelle Dialog-Räume für Beteiligung

- 🔍 Hier geht es zum Glossar.
- 📖 Hier geht es zu den Methoden, Artefakten und Werkzeugen.
- ➔ Hier wird das Thema weiter vertieft.

Kurzfassung

Interkulturelle Dialog-Räume für Beteiligung in der Stadtentwicklung verstehen wir nicht als ‚Zwischenräume‘ zwischen klar voneinander unterscheidbaren und unveränderlichen Kulturen. Vielmehr geht es um Räume, die für Menschen mit unterschiedlichen (Migrations-)Geschichten ohne Barrieren zugänglich sind. Zugleich sollten sie so gestaltet sein, dass sie die Beteiligten motivieren, miteinander in \mathcal{O} Dialog zu treten.

Solche Räume entstehen in der Regel nicht zufällig. Sie müssen proaktiv gestaltet werden. Ein offenes Beteiligungsangebot ‚für alle‘ erreicht nur dann eine Vielfalt von Stadtnutzer*innen, wenn die unterschiedlichen Voraussetzungen und Barrieren für eine Teilnahme ausreichend reflektiert werden und sich das Ergebnis dieser Reflexion in der Gestaltung des Beteiligungsangebots niederschlägt. Unterschiedliche \mathcal{O} Milieus und Kommunikationsstile bloß zu tolerieren oder wenigstens nicht aktiv auszugrenzen, reicht nicht aus. Es geht hier vielmehr um aktive Anerkennung. Insofern ist das Ziel eines interkulturellen Dialogs nicht ohne Einfühlungsvermögen, Engagement und Ressourcen (z. B. Personal und Zeit) zu erreichen.

Um beteiligungsferne Milieus zu aktivieren, können über Angebote ‚für alle‘ hinaus aber auch zielgruppenspezifische Angebote sinnvoll sein. Solche Angebote geben die Gelegenheit, sich innerhalb einer Gruppe über gemeinsame Interessen und Bedürfnisse zu verständigen, ohne diese als ‚besonders‘ erklären zu müssen. Außerdem können sie Schutzräume für Gruppen bieten, die es nicht gewohnt sind, sich in der Öffentlichkeit zu äußern. Beteiligungsferne Milieus gibt es dabei nicht nur unter Menschen mit Migrationsgeschichte, sondern z. B. auch unter Jugendlichen und sozial benachteiligten Personen. Insofern beschränken sich interkulturelle Dialog-Räume nicht auf den Fokus Migration.

Die Fähigkeit zum interkulturellen Dialog ist eine Kompetenz, die Menschen im privaten Bereich ebenso wie bei ehrenamtlichem Engagement oder am Arbeitsplatz erwerben können. Als zur Gewohnheit gewordenes ‚verkörpertes‘ Wissen (Haraway,

1988) kommt sie im privaten und beruflichen Alltag zum Einsatz. Unerfahrenheit mit interkulturellen Begegnungen kann einen Dialog blockieren. Ein Beispiel ist, dass Menschen sich oft aus Angst vor Fehlern auf vertraute Positionen zurückziehen, die durch Regelwerke und Routinen abgesichert sind, anstatt sich offen auf neue Perspektiven einzulassen.

Das Konzept der interkulturellen Integration geht davon aus, dass der gemeinsame soziale und kulturelle Rahmen des Zusammenlebens wandelbar ist und eine neue Normalität entstehen kann. Die dabei notwendigen Aushandlungsprozesse sind dynamisch und verlaufen nicht ohne Konflikte. Wenn interkulturelle Integration gelingen soll, braucht es Engagement und Anstrengungen auf allen Seiten, einen interkulturellen Dialog – auch in der Stadtentwicklung – selbstbewusst und aktiv zu gestalten.

Erkenntnisse aus der Fachdiskussion

Das Leitbild der interkulturellen Integration

Zuwanderung ist kein neues Phänomen und in Deutschland inzwischen Normalität. Dennoch stellt sich die Frage nach der ∞ Teilhabe verschiedener zugewanderter Gruppen immer wieder neu. Menschen, die erst kürzlich nach Deutschland zugewandert sind, unterscheiden sich sowohl untereinander als auch von solchen Gruppen, die bereits vor Jahrzehnten hierherkamen, oder von den nachfolgenden Generationen. Unterschiede beziehen sich z. B. auf ihre Präferenzen, Kompetenzen und Ressourcen bei der Nutzung und Aneignung städtischer Räume. Menschen mit Migrationsgeschichte sind nicht mehr und nicht weniger vielfältig als Menschen ohne Migrationsgeschichte (Schneider, 2020).

Das Konzept der ‚interkulturellen Integration‘ aus der Migrationsforschung fordert von allen Mitgliedern einer Gesellschaft eine aktive Akzeptanz soziokultureller Unterschiede und gleichzeitig die Anerkennung eines gemeinsamen rechtlichen, kulturellen und sozialen Rahmens (Geißler & Weber-Menges, 2013). Dieser Rahmen ist wandelbar und kann daher auch neu verhandelt werden. Eine aktive Akzeptanz bedeutet dabei nicht nur, Zuwanderung und Diversität einfach nur zu tolerieren. Sie meint vielmehr, diese als Potenzial zu begreifen und vorausschauend zu gestalten.

Dabei zeichnet sich ein ‚Integrationsparadox‘ ab (vgl. im Folgenden El-Mafaalani, 2018): Je erfolgreicher Integration voranschreitet, desto mehr Konflikte entstehen, weil nun Menschen ein gesellschaftliches Mitspracherecht erhalten, die vorher ausgeschlossen waren. Geht es zunächst vor allem darum, auch ‚ein Stück vom Kuchen‘ (z. B. gleiche Bildungs- oder Karrierechancen) zu bekommen, wird später um den ‚Kuchen‘ selbst gerungen,

also um den gemeinsamen rechtlichen, sozialen und kulturellen Rahmen, der das Zusammenleben organisiert und regelt. In einer Gesellschaft, die von Zuwanderung und Vielfalt geprägt ist, sind Konflikte demnach ein gutes Zeichen für gelingende Integration – auch wenn das auf den ersten Blick widersprüchlich klingt. Integration bedeutet dann die Anerkennung, das Aushalten und das Verhandeln von Ambivalenzen und Konflikten (Foroutan, 2019, S. 24).

Interkulturelle Dialog-Räume

Das lateinische Wort ‚inter‘ bedeutet ‚zwischen‘. Das Wort Interkultur weckt deshalb die Erwartung, dass es um einen Zwischenraum zwischen feststehenden Kulturen geht – ähnlich wie früher ‚multikulti‘ für das Miteinander unterschiedlicher, meist ethnisch oder staatsbürgerlich definierter Gruppen stand.

Kultur meint hier jedoch ausdrücklich nicht, dass sich ethnische Gruppen entlang vermeintlich eindeutiger Merkmale voneinander unterscheiden lassen. Vielmehr meint der Begriff zum einen die unterschiedlichen Arten und Weisen, wie Menschen sich einen ‚Reim‘ auf gesellschaftliche Verhältnisse machen (Hark & Villa, 2017, S. 30) – geprägt u. a. von gelebten Traditionen, Erfahrungen, politischen und religiösen Institutionen sowie sozioökonomischen Verhältnissen. Zum anderen meint Kultur ein Prinzip der Organisation (Terkessidis, 2018, S. 10), z. B. im Sinne von Unternehmenskulturen.

Interkulturelle Dialog-Räume sind folglich keine Zwischenräume zwischen unterschiedlichen, klar abgrenzbaren Gruppen von Menschen. Es sind Räume, die für Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven auf Gesellschaft barrierefrei zugänglich (Terkessidis, 2018, S. 130) und so gestaltet sind, dass ein Dialog zwischen ihnen aktiv befördert wird. Solche Räume werden umso bedeutsamer in ‚postmigrantischen‘ Gesellschaften, d. h. Gesellschaften, die in ihren Strukturen und Alltagswelten von (andauernder) Zuwanderung geprägt sind (Hill & Yildiz, 2018).

Im INTERPART-Kontext sind interkulturelle Dialog-Räume in doppelter Hinsicht relevant: Beteiligung zu Themen der Stadtentwicklung kann zum einen selbst Kristallisationspunkt eines solchen Dialogs sein. Zum anderen sind Stadträume, also öffentliche und halb-öffentliche Orte im analogen und digitalen Raum (z. B. Plätze, Parks, Plattformen), potenzielle Orte interkulturellen Dialogs. Strategisch stellen sich zwei Fragen: Wie können solche Dialog-Räume initiiert und gestaltet werden? Und wie können unterschiedliche, z. T. höchst individuelle Barrieren erkannt und abgebaut werden? Solche Barrieren können materiell sein (wie Stufen zu einem Gebäude), aber auch räumliche und zeitliche Rahmenbedingungen, Sprache, Information und Orientierung (Terkessidis, 2018, S. 151–155).

Fokus auf Zielgruppen oder Normalisierung?

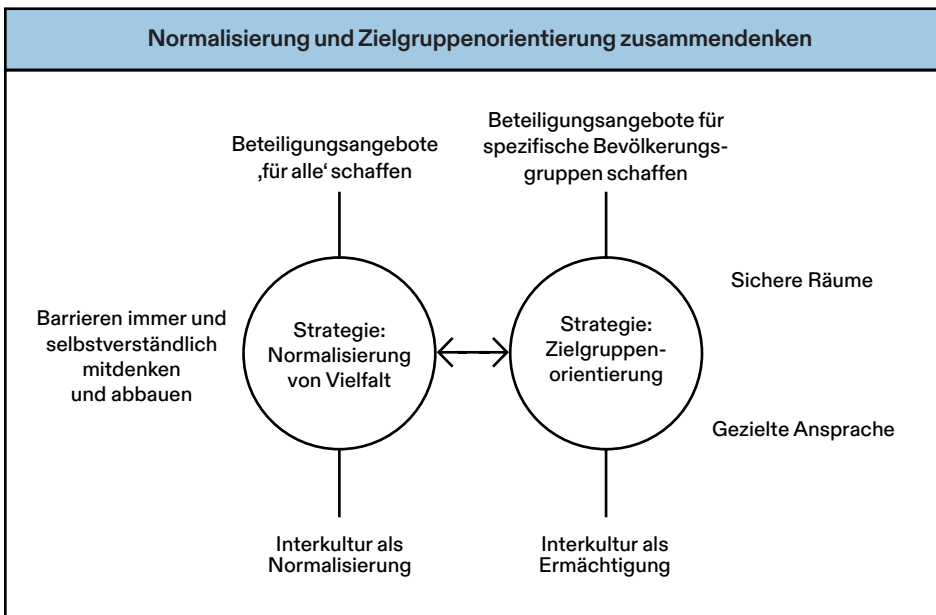
Es gibt unterschiedliche Wege, um interkulturelle Dialog-Räume aktiv herzustellen. So können Stadtplaner*innen z. B. besondere Beteiligungsangebote für spezifische (benachteiligte) Bevölkerungsgruppen schaffen, um deren Mitsprache zu erweitern. Sie können aber auch Beteiligungsangebote ‚für alle‘ so gestalten, dass diverse sprachliche, raumzeitliche, materielle oder sonstige Anforderungen von vornherein mitbedacht werden. Beide Wege haben Vor- und Nachteile (vgl. im Folgenden Boger, 2015; 2017).

Spezielle Angebote für benachteiligte oder stigmatisierte Gruppen können Solidarität und Kompetenzen der Beteiligten stärken und dazu befähigen, den eigenen Interessen in Stadtentwicklungsprozessen mehr Gehör zu verschaffen. In manchen gesellschaftlichen Milieus sind es z. B. Frauen nicht gewohnt, in der Öffentlichkeit zu sprechen. Entsprechende Trainings und Konsultationen in geschützten Räumen können ihnen mehr Sicherheit geben.

Für privilegierte Gruppen wie z. B. akademisch geprägte Bürgerinitiativen können hingegen Reflexionsräume eröffnet

werden, in denen sie sensibilisiert werden für Diskriminierungsprozesse und die eigenen Möglichkeiten, diesen entgegenzuwirken. Ein gruppenübergreifender Dialog findet damit allerdings zunächst nicht statt, und die ‚normalen‘ Beteiligungsangebote werden durch solche Formate nicht hinterfragt – obwohl sie mit Blick auf Interkultur auch anders gedacht werden könnten.

Beteiligungsprozesse in der Stadtentwicklung können jedoch auch so gestaltet werden, dass benachteiligte Gruppen gleiche Möglichkeiten, Rechte und Pflichten erhalten wie Teilnehmer*innen, die normalerweise eher privilegiert sind. Dass die Vielfalt der Beteiligten als normal betrachtet wird, kann sich z. B. darin äußern, dass auf unterschiedliche sprachliche, zeitliche, räumliche und materielle Bedürfnisse ganz selbstverständlich eingegangen wird. Fach- und Laienwissen sowie unterschiedliche Formen von Beteiligung und Engagement werden gleichermaßen anerkannt.



Der Versuch, beide Strategien – Betonung unterschiedlicher Zielgruppen und Normalisierung von Vielfalt – zu kombinieren, führt zwangsläufig zu Widersprüchen. Bei der Entscheidung, welcher

Weg beschränkt werden soll, ist zu berücksichtigen, welche Strategie die Beteiligten selbst befürworten. Denn jede Strategie kann für sich genommen dazu beitragen, interkulturellen Dialog kurz- oder mittelfristig zu befördern. Offene Fragen zu benennen, die sich durch die Wahl einer Strategie in einer Beteiligungssituation ergeben, ist eine wichtige Reflexionsaufgabe im interkulturellen Dialog.

Denkraum

Um interkulturelle Dialog-Räume der Partizipation in der Stadtentwicklung zu gestalten, ist es wichtig zu überlegen, welchem Zweck sie dienen sollen. Notieren Sie selbst doch einmal in drei Stichpunkten, ob bzw. weshalb und wozu Sie einen interkulturellen Raum der Partizipation benötigen.

Wer kommt, ist da?

Viele Beteiligungsverfahren in der Stadtentwicklung sind als öffentliche Veranstaltungen geplant, zu denen alle Interessierten eingeladen werden. Ein Mitglied aus einer der beiden verwaltungsinternen Projektgruppen in INTERPART stellte in einem Interview fest:

„Das heißt nicht, dass es Veranstaltungen nur für Deutsche gibt, sondern dass es Veranstaltungen gibt und alle [einen] gleichberechtigten Zugang haben: Wer kommt, ist da.“ (#hs_025)

Doch gerade solche Veranstaltungen sind häufig nicht für alle attraktiv, wenn sie bestimmte Kommunikationsstile nicht berück-

sichtigen. Seit Jahren werden alternative, inklusivere Beteiligungsverfahren diskutiert und punktuell auch erprobt, z. B. im ‚strategischen Integrationsmanagement‘ seit Anfang der 2000er Jahre (Gesemann, 2016, S. 284).

Vielfalt spiegelt sich häufig als politische Forderung in Zielen, Methoden und Instrumenten der Partizipation (Selle, 2019, S. 37). Zielgruppenspezifische Angebote werden bisher überwiegend im Programm \mathcal{O} „Soziale Stadt“ (seit 2020: „Sozialer Zusammenhalt“) und in anderen Programmen der \mathcal{O} Städtebauförderung umgesetzt. In anderen Bereichen der \mathcal{O} Stadtplanung sind sie kaum verbreitet. Einen ‚interkulturellen Kodex‘ für Planungsprozesse gibt es bisher nur selten (Selle, 2019, S. 41).

Beteiligungsferne Milieus mit und ohne Migrationsgeschichte und das Wissen über ihre Alltagswelten sind daher in Beteiligungsangeboten der Stadtentwicklung häufig unterrepräsentiert (Friesecke, 2017). Diese stoßen z. B. dort an Grenzen, wo Menschen die (Amts-)Sprache Deutsch noch nicht gut sprechen oder am Verständnis von Fachsprachen scheitern.







Interkulturelle Dialog-Räume in den INTERPART-Reallaboren



Erste Schritte

Ziel von INTERPART war es, interkulturelle Dialog-Räume zu etablieren und sie für eine vielfältige Stadtgesellschaft barrierefrei zu gestalten, ohne dabei ausschließlich auf ethnische Merkmale zu schauen. Vielfältige Interventionen kamen in den Reallaboren auf experimentelle Weise zum Einsatz. Dabei spielten Gestaltungsprinzipien in mehrfacher Hinsicht eine große Rolle – von materiellen Räumen bis hin zu Installationen und \mathcal{O} Artefakten. Über die Bedeutung materieller Gestaltung sprach bereits in



einem unserer ersten  Expert*innen-Interviews ein  intermedialer Träger in Moabit:

„Also allein schon, wenn man in einen Raum kommt, und der Raum ist halt einfach nicht dafür gedacht, dass man sich da austauschen kann, dann ist das schon einmal eine Grundvoraussetzung, die einfach nicht gegeben ist. Das heißt, das ganze Drumherum muss halt auch stimmen.“ (#cd_006)

Den Anspruch, einzelne Gruppen als Adressat*innen für Beteiligung zu gewinnen und zu stärken, setzte INTERPART vor allem durch das Erproben von  Formaten um, die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen mehr Gehör verschaffen sollten. Hierzu gehörten der  Podcast und das  Brettspiel. Darüber hinaus stellten die  Erzählecke und die  Erzählrunde sowie eine  Klingel-Installation Ansätze dar, Vielfalt als Normalität und Selbstverständlichkeit der Kommunikation einzuplanen.

Ein weiteres experimentelles Format zur Eröffnung interkultureller Dialog-Räume war das Ko-Design eines  Prototyps für ein  Online-Beteiligungstool als zusätzlichem digitalen Beteiligungskanal. Er kann als Schnittstelle zwischen beteiligten Gruppen und Teilnehmungsformaten dienen und in einem Teilnehmungsprozess als ‚Gedächtnis‘ oder ‚Speicher‘ funktionieren.

Mit der Verwaltung diskutierten wir – über die konkreten Teilnehmungsformate und Wege der Ansprache hinaus – Möglichkeiten einer interkulturellen Öffnung durch institutionellen Wandel, z. B. durch die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit, eine entsprechende Ressourcenausstattung und Personalentwicklung (↪ Kap. 8).


Dabei begleiteten uns die o. g. Ambivalenzen bei der strategischen Gestaltung interkultureller Dialog-Räume von Anfang an. In den  Fachworkshops beider Städte und im  Fachdialog zu Rassismus in den Institutionen kritisierten viele Teilnehmende besondere Ansprache- und Teilnehmungsformate für Menschen mit Migrationsgeschichte. Dies kommt in zwei Zitaten aus Wiesbaden und Berlin beispielhaft zum Ausdruck:

„Es gibt bestimmte Traditionen und Kulturen in migrantischen Communities, die sich etwas abgrenzen, aber die Grundbedürfnisse sind mehr oder weniger die gleichen, weil es einfach genauso Menschen sind wie alle anderen. Und das war der [...] Grund, wieso ich mir gedacht habe: Nein, wieso Migranten extra? Was soll das denn für Migranten? Also jeder will gute Luft, Platz für seine Kinder zum Spielen und außerdem müssen sie das mit den Leuten vor Ort klären.“
(#cd_001)

„Also wir wissen zum Beispiel, dass das Milieu [der] Konsumhedonisten große Probleme hat, an Beteiligungsveranstaltungen teilzunehmen, und das ist unabhängig [...] von der ethnischen Herkunft. Also die migrantischen Milieus und die deutschstämmigen Milieus, sage ich jetzt mal, unterscheiden sich auch nicht groß und [...] haben die gleichen Probleme [...]. Auch die bürgerlichen Milieus, [...] unabhängig von migrantischer Herkunft oder nicht, haben [...] gute Zugänge zu Beteiligung. Also [es ist] eher von den Milieus abhängig als von der ethnischen Herkunft.“
(#FD_RI)

Für andere Teilnehmer*innen hingegen war unstrittig, dass einzelne Gruppen mit Migrationsgeschichte durchaus ‚anders‘ angesprochen werden müssen, z. B. aufgrund von fehlenden Erfahrungen mit dem deutschen Verwaltungssystem und unterschiedlichen Sprachen (#FD_RI).

Selbstverständliche sprachliche Vielfalt: Die Klingel-Installation

Die Kombination aus Klingel-Installation und Erzählecke (↪Kap. 6) bei der ersten  Vor-Ort-Intervention stellte den Versuch dar, Alltagswissen und Vielfalt durch Mehrsprachigkeit sichtbar zu machen.

Die Klingel-Installation – zugleich ‚Blickfang‘ und crossmediale Benutzerschnittstelle – ermöglichte uns zu untersuchen, wie sich die persönliche Interaktion mit Menschen vor Ort mit Online-Formaten kombinieren lässt. Menschen, die unterschiedliche Sprachen sprechen, konnten sich hier zu einem gemeinsamen Thema in der Nachbarschaft äußern. Dabei war es offenbar nicht entscheidend, dass die Übersetzung zwischen den Sprachen nicht immer hundertprozentig stimmte. Schon das Angebot, verschiedene Sprachen als Einstieg in die Beteiligung auszuprobieren, wurde sehr gut angenommen. So wurde die Botschaft vermittelt, dass Vielfalt in der Beteiligung normal ist. Ein Ko-Forscher beobachtete folgendes Gespräch:

„Ein Mädchen sagt zu seiner Mutter: ‚Mach auf Deutsch, Mama, mach auf Deutsch.‘ Beide besprechen dann auf Farsi, welche Sprache sie am Klingelschild nutzen wollen. Die Mutter sagt schließlich: ‚Das machen wir auf Deutsch.‘“ (#rb_012).

Die Klingel-Installation veränderte den öffentlichen Raum materiell und machte das Aushandeln von sprachlicher Differenz in der Öffentlichkeit sichtbar, ohne sie zu bewerten. Durch die Alltäglichkeit von Hauseingängen und das damit verbundene Wissen der Stadtnutzer*innen, wie eine Klingel funktioniert, war die Hemmschwelle gering, die Klingel-Installation auszuprobieren. Als Mensch-Maschine-Schnittstelle rief sie auf verschiedenen Ebenen – Mehrsprachigkeit, Technologie, Kommunikation – Reaktionen hervor. Durch die computergestützte Übersetzung mithilfe künstlicher Intelligenz konnten so Sprachbarrieren über-

wunden werden. Hier zeigt sich das Potenzial alltäglicher digitaler Kommunikationshilfen (↪ Kap. 7). Der Austausch über die Übersetzungsfehler und über das Ausprobieren von Sprachen halfen bei der Aktivierung von Stadtnutzer*innen.

Allerdings entstand über die unmittelbare Klingel-Situation hinaus am Platz kaum ein thematisch fokussierter Dialog. Die Klingel-Installation wurde insgesamt vor allem spielerisch genutzt und diente auch zur Kontaktaufnahme mit Stadtnutzer*innen, die im Anschluss in der Erzählecke ihre individuellen Perspektiven auf die Nachbarschaft erläuterten. Konkret war sie ein inhaltlicher Anker, um Besucher*innen in die Vor-Ort-Intervention einzubeziehen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Ein Mitglied der verwaltungsinternen Projektgruppe bezeichnete sie als „inspirierendes, spielerisches Format im Umgang mit Sprache“ (#fs_001).

Aus Sicht des Projektteams war das Potenzial des Objekts für eine ‚Kultur der Mehrsprachigkeit‘ damit noch nicht ausgeschöpft (↪ Kap. 7). In einem nächsten Schritt wurde das Artefakt losgelöst vom Motiv des Tors weiterentwickelt und eine transportablere Version der Klingel entworfen, die als Objekt anpassbar und individuell bedienbar war. Geplant war, die Klingel-Installation in weiteren Ko-Forschungs-Workshops zu nutzen, um eine kritische Diskussion über die Anforderungen an interkulturellen Dialog anzuregen. Dabei sollten die Erfahrungen aus den Vor-Ort-Interventionen aufgegriffen werden. Hier hatten sich mehrsprachige Angebote auf unterschiedlichen Ebenen – Texte, Installation, Workshop und Sprachmittler*innen – als hilfreicher Beitrag zu einer wertschätzenden Kommunikation im interkulturellen Dialog erwiesen. Aufgrund der Pandemie konnten die Workshops jedoch nicht mehr wie geplant durchgeführt werden, sodass stattdessen das digitale Format der Podcasts zum Einsatz kam (s. u. und ↪ Kap. 6).

Ein kritischer Aspekt bleiben die in künstliche Intelligenz und andere Technologien eingeschriebenen Machtverhältnisse, die durch die Anwendung reproduziert werden. Ein pragmatischer Umgang mit verfügbaren Werkzeugen ist oft schon aus finanziellen Aspekten und Gründen der einfachen Handhabung geboten. Gleichzeitig sind die Grenzen und Einschränkungen, die mit dem

Einsatz spezieller Technologien – von bestimmten Herstellern – verbunden sind, in ihrer Bedeutung für den Dialog immer wieder zu hinterfragen.

„Beteiligung, wie ich sie mir wünsche“: Workshop mit Brettspiel

Für die zweite Vor-Ort-Intervention in Biebrich entwarfen wir ein Brettspiel, das die Teilnehmer*innen im Rahmen eines Workshops für Beteiligung aktivieren sollte. Zudem wollten wir darüber ihre Vorstellungen von einer optimalen Beteiligungssituation kennenlernen. Durch das Brettspiel wurde vorhandenes Wissen aktiviert, welches im Gespräch wohl eher verborgen geblieben wäre. Alle Arbeitsschritte waren in türkischer, arabischer und deutscher Sprache auf Plakaten an Stellwänden erklärt, und Sprachmittler*innen standen für Erläuterungen auf Türkisch, Arabisch und Kurdisch zur Verfügung.

Geplant war, mit dem Brettspiel den Anlass für einen Dialog zwischen Menschen zu schaffen, die sich vorher nicht kannten. Letztlich waren es jedoch vor allem zwei existierende, bereits miteinander vertraute Gruppen, die das Brettspiel erprobten. Workshop 1 fand in türkischer Sprache mit einer Frauengruppe statt und wurde für die deutschsprachige INTERPART-Forscherin übersetzt. Dagegen waren fast alle Teilnehmer*innen in Workshop 2 Mitglieder einer lokalen Bürgerinitiative und hatten beruflich mit Architektur und Stadtplanung zu tun.

Gruppe 1 erschien bei der Veranstaltung mit dem festen Ziel, ihre Anliegen zu formulieren – und mit der Erwartung, gehört zu werden. Das Angebot einer niedrigschwelligen, spielerischen Interaktion schien fast deplatziert angesichts der Klarheit und Konkretheit der Anliegen: mehr Nachhilfeunterricht-Angebote für ihre Kinder und besserer Zugang zu bezahlbaren Mietwohnungen. Die Vorstellung der Gruppe war klar darauf gerichtet, dass eine Ö-Institution sich ihrer Anliegen annimmt. Ehrenamtliche Vernetzung und Selbstorganisation wurden kaum diskutiert.



Vor-Ort-Intervention im Bürgersaal,
Wiesbaden-Biebrich



Vor-Ort-Intervention vor der
Galatea-Anlage, Wiesbaden-Biebrich

Gruppe 2 hingegen ließ sich auf die spielerische Situation mit Neugierde, aber auch einem hohen Maß an Abgeklärtheit ein. Vermutlich verfügten die Mitglieder bereits über berufliche Erfahrungen mit solchen Workshops und Planspielen. Fragen der strategischen Vernetzung wurden mit großem Selbstbewusstsein diskutiert und geeignete lokale Institutionen als Ansprechpartner*innen ganz selbstverständlich benannt. Die Gruppe entwickelte eine elaborierte Strategie zum Einsatz von Medien und Präsenz-Formaten zur Ansprache unterschiedlicher Zielgruppen. Sie formulierte außerdem ihren Wunsch, Mitgestaltung durch ein strukturiertes Vorgehen zu befördern. Dabei zeigte sich deutlich das Interesse der Gruppe, sich als Akteur der Stadtentwicklung zu etablieren.

Die COVID-19-Pandemie verhinderte die Durchführung weiterer geplanter Workshops mit dem Brettspiel. Doch schon diese Erfahrungen zeigen die große Spannbreite zwischen Wünschen an Beteiligung auf. Gruppe 1 brachte praktische, alltagsnahe Anliegen vor, traute sich selbst wenig bei deren Bearbeitung zu und suchte nach zuständigen Ansprechpartner*innen. Die Beteiligungsperspektive der zweiten Gruppe hingegen bezog sich darauf, selbst regelmäßig und themenübergreifend über die Entwicklung des Stadtteils mitzubestimmen. Dies zeigt deutlich, dass die Voraussetzungen für interkulturellen Dialog in Beteiligungsangeboten ‚für alle‘ erst geschaffen werden müssen. Wir versuchten daher – wie der folgende Abschnitt zeigt – eine aktive Vernetzung lokaler Akteure im Stadtteil zu erreichen.

Interkulturelle Vernetzungsarbeit für lokale Partnerschaften

Um Menschen für die INTERPART-Aktivitäten zu gewinnen, luden wir nicht nur öffentlich zu den o. g. Aktivitäten ein. Vielmehr baten wir wichtige Akteure in den Stadtteilen persönlich um Mitwirkung und das Weiterleiten unserer Einladung an weitere Initiativen. INTERPART-Forscher*innen suchten das Gespräch mit lokalen Gruppen, deren Selbstbeschreibung sich im weitesten Sinne auf Stadt(teil)entwicklung oder Zuwanderung bezog. Sie gingen außerdem an Orte, an denen sich die Vielfalt der Stadtgesellschaft zeigt, z. B. Schulen, Stadtteilzentren, Bildungs- und Sportvereine, religiöse Orte, politische und kulturelle Vereine und Institutionen, aber auch geschützte Räume wie Frauen-Cafés. Ziel war es, Ansätze, Orte und Akteure für interkulturellen Dialog in den Stadtteilen zu finden und zu vernetzen.

Im Rahmen von INTERPART aktivierte eine Ko-Forscherin der Wiesbadener Stabsstelle Identität. Engagement. Bürgerbeteiligung. Bevölkerungsgruppen und zivilgesellschaftliche Initiativen mit Migrationsgeschichte für Beteiligungsveranstaltungen der lokalen Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG), um die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ im Stadtteil Biebrich zu unterstützen. Das später eingesetzte ÖQuartiersmanagement sollte von dieser Netzwerkarbeit profitieren. In den Fachworkshops wurde immer wieder thematisiert, dass es im Verwaltungsalltag kaum möglich sei, eine solche Vernetzung dauerhaft zu leisten (↪ Kap.8).

Das Programm „Berlin entwickelt neue Nachbarschaften“ (BENN) hatte hingegen das Ziel, Bewohner*innen und Geflüchtete in Moabit miteinander zu vernetzen. Das Team vor Ort nutzte bereits soziale Medien und Fotografie für Storytelling und zur Aktivierung für interkulturelle Begegnungen. In den Vor-Ort-Interventionen entwickelten wir gemeinsam den Rahmen für einen interkulturellen Dialog über Stadtentwicklung, insbesondere durch die Erzählformate.



Tischtennisturnier als Teil der Vor-Ort-Intervention, Berlin-Moabit



Mehrsprachiges Plakat zur Ankündigung der Vor-Ort-Intervention, Berlin-Moabit

Auch wenn sich die Vernetzungsansätze deutlich voneinander unterscheiden, nutzten wir schließlich ein gemeinsames Podcast-Format, um in beiden Stadtteilen interkulturellen Dialog zu unterstützen. Wir wollten mit Expert*innen, die bereits praktisch mit den Fragen zur interkulturellen Beteiligung zu tun haben, ins Gespräch kommen. Über das Medium Podcast wollten wir auch solches Wissen aktivieren, das normalerweise nicht explizit wird. Pandemiebedingt konnten keine Gruppen-, sondern nur Zweier-Gespräche stattfinden (↪ Kap. 6).

Ziel war es, dass die Teilnehmer*innen den fertig produzierten Podcast als öffentlich hörbares Ergebnis auch mitnehmen können. Damit war der Podcast Ausdruck der Ko-Forschung. Migrantische Stimmen sollten bewusst gestärkt werden. Einige Teilnehmer*innen nutzten den Podcast im Nachgang, um ihre Arbeit online zu bewerben. In einem Auswertungsgespräch zeigte sich, dass Selbstreflexion und ein Nachdenken über unterschiedliche Positionen in der Stadtentwicklung durch den Podcast-Dialog angeregt wurden.

Reflexion

Die Frage, ob der Ansatz einer ‚Beteiligung für alle‘ automatisch zu interkulturellen Räumen der Partizipation führt, wurde auch in den Reallaboren von INTERPART kontrovers diskutiert. Ist es dafür ausreichend, sich auf Themen und Nutzungsinteressen zu konzentrieren und Ansprache und Angebot methodisch inklusiv zu gestalten?

Die Leitlinien für Beteiligung in Berlin („Gemeinsam Stadt machen!“, SenSW, 2019) und die Leitlinien in Wiesbaden („Bürger. Macht. Mit“, Landeshauptstadt Wiesbaden, 2015), die im Sommer 2021 überarbeitet werden sollen, zielen auf eine größere Methodenvielfalt und punktuell mehrsprachige Informationen. Darüber hinaus sollen bis dato unterrepräsentierte Gruppen zukünftig in den Beteiligungs- und Begleitgremien repräsentiert sein. Über Sozialraum-, Milieu- und lokale Netzwerkanalysen sollen die

Beteiligungsangebote stärker auf die lokale Bevölkerung zugeschnitten werden. Die Leitlinien und die dazugehörigen Aktivitäten spielen für die Etablierung interkulturellen Dialogs eine wichtige Rolle. Vor allem zeigen sie die Selbstverpflichtung von Politik und Verwaltung, Beteiligung auszubauen.

Es besteht allerdings die Gefahr, dass diese Ansätze zu stark vorstrukturiert sind, um tatsächlich Dialoge zu initiieren. Niedrigschwelligkeit bedeutet, sich auf unterschiedliche Zugänge zu Stadtentwicklung einzulassen und den Dialog tatsächlich zu wollen. Schwierig wird es, wenn Angebote sich an migrantische Stadtnutzer*innen als vermeintlich homogene Gruppe wenden und dieser Gruppe Fähigkeiten oder Interesse an Beteiligung pauschal zu- oder absprechen. Kritik an einer solchen defizitorientierten Position gab es auch unter unseren Ko-Forscher*innen, wie der folgende Auszug aus einem Protokoll des Fachdialogs zu Rassismus in den Institutionen zeigt:



„Das ist einmal das Bild, das wir transportieren von Migranten, [...] das ist meistens sehr defizitär. Das Bild in Verwaltung von Migranten-Eltern, die ihre Kinder nicht zum Schwimmunterricht schicken und so – das hat immer etwas mit Problemen zu tun. Und auch in unseren Bildern oder Veröffentlichungen: Welche Menschen, welche Menschen mit Migrationsgeschichte stellen wir dort dar?“ (#FD_RI)

Interkultureller Dialog in der Beteiligung erfordert demnach einerseits, dass Zielgruppen nicht nach Herkunft, Geschlecht oder Alter charakterisiert und getrennt voneinander angesprochen werden. Andererseits muss ‚Augenhöhe‘ bewusst und in jeder Phase des Prozesses aktiv hergestellt werden. Nur so können vermeintlich ‚besonders‘ erscheinende Barrieren selbstverständlich mitgedacht und langfristig abgebaut werden.

Gleichzeitig legen die bisherigen Erfahrungen in der Beteiligungspraxis nahe, dass es weiterhin auch Bedarf an Veranstaltungen und Formaten geben wird, die Bevölkerungsgruppen getrennt voneinander ansprechen. Um das eine vom anderen

unterscheiden zu können, ist es unerlässlich, Nähe und Kontakt zu den jeweiligen Bevölkerungsgruppen möglichst kontinuierlich sicherzustellen und Bedarfe bzw. Kapazitäten zu eruieren. Der Hinweis aus den Verwaltungen, dass dafür schlicht die Ressourcen fehlen, wirft die Frage auf, wie eine strategische Neuorientierung hin zu stärkerer interkultureller Öffnung der administrativen Ebenen befördert werden kann (↪ Kap. 8).

5 Tabu-Thema Rassismus

-  Hier geht es zum Glossar.
-  Hier geht es zu den Methoden, Artefakten und Werkzeugen.
-  Hier wird das Thema weiter vertieft.

Kurzfassung

Während interkultureller Dialog in der Regel nur entsteht, wenn er proaktiv gestaltet und herbeigeführt wird, verhält es sich mit Rassismus anders: Wie viele andere Länder ist Deutschland strukturell von Rassismus geprägt. Er ist – mehr oder weniger verdeckt – allgegenwärtig. Zugleich beschränkt er sich nicht auf absichtlich und bewusst abwertende Äußerungen von Menschen am ‚rechten Rand‘ gegenüber Menschen, die ihrer Meinung nach nicht dazugehören. Rassismus schlägt sich auch regelmäßig in institutionellen Arrangements, alltäglichen Handlungen und Äußerungen nieder, ohne dass er als solcher beabsichtigt oder auf den ersten Blick erkennbar ist. Rassistische Ideologien dienen der Sicherung der Vorherrschaft und Privilegien ‚weißer‘ Menschen. Damit sind sie untrennbar mit Machtfragen verknüpft. Umso wichtiger ist es daher, Rassismus in der Auseinandersetzung mit Barrieren für Interkultur in der Beteiligung nicht zu tabuisieren.

Auch in INTERPART gab es immer wieder Anlässe, über Rassismus nachzudenken. Bei unseren Forschungsaktivitäten kam es zu Begegnungen, die uns irritierten und bei denen wir im Nachhinein das Gefühl hatten, nicht angemessen reagiert zu haben. Gleichzeitig hatten wir Schwierigkeiten, Migrationsgeschichten, Privilegien und Erfahrungen mit Rassismus innerhalb unseres Forschungsteams zu thematisieren und für unsere Forschung zu nutzen.

Wie bei allen Tabu-Themen können wir auch für den Umgang mit Rassismus keine Strategie präsentieren, die immer und überall zum Einsatz kommen könnte und alle zufriedenstellt. Über dieses Thema sprechen viele Betroffene in der Öffentlichkeit ebenso ungern wie Menschen, die sich bisher wenig damit beschäftigt haben. Wo Interkultur (↪ Kap. 4) eine Zielsetzung gesellschaftlichen Handelns ist, führt jedoch an der expliziten Auseinandersetzung mit rassistischen Erfahrungen kein Weg vorbei – durch das Darüber-Sprechen, Sich-selbst-Hinterfragen und durch Empathie und Reflexivität. Dies kann jede*r für sich

selbst tun. ○ Institutionen hingegen können Gelegenheiten dafür auch systematisch organisieren, um interkulturellen Dialog, individuelle und kollektive Reflexion anzuregen.

Erkenntnisse aus der Fachdiskussion

Rassismus als Tabu-Thema

Rassismus ist ein Thema, das in der Forschung zu institutionellem Wandel in Verbindung mit Zuwanderung immer mitzudenken ist. Gleichzeitig ist es extrem schwierig anzusprechen – auch oder gerade in der Bundesrepublik (Espahangizi et al., 2016, S. 10). Das liegt daran, dass im Selbstverständnis von Individuen und Institutionen der Begriff Rassismus in der Regel nicht vorkommt (Bukow & Cudak, 2017). Auch diejenigen, die Vorbehalte äußern gegenüber Zugewanderten oder Menschen, die sie für nicht zugehörig halten, weisen den Vorwurf des Rassismus weit von sich. Sie bestreiten damit gleichzeitig, dass Menschen, die nicht von Rassismus betroffen sind, es ohne eigenes Zutun in vielen gesellschaftlichen Bereichen – z. B. auf dem Wohnungs- oder Arbeitsmarkt – leichter haben und besser behandelt werden als Diskriminierte.

Diese Abwehr hängt u. a. mit der Geschichte des Rassismus in Deutschland zusammen und mit einem engen Rassismusbegriff, der besagt: Rassismus bedeutet, dass ‚weiße‘ Menschen Menschen mit vermeintlich anderer Hautfarbe diskriminieren.

Wandel rassistischer Muster

Tatsächlich führen viele Menschen heute aber nicht die Hautpigmentierung, sondern kulturelle und/oder religiöse Gründe für Abwertung und Diskriminierung an. Aktuell bedeutet Rassismus häufig, Menschen abzuwerten oder zu benachteiligen, weil ihnen bestimmte Eigenschaften oder Verhaltensweisen unterstellt werden, die auf ihre (vermeintliche oder tatsächliche) Zugehörigkeit

zu einer ethnischen oder kulturellen Gruppe zurückgeführt werden. Er setzt Menschen in hierarchische Beziehungen zueinander und organisiert Gesellschaft entlang biologischer, ethnischer und kultureller Gruppenzuschreibungen (Tsianos & Karakayali, 2014, S. 34).

Damit hat ein Wandel stattgefunden von biologistischen (also auf äußerliche Körpermerkmale bezogenen) hin zu kulturalisierenden (also auf Traditionen oder Glauben bezogenen) Diskriminierungsmustern (Kollender, 2016, S. 40). Dieser Wandel macht es deutlich schwieriger, über Rassismus zu sprechen: Die komplexen und häufig indirekten Formen von institutionellem und Alltagsrassismus sind in diesem Rahmen schwerer zu erkennen (Espahangizi et al., 2016, S. 17).

Mit Hautfarbe verbundene Zuschreibungen spielen als rassistisches, kollektiv erlerntes ‚Wissen‘ in alltäglichen Situationen jedoch nach wie vor eine wichtige Rolle. In Deutschland wird Zugehörigkeit zur Mehrheitsgesellschaft weiterhin häufig über die Gleichsetzung von ‚deutsch‘ und ‚weißer‘ Hautfarbe definiert; Ähnliches lässt sich in anderen europäischen Ländern beobachten (El-Tayeb, 2015). Auch Namen, die nicht als traditionell deutsch erkannt werden, können zu Diskriminierung führen, z. B. auf dem Wohnungsmarkt (vhw, 2020).

Othering

Wenn Menschen mit Migrationsgeschichte als Gruppe mit ‚anderen‘ Interessen und Bedürfnissen gegenüber einer Mehrheitsgesellschaft angesprochen werden, wird dies in (post-)kolonialen Debatten als Othering bezeichnet. Der Begriff geht zurück auf das englische ‚other‘ (anderes); im Deutschen ist Othering in etwa als ‚Fremd-machen‘ zu verstehen. Othering geschieht häufig aus einer Machtposition heraus: Die eigene Position wird dabei als normal und zugehörig, die andere als besonders und fremd gekennzeichnet. Die Stimmen bestimmter Bevölkerungsgruppen werden damit an die gesellschaftliche Peripherie verdrängt

(Conrad et al., 2013). Dadurch wird ein Gegensatz zwischen ‚normal‘ und ‚anders‘ konstruiert. Eine vermeintliche deutsche ‚weiße‘ Normalität bleibt als Maß der Dinge stabil, das ‚Andere‘ wird erklärungs- und anpassungsbedürftig.

Zugewanderte und ihre Nachkommen oder Menschen, die nicht ‚weiß‘ sind, als ‚abweichend von der Normalität‘ oder ‚Andere‘ zu behandeln, verfestigt soziale Ungleichheiten und verhindert gesellschaftliche \circ Teilhabe und Pluralität. Dies gilt auch dann, wenn das Othinging aus dem expliziten Wunsch resultiert, *zugunsten* bestimmter Zielgruppen zu handeln. Damit sind, absichtlich oder nicht, Othinging und Rassismus potenziell miteinander verbunden (Ahmed, 2012). Aktuelle Forschungen zu Rassismus zeigen, dass rassistische Denkmuster in vielen Köpfen und Strukturen tief verankert sind. Sie werden – teils unabsichtlich – kontinuierlich reproduziert, sogar von Menschen, die Rassismus aktiv bekämpfen wollen (Weiß, 2013).

Rassismus und Beteiligung

Auch in der Beteiligungspraxis für die Stadtentwicklung laufen zielgruppenspezifische Angebote für bestimmte Bevölkerungsgruppen Gefahr, deren ‚Anderssein‘ fortzuschreiben. Sie können aber auch positive Effekte für die Repräsentation und Teilhabe bestimmter Gruppen erreichen (Young, 2005), da sie ein Forum und ggf. geschützte Räume für diese Gruppen schaffen. Zudem unterstützen sie sie dabei, ihren Anliegen Gehör zu verschaffen.

Das Gefühl, einer gesellschaftlich definierten Normalität nicht zu entsprechen, kann ein Grund für geringes Interesse oder Unsicherheit im Rahmen von Beteiligungsverfahren sein (vhw, 2018). Rassistische Diskriminierung und die Erfahrung, diese nicht thematisieren zu können, weil Nicht-Betroffene sie nicht ernst nehmen oder abstreiten, verhindert einen offenen Austausch auch in Beteiligungsprozessen.

Wie bereits in \hookrightarrow Kapitel 4 diskutiert, unterscheiden sich migrantische \circ Milieus in zeitgenössischen postmigrantischen


Stadtgesellschaften hinsichtlich ihrer Vielfalt an Lebensstilen, Bildungsorientierung, Konsumverhalten, religiöser Praxis und auch ihres Interesses oder Desinteresses an Beteiligung kaum von jenen der Menschen ohne Migrationsgeschichte (vhw, 2018). Insofern besteht die Gefahr, durch Othering nicht nur künstliche Gegensätze zwischen Menschen zu schaffen oder aufrechtzuerhalten, sondern auch rassistisch geprägte Vorstellungen in der Stadtgesellschaft und ihren Institutionen fortzuschreiben.

Begegnungen mit Rassismus in den INTERPART- Reallaboren

Im Kontext von Interkultur sahen wir es als erforderlich an, auch eine Reflexion über Rassismus in der Beteiligung anzuregen und Zusammenhänge zwischen Rassismus in den Institutionen und Beteiligungsbarrieren zu betrachten.

Alltägliches Othering

Gleich zu Beginn von INTERPART stießen wir in zwei Begegnungen ganz beiläufig auf das Thema Othering.

In einem der ersten  Fachworkshops in den Verwaltungen berichtete eine Teilnehmerin von einem Gespräch, das sie am Rande einer Beteiligungsveranstaltung mit einer Stadtnutzerin geführt hatte. Die Frau habe ‚südländisch‘ ausgesehen und perfekt Deutsch gesprochen. Im Laufe des Gesprächs habe sie sich beschwert, dass sie ständig gefragt werde, woher sie komme und wann sie zurückgehe, obwohl sie in Deutschland aufgewachsen sei. Die Verwaltungsmitarbeiterin beendete ihren Bericht mit den

Worten: „Und mit solchen Befindlichkeiten muss man sich dann auch noch beschäftigen“ (#FWS1_WI).

Bei der Vorbereitung eines Podcast-Dialogs hakte eine ‚weiße‘ deutsche Teilnehmerin (lt. eigener Aussage ohne Migrationsgeschichte) ebenfalls nach, ob man denn nicht mehr fragen dürfe, woher jemand komme. Nicht alle Menschen mit Migrationsgeschichte haben Lust, darüber zu sprechen – vor allem dann, wenn auf die Antwort, man sei aus X-Stadt, schon öfter nochmals nachgefragt wurde, woher man denn nun ‚wirklich‘ komme, wie auch der folgende Bericht einer Podcast-Teilnehmerin zeigt:

„Das ist das Problem: Wer fragt, woher man kommt? Ich sage gerne, ich komme aus Mainz, was auch stimmt. Dann wird gesagt: ‚Nein, ich meine das anders.‘ Dann frage ich öfters: ‚O.k., dann erzähl mir doch mal: Was genau möchtest du denn wissen?‘ Es ist mehr als woher man kommt. Möchte ich immer erzählen, woher ich komme? Das ist irgendwie immer mit der Vergangenheit verbunden. Man wird zu einer Kultur gemacht, in der man fünf Jahre aufgewachsen ist – oder gar nicht in vielen Fällen. Aber dann redet man immer über die Vergangenheit und nicht über das Jetzt und dass man von mir erwartet, dass ich eine [bestimmte] Kultur in mir vertrete, was überhaupt nicht der Fall ist. Die ist auch so unterschiedlich.“ (#SD_3_Pg)

In einem Expertinnen-Interview mit einer Verwaltungsmitarbeiterin mit Migrationsgeschichte wurde eine ähnliche Situation aus der Perspektive des beruflichen Alltags in der Verwaltung geschildert:

„Aber diese Fragen muss ich mir auch gefallen lassen, selbst als Mitarbeiterin der Verwaltung. Wenn ich dann sage, ich fahr jetzt in die Türkei, heißt es: ‚Ach, Du fährst in die Heimat‘ – wo ich denke, nee, die hat gar nichts verstanden [...]. Früher hätte ich mich da

[...] aufgeregt, ja. Das sagt man dreimal, und wenn die dann immer noch davon sprechen: ‚Ach, Du fährst in die Heimat‘, dann denke ich mir, okay, hab keinen Bock mehr [...]. Da ist man einfach müde auch irgendwann [...]. Für die einen ist es ein Luxus, sich damit auseinanderzusetzen, und für die anderen ist es irgendwie tagtägliche Erfahrung.“ (#sh_001)

Viele Betroffene empfinden diese Fragen als Othering, die den Zweck verfolgen, dass sich die fragende Person – absichtlich oder unabsichtlich – der ‚Fremdheit‘ des Gegenübers und der eigenen ‚Normalität‘ vergewissert. Es macht einen großen Unterschied, wenn hingegen ehrliches Interesse an der anderen Person erkennbar wird.

Denkraum

Woher kommen Sie? Wieviel oder wie wenig hat Ihre Herkunft damit zu tun, wer Sie heute sind? Was werden andere über Sie denken, wenn sie hören, woher Sie kommen? Stimmt das mit Ihrem Selbstbild überein?

Das Privileg der Normalität

Für die einen sind die o. g. Geschichten ‚Befindlichkeiten‘, und sie sind erstaunt und irritiert von der Idee, darauf mit Reflexivität, Empathie und Rücksicht reagieren zu sollen. Sehr überspitzt formuliert: Muss man auf jede individuelle ‚Befindlichkeit‘ Rücksicht nehmen? Für andere sind solche ‚Befindlichkeiten‘ alltägliche, gelegentlich sogar traumatische Erfahrungen der Ausgrenzung

und Verletzung. Interkultureller Dialog erfordert deshalb die Reflexion von Machtverhältnissen, die sich in der Beteiligung als Rassismus – sowohl in Institutionen als auch in persönlichen Haltungen – und als ‚weiße Privilegien‘ zeigen (Dyer, 2005).

Auch in INTERPART begegneten uns diese Fragen. Ein Beispiel: Wir hatten unterschiedliche lokale Initiativen eingeladen, mit uns zu diskutieren, wie gemeinsam über Stadtentwicklung gesprochen werden könnte. Diese sehr akademische Frage sprach – wie uns leider erst vor Ort klar wurde – vor allem Teilnehmer*innen mit einem akademischen, nicht-migrantischen Hintergrund an. Im Laufe des Workshops wurde deutlich, dass die Teilnehmer*innen den Workshop als einen Ort definierten, an dem ausgrenzende Äußerungen von allen geteilt und nicht sanktioniert würden. Die Moderation war darauf nicht vorbereitet und in dem Moment auch nicht in der Lage, angemessen zu reagieren. Das Forschungsteam war irritiert, wollte aber die anwesenden Ko-Forscher*innen und Stadtnutzer*innen nicht vor den Kopf stoßen, um die weitere Zusammenarbeit mit ihnen nicht zu so einem frühen Zeitpunkt schon zu belasten. Gleichzeitig hatten wir das Gefühl, durch unsere Zurückhaltung eigene Integrität in diesem Bereich einzubüßen.

Im Nachhinein diskutierten wir mögliche Wege, um Rassismus im weiteren Projektverlauf entgegenzutreten. Wir waren uns einig, dass wir diskriminierte Stimmen unterstützen und einen Rahmen schaffen wollten, um Rassismus explizit zu machen, wenn er uns begegnet. Dabei wurde uns erneut bewusst, dass transformative Forschung ebenso politisch ist wie Beteiligung und dass wir naiv gewesen waren anzunehmen, uns in einem unbekanntem Umfeld schnell hinsichtlich unserer Reallabor-Aktivitäten orientieren zu können. Gebraucht werden Formate und Personen, die Positionen von rassistisch Diskriminierten unterstützen. Diesen normativen Ansatz versuchten wir im Podcast zu realisieren.

Auch bei der partizipativen Podcast-Produktion kam das Thema Rassismus auf. Zentral war auch hier die Frage zur Deutungshoheit im Stadtteil: Wer hat das Recht, über die Zugehörigkeit zu einem Stadtteil etwas zu sagen? Hier achteten die



Forscher*innen bei der später eingesprochenen Moderation und dem Schnitt der Tonspur besonders darauf, dass marginalisierte Positionen mindestens gleichberechtigt erzählt wurden. Dem Ergebnis stimmten alle Beteiligten zu.

Denkraum

Mit welchen anderen Formaten könnten – ähnlich wie bei unserer Podcast-Produktion – von Rassismus betroffene Personen und ihre Perspektiven im Kontext von Beteiligung aktiv gestärkt werden? Glauben Sie, diese Formate haben Potenzial für die Beteiligung in der Stadtentwicklung?

Interkulturelle Verständigung über Rassismus

In Expert*innen-Interviews mit Verwaltungsmitarbeiter*innen und Fachworkshops kamen im Zusammenhang mit Rassismus in den Institutionen weitere Faktoren zur Sprache. Dazu zählten die fehlende Diversität des Verwaltungspersonals, eine Unterrepräsentation von Migrant*innen in Leitungspositionen sowie die Vorherrschaft der deutschen (Amts-)Sprache in der Kommunikation.

Um Rassismus in Institutionen explizit zu besprechen, fanden ein Online-Fachdialog „Rassismus in den Institutionen“ mit Vertreter*innen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft sowie eine Online-Gruppendiskussion mit zivilgesellschaftlichen Initiativen statt. Im Online-Fachdialog Rassismus betonte ein Teilnehmer aus der Verwaltung deren besondere Verantwortung:

„Wir haben da natürlich auch einen besonderen Blick, denke ich, auf Rassismus. Institutionen sind zweifelsfrei meines Erachtens rassistisch, und das betrifft alle Handlungen einer Institution. Alles andere zu behaupten wäre, glaube ich, auch nicht realistisch, weil die Gesellschaft sich strukturiert nach Race, Class, Gender und dies über die gesellschaftlichen Machtverhältnisse entscheidet. Also Rassismus macht natürlich vor der Tür [der planenden Verwaltung] auch nicht halt.“ (#FD_RI)

Auch stand die Frage im Raum: Wie können wir über Barrieren in der Beteiligung sprechen, die durch strukturellen Rassismus in staatlichen Institutionen entstehen? Um diese Auseinandersetzung gemeinsam zu führen, waren die vielseitigen Perspektiven in den Verwaltungen, aber auch in der Zivilgesellschaft wichtig. Dazu gehört das Nachdenken über Privilegien ‚weißer‘ Menschen, die im Alltag nicht von rassistischen Diskriminierungen betroffen sind, wie es z. B. diese Verwaltungsmitarbeiterin in einem Fachdialog formulierte:

„Die Schuld wird immer bei den einzelnen Menschen, dort bei den migrantischen Menschen gesucht und nicht bei der Institution, die die Aufgabe hat, gesellschaftliche Teilnahme sicherzustellen. Das hat etwas mit Haltung zu tun, und ich glaube, das ist die [...] Gefahr, dass wir die Probleme bei anderen sehen und weniger davon ausgehen, dass die Institution dafür zuständig ist, Teilhabe zu gewährleisten.“ (#FD_RI)

Beispiele dafür sind Zuschreibungen von Partizipationsdefiziten bei Geflüchteten. Das geschieht z. B. in der Annahme, diese seien schwer ansprechbar für Beteiligung, weil sie in ihren Ländern nie Demokratie gelernt hätten, oder sie seien aufgrund ihrer Familienorientierung schwerer für zivilgesellschaftliches Engagement mobilisierbar.

Struktureller Rassismus ist aus Sicht aller Beteiligten eine zentrale Barriere, die Teilhabe- und Beteiligungsmöglichkeiten einschränkt. Die Vertreterin eines \emptyset intermediären Trägers berichtete von ihren Erfahrungen, dass Geflüchtete bei Behörden eher Hilfe bekommen, wenn sie in Begleitung einer ‚weißen‘ Person kommen. Auch der INTERPART-Ansatz wurde durchaus kritisch gesehen: Es sei besser, mit dem Begriff Milieu zu arbeiten, denn ‚Kultur‘ sei ein schwer zu fassender Begriff.



Teilnehmer*innen aus den Verwaltungen betrachteten migrantische Selbstorganisationen als wichtige Partner*innen, um fortlaufend zum Thema Rassismus sensibilisiert zu werden. Sie wiesen darauf hin, dass es in vielen Fachämtern noch an einer solchen Sensibilisierung mangle. Interne Weiterbildungsangebote würden sich überwiegend auf einen positiven Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt beziehen, Rassismus dabei hingegen eher ausblenden. Die Personalentwicklung wurde als wichtiges Instrument genannt, um gezielt Menschen in die Verwaltung zu holen, die selbst Erfahrungen mit Rassismus gemacht haben.

Eine Verwaltungsmitarbeiterin plädierte darüber hinaus für einen personellen Umbau der Verwaltung, z. B. durch Quotierungen, um die Gesellschaft besser abzubilden. Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen machten ebenfalls strukturellen Rassismus dafür verantwortlich, dass Menschen mit Migrationsgeschichte vielerorts in den Verwaltungen unterrepräsentiert sind. Die Gründe dafür ließen sich jedoch nicht nur auf eine ‚weiße‘ institutionelle Kultur reduzieren. Das ‚Wissen über Rassismus‘ der von Rassismus Betroffenen werde gesamtgesellschaftlich nicht genug thematisiert. Aus Sicht einer Teilnehmerin an den Erzählformaten (\hookrightarrow Kap. 6) stellte sich die Situation z. B. so dar:

„Miteinander – ja, das ist noch schwierig, wenn ich ganz ehrlich bin [...] Wenn man irgendwo hingehet [...], da sind immer noch die Gruppen, sage ich jetzt ganz ehrlich [...]. Ich meine, ich habe auch einen deutschen Pass. Ich war drei Jahre alt, als ich hierherkam mit meiner Mama. Ich bin jetzt 44, also 41 Jahre bin ich schon hier. Ich habe hier alles gemacht: meine Schul-

bildung, Ausbildung, alles. Aber trotzdem meckert man, so: ‚Wieso kannst Du Dich nicht integrieren?‘ Aber da müssen beide Seiten mitmachen. Wenn [...] die [mit Migrationsgeschichte] sich jetzt nur, sage ich jetzt mal, die Mühe machen und die anderen sagen: ‚Nein, wollen wir nicht‘ – Da müssen schon beide Seiten mitmachen.“ (#hs_016)

Rassismus oder Nostalgie? Begegnungen in den Vor-Ort-Interventionen

Bei einer der ersten  Vor-Ort-Interventionen kam ein Anwohner vorbei und wollte die Gelegenheit nutzen, um sich zu beschweren. Für ihn hatte sich der Stadtteil in den vergangenen Jahren nachteilig entwickelt. Diese negative Entwicklung macht er exemplarisch fest am Verlust des ‚deutschen Metzgers‘, an dessen Stelle ein türkischer Supermarkt eröffnet hatte. In der Auswertung der  Erzählecke bei derselben Vor-Ort-Intervention kamen diese und ähnliche Geschichten über den Wandel der Geschäftsstraßen im Stadtteil immer wieder auf: Früher habe es traditionelle deutsche Geschäfte gegeben, heute gebe es überwiegend türkische und griechische Geschäfte (#rb_012).

Solche persönlichen Erzählungen sind natürlich sehr subjektiv. Bei der wissenschaftlichen Auswertung mussten wir deshalb abseits des reinen gesprochenen Worts auch die Positionierung der Wissenschaftlerin und der Erzähler*innen und vor allem das Verhältnis zwischen ihnen berücksichtigen. Erzähler*innen richten ihre Geschichten an ihre Zuhörer*innen, und so unterscheiden sich Geschichten je nach Gesprächssituation und Publikum. Umgekehrt spielt Positionierung auch bei der Auswertung eine Rolle: Alle Forscher*innen lesen und interpretieren eine Erzählung etwas anders.

Aus diesem Grund gaben wir unsere Interpretationen an die Teilnehmer*innen zurück und stellten unsere Analysen zur Disposition. So fand in Biebrich ein Validierungsworkshop statt, in



Metzgerei an der Galatea-Anlage, Wiesbaden-Biebrich

dem das Vorgehen bei der Analyse und unsere Interpretationen dieser und anderer Erzählungen diskutiert wurden. Unser Befund war, dass die Trennlinien der Perspektiven entlang des Vorhandenseins bzw. Nichtvorhandenseins einer Migrationsgeschichte verlaufen. Darin erkannten wir (auch) rassistische Denkmuster.

Im Validierungsworkshop fragten wir die Stadtnutzer*innen nach ihren Wahrnehmungen. Die Teilnehmer*innen griffen unseren Befund auf, stellten aber die Storyline gleichzeitig in einen breiteren Kontext: Die Diskussion um die zunehmende Zahl an Friseuren und Barber-Shops sei eine Diskussion von Deutschen ohne Migrationsgeschichte. Aber Rassismus sei eine zu negative Beschreibung dessen, was im Stadtteil passiere. Ältere Menschen hätten immer auch eine Erinnerungsaufgabe, um Traditionen zu bewahren und zwischen Generationen zu kommunizieren. Alte Traditionen und somit traditionelle Geschäfte bewahren zu wollen, habe erst einmal seine Berechtigung. Sobald allerdings der (nationale) Hintergrund des Ladenbesitzers störe, dann sollte man dies als Rassismus benennen. Veränderungen hätten immer mit Angst zu tun, Zugehörigkeit zu verlieren. Das Narrativ ‚Früher war alles besser‘ ist in vielen Kontexten verbreitet und hat auch mit einem (drohenden) Verlust an Deutungshoheit zu tun.

Diese Hinweise halfen uns, die Erzählungen in einen breiteren Kontext zu setzen und Konflikte besser zu verstehen. Die Interpretation von Erzählungen aus einem Stadtteil denjenigen Menschen zurückzugeben, die dort leben, erwies sich als wichtig. Es verhinderte, falsche Schlüsse zu ziehen, und ließ uns Konflikte unter der Oberfläche besser erkennen.

KAPITEL 5: TABU-THEMA RASSISMUS



Litfaßsäule, Berlin-Moabit

Reflexion


Das Reden über Rassismus und Privilegien ist eine komplexe Aufgabe. Sie zu bearbeiten kann ein Startpunkt sein, um Institutionen interkulturell zu öffnen (↪ Kap. 8) und Barrieren in der Beteiligung (↪ Kap. 3) zu identifizieren. Allerdings ist es nicht leicht, über das Thema zu sprechen. Die rassistisch motivierten Anschläge in Halle/Saale und Hanau haben auch in Deutschland ein größeres Bewusstsein für das Thema erzeugt. Auch die Black-Lives-Matter-Bewegung hat medial eine größere Aufmerksamkeit für unterschiedliche Perspektiven auf Rassismus generiert, als dies noch vor einigen Jahren der Fall war. Insofern öffnet sich gerade ein Gelegenheitsfenster, entsprechende Reflexionsräume bewusst zu schaffen – sowohl im städtischen Raum als auch in den Institutionen.

Es stellt sich die Frage: Was können und wollen Planungs-verwaltungen leisten, um von einer dominanten und kaum reflektierten ‚weißen‘ Perspektive wegzukommen? Was, um die benachteiligenden Effekte von Privilegien und Wissenshierarchien anzuerkennen? Interkulturelle Beteiligung (↪ Kap. 3 und Kap. 4) stößt auf unüberwindbare Barrieren, wenn Rassismus ein Tabu-Thema bleibt. Um Interkultur tatsächlich umzusetzen, ist ein Austausch zu diesen Fragen zwischen Verwaltungen, Initiativen oder einzelnen Betroffenen nötig.

Beteiligungsverfahren sollten darüber hinaus Mechanismen enthalten, die rassismuskritische und marginalisierte Positionen unterstützen und dabei helfen, Abwertung oder Banalisierung von Diskriminierungserfahrungen zu vermeiden. Der Versuch, über einen differenzierten Milieu-Ansatz mehr Menschen für interkulturelle Beteiligung (↪ Kap. 3 und Kap. 4) zu erreichen, deutet bereits an, dass es in Zukunft nicht nur darum gehen kann, eine größere Zahl von Menschen zu aktivieren. Ein weiteres Ziel wäre es, marginalisierten Positionen, z. B. von rassistisch stigmatisierten Gruppen, aktiv Gehör zu verschaffen. Dadurch würde gleichberechtigte Vielfalt in der Beteiligung zumindest potenziell ein Stück weit normalisiert – gebunden an gleiche Möglichkeiten, Rechte und Pflichten.

Methoden, Artefakte und Werkzeuge



Hier in der Mitte des Buches finden Sie eine pointierte Darstellung der Methoden, Artefakte und Werkzeuge, die im Laufe von INTERPART zum Einsatz gekommen sind. Die vorherigen und nachfolgenden Kapitel laden Sie ein, sich damit an dieser Stelle vertiefend und zur Anwendung in der eigenen Planungs- und Beteiligungspraxis zu beschäftigen. In den Kapiteln werden Sie auf diese Texte durch das Icon  aufmerksam gemacht.

Fachworkshops: Interdisziplinäre Denkräume für die Verwaltung

Interdisziplinäre Fachworkshops ermöglichen Verwaltungen einen niedrigschwelligen Wissenstransfer für die und zwischen den Beteiligten. Sie helfen, fachliches bzw. abteilungsbezogenes Silo-Denken zu überwinden – also ein Bereichsdenken, das verschiedene Abteilungen daran hindert, miteinander zu arbeiten. Damit erleichtern sie die kooperative Entwicklung von Lösungen für fachliche Herausforderungen und die dafür erforderliche Zusammenarbeit.

Fachworkshops haben eine wichtige Funktion für das Erkennen und Verhandeln von Differenzen sowie für die Sensibilisierung für fachliche und persönliche Haltungen und Positionierungen zu einem Thema – insbesondere im Kontext von Interkultur. Bedeutsam sind Perspektivwechsel, die eine Bereitschaft für Veränderung fördern. Solche Formen der Reflexion und auch die gemeinsame Bearbeitung von Tabu-Themen sind im Arbeitsalltag vieler Verwaltungen häufig noch eine Ausnahme. Fachworkshops sind in diesem Sinne hilfreich, um tiefgreifende Veränderungen in Verwaltungsstrukturen, d. h. institutionellen Wandel, zu initiieren oder zu begleiten.

Fachworkshops können – wie bei INTERPART – geschützte Denkräume in einer aus den Alltagsroutinen gelösten Arbeitssituation bieten. Die Bereitschaft zu wertschätzender, den Raum der eigenen Fachsprache öffnenden Kommunikation ist dafür elementar. Zu den Erfolgsbedingungen gehören zum einen passende räumliche Settings und Arbeitsmaterialien, die Gruppenarbeit und die Visualisierung von Ergebnissen erlauben. Zum anderen braucht es eine Moderation, die mit kreativen Methoden die Interaktionen gestaltet und die Integration der Ergebnisse in den Arbeitsroutinen unterstützt.

In INTERPART strukturierten die – pandemiebedingt teils analog, teils in Öhybriden Formaten, teils digital durchgeführten – Fachworkshops die Ko-Forschung und die transdisziplinäre Zusammenarbeit. Sie boten auch uns geschützte Denkräume, um mit Verwaltungsmitarbeiter*innen Barrieren und Stellschrauben für eine interkulturelle Öffnung der Planung zu identifizieren und zu bearbeiten.

Expert*innen-Interviews: Fremde Erfahrungen nutzbar machen

Expert*innen-Interviews ermöglichen es, Erfahrungen mit interkultureller Beteiligung von verschiedenen Vertreter*innen aus den Verwaltungen und der Zivilgesellschaft nutzbar zu machen. Dies kann als Bestandsaufnahme der aktuellen Situation vor Ort dienen, so wie verschiedenste Expert*innen sie jeweils wahrnehmen. Gleichzeitig lassen sich daraus erste Hinweise entnehmen, wo besondere Probleme liegen und inwiefern das institutionelle Umfeld der Expert*innen zur Lösung beitragen kann – oder vielleicht sogar diese Schwierigkeiten mitverursacht.

Im INTERPART-Kontext führten wir Expert*innen-Interviews (Helfferich, 2019) durch, um zielgerichtet nach Erfahrungen – z. B. mit Beteiligungsformaten, digitaler Beteiligung, interkulturellem Dialog oder Konflikten in der Beteiligung – zu fragen. Trotz der vorbereiteten Fragen ließ der Leitfaden jedoch genügend Raum, um freie Antworten und eine eigenständige Themensetzung der Interviewten zuzulassen.

Die Expert*innen-Interviews fanden sehr früh im Real-labor-Prozess statt und bildeten damit auch eine Grundlage dafür, später eintretende Veränderungen von interkultureller Beteiligung beschreiben zu können. Darüber hinaus zielten die Interviews darauf ab, die Beteiligten für eine längerfristige Zusammenarbeit im Sinne des partizipativen Forschens zu gewinnen: in den Verwaltungen für die verwaltungsinternen Projektgruppen in Berlin und Wiesbaden, in der Zivilgesellschaft für die Teilnahme an den Vor-Ort-Interventionen.

Insgesamt wurden in beiden Städten 44 Interviews geführt, 19 davon mit Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Initiativen.

Vor-Ort-Interventionen: Ausgangspunkte für den Dialog

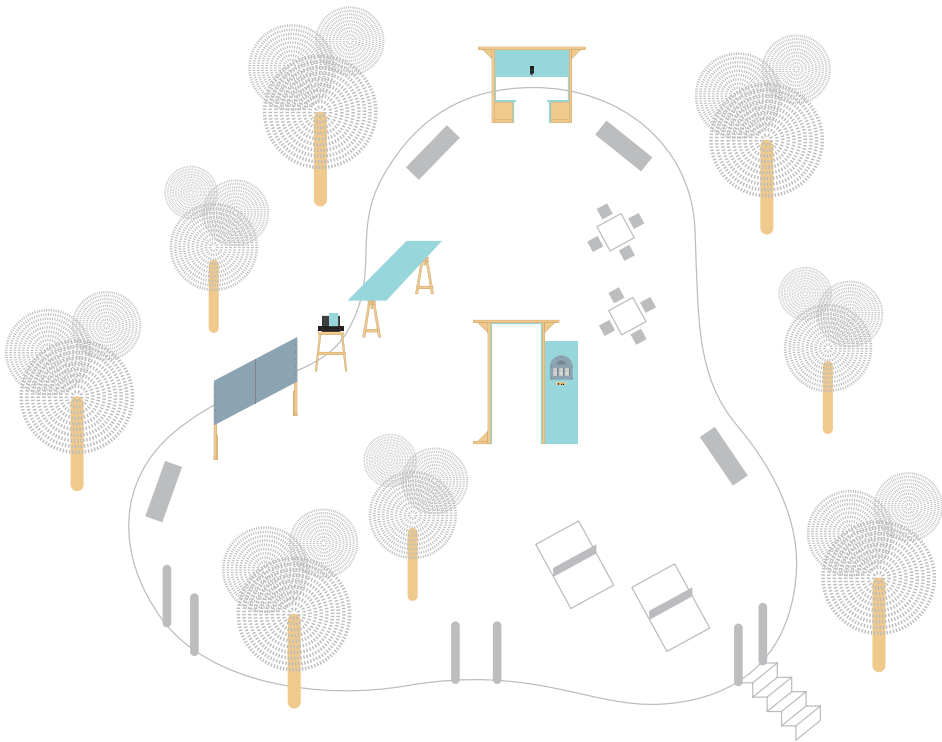
INTERPART verfolgte einen breiten methodischen Ansatz. Zur Methodenvielfalt gehörten auch die sogenannten Vor-Ort-Interventionen. Jeweils zwei fanden in den Quartieren Moabit und Biebrich statt. ‚Intervenieren‘ steht hier für das Eingreifen des Forschungsteams in das Forschungsfeld vor Ort.

Neben spielerischen und kulinarischen Angeboten lag der Fokus auf der Kombination analoger und digitaler narrativer Partizipationsformate, die im öffentlichen Raum Menschen in ihren alltäglichen Lebensräumen abholten. Anders als bei klassischen Beteiligungsverfahren stand kein konkretes Planungsvorhaben im Vordergrund. Die Vor-Ort-Interventionen waren als Beginn eines Dialogs mit Stadtnutzer*innen angelegt. Daher waren sie so gestaltet, dass sich möglichst viele Menschen angesprochen und zur Teilhabe motiviert fühlten. Mitarbeiter*innen lokaler Projektpartner*innen unterstützten das Forschungsteam, was eine vertrauensvolle Atmosphäre schuf. Außerdem signalisierten die Anwesenheit von Sprachmittler*innen, mehrsprachiges Informationsmaterial sowie eine mehrsprachige interaktive Klingel-Installation eine offene Haltung gegenüber Mehrsprachigkeit.

Bei der Platzierung der einzelnen Elemente der Vor-Ort-Interventionen auf den Plätzen wurde darauf geachtet, dass eine Dramaturgie entstand: Das Tor mit der Klingel-Installation war auf die Zu- und Ausgänge zum Platz ausgerichtet und diente als ‚Eingang‘ zum temporären Interventionsraum. Rund um das Tor standen viele Menschen, es wurde laut gesprochen, geklingelt, gelacht und diskutiert. Auf einem Tisch hinter dem Tor lagen Informationen zum Projekt und ‚Menükarten‘ mit Erzählimpulsen, die Besucher*innen von der ersten Begegnung an der Klingel-Installation in die

Erzählräume, also die Erzählecke und Erzählrunde, leiteten. Diese waren geschützt und in einiger Distanz zur Geräuschkulisse platziert. Dennoch konnte man die Sprechenden sehen und auf die Erzählangebote aufmerksam werden.

Zuhören und Miteinander-Sprechen war das zentrale Ziel der Vor-Ort-Interventionen. Insbesondere das Anerkennen von Alltagswissen in unterschiedlichen analogen und digitalen Dialogformaten schuf eine gemeinsame Kommunikationsbasis zwischen dem Forschungsteam und den Stadtnutzer*innen.



Klingel-Installation: Blickfang und Beteiligungsinstrument

„Hallo, hier spricht der Platz. Bitte beschreibe in drei Worten Deine Nachbarschaft.“

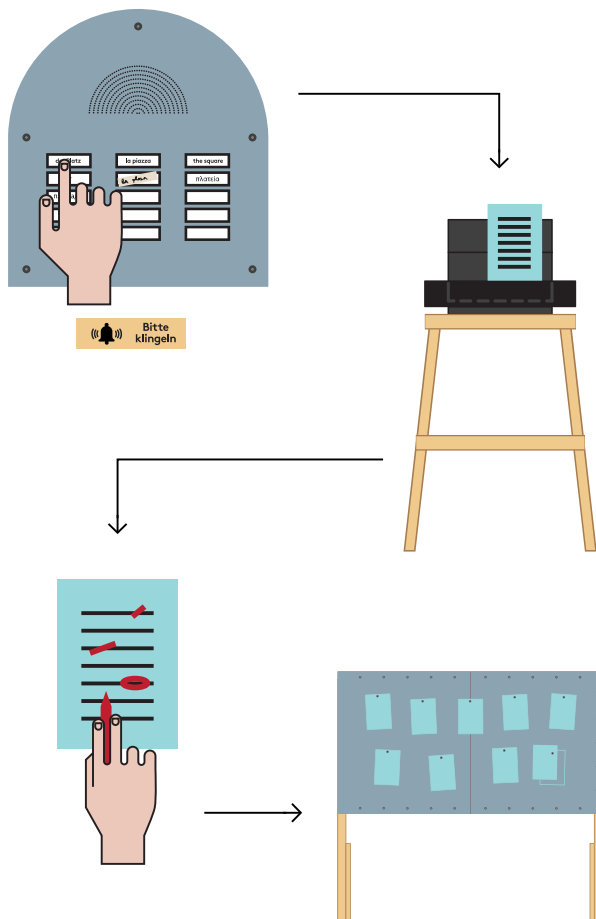
Die interaktive Klingel-Installation ist ein experimenteller \circ Prototyp, der bei den Vor-Ort-Interventionen als mehrsprachiges, hybrides Beteiligungsinstrument eingesetzt wurde. Als raumgreifendes Objekt erzeugt es Aufmerksamkeit und ruft durch die integrierte Technologie, die erst nach dem Klingeln ‚hörbar‘ wird, bei den Nutzer*innen häufig Überraschung und positive emotionale Reaktionen hervor.

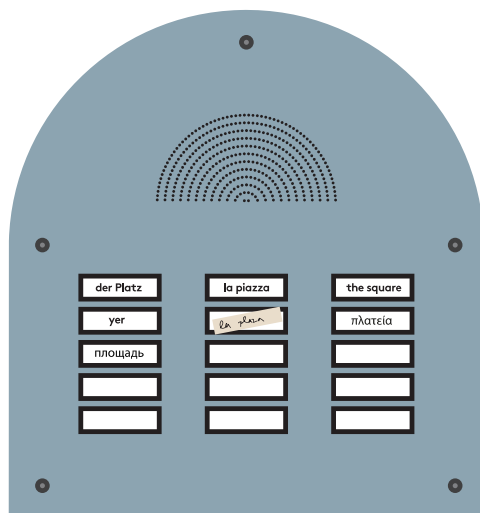
Visuell und materiell stellt das Haustür-Klingelschild als bekanntes Alltagsobjekt eine Verbindung zum Stadtentwicklungskontext und zum Leben der Stadtbewohner*innen her. In seinem Inneren ist ein \circ Raspberry Pi Mini-Computer integriert. Er ist über das Internet wiederum an eine Übersetzungssoftware angeknüpft. Die Klingeltafel dient den Nutzer*innen als analoge Benutzeroberfläche: Sie drücken eine Klingeltaste und machen so eine Eingabe an den Computer.

Nicht nur die Klingel als \circ Artefakt, sondern der gesamte Ablauf der Installation ist hybride, also sowohl analog als auch digital konzipiert: Im ersten Schritt können Stadtbewohner*innen über die Gegensprechanlage mit einem Computer – als Personifizierung des Platzes – sprechen, indem sie eine Frage zu ihrem Stadtteil beantworten. Anschließend wird die Antwort in mehreren Sprachen ausgedruckt, ggf. von Hand korrigiert und an einer Ergebnistafel festgehalten.

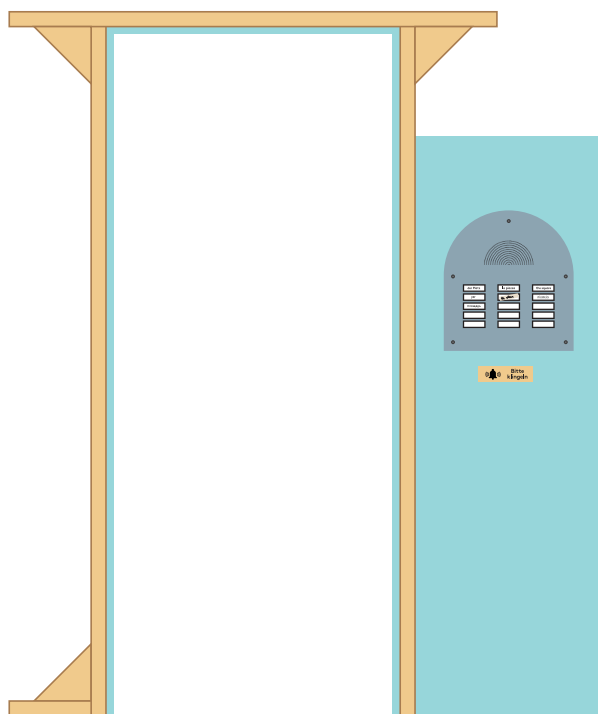
Die Klingeltafel als Benutzeroberfläche und die Gesprächssituation mit der Übersetzungssoftware sind mehrsprachig angelegt. Dadurch sollen sie für möglichst viele Menschen nutzbar sein. Gleichzeitig werden die Grenzen von Spracherkennungs- und Übersetzungssoftware sichtbar, ebenso wie die Reaktionen auf diese Herausforderungen.

Im Forschungskontext ermöglicht die Klingel-Installation Einblicke in die Komplexität von gestalteten, digitalen Werkzeugen in Beteiligungsprozessen und deren Wirkung auf die Menschen. Bei Beteiligungsveranstaltungen dient sie als Blickfang und Anziehungspunkt, als spielerisches Aktivierungsinstrument und – durch die Überraschungseffekte sowie die mehrsprachige Konzeption – als Gesprächsanlass für (diverse) Besucher*innen.





((())) Bitte klingeln



Erzählecke: Zwiegespräche über Stadt und Quartier

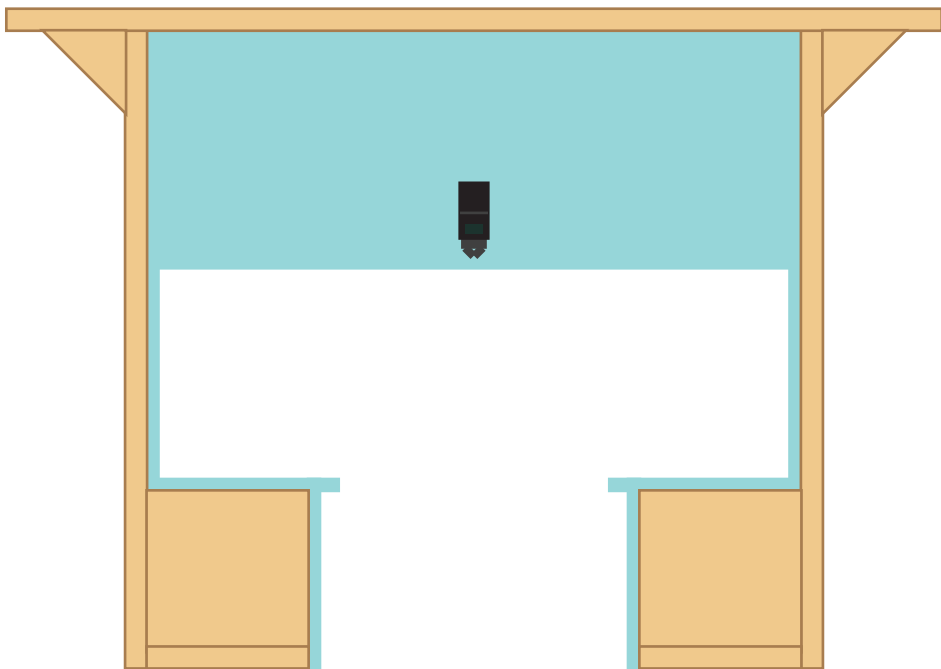
Durch Erzählungen aus ihrem Alltag können Stadtnutzer*innen auf einfache Art ihr Alltagswissen über ihre Nachbarschaft, ihr Umfeld in Quartier und Stadt und deren Entwicklung im Laufe der Zeit einbringen. Daher bieten Erzählformate eine gute Möglichkeit, das Wissen von Menschen einzubinden, die an Beteiligungsveranstaltungen sonst eher nicht teilnehmen.

Im INTERPART-Projekt setzten wir verschiedene Erzählangebote ein und schufen dafür auf den jeweiligen Zweck abgestimmte Räume. Einer davon ist die Erzählecke. Als hölzernes Artefakt schafft sie eine angenehme Atmosphäre für Zweier-Gespräche, bei der sich Wissenschaftler*in und Erzähler*in in einer teilweise offenen Kabine gegenüber sitzen. Ein ausgewogenes Verhältnis von Nähe und Distanz spielen dabei eine wichtige Rolle.

In der Erzählecke können sich tiefergehende Gespräche mit Stadtnutzer*innen entwickeln, beispielsweise über das interkulturelle Leben im Stadtteil oder ihre Partizipationserfahrungen. Im Mittelpunkt sollten die individuelle Wahrnehmung und persönliche Erzählungen der Stadtnutzer*innen stehen – als Expert*innen für die Situation vor Ort. Ihr Wissen über das Leben in der Stadt können sie erzählend in der eigenen (Alltags-)Sprache einbringen. Die Erzählecke als Holzkonstruktion bietet dafür einen intimen Gesprächsrahmen und kann auch zu einer ersten Vertrauensbildung beitragen.

Teilen Forscher*in und Stadtbewohner*innen keine gemeinsame Sprache, können Sprachmittler*innen das Gespräch begleiten, um zu übersetzen oder zusätzlichen Kontext zu den Erzählungen einzubringen. Im INTERPART-Kontext für Forschungszwecke eingesetzt, lassen sich Erzählangebote auch bei konkreten Beteiligungsprojekten

nutzen. Empfehlenswert ist besonders ein sehr früher Einsatz, noch bevor die eigentliche Beteiligung beginnt: Die Erzählecke kann eine Dialogebene schaffen und Vertrauen aufbauen, um den Menschen vor Ort zu vermitteln, um was es bei Stadtentwicklung geht und dass ihre Erfahrungen eine wichtige Rolle spielen.



Erzählrunde: Perspektiven-Vielfalt ,unter der Kuppel‘

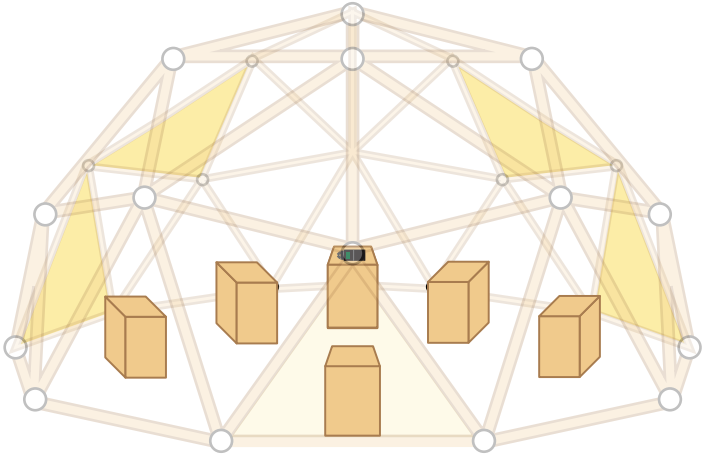
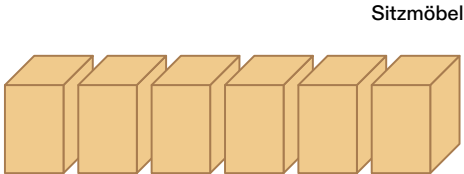
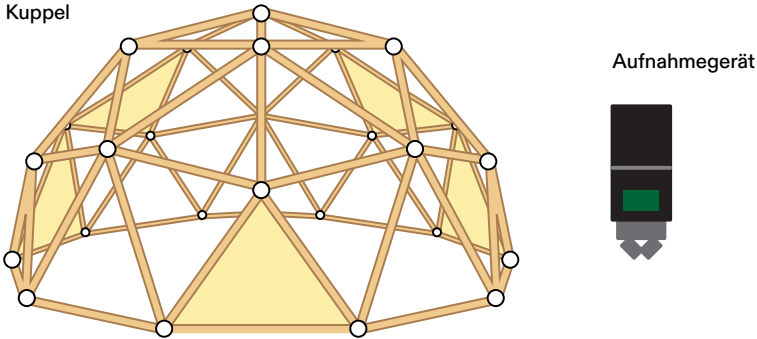
In Beteiligungsprozessen über Stadtentwicklung stoßen unterschiedliche Positionen aufeinander, die sich ergänzen, widersprechen oder auch harmonisieren können. Erzählrunden eignen sich, um verschiedene Sichtweisen kennenzulernen und den Stadtnutzer*innen einen Austausch zu ermöglichen.

Den baulichen Rahmen für die INTERPART-Erzählrunde bildet ein Artefakt aus einer Holzkonstruktion. Einzelne Holzlatten werden so zusammengesteckt, dass ein kuppelartiges Gebilde entsteht. Die begehbare Konstruktion ähnelt einem Iglu und bietet Platz für mehrere Menschen. Mithilfe von einzelnen textilen Elementen zwischen den Holzverstrebungen lässt sich der Raum halb-durchlässig gestalten. So fühlen sich die Personen im Erzählraum geschützt, gleichzeitig bleiben Einblicke von außen möglich. Besucher*innen können zuschauen, jederzeit zum Gespräch dazukommen oder es wieder verlassen. Als Sitzgelegenheiten eignen sich z. B. Hocker.

Im Vordergrund stehen gemeinschaftliches Erzählen und Zuhören. Dabei muss es nicht um einen Dialog von Forscher*innen bzw. Verwaltungsmitarbeiter*innen mit Stadtnutzer*innen gehen, sondern gerade um den gemeinsamen Austausch – bei INTERPART über Stadtentwicklung und das Zusammenleben in der Nachbarschaft. Durch ihre Erzählungen werden die Teilnehmer*innen mit ihren Erlebnissen, Wünschen und Ängsten für andere sichtbar. Gleichzeitig lassen sich geteilte Erfahrungen und Emotionen erleben.

Erzählrunden geben Einblicke, *wie* die Menschen erzählen, welche Emotionen zutage treten und wie sie die (eigene) Zugehörigkeit – z. B. zur Nachbarschaft – definieren. Ein vertrauensvoller Gesprächsraum ist deswegen elementar. Dazu können klare Dialogregeln sowie ein Moderationsduo

beitragen, das sich aus einer Person aus Forschung oder Verwaltung und einer Person in Multiplikator*innenrolle im lokalen Umfeld zusammensetzt.



Podcast-Reihe: Diverse Stimmen hörbar machen

Die Produktion einer Podcast-Reihe ermöglicht den (interkulturellen) Austausch im digitalen Raum – auch wenn persönliche Begegnung nicht möglich ist, wie im Fall von INTERPART aufgrund der COVID-19-Pandemie. Zudem hat sie den Vorteil, dass dem Austausch auch dann noch zugehört werden kann, wenn das Gespräch bereits beendet ist.

Eine Podcast-Sendung, wie in INTERPART konzipiert, ist Resultat eines Ko-Produktionsprozesses in mehreren Schritten. Jeder Schritt hat eine bestimmte Funktion und stellt selbst eine Form des Austauschs dar. Den Kern bildet ein Gespräch zwischen zwei Personen, die sich u. a. darüber unterhalten,

1. wie Vertrauen im öffentlichen Raum entsteht und
2. wie ein interkultureller Dialog-Raum entstehen kann, der das Sprechen über Stadt(-entwicklung) für viele unterschiedliche Menschen ermöglicht.

Vor jeder Sendung ist ein ausführliches Kennenlernetreffen der Gesprächspartner*innen wichtig, das als Vorgespräch für die Aufzeichnung dient, z. B. in einer Videokonferenz. Gemeinsam können die Teilnehmer*innen dabei bestimmen, was sie am Rahmenthema des Podcasts besonders interessiert, was sie betrifft, bewegt und worüber sie bei der Aufzeichnung als Expert*innen für das Thema sprechen möchten. Bei der Aufnahme liefert die Moderation Gesprächsimpulse und behält die Sprechzeiten im Blick. Damit sich die Moderation ganz der Situation und Unterstützung des Gesprächsverlaufs widmen kann, ist es sinnvoll, die endgültige Moderationsstimme erst in der Nachbearbeitung einzusprechen. Den letzten Schritt der Ko-Produktion bildet eine

Nachbesprechung der Sendungen gemeinsam mit den Podcast-Teilnehmer*innen, um Erfahrungen und Gefühle in der Gruppe zu reflektieren. Im Prozess der Ko-Produktion sind die Bereitschaft zum Zuhören und gegenseitiger Respekt elementar.

Eine Podcast-Reihe kann diverse Stimmen hörbar machen und ihnen trotz ‚Social Distancing‘ einen Dialog ermöglichen. Das betrifft gerade auch bisher leise und wenig berücksichtigte Stimmen. Die Podcast-Folgen finden Sie mithilfe des QR-Codes oder der folgenden beiden Links:



<https://castbox.fm/app/castbox/player/id3039731?v=8.22.11&>

<https://castbox.fm/channel/Interpart-Podcast-id3039731?country=de>

Brettspiel: „Beteiligung, wie ich sie mir wünsche“

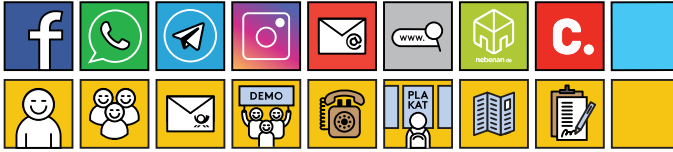
„Wir sind hier, um eine Interessengruppe für den Stadtteil zu gründen. Wie heißt Ihr? Was möchtet Ihr ändern?“ So lautet die erste Aufgabe des Brettspiels, das das Forschungsteam entwickelte. Es dient dazu, durch gemeinsames Tun und Sprechen mit Stadtnutzer*innen in einen Dialog zu treten. Im Mittelpunkt stehen Voraussetzungen für eine interkulturelle Beteiligung an Stadtentwicklung.

Die Teilnehmer*innen gründen eine (fiktive) Initiative, die sie nach eigenen Bedürfnissen gestalten. Anhand offener Fragen werden sie durch einen Prozess geführt, der sich auf die existierende Beteiligungspraxis in der Stadtentwicklung und die erlebten Voraussetzungen und Barrieren bezieht.

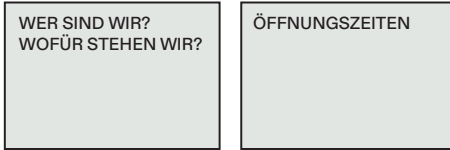
Ein Spielbrett dient als Aushandlungsort des Gesprächs. Spielsteine und -karten werden dort platziert, zueinander in Beziehung gesetzt und durch Beschriftungen präzisiert. Verschiedenfarbige Spielsteine symbolisieren z. B. Akteure, die der Gruppe wichtig sind und entsprechend platziert werden können. Spielkarten mit Symbolen für Telefon, E-Mail etc. verdeutlichen den Informationsfluss zwischen den Akteuren. Am Ende des Prozesses materialisiert sich auf dem Spielbrett ein Gesamtbild des Gesprochenen. Der spielerische Ansatz geht davon aus, dass das gemeinsame Arbeiten mit (Veranschaulichungs-)Material die Vorstellungskraft anregt und es den Teilnehmer*innen erleichtert, ihr Wissen in Gespräche und Aushandlungen einzubringen.

Das Brettspiel lässt sich mit unterschiedlichen Gruppen und Initiativen spielen – mit bestehenden oder sich in Gründung befindenden Gruppen oder auch mit zufällig aufeinandertreffenden Personen. Ausgehend von persönlichen Relevanzrahmen und Emotionen können sie in den Gesprächen Wissen über die Voraussetzungen für (interkulturelle) Dialog-Räume produzieren.

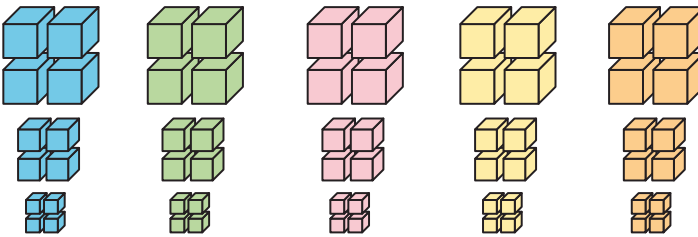
Spielkarten



Schilder



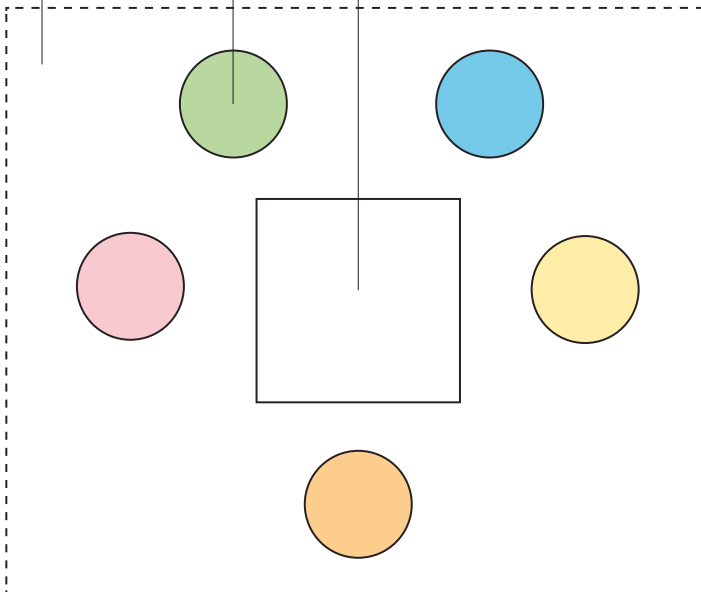
Spielsteine



Spielbrett

Akteursfelder

Raumfeld



Aufsuchende Beteiligung, Befragung und Testings: Der schrittweise Weg zum Online-Tool

Um Jugendliche, Menschen mit wenig Deutschkenntnissen oder bildungsferne Bevölkerungsgruppen besser zu erreichen, wird eine besondere Chance in der gezielten und aufsuchenden Beteiligung gesehen. In konkreten Beteiligungsprojekten und in Reallaboren wie INTERPART lässt sich über aufsuchende Formate das Alltagswissen von Stadtnutzer*innen erfahren, um als Ausgangspunkt für lokal relevante Fragen zu dienen.

Bei der Entwicklung von Anwendungen in einem Ko-Design-Prozess ist es sinnvoll, über aufsuchende Beteiligung die Bedürfnisse der Stadtnutzer*innen zu erfahren und ihre Meinungen in bestimmten Phasen der Entwicklung einzuholen. Bei der Entwicklung des Online-Beteiligungstools folgte einem Feedback von Stadtnutzer*innen auf eingangs gestellte Fragen ein erster Entwurf. Er wurde zurückgespielt zu potenziellen Nutzer*innen, die den Entwurf testeten. Ihre Meinungen flossen dann wiederum in die nächste Entwicklungsstufe ein.

Zu Beginn führten wir in den zwei Stadtteilen insgesamt 26 aufsuchende Kurzinterviews mit Alltagsexpert*innen wie Gewerbetreibenden und Passant*innen durch. Erste bedeutsame Themen und persönliche Sichtweisen im Kontext von Beteiligungsmöglichkeiten und -barrieren in der Stadtentwicklung flossen im Anschluss in ein erstes Grobkonzept des Online-Tools in Form eines Prototyps ein. Dieser wurde zunächst als Papierversion (vergleichbar mit einem Comic), dann als Clickdummy (vergleichbar mit einer Powerpoint-Präsentation) umgesetzt. Diese Versionen unterzogen wir einem weiteren Testing mit Besucher*innen der Vor-Ort-Interventionen. Wir fragten nach Verständlichkeit und Attraktivität der Entwürfe und nutzten die Antworten bei der Programmierung des Prototyps. Die nächste, Usability-Testing genannte Feedback-

Schleife konzentrierte sich auf die Anwendbarkeit und Verständlichkeit für eine Vielfalt an Stadtnutzer*innen, z. B. alte und junge Menschen, mit und ohne digitale Kenntnisse, erst kurz oder länger im Quartier ansässig. Auf Basis der Ergebnisse aus den Usability-Testings wurde der Prototyp für das Online-Beteiligungstool entwickelt.

Online-Beteiligungstool: Ein fiktives Nutzungsszenario

Das Online-Beteiligungstool ist ein Versuch, eine webbasierte Beteiligungsapp niedrigschwellig zu gestalten: Die Beteiligung soll wenig Aufwand erfordern, die App möglichst ansprechend und einfach zu bedienen sein. Auch wenn viele Fragen in Bezug auf visuelle Beteiligungsbarrieren noch offengeblieben sind, erweist sich das Tool als gelungener Ausgangspunkt, um weitere Erkenntnisse über die Interaktion im Kontext interkultureller Räume zu ermöglichen. Im Idealfall funktioniert das Online-Beteiligungstool wie im folgenden fiktiven Szenario:

Mo ist mit der S-Bahn auf dem Heimweg. Seit Beginn seiner Ausbildung fährt er zweimal täglich denselben Weg. Obwohl er noch nicht so lange in dieser Stadt lebt, kennt er mittlerweile ganz gut die Strecke und ihre Eigenarten.

Eines Morgens, auf dem Weg zur S-Bahn-Haltestelle, fällt ihm ein neues Plakat auf: An der Wendeltreppe, an der er oft Kinderwagen hoch- und runtertragen hilft, klebt ein QR-Code mit dem Hinweis: „Los geht's Stadt Gestalten!“ Per Handy scannt er den Code ein und wird mit den Worten „Willkommen beim Stadt-Mitdenken und Gestalten“ begrüßt. Das macht ihn neugierig. In einem kurzen Intro erfährt er, dass es um seine Meinung zu einer wünschenswerten Stadtentwicklung geht.

Er gelangt auf einen Stadtplan, auf der ein Pin blinkt – genau an der Stelle, an der er täglich vorbeigeht. Immer noch nicht sicher, aber gespannt, was für eine Art von Mitmachen ihn erwartet, hat er mit dem Klick auf den Pin ein Foto der Kinderwagentreppe auf seinem Display. Darunter steht:

„Welcher Emoji passt am besten zu deiner Stimmung, wenn du das Bild siehst?“ Mit einem lachenden, zornigen oder neutral schauenden Smiley kann man antworten. In den letzten eineinhalb Jahren hatte er sich oft über die Treppe Gedanken gemacht, wenn er an ältere Menschen oder Menschen mit Kinderwagen und Rollstuhl dachte. Ohne viel nachzudenken, wählt er das zornige Emoji.

Im nächsten Schritt stößt er auf die Frage „Was braucht es hier deiner Meinung nach am dringendsten, um sicher und entspannt die Treppe hoch und runter zu kommen?“ Er hat die Wahl zwischen verschiedenen Antworten: a) gute Beleuchtung, b) einen Fahrstuhl, c) eine Fußgängerrampe oder d) eine bessere Wartung der Treppenanlage. Er stellt fest, dass er auch zwei Antworten auswählen kann: a und c. Anschließend wird ihm in einem Tortendiagramm angezeigt, wie seine Stimme in die Umfrage eingeflossen ist und wie sie im prozentualen Verhältnis zu den anderen Stimmen steht.

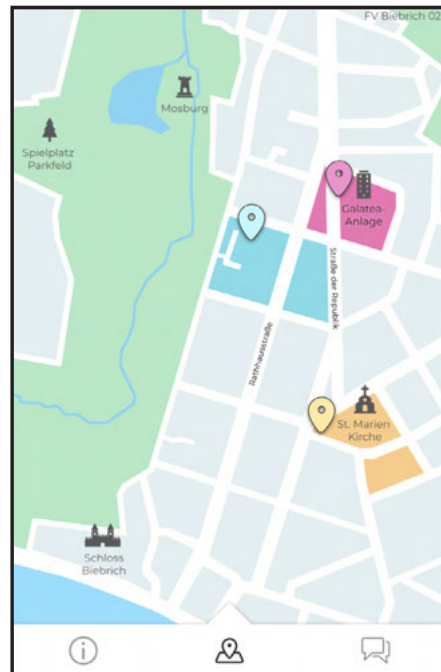
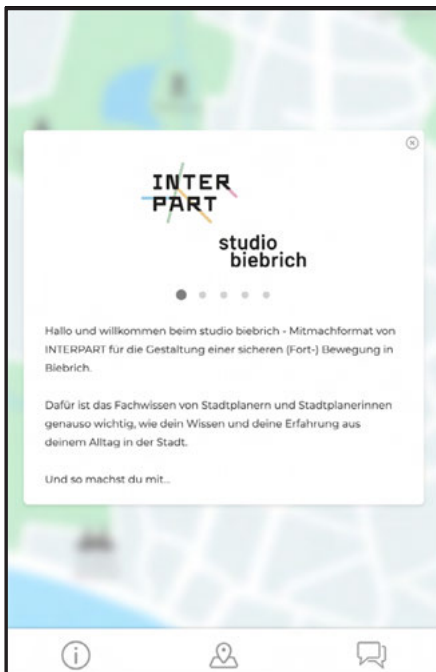
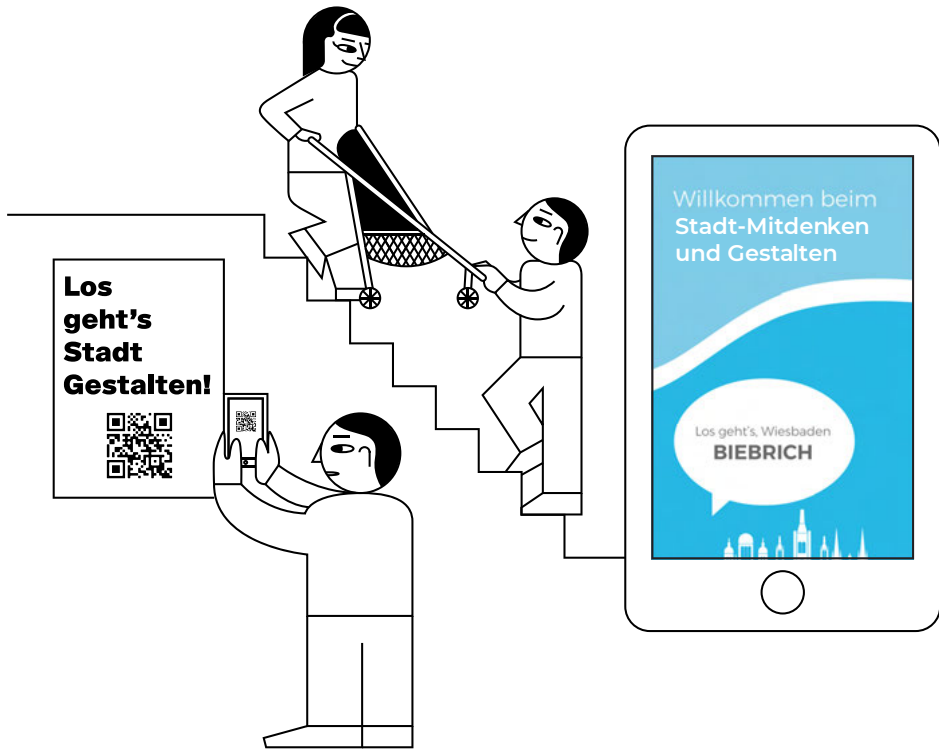
Er möchte gerne seine Auswahl begründen und auch mehr über die Gründe anderer erfahren. Deshalb klickt er auf den Button „Dir liegt noch was auf dem Herzen? Dann teil es uns mit.“ Auf dem Handydisplay erscheint ein Textfeld, in das er seinen Kommentar eingeben kann. Anschließend kann er wieder entscheiden, ob er zurück zur Karte und damit zu weiteren Befragungen möchte – oder auf die Beitragsseite, wo jetzt sein Kommentar in der Sammlung bereits geschriebener Kommentare erscheint. Er möchte wissen, warum manche anders abgestimmt haben, daher bleibt er länger auf der Beitragsseite und liest während der S-Bahn-Fahrt die verschiedenen Standpunkte durch.

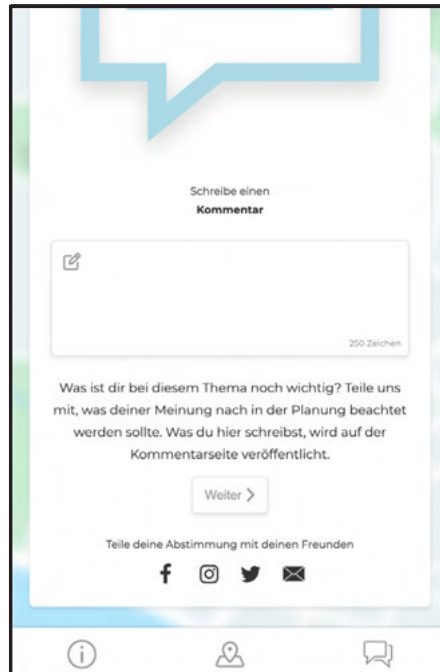
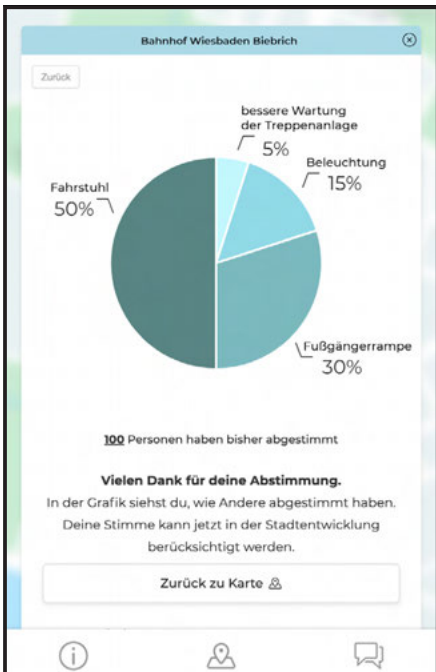
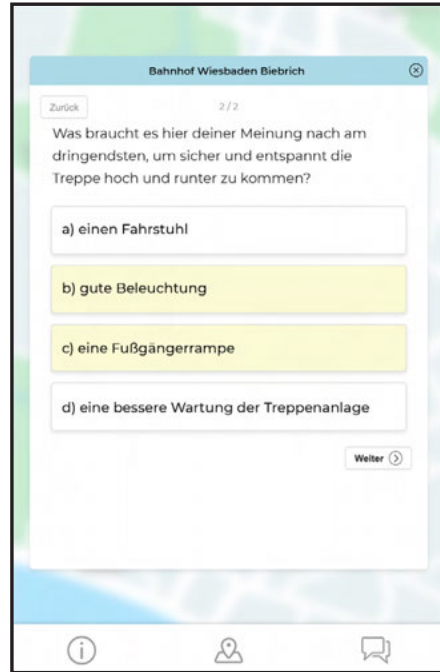
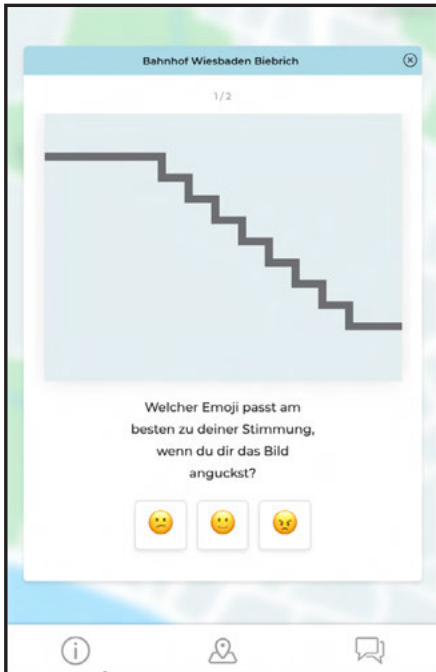
Einige Stunden später, auf dem Heimweg, denkt er an diese morgendliche Erfahrung und will sich weiter informieren. Mit Stadtentwicklung hat er

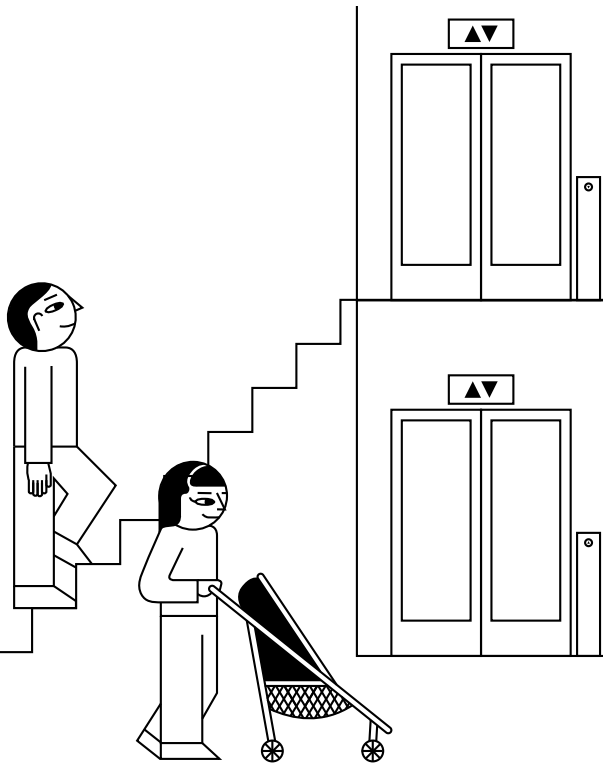
eigentlich nie etwas zu tun gehabt. Als Neuling in der Stadt, dessen Deutschkenntnisse noch nicht perfekt sind, hat er sich mit ∞ Bürgerbeteiligung bislang nicht auseinandergesetzt. Diese Online-Befragung zu Themen aus seinem Alltag, die nur wenige Minuten in Anspruch nahm, hat ihn irgendwie einbezogen. Die Beantwortung der Fragen fiel ihm leicht, weil er die Problematik kannte. Er fragt sich auch, ob diese Umfrage etwas bewirkt, und ruft sie erneut ab. Dort kann er den Stand der Dinge einsehen. Er ist gespannt auf die nächsten Schritte.

Den Prototypen für das Online-Beteiligungstool finden Sie hier:

<https://prototyp.interpart.org/>







Fachdialog: Verwaltung und Zivilgesellschaft im digitalen Austausch

Der Fachdialog hatte die Funktion, den Austausch zwischen Verwaltungsangestellten und zivilgesellschaftlichen Initiativen anzuregen. Aufgrund der COVID-19-Pandemie musste der Austausch digital per Videokonferenz stattfinden.

Der erste INTERPART-Fachdialog beschäftigte sich mit „Potenzialen und Grenzen digitaler Formate von Beteiligung“, der zweite thematisierte „Rassismus in den Institutionen“. Zu jedem Fachdialog wurden Expert*innen eingeladen. Ihre Diskussionsbeiträge oder kurzen Einführungen motivierten Verwaltungen und Initiativen, sich gemeinsam mit neuen Inhalten auseinanderzusetzen. Dadurch wurden unterschiedliche Positionen der eingeladenen Teilnehmer*innen sichtbar, und es gelang, gegenseitiges Verständnis herzustellen.

Um Voraussetzungen interkultureller Beteiligung zu verstehen und Erfahrungen und Positionen in einem halb-öffentlichen digitalen Raum zu teilen, waren die Fachdialoge sehr hilfreich. Die Teilnehmer*innen kamen zu neuen Erkenntnissen, da zum Austausch von alltäglichen Problemen sowie zu Nachfragen angeregt wurde. Eine aktive Moderation brachte gezielte Reflexionsfragen ein und richtete ihre Fragen sowohl an die Zivilgesellschaft als auch die Verwaltungen. Dies trug dazu bei, verlässliche Aussagen aus Sicht von Expert*innen zu produzieren.

Die Fachdialoge waren in den Monaten der Unsicherheit nach der ersten Welle der COVID-19-Pandemie 2020 ein wichtiger Anker, um die Kommunikation zwischen dem INTERPART-Team, der Zivilgesellschaft und den Verwaltungen aufrechtzuerhalten und ein digitales Interventionsformat im Rahmen des Reallabors zu gewährleisten.

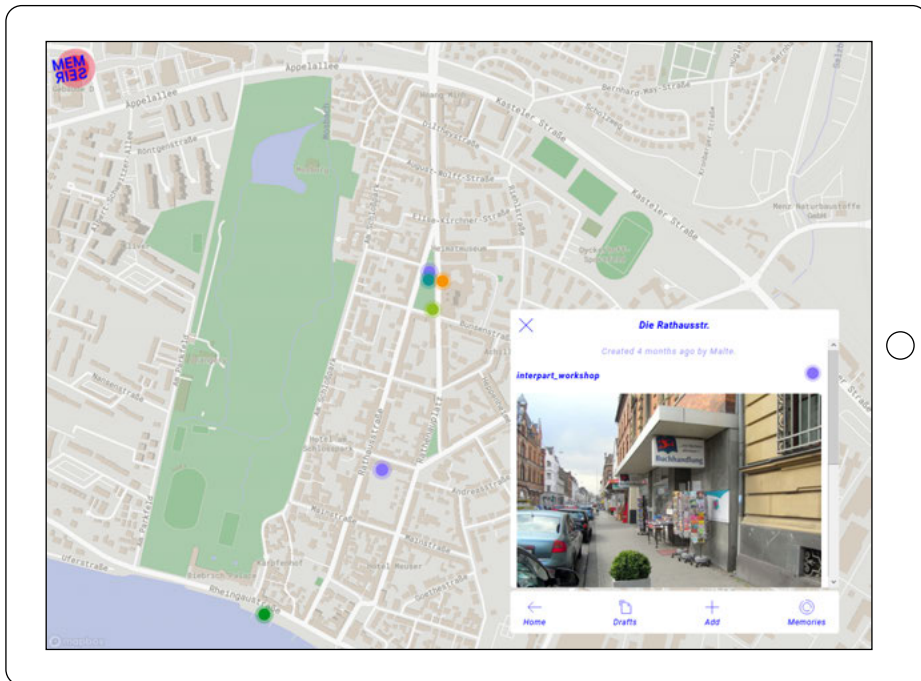
Story Mapping: Wie man Quartiersgeschichten kartiert

Für das Reallabor aktivierte INTERPART verschiedene zivilgesellschaftliche und städtische Akteure und brachte sie wiederholt in einen Dialog. Um diesen Austausch zu verstetigen, planten wir einen Stadtspaziergang. Die Idee war, individuelle Perspektiven auf das Quartier zu sammeln, sie auf einer Karte zu verorten und in Beziehung zueinander zu setzen. Die Geschichten aus dem Quartier sollten auf einer digitalen Karte aufgerufen und sukzessive ergänzt werden können. Leider musste der Stadtspaziergang pandemiebedingt kurzfristig abgesagt werden. Da das Austauschformat bereits fertig konzipiert war und uns als vielversprechend für Beteiligungsprozesse erscheint, wird es hier dennoch vorgestellt:

Um verschiedene Akteure mit ihren individuellen Wahrnehmungen miteinander in Berührung zu bringen, wollten wir uns gemeinsam anhand ihrer Erzählungen durch den Stadtteil ‚bewegen‘. Dazu diente die Methode des ‚Story Mapping‘: Das ‚Kartieren‘ von Geschichten bietet die Möglichkeit, die Erzählungen verschiedener lokaler Initiativen mit ihren örtlichen Bezugspunkten in Beziehung zu setzen, auf diese Weise gemeinsame Bezugspunkte zu finden und Gemeinsamkeiten oder Divergenzen in der Beurteilung der Orte bzw. deren Entwicklungsperspektiven sichtbar und damit diskutierbar zu machen. So können lokale Dynamiken deutlich werden, die sowohl gegenwärtige als auch zukünftige Interaktionen im Stadtteil bestimmen und regulieren.

Anknüpfungspunkt für die Methode ist die browserbasierte App „Memories of the Future“, die das Design Research Lab der Universität der Künste Berlin bereits als Partizipationstool nutzt (<https://www.drlab.org/project/memories-of-the-future/>). In der App lassen sich durch das Sammeln und Darstellen persönlicher Geschichten von Bewohner*innen Einblicke in persönliche wie auch kollekti-

ve Erfahrungen einer vielfältigen Gesellschaft gewinnen und darauf aufbauend Zukunftsperspektiven entwickeln. Idealerweise hätte der Workshop die Kommunikation zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung vertieft bzw. verstetigt und somit Kommunikationswege für die Zukunft festgehalten.

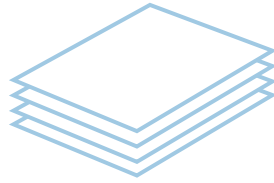
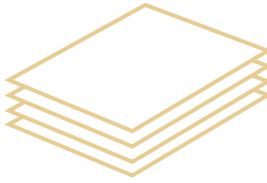
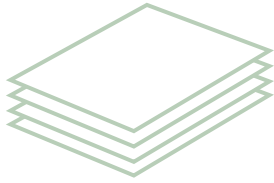


Zettelkasten: ,Forschungsreisende‘ vor der eigenen Haustür

Der Zettelkasten ist eine Mappe, in der Forscher*innen ihre Beobachtungen, Erfahrungen und Gedanken festhalten. Vorbild dafür sind Forschungsreisende, die in der Fremde Tagebuch führen und interessante Artikel und Materialien zusammentragen, um ihre Erkenntnisse nach der Reise aufbereiten und veröffentlichen zu können. Berühmt ist der Zettelkasten des Soziologen Niklas Luhmann mit ca. 90.000 handschriftlichen Notizen, der im Universitätsarchiv Bielefeld zu finden ist.

Die ,Forschungsreise‘ von INTERPART führte nicht in ferne Länder, sondern vor die eigene Haustür. Auch hier gingen wir davon aus, dass wir Erlebtes anders bewerten und reflektieren können, wenn wir es schriftlich festhalten. Als Anregung versandte das INTERPART-Team ,Denk-Zettel‘ mit konkreten Fragen. Die Zettelkästen waren vertraulich. Die Ko-Forschenden sollten im Vorfeld des letzten Fachworkshops den eigenen Zettelkasten auswerten und die Erkenntnisse in die gemeinsame Abschlussdiskussion mitbringen. Aufgrund der COVID-19-Pandemie musste die Reflexion online erfolgen. Eine gezielte Zettelkasten-Auswertung fand in diesem Rahmen nicht mehr statt.

Unser Fazit: Denk-Zettel bieten Anlässe, eigene Erfahrungen aufzuschreiben. Es braucht aber Zeit, Motivation und eine gewisse Routine, sie regelmäßig auszufüllen. In einem Forschungsprojekt, in dem die Beteiligten freiwillig mitmachen, entscheidet jede*r selbst, ob sie*er sich die Zeit dafür nimmt. Unsere Erfahrung ist, dass es sich lohnt. Wir hoffen, dass auch die Ko-Forscher*innen, die den Zettelkasten genutzt haben, etwas für ihre Weiterentwicklung von Interkultur in der Planungs- und Beteiligungspraxis mitnehmen konnten.



Fragen zu Online-Diensten und sozialen Medien (Beispiel)

Inwiefern wirkt sich die zunehmende Verbreitung von digitalen Plattformen auf die Kommunikation in Ihrem beruflichen Umfeld aus? Was finden Sie daran positiv, was empfinden Sie als Verlust?

Welche Online-Dienste und sozialen Medien nutzen Sie selbst regelmäßig privat? Welchen Mehrwert erleben Sie dadurch? Welche Dienste nutzen Sie eher nicht, weshalb?

Welche Bedingungen müssten gegeben sein, damit Sie selbst als Bürger*in online an einem Beteiligungsverfahren teilnehmen?

Verstetigungsworkshops: Erkenntnisse aus dem Projekt im Verwaltungsalltag verankern

In Ko-Forschungsprozessen gemeinsam erarbeitete Erkenntnisse, erprobte Instrumente oder Verfahren können nur Wirksamkeit für den Verwaltungs- und Planungsalltag erreichen, wenn auch zeitliche Ressourcen zur Verfügung stehen, das gewonnene Wissen hier zu verankern. Dies ist ein Schritt in der Organisationsentwicklung, für den es gilt, Verantwortlichkeiten, Produkte, neue Kommunikationsstrukturen und entsprechende Zielstellungen zu definieren. Häufig ist dabei eine neue Kommunikationsstruktur erforderlich, die verschiedene Fachaufgaben und/oder Verwaltungsbereiche verbindet.

Auch dafür ist ein partizipatives Verfahren hilfreich. Es bezieht für diese Verankerung ggf. auch Mitverantwortliche ein, die vorher nicht in die Ko-Forschung eingebunden waren. Vor Ende der jeweiligen Förderung werden für ein Zielgebiet, eine Projektfortsetzung oder die Bearbeitung einer Aufgabe konkrete Schritte und Verfahren benannt, die für die Nachhaltigkeit geschaffener Strukturen nach Ablauf des Projekts sorgen. Die für den Forschungsbaustein ‚Interkulturelle Öffnung‘ verantwortlichen Wissenschaftler*innen boten daher in beiden Städten den beteiligten Verwaltungen Verstetigungsworkshops an.

Methodisch wurden diese Workshops analog zu den Fachworkshops konzipiert. Die Zielsetzung war nun jedoch, in INTERPART zu spezifischen Fachaufgaben bereits erarbeitete Erkenntnisse zum Thema Interkulturelle Öffnung umzusetzen. In Berlin erfolgte dies (online) zur interkulturellen Öffnung der Personalakquise und -entwicklung, in Wiesbaden (vor Ort) zur Erarbeitung des neuen kommunalen Integrationskonzepts und der darin zu verankernden Beteiligungsstrukturen (↪Kap. 8).

6 Formate des Erzählens als Forschungs- und Beteiligungsmethode

- 🔍 Hier geht es zum Glossar.
- 📖 Hier geht es zu den Methoden, Artefakten und Werkzeugen.
- ➔ Hier wird das Thema weiter vertieft.

Kurzfassung

Alltagserzählungen eröffnen Möglichkeitsräume für einen Perspektivwechsel und \circ Dialog: Sie bringen zum Vorschein, was Menschen im Stadtteil beschäftigt und wie sie ihre Bedürfnisse und Interessen zur Sprache bringen. Dadurch werden die Lebenswirklichkeiten vor Ort sowie Erfahrungen, Emotionen und Anliegen der Menschen deutlich. Alltagserzählungen scheinen daher geeignet zu sein, in Beteiligungsprozessen Menschen zu befähigen, eine Stimme zu finden und ihre Bedürfnisse und Wünsche an den Stadtteil zu formulieren.

Im Kontext unseres Projekts ging es vor allem um mündliche Erzählungen, die spontan entstehen. Sie dienten dem Dialog mit uns, den Projektbeteiligten, und dem Dialog untereinander. Um Stadtnutzer*innen miteinander ins Gespräch zu bringen und ein Bewusstsein für unterschiedliche Perspektiven zu schaffen, schufen wir verschiedene Dialog-Räume. Im INTERPART-Projekt waren diese vor allem als Partizipationsräume nutzbar. Sie sind aber auch für andere Kontexte geeignet.

In einer ☞ Erzählecke konnten sich Stadtnutzer*innen mit einzelnen Ko-Forscher*innen austauschen, zum Teil mithilfe von Sprachmittler*innen. In einer ☞ Erzählrunde verständigten sich mehrere Stadtnutzer*innen darüber, wie sie das Zusammenleben im Quartier wahrnehmen. Ein ☞ Podcast bot eine Plattform für den Austausch von Vertreter*innen lokaler Stadtteilinitiativen und Ko-Forscher*innen. Diese interkulturellen Dialog-Räume (\hookrightarrow Kap. 4) setzten unterschiedliche Perspektiven auf das Leben im Stadtteil miteinander in Beziehung. Auf diesem Weg wurden vielfältige Wissensarten sichtbar – vom Wissen über den Ort bis hin zu Reflexionswissen, das beispielsweise beim (gemeinsamen) Nachdenken über frühere Ereignisse und Erfahrungen entstand.

Eine solche Tiefe des Austauschs war nur möglich, weil sich die Ko-Forscher*innen Zeit nahmen zuzuhören und die Erzähler*innen die Räume und den Verlauf des Austauschs als positiv und für sich selbst bereichernd wahrnahmen. Das Sprechen und Zuhören über Alltagserfahrungen ließ die Teilnehmer*innen mit-

unter auch neue Handlungsmöglichkeiten erkennen. So sahen sie zum Beispiel ihre Einflussmöglichkeiten auf Entwicklungen im Stadtteil mit neuen Augen.

Unsere Erfahrung mit den gewählten Formaten zeigt, wie wichtig die Gestaltung von Erzählsituationen ist. Mithilfe einer gesprächsoffenen, mehrsprachigen und gleichzeitig (räumlich) geschützten Gestaltung können sich auch bisher marginalisierte Gruppen besser auf Beteiligungssituationen einlassen. Im Kontext von Stadtentwicklung können offene Erzählräume thematisch gerahmt werden, damit Erzählungen auch im Hinblick auf konkrete Planungsinhalte auswertbar sind. Als bewusst gestaltete interkulturelle Dialog-Räume (↪ Kap. 4) können Erzählräume aktivierend und stärkend wirken und Austausch fördern. Dies ist insbesondere im Vorfeld einer formellen oder informellen Beteiligung (↪ Kap. 3) wichtig – in der von uns so bezeichneten Phase Null (↪ Kap. 8). Partizipative Verfahren in der Stadtentwicklung, die eine direkte Ansprache von Anwohner*innen um niedrigschwellige Erzählräume ergänzen, können somit auf zwei Ebenen einen Mehrwert schaffen: Einerseits können Planer*innen ihre Kenntnisse über den jeweiligen sozialen Ort vertiefen, andererseits entsteht im Idealfall eine kontinuierliche Beziehungsebene zwischen Planer*innen, ∘Zivilgesellschaft und Stadtnutzer*innen.

Erkenntnisse aus der Fachdiskussion

Erzählen als Methode

Alltagserzählungen eröffnen für Erzähler*innen und Zuhörer*innen Möglichkeitsräume des Verstehens und des Dialogs. Erzählungen können über den Informationsgehalt hinaus identitätsstiftend, integrierend, unterhaltsam oder auch ideologisierend wirken. Im Erzählen können Menschen ihr Bild von sich selbst reflektieren und (weiter-)entwickeln. Das Erzählen innerhalb einer Gruppe kann zudem ein Gemeinschaftsgefühl stärken oder schaffen, etwa wenn zuvor der Gruppe nicht zugehörige Personen Teil der gemeinsamen Erzählung werden. Allerdings lassen sich Menschen über Geschichten auch beeinflussen und möglicherweise manipulieren, zumal Botschaften durch Erzählungen vergleichsweise subtil vermittelbar sind.

Erzählungen nehmen Bezug auf die konkrete Lebenspraxis und übersetzen von einer Lebenswelt in die andere (Martínez, 2011; Schachtner, 2016). Sie offenbaren das subjektive Verständnis von der Welt und helfen, sich selbst und die Welt zu verstehen und zu ordnen (Ricoeur, 1984; 1986). Alltagserzählungen verweisen auf Lebenswirklichkeiten und ebenso darauf, wie Menschen ihre Erfahrungen und Anliegen erzählend ausdrücken bzw. Erlebnisse emotional verarbeiten.

Im Stadtentwicklungskontext bieten Erzählsituationen eine Vielfalt von Perspektiven auf stadt- bzw. sozialräumliche Zusammenhänge, ihre Qualitäten und Defizite. Damit ermöglichen sie, bisher dominanten Erzählungen alternative Lesarten entgegenzusetzen. Dies können z. B. Lesarten von Stadtnutzer*innen sein, die in Beteiligungsverfahren häufig nicht zu Wort kommen. Die Art und Weise, wie Menschen über die Stadt erzählen, spiegelt ihre Wahrnehmung der Stadt und beeinflusst ihre Entscheidungen und Handlungen in stadträumlichen Kontexten (Sandercock, 2003).

Partizipative Formate des Erzählens in der Stadtentwicklung wirken selektiv – ebenso wie die meisten anderen Partizipationsformate auch (↪ Kap. 3). Das heißt, nicht alle Menschen beteiligen sich in gleichem Ausmaß an Gesprächen und Diskussionen über Stadtentwicklung. Diejenigen, die teilnehmen, verfügen nicht alle über die gleichen Ressourcen bzw. können ihre Meinung nicht alle gleich gut ausdrücken. Dadurch entstehen Machtverhältnisse, die sich auf Planung und Gestaltung auswirken: Nicht alle Menschen, Themen oder Ideen dringen durch, nicht alle werden gleichermaßen gehört und anerkannt. Die Folge ist, dass viele Stimmen ungehört und ganze Gruppen unsichtbar bleiben oder gar als unbedeutend behandelt werden (Forester, 1999). Die bewusste Gestaltung von Orten, an denen Partizipation stattfindet, kann unterrepräsentierte oder ressourcenschwache Gruppen unterstützen, sich zu artikulieren und zu beteiligen. In einem solchen Raum können sie implizites Wissen leichter teilen (Ehn, 2013).

Die Bedeutung der materiellen Gestaltung

Die Gestaltung von physischen Objekten, Prozessen und von Bezugssystemen zwischen Menschen und ihrer materiellen Umgebung hat darüber hinaus maßgeblichen Einfluss darauf, ob und wie sich Einzelpersonen bzw. Gruppen austauschen (Suchman, 2006). Denn gerade die soziomaterielle Anordnung (Latour, 1999; Ehn, 2013), also die Wechselbeziehung von Menschen und ihrer materiellen Umgebung, beeinflusst die realweltlichen Kontexte und damit die Art und Weise zu handeln.

Die Anordnung des Sitzmobiars etwa, die eingesetzte Technik, die Sichtbarkeit im öffentlichen Raum, die durch Objekte erzeugte Distanz oder Nähe zwischen einzelnen Teilnehmer*innen: ∅Artefakte sind aktiv an der Gestaltung sozialer Ordnungen und Interaktionen beteiligt (Latour, 2014). Dabei kann der Bruch mit gewohnten Konstellationen und Abläufen zu soziomateriellen ‚Rekonfigurationen‘ (Suchman, 2006) führen, indem sie das Hinterfragen von scheinbar Selbstverständlichem anregen. Auch

können sie gewohnte Rollenzuweisungen aufbrechen und eine Selbstpositionierung der Beteiligten fördern.

Bei Beteiligungsveranstaltungen beispielweise ist noch immer eine Konstellation des ‚Gegenübers‘ von Publikum (in Reihenbestuhlung) und (erhöhtem) Podium verbreitet, das hierarchische Anordnungen impliziert und Kommunikationsmuster vorstrukturiert. Mit relativ einfachen Mitteln lassen sich räumliche Settings jedoch so verändern, dass sie nicht schon im Vorhinein Machtverhältnisse ausdrücken, sondern vielfältige Kommunikationswege ermöglichen und somit eine gewisse Ergebnisoffenheit signalisieren. Auch Erzählsituationen können in diesem Sinne gestaltet werden, wenn sie Offenheit, Mehrsprachigkeit und die Bereitschaft zum Zuhören vermitteln. Gegenseitiger Respekt und die Möglichkeit einer Begegnung auf Augenhöhe sind die Folge.

Erzählformate und ihr physisches Design können für sich genommen jedoch weder eine ungleiche Machtverteilung ausgleichen noch soziale Privilegien ausblenden. Sie bieten aber die Chance, bisher übergangenen und überhörten Stimmen einen Zugang zur Beteiligung zu verschaffen. Im wissenschaftlichen Diskurs wird immer öfter der mögliche Nutzen des Erzählens gerade in interkulturellen Kontexten betont: Erzählräume ermöglichen es Menschen, Fremdzuschreibungen in ‚kulturelle‘ Kategorien zu überwinden und sich selbst zu positionieren (Sandercock, 2003).

Wenn Menschen über sich und andere sprechen, erzeugen sie Selbst- und Fremdbilder (Sommer, 2017). Erzählungen zeigen, wie sich Menschen selbst ein- bzw. zuordnen und von wem sie sich abgrenzen. Daraus lassen sich Schlüsse für die Beteiligung ziehen: Welche Art der Ansprache erreicht sie, mit wem teilen sie planungsrelevante Interessen, und wann geht ein vermeintlich zielgruppenspezifisches Angebot an den vermeintlichen ‚Zielgruppen‘ vorbei? Solche Fragen sind nicht nur während eines Partizipationsprozesses relevant, sondern bereits im Vorfeld (in einer ‚Phase Null‘, wie in ↪ Kap. 8 beschrieben), um mögliche Beteiligungsbarrieren zu identifizieren und das weitere Vorgehen entsprechend auszurichten.

Erzählen im Reallabor INTERPART

Erzählsituationen gestalten: Rahmen, Räume, Ausgangslagen

Bereits zu Beginn des Forschungsprozesses war es wichtig zu verstehen, wie die Bewohner*innen das Quartier und die Nachbarschaft wahrnehmen. Wir wollten nachvollziehen, warum sich viele Menschen nicht an Diskussionen über Stadtentwicklung beteiligen. Außerdem wollten wir den lokalen Kontext besser kennenlernen und mehr über Teiligungsbarrieren erfahren. Dabei ging es nicht darum, Barrieren einfach ‚abzufragen‘ in Form von vorformulierten Antworten. Ziel war es vielmehr, implizites Wissen darüber zu mobilisieren, welche Erfahrungen und Selbstpositionierungen zu Barrieren der Beteiligung werden.

Um Alltagserzählungen der Stadtnutzer*innen zu hören, entwickelten wir im Laufe des Forschungsprojekts drei interkulturelle Erzählräume, in denen wir mit Bewohner*innen und Mitgliedern von lokalen Initiativen in unterschiedlichen Konstellationen ins Gespräch kamen:

- Die Erzählecke wurde so konzipiert, dass zwei Personen im geschützten Rahmen miteinander ins Gespräch kommen (Erzähler*in und Zuhörer*in).
- Die Erzählrunde entwarfen wir als einen halboffenen Begegnungsort, an dem sich bis zu zehn Teilnehmer*innen gleichzeitig austauschen können.
- Die Podcast-Reihe konzentrierte sich auf den moderierten Dialog zwischen Ko-Forscher*innen aus lokalen Initiativen, Stadtgesellschaft und intermediären Akteuren (↪ Kap. 2).


Die Erzählecke und die Erzählrunde waren gestaltete physische Gebilde im öffentlichen Raum, in die sich Stadtbewohner*innen zum Erzählen begaben. Den dritten Erzählraum mussten wir ins Digitale verlegen: In Reaktion auf die COVID-19-Pandemie produzierten wir eine Podcast-Reihe. Bei allen Erzählangeboten sprachen wir nicht nur *über* interkulturelle Räume, wir sprachen auch *in* interkulturellen Räumen (↪ Kap. 4).

In allen Erzählsituationen teilten sich uns Stadtnutzer*innen mit. Sie erzählten Geschichten aus ihrem Alltag, über ihre Nachbarschaft und darüber, wie sie Veränderungen wahrnehmen. Sie sprachen von aktuellen oder möglichen Ereignissen – von Erfahrungen mit Behörden und Erlebnissen in laufenden Beteiligungsverfahren bis hin zu Erfahrungen mit Diskriminierung und Vertrauen oder von konkreten Bedürfnissen bei der Kinderbetreuung. Dazu ein O-Ton aus der Erzählecke in Biebrich:


„Mit einer Freundin bin ich zum Bürgermeister. Die hat eine Wohnung nicht bekommen. Sie hat sich halt beim Wohnungsamt angemeldet gehabt und sie hat so lang gewartet und sie hat fünf Kinder [...]. Da war eine Vier-Zimmer-Wohnung und da war ständig das Hin und Her. Und auch der Herr X – das ist, glaube ich, der Chef von dort – der hat dann gemeint: ‚Nein, da kann ich nichts machen.‘ Da sind wir dorthin. ‚Hier, das reicht mir langsam. Ich bin jahrelang jetzt hinterher, habe mich angemeldet auf die Warteliste.‘ Und sie hat zwei kranke Kinder [...]. Und, ja, und dann sind wir halt dahin. Also der Herr Y [Bürgermeister] war ja nicht da. Und dann haben wir mit der Sekretärin gesprochen, aber die war wirklich sehr zuvorkommend, sie hat sofort angerufen. Hat gesagt: ‚So und so sieht es aus.‘ Und kaum waren wir zu Hause, hat sie einen Anruf gekriegt [von der Wohnungsgesellschaft] [...] hat sie mich dann ganz freudig angerufen: ‚Du, weißt du gerade, wer angerufen hat? Die [Wohnungsgesellschaft], ich kriege die Wohnung doch!‘“ (#hs_016, Namen nachträglich anonymisiert)

Erzählsituationen im öffentlichen Raum

Auf die Formulierung von Gesprächsleitfäden verwenden Forscher*innen üblicherweise viel Zeit. Sie machen sich jedoch meist wenig Gedanken über die Gestaltung der Erzählumgebung. Dass dies im INTERPART-Projekt anders war, lag vor allem an der Zusammenarbeit von Raumplaner*innen und Designforscher*innen.

Die Räume, die den Rahmen für die Erzählungen bildeten, waren zum einen die Schauplätze der  Vor-Ort-Interventionen: öffentliche Plätze bzw. öffentlich zugängliche Gebäude in den Untersuchungsgebieten. Zum anderen mussten wir im letzten Projektjahr pandemiebedingt auf digitale Räume ausweichen. An die Stelle weiterer Erzählangebote im öffentlichen Raum trat der Podcast, der in Form von Videokonferenzen realisiert wurde.

Räume existieren nicht einfach unabhängig von dem, was in ihnen geschieht. Räume verändern sich, je nachdem wie man sie gestaltet und wer sich darin befindet. Daher spielte die bewusste Gestaltung der Räume in der Vor-Ort-Intervention eine wesentliche Rolle. Denn die Erzählräume im INTERPART-Projekt sollten einen interkulturellen Dialog (↪ Kap. 4) fördern. Bei der Gestaltung war daher eine beteiligungsanregende Raumgestaltung nicht nur der Erzählräume, sondern aller Angebote im Rahmen der Veranstaltung zentral. Sie sollte einladend und offen sein, aber gleichzeitig einzelne geschützte Räume bieten. Konkret folgten wir dabei diesen Prinzipien:

- *Spielerisch-experimentell:* Die Angebote luden zu ungewohnten Interaktionen ein (neben den Erzählangeboten auch die  Klingel-Installation) und nutzten Symbole, beispielsweise das Leitmotiv ‚Passagen‘ bei der ersten Vor-Ort-Intervention. So traten die Besucher*innen durch das hölzerne Tor in die (Erzähl-)Situation ein.
- *Offen für Mehrsprachigkeit:* Sprachmittler*innen unterstützten die Erzählangebote. Alle Dokumente

wurden in einfacher Sprache, teilweise auch mehrsprachig verfasst, Fachbegriffe wurden – wann immer möglich – vermieden. Die Klingel-Installation bot zahlreiche Sprachen zur Auswahl an, Beschilderungen und Plakatierungen erfolgten ebenfalls in unterschiedlichen Sprachen.

- *Offene und zugleich geschützte Raumstruktur:* Durch die Art der Konstruktion und durch visuelle Hinweise waren die Räume klar definiert. Beispiele sind die Gesprächssituation zu zweit in der Erzählecke oder das gemeinsame Erzählen in der Erzählrunde.
- *Sich auf Augenhöhe begegnen:* Die Ko-Forscher*innen und Teilnehmer*innen befanden sich durch die Anordnung der Sitzpositionen im Wortsinn auf gleicher Höhe.
- *Zuhörend:* Die Gesamtanordnung der Erzählelemente signalisierte Zeit zum Verweilen und Zuhören.
- *Wertschätzend und einladend, auch für Kinder und Familien:* Kulinarische Angebote und Spielecken ergänzten die Erzählräume.
- *Offen und freiwillig:* Eine spontane Teilnahme war ebenso jederzeit möglich wie das Vorbeigehen oder Verlassen der Situation.

Denkraum

Denken Sie an einen besonders einprägsamen Moment in einer Beteiligungsveranstaltung und warum Sie sich gerade daran erinnern. Nehmen Sie sich kurz dafür Zeit und orientieren Sie sich gerne an folgenden Fragen:

- An welchem Ort fand das Erlebnis statt, wie war er gestaltet?
- Welche Rolle hatten Sie in dieser Veranstaltung? Hat sich diese Rolle verändert?
- Wie haben Sie sich in dem Moment gefühlt?
- Wer hat den Moment besonders geprägt?
- Wie war die Kommunikationssituation strukturiert?
- Wie haben diese Bedingungen das von Ihnen erinnerte Erlebnis beeinflusst?

Erzählecke

In der Erzählecke luden wir Besucher*innen ein, in den Austausch mit einer INTERPART-Forscherin zu treten. Durch die hölzerne Konstruktion entstand ein physischer Raum, der eine angenehme Atmosphäre für das Gespräch schuf. Nähe und Distanz spielten eine wichtige Rolle: Die Art, wie sich Menschen in Gesprächen gegenüber sitzen (nebeneinander, einander zugewandt, auf der gleichen Ebene, mit oder ohne Tisch), kann darüber entscheiden, ob sich das Zusammensein als Gespräch auf Augenhöhe anfühlt. Für die Erzählecke wurde daher eine Sitzposition gewählt, in der

sich Forscherin und Stadtbewohner*in einander zugewandt gegenübermaßen. Die Balance von Offenheit und Schutz war ein weiterer wichtiger Aspekt: Die Gesprächspartner*innen sollten nicht komplett vom Rest des Geschehens auf dem Quartiersplatz abgeschottet sein und trotzdem einen geschützten Rahmen zum Erzählen erhalten. Die Erzählecke war daher als eine Art Kabine gestaltet, die nach oben, zum Rücken und zu einer Seite hin weitgehend geschlossen war. Dadurch entstand ein Gefühl des Schutzes und der Intimität bei gleichzeitig ausreichender Distanz für die Begegnung. Das persönliche Gespräch in der Erzählecke trug zu einer ersten Vertrauensbildung zwischen Forscherin und Stadtnutzer*innen bei.

Erfahrungsbericht einer Forscherin

„Darüber, wie die Gespräche genau ablaufen würden, hatte ich zunächst ein paar Vorstellungen, aber keine konkreten Erwartungen. Beispielsweise waren die Gespräche länger als ursprünglich geplant: Wir dachten vorher an zehn Minuten, aber die Gesprächszeit ging darüber hinaus. Dadurch, dass Konzeption und Gestaltung so zum ersten Mal durchgeführt wurden, war das Ergebnis im Sinne des Reallabors also noch relativ offen. Die Qualität der Geschichten in der Erzählecke war unterschiedlich, weil die einzelnen Menschen unterschiedliche Hintergründe besitzen und mit unterschiedlichen Themen und Geschichten in die Erzählecke kamen. Als Forscherin fand ich es sehr angenehm, in der Erzählecke zu sitzen. Ich hatte das Gefühl, die Gespräche in Ruhe führen zu können, [...] das hat m. E. zur Qualität der Gespräche beigetragen. Ich fand zudem sehr gut, dass ich diese klar definierte Position im Raum der Intervention hatte und Menschen zu mir kamen.“
(#R_EE_HS)



Rückseite der Erzählecke,
Vor-Ort-Intervention Berlin-Moabit



Erzählrunde und Erzählecke,
Vor-Ort-Intervention Berlin-Moabit

In einigen Gesprächen thematisierten Stadtnutzer*innen von sich aus ihre Wahrnehmung der Erzählsituation und verglichen sie mit anderen Beteiligungsmomenten. Zwei Zitate machen deutlich, dass es dabei nicht nur darum geht, eine Geschichte zu erzählen, sondern dass das Zuhören genauso wichtig ist:

O-Ton aus Moabit: „Also ich glaube, hier jetzt so chillig vorbeizulaufen, das ist irgendwie gerade so ganz nett, da nehme ich mir auch mal die Zeit, mit Dir zu quatschen und auch ein bisschen mehr darüber zu erfahren, weil es halt direkt vor meiner Haustür ist und ich bin da so reingelaufen [...]. Dann alleine zu Hause am Computer sitzen und so ein Formular oder so was ausfüllen, da muss ich mir schon wirklich was davon versprechen.“ (#hs_012)

O-Ton aus einer Gruppendiskussion in Biebrich im Nachgang zur ersten Vor-Ort-Intervention: „Ich meine, jahrelang hat man das jetzt schon so gehabt. Aber wenn man so merkt, da ist jemand, der sich für so was einsetzt [...] da denkt man: Guck mal, da ist doch jemand, der einem zuhört. Wie bei Kindern, wenn die Kinder merken, da ist eine Person, die uns zuhört, dann interessieren sie sich.“ (#Gruppeninterview 001)

Erzählrunde

Ähnliche Aspekte spielten bei der räumlichen Gestaltung der Erzählrunde eine Rolle, bei der nicht nur zwei Personen, sondern eine Gruppe ins Gespräch kam. Auch hier sollte ein temporärer physischer Raum die Gesprächssituation mitgestalten. Eine an einen Dom erinnernde Kuppel aus Holzverstrebungen bot genug Platz für mehrere Menschen, war leicht und flexibel im Auf- und Abbau und konnte mithilfe von textilen Elementen als Raum halb-

durchlässig gestaltet werden. So fühlten sich die Personen im Erzählraum geschützt, gleichzeitig blieben Einblicke von außen möglich. Außenstehende konnten als ‚Zaungäste‘ zuhören oder sich bei Interesse auch spontan dazusetzen.

Die Moderation der Erzählrunde war so angelegt, dass Besucher*innen jederzeit zum Gespräch dazukommen oder die Erzählrunde wieder verlassen konnten. In der Erzählrunde übernahmen eine Forscherin und eine Multiplikatorin aus dem Stadtteil gemeinsam die Moderation. Letztere war für viele der Teilnehmenden eine Vertrauensperson und half dadurch, das faktische Machtgefälle zwischen den Beteiligten zu mindern. So konnten auch Themen und Fragen zum Stadtteil behandelt werden, die die Forscherin als Akteurin ‚von außen‘ nicht hätte einbringen können.

Ein Vorteil der Erzählrunde lag darin, dass sie einen Austausch zwischen Menschen aus der Nachbarschaft ermöglichte. Dadurch kamen hier zentrale Themen auf, die in dem Stadtteil eine Rolle spielen, wie z. B. das Thema Gentrifizierung in Moabit:

O-Ton aus der Erzählrunde in Moabit: „Die erste Versammlung, wo viele von denen [Neuzugezogenen] kamen und irgendwie völlig die Bude ingerannt haben, war, als der Architekt den Neubau auf dem Netto-Parkplatz vorgestellt hat: ‚Hat uns niemand gesagt, dass hier gebaut wird! Kann nicht sein! Wir sind hier gerade eingezogen und hier wird gebaut?‘ Denen musste man erstmal so viel Zähne ziehen! Ja, was haben wir hier gemacht die letzten Jahre? Eure Häuser wurden hier gebaut! Das hat uns auch genervt. Das war echt total erstaunlich [...]. Sie kommen rein, neue Wohnung, Neubau und sobald sie was stören könnte... Ist echt krass! Aber die Leute, die hier den Eiskaffee machen, das sind Moabiter, die sind hier aufgewachsen.“ (#hs_026)

Über das Thema ‚Neuzugezogene‘ tauschten sich die Teilnehmer*innen intensiv aus, auch weil die neuen Nachbar*innen nach

ihrer Einschätzung zur Gentrifizierung Moabits beitragen. Etwas später betrat allerdings eine Frau den Erzählraum, die sich durch ihre Selbstbeschreibung als Neuzugezogene zu erkennen gab. Somit musste die ganze Gesprächssituation neu ausgehandelt werden, da die neue Teilnehmerin die zuvor kollektive Empörung über Aufwertung und Verdrängung im Quartier durchbrach und für Irritationen sorgte. Dies war nicht nur ein sehr interessanter Moment der Begegnung. Es zeigte auch, welche neue Qualität eine Erzählsituation durch die Gruppendynamik erhält.

Unsere Absicht mit den Erzählformaten in den jeweiligen räumlichen Anordnungen war, dass Stadtbewohner*innen im Austausch mit den Forscher*innen erleben, wie relevant ihre Alltagserfahrungen für die Entwicklung der Stadt sind. Der Fokus lag auf persönlichen, biografischen Erzählungen über den Stadtteil und Erfahrungen mit Partizipationsangeboten. In den Erzählungen ging es viel um das soziale Engagement der Menschen und um die entsprechenden Vertrauenspersonen aus den sozialen Angeboten. Die Mitwirkung dieser Vertrauenspersonen (oder Schlüsselpersonen) war für die Teilnahme der Stadtnutzer*innen an unserer Vor-Ort-Intervention sehr wichtig:

O-Ton aus der Erzählecke in Biebrich: „Ich bin eher so die Persönliche. Weil [Multiplikatorin im Stadtteil] hat mich angesprochen – ich werde kommen, wenn nichts dazwischenkommt. Ich bin da! Also wenn Sie jemanden haben, den Sie direkt ansprechen können, auch die Ideen, ich finde das besser [...]. Ich will dann schon auch das Gesicht haben dazu. Dass man auch wirklich dann erklären kann, wie man es will!“
(#hs_016)

Die Erzähler*innen nahmen den Austausch positiv wahr. Die Erzählsituationen stießen sowohl bei den Forscher*innen als auch bei den Teilnehmenden Lern- und Denkprozesse an.



Ausschnitt aus der Erzählrunde, Vor-Ort-Intervention Berlin-Moabit



In der Erzählecke mit Sprachmittlern,
Vor-Ort-Intervention Berlin-Moabit

O-Ton einer am Podcast teilnehmenden Person: „Das war eine super Erfahrung, ich muss sagen, dass mich das Gespräch mit der [Gesprächspartnerin] auch weitergebracht hat. Dieses Bewusstsein, manche Themen denkt man, man kennt die, weil es die so lange gibt, aber so ist es nicht. Man müsste wirklich mehr reden miteinander, auch ein konstruktiver Streit tut gut und wenn die [Gesprächspartnerin] einverstanden ist, wir müssen nochmals einen Wein zusammen trinken.“ (#hs_028)

Gesprächskonzept und Themenspektrum

Die Erzählecke der ersten Vor-Ort-Intervention in Berlin-Moabit behandelte die Themen Vielfalt im Quartier, Hinderungsgründe für Beteiligung sowie analoge und digitale Beteiligung. Dafür bereiteten wir offene Fragen vor, mit denen wir die Teilnehmer*innen zu längeren Erzählungen anregen wollten. Es nahmen überwiegend Bewohner*innen aus der Nachbarschaft teil, die zufällig, aufgrund unserer Aushänge im Stadtteil oder durch die Anregung von Multiplikator*innen auf den Platz gekommen waren.

Wenn sie den Weg in die Erzählecke fanden, sprachen wir sie als Expert*innen ihres Viertels an und verdeutlichten schon zu Beginn, dass wir als externe Forscher*innen auf ihr Wissen und ihre Gesprächsbereitschaft angewiesen sind. Der Einstieg in das Gespräch erfolgte über einen sogenannten Erzählimpuls: Die Stadtbewohner*innen wurden eingeladen zu erzählen, wie sie das interkulturelle Zusammenleben in der Nachbarschaft wahrnehmen. Die Absicht war, eine bessere Vorstellung von der Diversität im Stadtteil zu entwickeln. Dieser Einstieg regte dazu an, über Interkultur (↪ Kap. 4) an sich nachzudenken und was das Zusammenleben im Stadtteil bzw. der Nachbarschaft ausmacht.

O-Ton einer Stadtbewohnerin über Moabit in der Erzählecke: „Eigentlich ist es total gut und locker. Es ist bunt gemischt. Und das Gute ist: Man kann hier rumlaufen, wie man will. Eine Schuldirektorin hat es mal wunderbar ausgedrückt: Es ist überhaupt kein Problem, wenn sie nach dem Joggen oder nach dem Schwimmen im Plötzensee mit Bademantel beim Dönerladen vorbeikommt oder wenn sie total aufgetakelt aus der Oper kommt – die Leute behandeln sie jedes Mal gleich! Und das empfinde ich auch so.“ (#hs_013)

Ins Zentrum gerieten dabei immer wieder zwei Themen: Erstens kam wiederholt die Frage nach der Qualität der Kommunikation im Alltag auf – von der Begrüßung auf der Straße bis hin zu orga-

nisierten Orten der Begegnung. Zweitens ging es häufig um die Qualität der Begegnung im Stadtteil, etwa um anonyme und unverbindliche Begegnungen auf dem Spielplatz oder gemeinsame Aktivitäten und Projekte.

Bei der etwas später stattfindenden Vor-Ort-Intervention in Wiesbaden-Biebrich veränderten wir den Einstieg leicht und ermöglichten es den Erzähler*innen noch stärker, das Gesprächsthema selbst zu bestimmen: Wir übergaben ihnen ein ‚Erzählmenü‘ mit sechs Themenvorschlägen, aus denen sie wählen konnten. Das Erkenntnisinteresse bei der Auswertung einzelner Erzählungen bestand vor allem in dem Verständnis interkulturellen Zusammenlebens und der Partizipationserfahrungen der Stadtnutzer*innen.

Ausgewählte Erzählpassagen teilten wir auf der Projekt-Webseite als ‚Online-Dialog‘ und riefen zu weiteren digitalen Beiträgen auf. Nutzer*innen ergänzten hier die veröffentlichten Erzählpassagen durch eigene Erfahrungen mit Interkultur (↪ Kap. 4).

Ergänzung einer Nutzerin im Online-Dialog zum Thema Interkultur in der Schule: „Mein mittlerer Sohn hatte die ersten vier Jahre eine Lehrerin, die neu an die Schule gekommen war [...]. Sie wurde allen Kindern gerecht. Dann wurde gewechselt, die neuen Lehrerinnen [...] warnten mich, dass mein Sohn nicht mit einem arabischen Jungen spielen solle, der zwei Jahre älter war. Das wäre ‚schlechter Einfluss‘. Aber die frühere Lehrerin hatte meinem Sohn diesen Schüler zugeteilt, gute Schüler sollten anderen, die Schwierigkeiten hatten, helfen. Der arabische Junge war schon oft bei uns gewesen, z. B. beim Geburtstag der kleinen Schwester, er konnte toll mit kleineren Kindern umgehen und war sehr sozial. Als ich das den Lehrerinnen sagte, wollten sie es nicht glauben und eierten immer noch auf schlechtem Einfluss rum.“
(#Webseite INTERPART Online-Dialog)

Auch die Stadtverwaltung galt manchen als ein Ort für interkulturellen Dialog: Die Sprachmittler*innen erzählten, wie sie zwischen den Kulturen und nicht nur zwischen Sprachen vermitteln. Sie verstehen die Hintergründe der Menschen, die neu nach Deutschland kommen und mit neuen Herausforderungen umgehen müssen. Sie verstehen gleichzeitig auch die Situation der städtischen Mitarbeiter*innen, die mit wenig zeitlichen Ressourcen und ohne ausreichende Sprachkenntnisse ebenfalls neuen Herausforderungen gegenüberstehen.

Unsere Erzählräume haben auch gezeigt, dass Othering und Rassismus (→ Kap. 5) bei Themen der Stadtentwicklung eine große Rolle spielen. Ausgrenzungserfahrungen im Alltag oder diskriminierende Situationen kamen ebenso zur Sprache wie Schwierigkeiten mit Veränderungen in der Nachbarschaft – etwa steigende Mieten und Wohnraumknappheit in Moabit oder die Veränderung des Einzelhandels in Biebrich. Aussagen wie „die eine Straße gehört den Griechen und die andere den Türken“ (#hs_020) greifen Denkmuster auf, die sich als Othering beschreiben lassen: Man macht Menschen aufgrund ihrer Migrationsgeschichte zu Fremden und schreibt ihnen als Gruppe bestimmte Eigenschaften und Bedürfnisse zu. Gleichzeitig gab es auch Gegenerzählungen, die das Zusammenleben oder den Wandel positiv beschrieben oder statt des Verweises auf kulturelle Unterschiede nach tieferliegenden Gründen von Problemen suchten.

O-Ton zum Wandel in Biebrich: „Für uns hat sich alles zum Positiven entwickelt. Wir finden hier alles Wichtige.“ (#hs_021)

O-Ton zu interkulturellem Zusammenleben in Moabit: „Ja, im Prinzip denke ich, oft ist es in Ordnung. Es gibt immer mal wieder Leute, die sich auch beschwerten und sagen, es ist irgendwie, was weiß ich, [...] zu laut, hier ist dies, hier ist das, ja? Oder auch die sagen, über die Turmstraße laufen ist schrecklich, das ganze Elend zu sehen [...]. Aber [...] das hat meiner Meinung nach nichts mit den verschiedenen ‚Kulturen‘ zu tun,

sondern manche Leute sind arm und andere weniger.“
(#hs_013)

Podcast als digitaler Raum des Erzählens

INTERPART produzierte gemeinsam mit Stadtbewohner*innen eine Podcast-Reihe mit acht Folgen. So entstand im digitalen Raum ein Ort des Austauschs und der Reflexion. Die Gespräche sollten zu weiteren Auseinandersetzungen mit dem Thema Interkultur in der Beteiligung anregen – auch über die Projektlaufzeit hinaus. Den Kern jeder Sendung bildete ein Gespräch zwischen zwei Ko-Forscher*innen. Im Vorfeld einigten sie sich auf Themen, die sie im Vorgespräch und im Podcast-Gespräch gemeinsam entwickelten.

Folgende Themen wurden besprochen:

- Orte der Begegnung;
- die Rolle von Intermediären, Übersetzer*innen und Sprachmittler*innen;
- Beteiligungsprozesse und wie sie gefördert werden können;
- Fragen der Herkunft;
- Missverständnisse in der Kommunikation;
- Sprache und Sprachwissen in der Konfliktlösung, Sprache als Kanal der Partizipation;
- Wege des Ankommens für geflüchtete Menschen und
- generationsübergreifende Begegnungsorte, Brückenfunktion von Vertrauenspersonen.

Podcast-Folgen & Themen

In der ersten Podcastfolge sprechen die Teilnehmer*innen über Orte der Begegnung in Berlin-Moabit, über Intermediäre und ihre Funktion als Brückenbauer*innen, ihre Lernerfahrungen der vergangenen Jahre als Vertrauenspersonen einer Community und über die wichtige Rolle von Übersetzer*innen und Vermittler*innen.

Die zweite Folge thematisiert das Wohnen und Arbeiten in Biebrich und die Frage, wie man Beteiligungsprozesse fördern kann. Die Teilnehmer*innen sprechen außerdem über Kommunikation und die Herkunftsfrage, die Auslöser für polarisierende Meinungen, Missverständnisse und Ausgrenzung sein kann.

Die Sprache als gemeinsame Leidenschaft der Gesprächspartner steht im Zentrum der dritten Podcastfolge. Insbesondere wird die Anwendung von Sprache im Bereich der Konfliktlösung thematisiert, wie Sprache und Zugehörigkeitsgefühl zusammenhängen und die zentrale Rolle von Sprach- und Kulturmittler*innen. Die beiden Gesprächspartner tauschen sich aus über das Lernen einer neuen Sprache, über meist schwer verständliche Fachsprachen, wie Sprache ermächtigen kann und dass der Kanal der Partizipation die Sprache ist.

In der vierten Folge spricht ein Teilnehmer mit dem Podcast-Team über seine Ankunft in Berlin und seinen Weg des Ankommens. Zum Zeitpunkt der Aufnahme machte er eine Ausbildung. Kennengelernt haben wir ihn über unsere Forschungspartner*innen von BENN-Mitte.

Auch in der fünften Folge geht es im Gespräch mit dem Podcast-Team um das Ankommen als Geflüchtete in Deutschland und darum, wie die Gesprächspartnerin trotz schwieriger Umstände ihr Leben gestaltet und dabei auch andere unterstützt – nicht zuletzt durch ihr Engagement in sozialen Einrichtungen.

Über das Aufeinandertreffen von Gegensätzen in Biebrich, über generationsübergreifende Begegnungsorte und über unverfängliche Orte der Begegnung sprechen zwei Teilnehmer*innen in der sechsten Ausgabe des Podcasts. Sie tauschen sich aus über Vertrauenspersonen und deren Brückenfunktion und darüber, wie wichtig es ist, Menschen mit einer offenen Haltung zu begegnen, insbesondere im Kontext von Verwaltungsinstitutionen.

Die letzte Folge thematisiert Mehrsprachigkeit (in der Schule und auf Verwaltungsebene), die Rolle der Gesprächsteilnehmerinnen als Vermittlerinnen (welche Probleme sie feststellen und was sie sich in dieser Rolle wünschen), die Wichtigkeit von Rückzugsorten in einer Stadt und deren Daseinsberechtigung (z. B. einer Shisha Bar). Sie diskutieren abschließend die Problematik von Zuschreibungen.

Ausgehend von dieser Themenvielfalt diskutierten die Teilnehmer*innen, wie sich interkulturelle Dialog-Räume (↪ Kap. 4) entwickeln können, die das Sprechen über Stadt und Stadtentwicklung für viele unterschiedliche Menschen ermöglichen.

O-Ton aus einer Validierungsdiskussion zu den Erzählräumen: „Menschen, die ihre Rechte kennen, die sind lauter. Sie betreiben Othing, weil sie wissen, welche

Machtposition sie haben. Man muss also unterscheiden, wer leistet sich das Othering?“ (#hs_028)

Wichtig beim Podcast war nicht nur das Ergebnis, d. h. die einzelnen Folgen, die online veröffentlicht und an das Projektnetzwerk übermittelt wurden. Es ging vielmehr um den gesamten Prozess von der ersten Kontaktaufnahme bis zur Nachbereitung. Bei der Podcast-Produktion war empathische Kommunikation zentral: Zugewandtes Zuhören ermöglichte es, Emotionen und persönlichen Erfahrungen Raum zu geben. Dieser Aspekt ist besonders für digitale interkulturelle Räume entscheidend, damit ein Dialog zwischen unterschiedlichen Positionen entstehen kann.

O-Ton Podcast-Teilnehmerin: „Für mich gewinnt das Gespräch an Tiefe, wenn ich mich vom Gegenüber verstanden und angenommen fühle.“ (#hs_028)

Vor jeder Aufnahme führten wir daher ein langes Vorgespräch als Videokonferenz durch, das eine vertrauensvolle Atmosphäre zwischen den Teilnehmer*innen schuf. Unter vier Augen entwickelten die beiden Teilnehmer*innen im nächsten Schritt die Themen, über die sie sich bei der Aufnahme unterhalten wollten. Anschließend legten sie mit den Wissenschaftler*innen den roten Faden für die Podcast-Folge fest. Die Aufnahme der Podcasts wurde nicht als Livesendung konzipiert. Die Wissenschaftler*innen moderierten die Aufnahmen mit dem Ziel, ein Zwiegespräch zwischen den Teilnehmenden zu initiieren. Die endgültige Moderation wurde im Nachgang ausgesprochen, dabei machten wir unsere Position und Haltung als Wissenschaftler*innen sichtbar.













Hier finden Sie die INTERPART-Podcasts:




<https://castbox.fm/ch/3039731>









KAPITEL 6: FORMATE DES ERZÄHLENS

Podcast-Prozess

Vorgespräch	Memo zum Vorgespräch	Leitfaden zum Podcast
 1,5-2 Stunden  Zoom  2 Teilnehmer*innen  2 Wissenschaftler*innen <div style="text-align: center;">1</div>	 Audiomemo <div style="text-align: center;">2</div>	 E-Mail  1,5 Seiten <div style="text-align: center;">3</div>

Podcast Aufnahme	Memo Aufnahme	Nachgespräch mit Teilnehmer*innen
 2 Stunden  Podcast-Software  2 Teilnehmer*innen  1 Wissenschaftler*in <div style="text-align: center;">4</div>	 Audiomemo <div style="text-align: center;">5</div>	 Zoom  Teilnehmer*innen  Wissenschaftler*innen <div style="text-align: center;">6</div>

Timeline des Gesprächs	Moderationsskript	Tonschnitt
 4-5 Seiten <div style="text-align: center;">7</div>	 2-3 Seiten <div style="text-align: center;">8</div>	 Audio DAW Ableton Live 9 <div style="text-align: center;">9</div>

Freigabe	Veröffentlichung	Gruppendiskussion
 E-Mail  Teilnehmer*innen  Freigabe <div style="text-align: center;">10</div>	 Podcast-App <div style="text-align: center;">11</div>	 Onlineformat  Teilnehmer*innen  Wissenschaftler*innen  Intermediäre <div style="text-align: center;">12</div>

In einigen Fällen fanden Nachgespräche zwischen Wissenschaftler*innen und Sprecher*innen statt, um Gefühle und Themen zu reflektieren, die beim Vorgespräch oder bei der Aufnahme nicht angesprochen werden konnten oder sollten. Das Ende des Prozesses bildete eine Gruppendiskussion mit allen Teilnehmer*innen, in deren Rahmen sie Erfahrungen und Erkenntnisse in Bezug auf das Format reflektierten. Zudem ging es um die Validierung der Ergebnisse, d. h. die Gruppe diskutierte, inwiefern die Interpretationen der Wissenschaftler*innen ihnen stimmig erschienen.

Stimmen zur Reflexion des Podcast-Formats:

„Das war mein erster Podcast. Am Anfang wusste ich gar nicht, was mich erwartet. Das erste Treffen, das Vorgespräch – ich war beim ersten viel lockerer. Beim zweiten, weil es offizieller war, habe ich viel mehr nachgedacht. Vielleicht kann man ja auch diese Probe nutzen für den Podcast, dass man das dann mixt. Es war eine tolle Anregung für mich, ich kann mir so etwas auch mit Schülern vorstellen, als Reflexionsgespräch.“ (#hs_028)

„Das Thema hat mich sehr beschäftigt, ich habe eine Schulung gemacht: ‚Wie erstelle ich einen Podcast?‘. Ich finde es ein interessantes Medium.“ (#hs_028)

„Hinterher war ich sehr emotional [...]. Als alles vorbei war, bin ich erstmal mit meiner Schwester Kaffee trinken gegangen und habe dann eine sehr, sehr große Runde gemacht. Es hat mich sehr lange beschäftigt. Jetzt bin ich sehr froh, diese Erfahrung gemacht zu haben. Und wir machen jetzt Podcast [...], ich habe einen Kollegen dazu gewonnen. Es ist eine super Erfahrung, das Gespräch hat mich auch weitergebracht. Manche Themen, denkt man, kennt man, aber so ist es nicht, konstruktiver Streit tut gut.“ (#hs_028)

Erst der gesamte Prozess, einschließlich der vor- und nachgelagerten Schritte, machte den Podcast zu einem Erzählraum und Forschungsinstrument. Auch mit der Veröffentlichung der Audio-dateien ist der Prozess nicht abgeschlossen: Als digitales und verbreitbares Produkt ermöglicht der Podcast, dass Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Ko-Forschungsprozess mit Zuhörer*innen von außerhalb – beispielsweise Vertreter*innen aus Verwaltungen – geteilt werden können. Die Reichweite des Dialogs geht potenziell über den ursprünglichen Kreis von Teilnehmer*innen hinaus. Podcasts können beispielsweise der Selbstdarstellung von Initiativen dienen, als Informationsquelle für Interessierte oder auch zur Vorbereitung eines längerfristigen Austauschs in den eigenen Initiativen und Projekten.

Reflexion

Die Frage, wie möglichst viele Perspektiven, Interessen und Erfahrungswerte von Menschen mit unterschiedlichen Lebensrealitäten miteinander in Beziehung gesetzt werden können, ist noch lange nicht abschließend beantwortet. Gerade in der sozialen Interaktion spielen viele Faktoren eine entscheidende Rolle (von Haltung, Verhalten und Auftritt bis zu Art der Ansprache und Kommunikation), damit Dialogmöglichkeiten überhaupt erst entstehen und dann auch fruchtbar gemacht werden können. Die meisten dieser Dimensionen können nicht anhand festgelegter Formeln berücksichtigt oder geplant werden. Eine Schärfung des Bewusstseins ist daher unerlässlich: hinsichtlich der Rolle einzelner Faktoren und dazu, wie sie Situationen gerade im Kontext von Beteiligung und Interkultur beeinflussen.

Erzählräume können eine Kultur der Vielstimmigkeit fördern. Vielstimmigkeit kann wiederum einen Beitrag zur interkulturellen Öffnung (↪ Kap. 8) von \mathcal{O} Institutionen leisten, da sie Zugangsbarrieren abbaut und unterschiedliche Perspektiven hörbar macht. Diese können damit in lokale Politik einfließen. Erzählräume bieten Stadtbewohner*innen die Möglichkeit, selbst über wichtige

Themen und eigene Beteiligungsmöglichkeiten zu entscheiden. Damit verändert sich die Perspektive, aus der Stadtplaner*innen auf Stadtnutzer*innen zugehen: Forschungs- und Beteiligungsinteressen sowie Ressourcen werden gemeinsam verhandelt.

Nicht nur in Forschungsprojekten, auch in der Planungspraxis eignet sich das Erzählen, um Beteiligungsbarrieren in der Stadtentwicklung abzubauen. Geschichten über Orte zu sammeln, die überplant, umgestaltet oder neu bebaut werden sollen, kann es Planer*innen ermöglichen, persönlichen Bezügen zu diesen Orten auf die Spur zu kommen und Bewohner*innen in die Konzeptentwicklung einzubinden. Auch die Beteiligung vor der Beteiligung („Phase Null“, ↪ Kap. 8) bietet vielfältige Ansatzpunkte für Erzählformate.

Dafür braucht es nicht unbedingt selbst gebaute Erzählräume wie in unserem Projekt. Auch Räume vor Ort wie Quartiersplätze oder Nachbarschaftshäuser können geeignet sein, wenn sie entsprechend gestaltet werden. Der Standort der Erzählstationen sollten einen Rückzug ermöglichen, ohne die Gesprächspartner*innen vollständig vom übrigen Geschehen auszuschließen. Um ein Gespräch auf Augenhöhe zu fördern, sind gleichberechtigte Sitzpositionen von Zuhörer*in und Erzähler*in von Bedeutung.

Erzählformate sind keine Patentrezepte mit Erfolgsgarantie, aber sie können einen wichtigen Baustein darstellen, um Beteiligung zu öffnen und die Vielfalt einer Stadtgesellschaft sichtbar zu machen – auch als Basis für die Planung und Initiierung räumlicher Entwicklungen.

7 Crossmediale Beteiligungsansätze für eine vielfältige Stadtgesellschaft

- 🔍 Hier geht es zum Glossar.
- 📖 Hier geht es zu den Methoden, Artefakten und Werkzeugen.
- ➞ Hier wird das Thema weiter vertieft.

Kurzfassung

In der zunehmend vernetzten Gesellschaft kommt digitaler Beteiligung eine immer größere Bedeutung zu. Webseiten, Apps, soziale Netzwerke und webbasierte Kollaborationsplattformen eröffnen neue Wege in der Stadtentwicklung: um zu informieren, zu diskutieren und sich einzubringen. Digitale Infrastrukturen sind heute allgegenwärtig und nicht mehr aus dem Alltag wegzu-denken. In der Praxis der Beteiligung geht es darum, die neue Vielfalt der analogen und digitalen Ansätze crossmedial zusammenzudenken und sie zu nutzen, um qualitätvolle Beteiligung zu erreichen.

Viele Städte und Kommunen betreiben bereits Online-Plattformen für digitale Partizipation. Anders als Özivilgesellschaftliche Initiativen sind Verwaltungen bei Einsatz und Gestaltung von digitalen Plattformen jedoch stärker durch rechtliche Bestimmungen eingeschränkt. Kommunen müssen deshalb hohe Investitionen tätigen, um robuste, sichere und transparente Formate aufzubauen.



Da zudem nicht alle Bevölkerungsgruppen über den gleichen Zugang zu und die gleiche Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien verfügen, ist eine sinnvolle Kombination analoger und digitaler Formate notwendig. Die digitale Spaltung prägt bis heute die Gesellschaft und ist eng verknüpft mit soziokulturellen und sozioökonomischen Ungleichheiten. Dies zeigte sich in vielfacher Hinsicht während der COVID-19-Pandemie. Bei der Entwicklung digitaler Beteiligungsformate spielen die Vermittlung digitaler Kompetenzen und die direkte und persönliche Interaktion deshalb eine wichtige Rolle. Das gilt insbesondere dort, wo interkulturelle Räume der Beteiligung (↪ Kap. 3) entstehen sollen.



Ein zentrales Thema für INTERPART waren Möglichkeiten und Grenzen digitaler Tools bei der Gestaltung interkultureller Räume der Beteiligung: Wie können diese vielfältigere Perspektiven auf die Stadt sicht- und verhandelbar machen und Gelegenheiten für ÖDialog erweitern?

Wir gestalteten experimentelle und crossmediale Beteiligungssituationen, in denen Nutzer*innen unterschiedliche Formate

kennenlernen und anwenden konnten. Damit näherten wir uns folgenden Fragen: Wie können Menschen ermutigt und befähigt werden, sich zu beteiligen, crossmediale Offline- wie Online-Angebote wahrzunehmen und sich ihren Kommunikationspräferenzen entsprechend Gehör zu verschaffen?

Die Erfahrung in INTERPART zeigt, dass der persönliche Kontakt und die Ansprache unterschiedlicher sozialer Gruppen wichtig sind, um ein Verständnis für verschiedene Perspektiven auf Planungsthemen zu etablieren und den Aufbau von Solidarität und Engagement zu befördern. Solche persönlichen Zugänge stoßen jedoch auch an Grenzen, z. B. durch eine Begrenzung der Teilnehmer*innenzahl oder die Scheu einzelner Teilnehmer*innen, öffentlich zu diskutieren. Dialoge in Online-Formaten sind – abhängig von der Mediennutzung der zu Beteiligten – potenziell für mehr Menschen offen und nachvollziehbar. Sie können über eine größere Reichweite verschiedene Zielgruppen informieren und aktivieren, was die Chance für eine vielfältige, inklusive Beteiligung erhöht.

INTERPART entwickelte ein  Online-Beteiligungstool, das mobil zugänglich und insbesondere auf die Benutzung mit dem Smartphone ausgelegt ist. In einem ergebnisoffenen Prozess entstand dieses Tool als digitaler  Prototyp für Abfragen und Stellungnahmen zu Stadtentwicklungsthemen. Es ermöglicht verschiedene Beteiligungstiefen und soll für viele Menschen niedrigschwellig nutzbar und in ihren Alltag integrierbar sein.

Im Rahmen von INTERPART entstand außerdem eine interaktive mehrsprachige  Klingel-Installation, um dem Thema Sprachbarrieren in Beteiligungsprozessen zu begegnen. Die Klingel-Installation als  hybrides Beteiligungsinstrument mit einer mehrsprachigen Benutzeroberfläche rief ein hohes Maß an Emotionen hervor und erzeugte dadurch eine neue Dynamik in der Interaktion. Eine Kombination beider Prototypen konnte aufgrund der COVID-19-Pandemie nicht mehr erprobt werden. Zumindest in der Theorie erscheint sie jedoch vielversprechend, um Beteiligungsangebote in öffentlichen Räumen analog und digital miteinander zu verknüpfen.

Erkenntnisse aus der Fachdiskussion

Digitale Beteiligung in der Stadtentwicklung

Im Jahr 2017 verabschiedete die Bundesregierung eine Smart City Charta zur nachhaltigen Digitalisierung von Kommunen und Förderung der ∞ Bürgerbeteiligung im digitalen Zeitalter (BBSR, 2017; Kuder, 2017). Die Charta zielt auf eine veränderte politische (∞ Teilhabe-)Kultur ab, die Bürger*innen als Mitgestaltende und Ko-Produzent*innen kommunaler Entwicklungen begreift (Klemme et al., 2017, S. 7). Die Ausgangsposition dabei ist, dass die Stadtgesellschaft durch die Vielfalt an digitalen Beteiligungsmodellen und Interaktionsmöglichkeiten nicht nur eine Einbindung in die Stadtentwicklung und ∞ Stadtplanung fordert, sondern sie selbst mithilfe digitaler Möglichkeiten auch verwirklichen kann (BBSR, 2017).

In der zunehmend vernetzten Gesellschaft kommt der digitalen Beteiligung eine immer größere Rolle zu: Webseiten, Apps, soziale Netzwerke und webbasierte Kollaborationsplattformen eröffnen neue Wege in der Stadtentwicklung, um zu informieren, zu diskutieren und sich einzubringen. Seit 2017 ist die Nutzung des Internets zudem verbindlich im Baugesetzbuch verankert, in § 4a Absatz 4 in den Vorschriften zur Beteiligung.

Viele Kommunen unterhalten daher inzwischen Webauftritte und Partizipationsplattformen, die es ermöglichen, Informationen und schriftliche Diskussionen in Foren zu teilen und digital abzustimmen. Den Diskussionen über digitale Partizipation lässt sich entnehmen, dass im Bereich digitaler Angebote Online-Plattformen für digitale Partizipation zurzeit am stärksten verbreitet sind (Naranjo-Zolotov et al., 2019). Beispiele dafür stellen die Plattformen der beiden Ko-Forschungsstädte von INTERPART dar: mein.berlin.de und dein.wiesbaden.de.

Auch zivilgesellschaftliche Akteure initiieren Plattformen, damit Bürger*innen eigene Vorschläge zur Gestaltung ihrer Stadt einbringen und gemeinsam weiterentwickeln können (Klemme et al., 2017). Zum Einsatz kommen sämtliche verfügbare Formate: von eigenen Webseiten über Facebook und Twitter bis hin zu Online-Petitionen, Civic Tech (digitalen Bürger*innen-Werkzeugen) und Nachbarschaftsplattformen.

Verwaltungen sind bei Einsatz und Gestaltung solcher Plattformen stärker durch rechtliche Bestimmungen eingeschränkt als zivilgesellschaftliche Initiativen. Kommunen müssen deshalb hohe Investitionen tätigen, um robuste Formate aufzubauen, die – im Gegensatz zu vielen privat betriebenen Portalen – ein großes Maß an Verlässlichkeit, Datensicherheit und Transparenz bieten. Gleichzeitig ermöglichen in der vernetzten Stadtgesellschaft immer mehr mobile Ein- und Ausgabegeräte und datenbasierte Systeme einen schnellen Zugang zu Informationen oder zu Abstimmungsprozessen.

Herausforderung: Digitale Spaltung

Ein wesentliches, in der Diskussion um digitale Partizipation aber noch wenig beachtetes Problem ist die digitale Spaltung (im Englischen: *digital divide*; Cooper & Weaver, 2003). Sie äußert sich hauptsächlich auf drei Ebenen:

1. im Zugang und in der Ausstattung (Internetanschluss, Verfügbarkeit von Computer oder Smartphone);
2. in den Kenntnissen zum Umgang mit digitalen und Online-Medien sowie
3. in den materiellen und soziokulturellen Vorteilen, die sich für Menschen mit entsprechenden Kenntnissen ergeben (van Deursen & van Dijk, 2018).

Die digitale Spaltung ist eng verknüpft mit soziokulturellen und sozioökonomischen Ungleichheiten – vor allem mit Blick auf das Haushaltseinkommen. Dies zeigte sich besonders deutlich in der COVID-19-Pandemie. Alter, Geschlecht, politisches Interesse und Bildungsgrad wirken sich ebenfalls auf die Nutzung digitaler Medien aus, also auch auf die Mitwirkung an digitaler Beteiligung in der Stadtentwicklung (Nuernbergk, 2018, S. 40). Migrationsgeschichte wird bei der digitalen Spaltung vor allem dann relevant, wenn sie – z. B. nach einer Flucht – direkt mit der Verfügbarkeit von Ressourcen wie Sprache oder Einkommen verknüpft ist. Bei der Entwicklung digitaler Formate muss aufgrund der digitalen Spaltung die Vermittlung entsprechender Kompetenzen durch direkte und persönliche Interaktion mitgedacht werden.

Während reine E-Partizipation mit digitalen Tools als ein entscheidender Faktor für die Mitgestaltung moderner Demokratien diskutiert wird, ist die gleichzeitige Beteiligung in physischen *und* virtuellen öffentlichen Räumen noch ausbaufähig. Immer öfter werden jedoch integrierte Ansätze umgesetzt, die Offline-Veranstaltungen mit digitalen Plattformen und Online-Werkzeugen verbinden (de Jong et al., 2019).

Beim Thema Interkultur in der Beteiligung erhalten die kommunikativen und *O*performativen Aspekte von analoger und digitaler Beteiligung zudem eine große Bedeutung. Umso wichtiger ist die konzeptionelle Verknüpfung verschiedener Kommunikationsformate und -kanäle. Der Aufwand, um sich zu informieren oder einen Input zu geben, wird damit vergleichsweise gering: Die Nutzung digitaler Angebote ist weitgehend zeit- und ortsunabhängig.

Für eine digitale Transformation reicht es jedoch nicht aus, digitale Beteiligung einfach hinzuzufügen oder gar die analoge Beteiligung zu ersetzen (Stiftung Zukunft Berlin, 2020). Es gilt vielmehr, Beteiligungsprozesse in ihrer Qualität und Vielfalt zur Entfaltung zu bringen, indem alle verfügbaren analogen und digitalen Ansätze und Instrumente genutzt werden. Gerade bei komplexen Themen der Stadtentwicklung ist es wichtig, dass Stadtnutzer*innen entscheiden können, ob sie sich analog oder

virtuell beteiligen, je nach Grad der Beteiligung und nach gegebenen Interaktionsmöglichkeiten (BBSR, 2017).

Crossmedialität

Aus diesem Grund werden Beteiligungsprozesse häufig cross-medial oder hybrid gestaltet. Das heißt, dass traditionelle Beteiligungsformate wie Sprechstunden oder Diskussionen nicht durch reine Online-Formate ersetzt, sondern so ergänzt werden, dass die jeweiligen Stärken dieser Formate kombiniert und ihre Schwächen abgebaut werden. Crossmedialität meint die konzeptionelle Verknüpfung verschiedener Kommunikationskanäle bzw. Medien (Fielitz & Korte, 2018).

Im Kontext der Beteiligung bezieht sich Crossmedialität nicht nur auf die Bewerbung von Beteiligungsverfahren und Veranstaltungen über diverse Print- und Onlinemedien, Flyer, Pressemitteilungen, Plakate, Radiobeiträge, Podcasts, Blogs, Social Media, Websites etc., sondern auch auf verschiedene Formate des Austauschs. Diese Formate können sowohl online auf digitalen Beteiligungsplattformen als auch offline, z. B. in Zukunftswerkstätten, konzipiert werden. Sie bringen jeweils unterschiedliche Chancen und Barrieren mit sich. Das eigentliche Potenzial der Crossmedialität liegt dabei in einer gelungenen Kombination von On- und Offline-Komponenten in einem facettenreichen Gesamtkonzept, sodass die einzelnen Komponenten sich gegenseitig ergänzen, qualifizieren und fördern können.

Besonders für die Ansprache unterschiedlicher sozialer Gruppen für einen interkulturellen Dialog scheint diese Kombination vielversprechend. Eine gelungene Kombination aus aufeinander aufbauenden bzw. miteinander verknüpften Online- und Offline-Komponenten hat also das Potenzial, Interkultur in der Beteiligung zu fördern – so die Ausgangsposition von INTERPART.

Erfahrungen mit Crossmedialität in INTERPART

Aufbauend auf vorhandenen Erkenntnissen zu digitaler und analoger Beteiligung und auf Basis eigener Vorerfahrungen entwickelten wir ein Beteiligungs- und Kommunikationskonzept für die beiden Stadtteile in Berlin und Wiesbaden. Es zielte darauf ab, dass experimentelle Formate im physischen und virtuellen Raum optimal aufeinander abgestimmt sind. Besonders für die Ansprache unterschiedlicher sozialer Gruppen für einen interkulturellen Dialog schien uns diese Kombination vielversprechend: Jedes dieser Formate bringt spezifische Qualitäten, Eigenheiten und Barrieren mit sich.

Bei vor Ort einsetzbaren Formaten kann der persönliche Kontakt ein gegenseitiges Verständnis der Teilnehmer*innen, ihre Vernetzung und den Aufbau von Solidarität und Engagement befördern.

Zwei O-Töne aus der Erzählecke in Biebrich

„Ich bin eher so die *Persönliche*. [...]. Also wenn Sie jemanden haben, den Sie direkt so ansprechen können, auch mit Ideen. Ich finde das besser, aber jeder Mensch ist anders.“ (#hs_016)

„Wenn, dann *persönlich*. Wenn, dann persönlich: ‚Aug in Aug‘. Hauptsache, man muss halt nicht unbedingt den Namen oder so geben.“ (#hs_018)

Gleichzeitig gibt es auch dort Zugangsbarrieren. Diese entstehen etwa durch eine Begrenzung der Teilnehmer*innenzahl oder die Scheu Einzelner, mit Fremden zu diskutieren oder sich – ggf. nicht in ihrer Erstsprache – vor fremden Menschen äußern zu müssen.


Einige Online-Formate umgehen diese Barrieren. Zwar erleben manche Teilnehmer*innen die Kommunikation in Online-Beteiligungen als anonymer oder weniger empathisch, doch gerade die Anonymität und die Möglichkeit der zeitversetzten Teilnahme kann die Hemmschwellen verringern, sich zu beteiligen.

Dialoge in Online-Formaten sind potenziell für mehr Menschen offen und nachvollziehbar. Sie können über eine größere Reichweite verschiedene Zielgruppen informieren und mobilisieren, was zunächst die Chance für eine vielfältige, inklusive Beteiligung erhöht. Und dennoch: Die Frage der unzureichenden digitalen Kompetenz stellt gerade in der interkulturellen Beteiligung (↪ Kap. 3) eine Grundlage für eine potenzielle digitale Spaltung dar. Wie können Menschen ermutigt und befähigt werden, sich zu beteiligen und die crossmedialen Offline- wie Online-Angebote wahrzunehmen? Wie können sie vor allem dazu ermächtigt werden, sich entsprechend ihren Nutzungsgewohnheiten Gehör zu verschaffen?

Denkraum

Wie müsste ein digitales Beteiligungsangebot beschaffen sein, damit Sie sich nach Feierabend oder in Ihrer Freizeit Zeit nehmen und damit auseinandersetzen? Unter welchen Umständen würden Sie Artefakte im öffentlichen Raum nutzen, um Ihre Meinung mitzuteilen?


Um uns genau diesen Fragen zu nähern, gestalteten wir bewusst unterschiedliche experimentelle und crossmediale Beteiligungssituationen, in denen Nutzer*innen verschiedene Formate erfahren und anwenden konnten. Wir verknüpften Präsenzveranstaltungen (📍Vor-Ort-Interventionen) mit digitalen 📄Artefakten, um Vorteile von Online-Beteiligungsinstrumenten mit sozialen

Aspekten der ‚Face-to-Face‘-Kommunikation zu verbinden. Weiterhin untersuchten wir auf diesem Wege theoretische Annahmen – zum Beispiel zum Thema Mehrsprachigkeit oder zu bildbasierter Kommunikation – in realen Situationen und Interaktionen. Wir veranstalteten Workshops und organisierten Begegnungen, konzipierten und erprobten analoge Werkzeuge wie das  Brettspiel, entwickelten digitale Werkzeuge und Online-Beteiligungstools, experimentierten mit Erzähl- und Austauschformaten und initiierten Online-Dialoge. All diese Aktivitäten bauten auf dem Prinzip der Crossmedialität auf. Das Forschungsformat Reallabor erwies sich dabei als besonders geeignet, um diese Ansätze sinnvoll aufeinander zu beziehen und sie im Prozess immer wieder anzupassen.

Im Sinne unseres Forschungsansatzes gingen wir dabei experimentell vor: Wir entwickelten ungewohnte, teils spielerische Zugänge und arbeiteten prozessorientiert. Im Mittelpunkt stand die Frage, welche Aspekte digitaler und analoger Beteiligung sich für die Ansprache und Einbindung unterschiedlicher sozialer Gruppen und für die Erweiterung eines interkulturellen Dialogs vielversprechend kombinieren lassen.

Im Laufe des Forschungsprojekts entstanden – innerhalb des aufeinander abgestimmten Bündels an Aktivitäten des Reallabors (↪ Kap. 2) – Formate, in denen wir digitale und physische Interaktionen auf unterschiedliche Weise kombinierten:

- In einem Ko-Design-Prozess mit Stadtnutzer*innen entwickelten wir ein Online-Beteiligungstool als Prototyp, der einen niedrighschwelligen Zugang zu Online-Beteiligung ermöglicht. Das Tool aktiviert Stadtnutzer*innen zur (Mit-)Gestaltung des öffentlichen Raums und befragt sie zu ihren Alltagsräumen.
- Mit einer interaktiven, mehrsprachigen Klingel-Installation untersuchten wir, wie sich eine größere Vielfalt von Menschen anhand ungewohnter Mensch-Maschine-Interaktionen und emotionaler Ansprache in Beteiligungsprozesse einbeziehen lässt.

- Eine gemeinsame digitale Datenbank bildete die Schnittstelle zwischen dem Online-Beteiligungstool und der Klingel-Installation.
- Wir konzipierten eine  Podcast-Reihe als digitalen Raum des Erzählens, auf dessen Gestaltung wir in \hookrightarrow Kap. 6 ausführlich eingehen.

Das Online-Beteiligungstool für mobile Endgeräte

Aufbauend auf einem nutzer*innenzentrierten Entwicklungsansatz entstand im Kontext der INTERPART-Reallabore ein niedrigschwelliges Online-Beteiligungstool. Dieses hatte zum Ziel, Beteiligungsbarrieren bei mobilen Anwendungen abzubauen.

Das Online-Beteiligungstool ist browserbasiert und ‚mobile-first‘. Das bedeutet, dass Online-Beteiligungsangebote mobil zugänglich und insbesondere auf die Smartphone-Nutzung ausgelegt sind. Dadurch sind sie für viele Menschen mit unterschiedlichen Kompetenzen und Bedürfnissen niedrigschwellig nutzbar und in den Alltag integrierbar. In einem ergebnisoffenen Prozess entstand das Online-Tool als digitaler Prototyp für Abfragen und Stellungnahmen zu Stadtentwicklungsthemen, mit verschiedenen Beteiligungstiefen. Ein Prototyp ist noch kein fertiges Produkt, er vereint aber zentrale Funktionen und kann inhaltlich an den jeweiligen Anwendungsfall angepasst werden. Da das Online-Beteiligungstool browserbasiert ist, muss man es nicht vorab als App herunterladen, um es zu benutzen. Stattdessen ist es über eine URL oder über einen QR-Code erreichbar und nutzbar:



[https://github.com/ZebraLog/
interpart-online-tool-app](https://github.com/ZebraLog/interpart-online-tool-app)

Ko-Design mit Stadtnutzer*innen

Das Online-Beteiligungstool entstand in enger Zusammenarbeit mit Stadtnutzer*innen. Wir legten unser Augenmerk zunächst darauf, die Kompetenzen, Bedarfe und Interessen der potenziellen Nutzer*innen zu erkennen und diese in die Planung eines crossmedialen Beteiligungsangebots zu integrieren.

Anfänglich hatten viele Stadtnutzer*innen, die im Rahmen einer aufsuchenden Befragung mit uns sprachen, eine kritische Haltung gegenüber Online-Partizipationsplattformen. Wir identifizierten acht bedeutende Barrieren, die wir hier anhand abstrahierter zentraler Aussagen aus den Interviews verdeutlichen:

- Zweifel an der Wirksamkeit der Beteiligung:
„Das bringt doch sowieso nichts.“
- Fehlender Bezug zum Alltag der Stadtnutzer*innen:
„Das ist nur etwas für politisch Interessierte.“
- Fehlende Niedrigschwelligkeit und Alltags-tauglichkeit von Beteiligungsangeboten:
„Das ist mir zu kompliziert.“
- Fehlendes Gefühl von Betroffenheit: „Ich habe dazu keine Meinung. Das Thema interessiert mich nicht bzw. hat nichts mit mir zu tun.“
- Sprachliche Barrieren: „Ich kann nicht so gut Deutsch.“
- Mangelnde Offenheit in der Ansprache:
„Ich fühle mich nicht angesprochen.“
- Textlastigkeit: „Ich mag nicht so viel schreiben und lesen.“
- Datenschutzrechtliche Bedenken: „Da muss ich Daten von mir preisgeben, die ich nicht preisgeben will.“

Aufbauend auf dem ersten Kontakt und dem Austausch mit potenziellen Nutzer*innen konzentrierten wir unser Erkenntnis- und Entwicklungsinteresse darauf, die identifizierten Zugangsbarrieren abzubauen. Der frühzeitige Einbezug von Nutzer*innen führte uns noch einmal vor Augen, wie wichtig ein bedürfnisorientierter und ergebnisoffener Entwicklungsprozess für eine gelingende Online-Beteiligung ist.

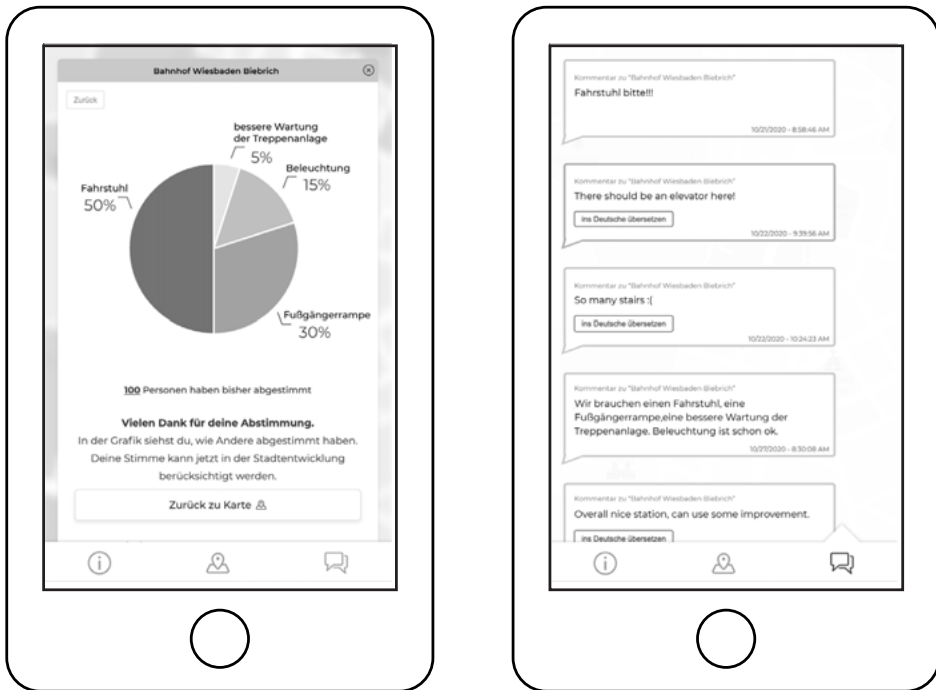
Erstes Ziel war es demnach, mit Menschen in Kontakt zu treten, die wir im Rahmen unserer ersten Aktivitäten vor Ort noch nicht erreicht hatten. Zweites Ziel war es, gemeinsam mit ihnen ein Beteiligungsangebot zu entwickeln, das möglichst vielfältige Nutzer*innen anspricht, leicht zu benutzen ist und den Mehrwert einer Teilnahme an Beteiligungsangeboten vermittelt. Wie im gesamten Forschungsprozess gingen wir auch hier iterativ vor (↪ Kap. 2): Die gemeinsame Entwicklung des Prototyps mit Stadtbewohner*innen erfolgte in einer zyklischen Abfolge von Konsultation, inhaltlicher Konzeption und technischer Umsetzung. Potenzielle Nutzer*innen wurden in regelmäßigen Abständen zum Status Quo des Online-Beteiligungstools befragt. Aus diesen Befragungen und Prototyp-Testings mit Stadtnutzer*innen aus Berlin-Moabit und Wiesbaden-Biebrich und mit Verwaltungsmitarbeiter*innen aus beiden Städten resultierten fortlaufende Vorschläge zur inhaltlichen und gestalterischen Anpassung und Weiterentwicklung des Online-Beteiligungstools.

Digitale Beteiligung, die an Alltagswelten anknüpft

Im Ergebnis ermöglicht das Online-Beteiligungstool eine einfache und schnelle Teilnahme der Stadtnutzer*innen an konkreten Beteiligungsangeboten im Kontext von Stadtentwicklung. Es ermöglicht die Abgabe einer Stimme auch ohne Anmeldezwang und gewährleistet so Niedrigschwelligkeit in puncto Nutzung und Datenschutz. Die Funktionen des Online-Beteiligungstools konzipierten wir vergleichbar zu anderen bekannten digitalen

Diensten. Um die Relevanz des eigenen Alltags- und Erfahrungswissens der Stadtbewohner*innen zu betonen, macht das Tool den eigenen Beitrag im Verhältnis zu den anderen bereits geleisteten Beiträgen sichtbar. Dies geschieht mithilfe von Tortendiagrammen und auf einer Diskussionsseite. So soll die Wirksamkeit der eigenen Stellungnahme erfahrbar werden. Die Entscheidung, den Prototyp in einfacher deutscher Sprache zu halten, fußte im Wesentlichen auf der Heterogenität der Zielgruppen und den Rückmeldungen der Interviewten.

Benutzeroberfläche des Online-Beteiligungstools



Generell verfolgten wir im Prozess der Ko-Produktion einen Ansatz der Bildsprache anstelle textlastiger Formate. Die Konzentration auf Bildsprache wirkt den identifizierten Zugangsbarrieren Textlastigkeit und Sprache entgegen. Mithilfe von Bildern kann ein unmittelbarer und auch emotionaler Bezug zum Thema aufgebaut werden, ohne allein auf den Faktor Sprache angewiesen zu sein.

Dennoch birgt auch die Anwendung von Bildsprache – insbesondere beim Einsatz von Emojis – einige Gefahren: Unterschiedliche soziale und kulturelle Kontexte (z. B. Alter, Peergroup, Herkunft) führen zu unterschiedlichen Interpretationen von Symbolen und Bildern. Eine barrierefreie Sprach-Bild-Kombination muss daher weiterhin Gegenstand der Auseinandersetzung mit Beteiligungstools bleiben.

Ein mehrsprachiges Beteiligungs- experiment: Die Klingel-Installation

Mit der interaktiven, mehrsprachigen Klingel-Installation nutzten wir ein hybrides Artefakt, um bei den Vor-Ort-Interventionen Sprachbarrieren in Beteiligungsprozessen zu adressieren. Auch für unsere Auseinandersetzung mit der Frage, wie Beteiligungsformate für Zugewanderte und Menschen mit Migrationsgeschichte zugänglicher gestaltet werden können, war das Thema Sprache zentral. Darüber hinaus experimentierten wir mit ungewohnten interaktiven Formaten, die emotional ansprechen und spielerisch zum Mitmachen bewegen (↪ Kap. 3, ♪Brettspiel, ♪Erzählecke, ♪Erzählrunde).

Damit eröffnete sich eine neue Untersuchungsperspektive: Im Kern ging es um die Erfahrung mit und Nutzung von einer mehrsprachigen Benutzeroberfläche als Beteiligungsinstrument und um die digitale Erweiterung eines physischen Raums. Die Nutzung der Klingel-Installation war so konzipiert, dass die Interaktionen auf unterschiedlichen Stufen zwischen digitalem und analogem Raum hin- und herwechselten. Die Online-Interaktion bzw. die Benutzerschnittstelle gestalteten wir nach dem Prinzip ‚weg vom Bildschirm‘.

Digital und interaktiv war die Installation deshalb, weil sie im Hintergrund mit einem Mini-Computer verbunden war, der wiederum an das Internet und an eine Übersetzungssoftware angebunden war. Mithilfe einer Tastatur wiesen wir jedem Klingelschild eine eigene Sprache zu und beschrifteten die Schilder



Konversation mit der mehrsprachigen Klingel, Vor-Ort-Intervention Wiesbaden-Biebrich



Aufbau der Klingel-Installation, Vor-Ort-Intervention Berlin-Moabit



Analoge und digitale Beteiligungsangebote, Vor-Ort-Intervention Berlin-Moabit

in der jeweiligen Sprache. So konnten Besucher*innen über das Drücken des Klingelschilds ihre Sprachauswahl treffen. Die Festlegung auf ein bestimmtes Sprachangebot der Klingel-Installation erfolgte in Abstimmung mit den Partner*innen vor Ort und wurde außerdem durch die begrenzte Verfügbarkeit der Sprachen als ‚Speech-to-Text‘- bzw. ‚Text-to-Speech‘-Module der Google Cloud API mitbestimmt.

„Hallo, hier spricht der Platz“

Das Drücken eines Klingelschilds initiierte einen Dialog, in dem die Klingel-Installation (der Computer) als Personifizierung des Platzes zu den Besucher*innen sprach:

Der Platz: „Hallo, hier spricht der Platz.
Bitte beschreibe in drei Wörtern Deine
Nachbarschaft.“

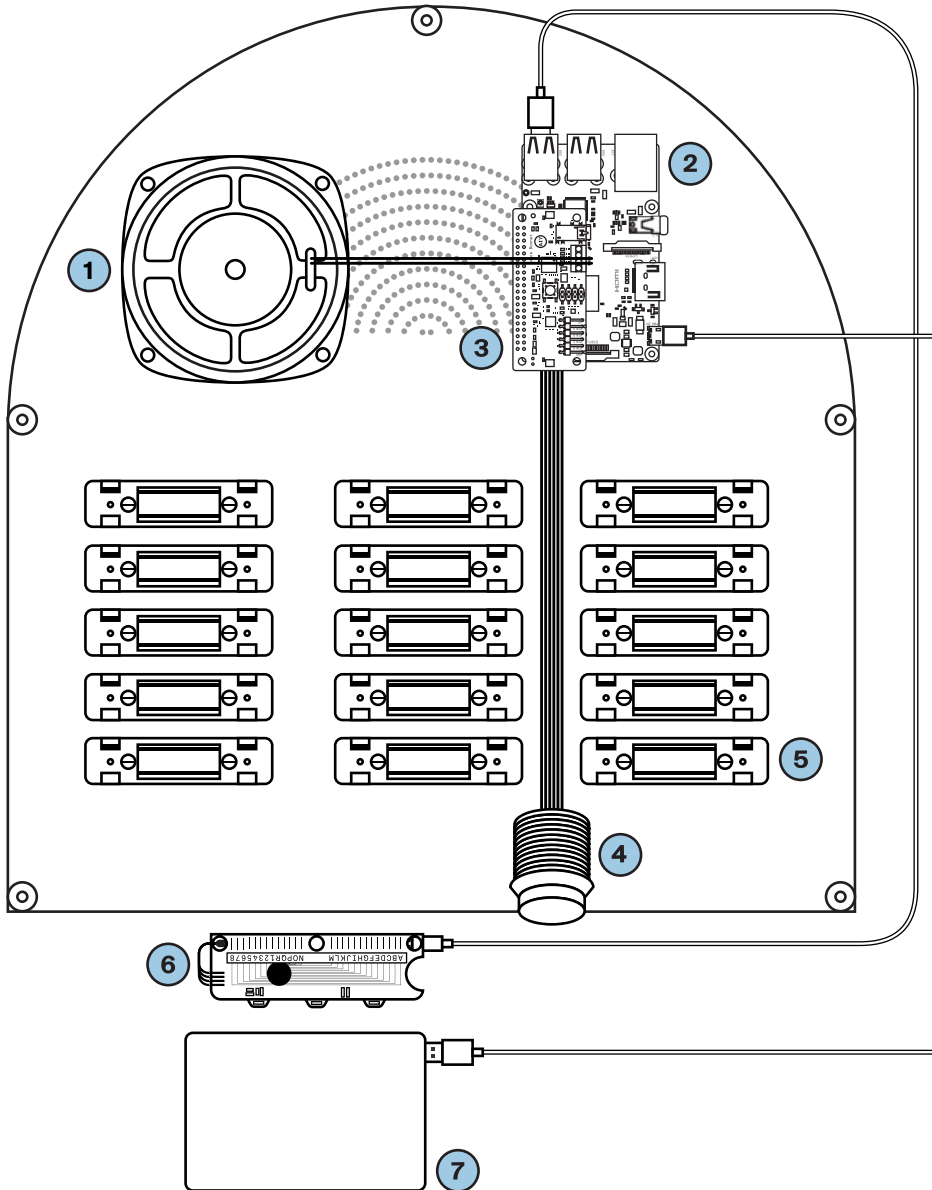
Besucher*in: „laut, dreckig, jung“

Der Platz: „Danke für Deine Antwort.
Guck doch bitte, ob ich Dich richtig verstanden
habe, und korrigiere mich, wenn nötig.“

Die Antworten der Besucher*innen wurden in der Eingabesprache wiedergegeben und im Anschluss in fünf Zusatzsprachen (Deutsch, Englisch, Französisch, Türkisch, Arabisch) übersetzt und ausgedruckt. Neben dem Drucker befand sich ein Tisch mit Buntstiften, an dem das INTERPART-Team die Besucher*innen dazu aufforderte, Korrekturen direkt auf dem Ausdruck einzutragen und diesen anschließend am ‚Ergebnisboard‘, einer Stelltafel, aufzuhängen.

Technologie der Klingel-Installation

- 1 Lautsprecher und Mikrofon
- 2 Raspberry Pi
- 3 Voice Bonnet (Toneingabe/-ausgabe)
- 4 Lichtanzeige Computer aktiv/inaktiv
- 5 Klingelschilder
- 6 Tastatur Chip (Tastatursteuerung)
- 7 Power Bank



Die Klingel-Installation als ‚emotionale Mensch-Maschine-Interaktion‘

Wir stellten fest, dass die Klingel-Installation eine Reihe von Emotionen hervorrief und dadurch eine wichtige Rolle bei der Ansprache in den Vor-Ort-Interventionen einnahm. Die eigene Sprache auf dem Klingelschild zu finden, beschrieben unterschiedliche Besucher*innen als positive Erfahrung. Sie fühlten sich wertgeschätzt und emotional angesprochen und waren davon berührt, mit einer ‚Maschine‘ in der Erstsprache zu kommunizieren. Die Installation wurde als „inspirierendes, spielerisches Format im Umgang mit Sprache“ wahrgenommen (#fs_001).

Zahlreiche Besucher*innen schmunzelten über Fehler, die in der Kommunikation mit der Maschine – zum Beispiel durch Zeitverzögerung oder aufgrund von Nebengeräuschen – entstanden waren. Auch Momente der Frustration kamen zustande, etwa wenn die Spracherkennungs-KI (künstliche Intelligenz) arabische Dialekte nicht erkennen konnte. Diese Verständnis- und Übersetzungsfehler führten zu einer Auseinandersetzung mit dem Tool und wurden (ungeplant) zum Anlass, miteinander zu kommunizieren: Die Teilnehmenden prüften – je nach Sprachkenntnissen – Übersetzungen gegenseitig und tauschten sich schließlich zu Nachbarschaftsthemen aus. Die Klingel-Installation wurde somit für viele Besucher*innen der Vor-Ort-Intervention zur ersten Anlaufstelle, zum Anziehungspunkt und auch zum Gesprächsanlass.

Open-Source-Klingel-Installation

Der Quellcode der Installation ist auf GitHub veröffentlicht, einer Plattform für quelloffene Software-Entwicklungsprojekte. Falls Sie an der Programmierung interessiert sind oder die Installation für eigene Projekte nutzen möchten, finden Sie den Code unter folgendem Link:

<https://github.com/lutzer/interpart>

Ausblick: Eine mögliche Verknüpfung von Online-Beteiligungstool und Klingel-Installation

Die COVID-19-Pandemie verhinderte die Umsetzung weiterer Ideen zur Verknüpfung beider INTERPART-Prototypen. Beispielsweise war in Biebrich ein Stadtteilspaziergang geplant. An Orten, die mit Stadtnutzer*innen gemeinsam als wichtig für den Stadtteil ausgewählt worden waren, sollten mithilfe der Klingel-Installation Meinungen und Wünsche abgefragt werden. Die Idee war, dass die Klingel-Installation die Antworten aufzeichnet und sie in das Online-Beteiligungstool einspeist. Die Beiträge, die in die Klingel-Installation gesprochen werden, sollten so automatisch verschriftlicht und als Kommentare im Online-Beteiligungstool angezeigt werden. Auf diese Weise würden sich, soweit unsere Hoffnung, die online abgegebenen Kommentare mit den offline eingegebenen Meinungen zu einem hybriden Gesamtmeinungsbild verdichten. Nutzer*innen könnten Bezüge zwischen Themen der Stadtentwicklung und ihrem Alltag herstellen und dabei erkennen, dass ihr (Alltags-)Wissen und ihre Meinung wichtig für eine informierte und reflektierte Stadtplanung sind.

Allerdings greift auch hier die Erkenntnis, dass eine rein digitale Verständigung für den Dialog nicht ausreicht. Um Menschen anzusprechen, sind immer auch Wege der direkten Ansprache zu beschreiten und Gelegenheiten für den persönlichen Austausch zu schaffen.

Reflexion

INTERPART startete mit der optimistischen Annahme, dass Online-Dienste ein großes Potenzial haben, um interkulturelle Dialog-Räume in der Stadtentwicklung über die persönliche Begegnung hinaus in den virtuellen Raum hinein zu erweitern. Diese Annahme bestätigte sich in vielerlei Hinsicht: Die von

uns – z. T. gemeinsam mit den Nutzer*innen – entwickelten und oben ausführlich beschriebenen Prototypen und Schnittstellen lassen erkennen, welche Chancen in digitaler Beteiligung stecken.

Unabhängig von Raum und Zeit, vergleichsweise unaufwändig und in geschützten Räumen können Stadtnutzer*innen einem größeren Publikum ihre Perspektiven auf die Stadt zugänglich machen. Diese Perspektiven können in Bezug zueinander gesetzt werden. Mithilfe von Bildsprache und KI-basierten Übersetzungsdienstleistungen ist dies bis zu einem gewissen Grad auch unabhängig von deutschen Sprachkenntnissen möglich. Wenn Endgeräte im öffentlichen Raum zur Verfügung stehen, kann auch der digitalen Spaltung ein Stückweit entgegengewirkt werden. Gleichwohl bleibt dabei die Frage nach der Vermittlung digitaler Kompetenzen weiterhin offen.



Angeregte Unterhaltung vor der Klingel-Installation,
Vor-Ort-Intervention Berlin-Moabit

Eine weitere Erkenntnis, die wir vorher zumindest so nicht erwartet hatten: Digitale Dienste können auch ein großes Potenzial bei der Aktivierung und Einbindung von Emotionen und (implizitem) Alltagswissen in Beteiligung bergen. INTERPART ging davon aus, dass Beteiligung eine Ko-Produktion von Wissen bedeutet, bei der neben inhaltlichen (Sach-)Fragen immer auch Beziehungsaspekte hineinspielen (↪ Kap. 3). Die gewonnenen Erkenntnisse weisen darauf hin, dass auf künstlicher Intelligenz basierende Dienste auch in dieser Hinsicht unterstützen können.

Kritisch im Blick zu behalten ist dabei allerdings, dass Erkenntnisse über die manipulative Seite von ‚Informations-Blasen‘ in letzter Zeit an (medialer) Aufmerksamkeit gewinnen. Die damit zusammenhängenden Gefahren sind auch im Kontext von Beteiligung nicht zu vernachlässigen, etwa mit Blick auf Fake News und Meinungsmache in den sozialen Medien. Um sie realistisch einschätzen zu können, braucht es weitere Forschung, weitere praktische Erfahrungen und ein kontinuierliches Monitoring.

Was wir bisher nicht beantworten können, ist die Frage, wie die von uns entworfenen Prototypen crossmedial in den planenden Verwaltungen – sozusagen bei den Empfänger*innen – effektiv und zielführend verankert werden können. Unsere ursprüngliche Idee, sie mit vorhandenen Plattformen für Bürgerbeteiligung zu verknüpfen, scheidet unseren Eindrücken und Gesprächen mit Ko-Forscher*innen zufolge bereits an den Anforderungen des Datenschutzes. Auch die Arbeitsteilung zwischen Abteilungen sowie hierarchisch organisierte Arbeitsabläufe innerhalb von Behörden erschweren eine einfache Integration der Erkenntnisse aus digitalen ebenso wie crossmedialen Dialogen in Planungsabläufe.

Die Komplexität der Informationen, mit denen Planer*innen umgehen müssen, ist ohnehin bereits hoch. Insofern ist verständlich, dass Beteiligung – unabhängig vom Medium – häufig stärker an den fachlichen Anforderungen des Planungsprozesses bzw. der Planer*innen orientiert ist als an denen der Nutzer*innen. Soll sich das ändern, braucht es nicht nur ein grundsätzliches Umdenken, sondern auch erhebliche Ressourcen. Deren Verfügbarkeit im Nachgang der Pandemie scheint mehr als fraglich.

Auch wenn die Pandemie den INTERPART-Forschungsprozess erheblich beschwerte, ermöglichte sie uns doch auch die ‚hautnahe‘ Erfahrung, welche bisher vielleicht unterschätzten Barrieren verhindern, dass interkulturelle Dialog-Räume online entstehen können. Unsere Ko-Forscher*innen aus den Verwaltungen waren höchst unterschiedlich mit mobilen Endgeräten ausgestattet, die sie auch im Home-Office hätten nutzen und mit denen sie auf ihre Daten hätten zugreifen können. Nicht alle verfügten über einen privaten Internetzugang bzw. war dieser häufig auf das Mobiltelefon beschränkt. Jede Verwaltung schien ein anderes Videokonferenz-System zu bevorzugen. Datenschutzrechtliche Vorgaben von Seiten der jeweiligen IT-Abteilungen machten hier die Nutzung des einen Programms, dort des anderen Programms unmöglich.

Auch zivilgesellschaftliche Initiativen waren mit der ungleichen Ausstattung mit Endgeräten, Internet-Zugängen und digitalen Kompetenzen konfrontiert. Zum Teil konnten sie ihre Mitglieder von einem Tag auf den anderen nicht mehr erreichen, als der persönliche Kontakt eingeschränkt wurde. Erschwerend kam hinzu, dass auch die öffentlichen Zugänge zu digitaler Kommunikation in Bibliotheken und Stadtteilbüros wegfielen, wie Intermediäre in Interviews erwähnten (#ef_001 und #ef_003). Hier führte die digitale Spaltung dazu, dass z. B. Schulkinder in Unterkünften für Geflüchtete ohne WLAN-Netz schlicht abgehängt wurden. In diesem Bereich gibt es zweifellos noch sehr viele Baustellen. Es bleibt zu hoffen, dass diese nach der Pandemie nicht in Vergessenheit geraten, sondern systematisch bearbeitet werden.

8 Institutionen im Wandel – Interkulturelle Öffnung von Planungsverwaltungen

- 🔍 Hier geht es zum Glossar.
- 📖 Hier geht es zu den Methoden, Artefakten und Werkzeugen.
- ➔ Hier wird das Thema weiter vertieft.

Kurzfassung

Deutschland ist – im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern – auch heute noch auf dem Weg vom Einwanderungsland zur Einwanderungsgesellschaft. Um in dieser Gesellschaft Interkultur stärker zu verankern, müssen sich auch gesellschaftliche Institutionen verändern. Das stellt alle Teilsysteme der Gesellschaft, vor allem aber öffentliche Verwaltungen, vor große Herausforderungen. Verwaltungsbereiche für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wohnen betrachteten die Themen Migration und Integration lange Zeit eher als Problemfälle städtischer Vielfalt. Ansätze interkultureller Öffnung in der Planung finden sich bisher überwiegend in ‚Problemquartieren‘, die von Programmen wie „Soziale Stadt“ (seit 2020 „Sozialer Zusammenhalt“) begleitet werden. Erst in jüngster Zeit löst sich in Verwaltungen das duale Integrationsverständnis (‚Wir‘ und die ‚Anderen‘) durch milieubezogene Ansätze auf. Gesellschaftliche Vielfalt und auch die Tatsache, dass diese sich bisher kaum personell in den Verwaltungen niederschlägt, werden inzwischen vielerorts reflektiert.

INTERPART beschäftigte sich mit den institutionellen Voraussetzungen interkultureller Beteiligung in zwei Planungsverwaltungen. Hierbei ging es weniger um einen systematischen Vergleich als darum, jeweils spezifische Handlungsfelder für beide Verwaltungen zu identifizieren und zu adressieren. Dazu gehören etwa das Thema Personalentwicklung und das Überwinden von Silo-Denken innerhalb der Verwaltungseinheiten – also von einem Bereichsdenken, das verschiedene Abteilungen daran hindert, miteinander zu arbeiten. Aber es geht auch um die intensive Vernetzung mit Migrant*innen-Selbstorganisationen oder die stärkere Berücksichtigung sprachlicher Belange – bezogen auf Erst- und Zweitsprachen wie auch auf Fachsprachen.

Wir können somit konkrete, praktische Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass interkulturelle Öffnung durch institutionellen Wandel nicht mit der einmaligen Umsetzung bestimmter Schritte abgeschlossen ist. Es handelt sich vielmehr um einen umfassenden und

länger dauernden Prozess. Er benötigt Kontinuität, eine verlässliche institutionelle Rahmung und kritische (Selbst-)Reflexion.

Erkenntnisse aus der Fachdiskussion

Die vorangehenden Kapitel werfen verschiedene Schlaglichter auf Interkultur in Beteiligungsprozessen in der Stadtentwicklung. Sie knüpfen an aktuelle Positionen aus der Migrationsforschung an und machen damit akademische Debatten für kommunale Planungs- und Beteiligungsprozesse nutzbar. Wir verstehen Interkultur im Sinne eines weitgefassten Kulturbegriffs, der sich auf kulturelle Vielfalt ebenso bezieht wie auf Organisations- und Arbeitskulturen, verschiedene Lebensformen und Geschlechterverhältnisse (↪ Kap. 4).

Interkultur in öffentlichen Planungs- und Beteiligungsprozessen zu verankern, setzt eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung voraus. Dies bedeutet, dass deren Strukturen und Arbeitskulturen unter anderem Menschen mit Migrationsgeschichte aktiv einbeziehen – mit Folgen für strategische Ziele, Strukturveränderungen, Qualifizierungsprozesse und Qualitätsmanagement (Gaitanides, 2016). Der Auftrag für eine solche Veränderung in der Verwaltung findet sich, in unterschiedlichen Formen und Rhetoriken, seit 20 Jahren auf kommunalen Agenden (Filsinger, 2018), wurde aber bislang meist unzureichend umgesetzt.

Von der Integrations- zur Gesellschaftspolitik: Entwicklungspfade interkultureller Öffnung

Die Geschichte der Integrationspolitik in Deutschland zeugt von der Notwendigkeit, Positionen zu Integration und interkultureller Öffnung wiederholt neu zu verhandeln und definieren (Filsinger, 2018). Seit Beginn der 2000er Jahre rückten Organisationsentwicklung, Qualitätsmanagement und an einigen Stellen auch ziel- und projektorientierte Steuerung in den Fokus kommunalen

Handelns (Handschuck & Schröer, 2002). Zudem erreichte in den vergangenen Jahren der beginnende antirassistische Diskurs auch die Kommunen. Deren Aktivitäten konzentrieren sich zunehmend auf die Bildung interkultureller Kompetenz in öffentlichen Verwaltungen und eine verbesserte Zusammenarbeit von Behörden mit Migrant*innen-Selbstorganisationen (Gaitanides, 2016). Viele Kommunen etablierten interkulturelle Leitlinien und Trainingsprogramme oder verabschiedeten ‚Diversity-Strategien‘ und entsprechende ‚Masterpläne‘ (Schröer, 2018, S. 243–256). Noch handelt es sich allerdings meist um mehr oder weniger wirksame Top-Down-Ansätze.

Einen Durchbruch für mehr Bewusstsein für ‚Hyperdiversität‘ (Tasan-Kok et al., 2013) bewirkte im Jahr 2009 eine Studie zu Konsummustern und Milieuzugehörigkeiten (vhw, 2009). Sie verdeutlichte, dass Migrant*innen nicht nur eine enorme ethnische Vielfalt repräsentieren, sondern dass ihre ÖMilieus hinsichtlich ihrer sozialen Differenziertheit, ihrer Wertorientierungen und Zielvorstellungen weitgehend denen der Mehrheitsgesellschaft entsprechen. Eine Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft ist demnach nicht immanente Interessenlage zugewanderter Gruppen, sondern eher eine Folge von Ausgrenzung durch die Mehrheitsgesellschaft. Ein Follow-up der Studie verdeutlichte, dass Ausgrenzungserfahrungen (oder Selbstaussgrenzung) zur ÖTeilhabe-Abstinenz von Menschen mit Migrationsgeschichte beitragen (vhw, 2018).

Trotz dieser Erkenntnisse besteht bis heute Handlungsbedarf: In einem aktuellen Resümee zu lokalen Integrationspolitiken (Gesemann & Roth, 2018) wird u. a. kritisiert, dass in politischen Diskursen und kommunaler Praxis das Thema Integration oft in bestimmten Schubladen migrationsbezogener Debatten verbleibt und als ‚Sonderproblem‘ von und mit Eingewanderten diskutiert wird. In lokalen Integrationspolitiken und Strategien für interkulturelle Öffnung fehlt häufig eine offene Auseinandersetzung mit Rassismus in den Institutionen, den damit verbundenen ÖPrivilegien und Machtstrukturen (Scholten, 2020; ↪ Kap. 5). So werden Rufe lauter, Integrations- und Desintegrationsprozesse als Herausforderung für die Gesellschaft insgesamt zu begreifen – d. h.

für Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte und/oder Diskriminierungserfahrung (Scherr & Inan, 2018). Das heißt auch, sie proaktiv in Prozesse der Stadtentwicklung und Stadtplanung einzubeziehen und dabei zu akzeptieren, dass weder soziale Teilhabe noch Zugehörigkeit oder ‚Deutschsein‘ an Herkunft gebunden sind (Colinas, 2017).

Heraus aus der Nische: Interkulturelle Öffnung in der Stadtentwicklung

Zuwanderung ist urbane Normalität. In Stadtentwicklung und Stadtplanung wird die Integration migrantischer Lebenswelten jedoch weitgehend als Thema benachteiligter Quartiere behandelt, nicht von Planung insgesamt. Seit dem „lange[n] Sommer der Migration“ 2015 (Hess et al., 2016) steht die interkulturelle Öffnung der Verwaltungen auch im Planungsbereich auf einem neuen Prüfstand. Dabei wird jedoch nur begrenzt zurückgegriffen auf Erfahrungswerte und Handlungskompetenzen, die die Kommunen seit den 1960er Jahren und im Kontext fluchtbedingter Zuwanderung aktuell als Orte des Ankommens und Bleibens für Zugewanderte und Geflüchtete gesammelt haben (El-Kayed et al., 2021).


In der wissenschaftlichen Diskussion wird zur Umsetzung von Interkultur in Institutionen immer wieder auf folgende strategische Elemente verwiesen (Gaitanides, 2016): (1) die diskursive Entwicklung eines interkulturellen Leitbilds, (2) ein quantitatives Monitoring der beteiligten bzw. betroffenen Gruppen, (3) eine qualitative Analyse der Zugangsbarrieren, (4) den Abbau dieser Barrieren, (5) die externe Vernetzung mit Integrationsbeauftragten und Migrant*innen-Selbstorganisationen und (6) eine Personalentwicklung, die für Interkultur sensibel ist. Dies erfordert einen Wandel innerhalb der Institutionen und ihrer Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen und der Zivilgesellschaft. Während Gaitanidis in seinen Empfehlungen eher die notwendigen Schritte im Umsetzungsprozess innerhalb einer Institution

anspricht, verweist Terkessidis (2018, S. 142 – 161) stärker auf die für die Umsetzung eines solchen Prozesses relevanten strukturellen Stellschrauben. Er plädiert für strategische Interventionen in Bezug auf (1) institutionelle Kulturen in der Verwaltung im Sinne ihrer Verfassung, Regeln und Normen, (2) den Personalbestand, (3) die materielle Gestaltung von Räumen und Kommunikationsangeboten sowie (4) eine grundsätzliche strategische Ausrichtung mit dem Ziel von Interkultur in den Institutionen. Er fordert „überprüfbare Standards, nachvollziehbare Ziele und auch die notwendige Flexibilität, um die Richtung ändern zu können, wenn einmal etwas nicht funktioniert“ (Terkessidis, 2018, S. 165).

Jenseits dieser übergreifenden Diskussionen gibt es bisher kaum Feldforschung zur Umsetzung und Wirkung von Interkultur in der Planung und zur Übertragung von Konzepten der interkulturellen Öffnung in fachliche Planungsroutinen. Handbücher und Arbeitshilfen thematisieren Interkultur in der Partizipation vor allem in Bezug auf materielle Gestaltung und Kommunikationsinstrumente (z. B. in den an INTERPART beteiligten Städten: Landeshauptstadt Wiesbaden, 2015; SenStadtUm, 2011; SenSW, 2019). Eine aktuelle Evaluation von Partizipationsprozessen in Deutschland zeigt dementsprechend, dass sich Vielfalt als politisches Ziel in den Zielen, Methoden und Instrumenten der Partizipation widerspiegelt, nicht aber in institutionellen Veränderungen (Selle, 2019).

In Planungsverwaltungen haben vielfach strategische Ansätze und Methoden der Sensibilisierung für Interkultur noch Innovationsgehalt, die für Integrationsreferate, Sozialverwaltungen oder Jugendämter seit langem gelebte Praxis sind. Um diese Umsetzungslücken auszuleuchten, gingen die INTERPART-Real labore Barrieren und Handlungsfeldern für Interkultur nach. Dabei zeigte sich, dass das Reallabor als Instrument der transdisziplinären Ko-Forschung eine wichtige Ressource für institutionellen Wandel darstellen kann (↪ Kap. 9).

Erkenntnisse und Erfahrungen aus INTERPART

INTERPART setzte in der Ko-Forschung verschiedene Impulse, um Beteiligungsbarrieren zu identifizieren, zu überdenken und Begegnungen zwischen Planungsbehörden, Zivilgesellschaft und Stadtnutzer*innen zu verbessern. Dazu gehörten u. a. mehrere  Fachworkshops mit den verwaltungsinternen Projektgruppen in beiden Städten. Sie dienten beispielsweise der Diskussion der INTERPART-Ziele, der Interpretation von Zwischenergebnissen, aber auch der Vertiefung wichtiger Handlungsfelder, die sich in den Reallaboren herauskristallisierten.

Chronologie und Themen der Fachworkshops

NOV 2018
<ul style="list-style-type: none"> • Kennenlernen der Ko-Forschenden aus der Verwaltung • Abfrage der Kooperations- und Forschungsinteressen
APR 2019
<ul style="list-style-type: none"> • Präsentation der Forschungs-, Kommunikations- und Beteiligungskonzepte
SEP 2019 – OKT 2019
<ul style="list-style-type: none"> • Präsentation ausgewählter Ergebnisse • Reflexion der ersten Vor-Ort-Intervention mit Fokus auf Interkultur • Einführung eines Forschungstagebuchs (Zettelkasten)
MÄRZ 2020
<ul style="list-style-type: none"> • Austausch Berlin und Wiesbaden zu ausgewählten, von den Verwaltungen als besonders relevant erachteten Fragestellungen • Präsentation und Reflexion der bisherigen Erkenntnisse
SEP 2020 – JAN 2021
<ul style="list-style-type: none"> • Reflexion der Dialoge (Digitale Beteiligung, Rassismus in den Institutionen) • Schlussfolgerungen zum Thema Institutioneller Veränderungsbedarf für eine interkulturelle Öffnung • Abschlussevaluation des Reallabors • Verständigung über zentrale Ergebnisse und wichtige Bausteine für dieses Lesebuch

Die Diskussionen mit den Ko-Forscher*innen aus der Verwaltung boten somit den Rahmen für die Entwicklung eines grundlegenden gemeinsamen Verständnisses der Forschung und von Interkultur (↪ Kap. 9). Sie verdeutlichten, wie die gesellschaftlichen Positionen der Ko-Forscher*innen die Produktion von Wissen beeinflussen: Die Ko-Forschung mit der Verwaltung brachte dabei die (Selbst-)Positionierungen der Beteiligten unterschiedlichen Geschlechts, Migrationshintergrunds und unterschiedlicher beruflicher Rollen ebenso ans Licht wie persönliche Einstellungen und voreilige Annahmen über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Beteiligten.

Interkultur erfordert mehr als Empathie und Toleranz: Gemeinsame Problemdefinitionen

Wir begannen die Ko-Forschung mit 44 Interviews mit Expert*innen, konkret: mit Vertreter*innen der Verwaltung und der lokalen Zivilgesellschaft in den zwei Partnerstädten. Die Ergebnisse zeigen: Die meisten Befragten sind sich der Anforderungen an ‚gute‘ Beteiligung – vor allem bezogen auf Interkultur, aber auch auf digitale Beteiligung – sehr bewusst. Für die Umsetzung einer konsequenten interkulturellen Öffnung gibt es dennoch Barrieren.

Viele Befragte aus den Verwaltungen verbinden interkulturelle Öffnung vor allem mit sozialen Kompetenzen wie Empathie und Toleranz und formulieren einen großen Bedarf an Schulungen und Fortbildungen zum Thema. Interkulturelle Öffnung wird damit vor allem auf individuelles Wissen, persönliche Haltungen sowie methodische Vorgehensweisen fokussiert. Außerdem wird die Zuständigkeit für Interkultur an bestimmte Funktionen verwiesen, bei denen ein persönlicher Kontakt mit der Bevölkerung erfolgt. Dass Interkultur auch darüber hinaus im institutionellen Rahmen verankert werden muss (↪ Kap. 4), bleibt außen vor und wird auch durchaus kritisch gesehen:

„Es gibt Bereiche bei uns, da ist es ganz klar, dass man sich mit interkultureller Öffnung beschäftigen muss, weil man da ja auch seit vielen Jahren mit Menschen unterschiedlichster Art zu tun hat. Und es gibt andere Bereiche, die haben so gut wie gar keinen Bürgerkontakt und müssen sich dadurch natürlich mit solchen Themen nicht auseinandersetzen.“ (#cd_015)

Zivilgesellschaftliche Akteure äußerten in unseren Interviews und Veranstaltungen als konkrete Erwartung an interkulturelle Öffnung, dass Migrant*innen strategisch in Organisationen und Arbeitsprozesse eingebunden werden (z. B. durch gezielte Ansprache und Einladungen, Mehrsprachigkeit). Interkultur ist aus ihrer Sicht eine Chance, die Sichtbarkeit marginalisierter Gruppen (z. B. O People of Colour) zu erhöhen.

Das Bewusstsein dafür, dass Menschen mit Migrationsgeschichte in Verwaltungen unterrepräsentiert sind, ist groß. Allerdings gehen viele davon aus, dass interkulturelle Öffnung mit einer neuen Generation an Mitarbeiter*innen automatisch erfolgt. Auch hier droht die erforderliche gezielte Steuerung eines institutionellen Wandels hin zu mehr Interkultur aus dem Blick zu geraten. Für die systematische Umsetzung interkultureller Ziele in der Partizipation für die Stadtentwicklung spielt der institutionelle Rahmen jedoch eine zentrale Rolle: Gekoppelt mit einer starken politischen Strategie oder einem entsprechenden Leitbild sowie mit Engagement aufseiten der verantwortlichen Politiker*innen kann der institutionelle Rahmen Planer*innen nicht nur bei der Förderung von Interkultur unterstützen, sondern ihnen auch Netzwerke und sektorübergreifendes Wissen zur Verfügung stellen.

Für das INTERPART-Forschungsteam ergaben sich aus den Expert*innen-Interviews und Fachworkshops verschiedene Handlungsfelder, die wir im Sinne der O transformativen Forschung proaktiv bearbeiteten.




Workshop mit der verwaltungswirtschaftlichen Projektgruppe,
Wiesbaden-Biebrich




Brettspiel

Räume für Reflexivität gestalten

In den Interviews und Fachworkshops zeigte sich die große Bedeutung von Räumen für den formellen oder informellen Austausch über bestimmte Themen und Erfahrungen jenseits der Alltagsroutinen, die wir ‚Räume für Reflexivität‘ nannten. Viele Mitglieder der verwaltungsinternen Projektgruppen begrüßten INTERPART als Gelegenheit, um über die Bedeutung institutioneller und professioneller Kulturen für mehr Interkultur nachzudenken. Allerdings gelang es auch INTERPART nicht, eine große Zahl an Verwaltungsmitarbeiter*innen für eine kontinuierliche Mitwirkung in den Fachworkshops und  Vor-Ort-Interventionen zu gewinnen. Dies mag gerade in dem außerhalb der Verwaltungsroutinen liegenden Ansatz begründet sein. Personal- oder Zeitmangel dürften sicherlich auch eine Rolle gespielt haben.

Das Forschungsteam verfolgte unterschiedliche Strategien, um Räume der Reflexivität zu schaffen. So nahmen Mitglieder des Forschungsteams in Berlin an einem abteilungsübergreifenden Jour fixe der Verwaltung zum Thema Partizipation teil, um eine Debatte über die Relevanz von Interkultur in verschiedenen Planungsbereichen anzustoßen. Dabei tauschten sich die Teilnehmer*innen aus verschiedenen Abteilungen über ihre beruflichen Erfahrungen aus und diskutierten Möglichkeiten des ‚Mainstreaming‘ in Bezug auf Interkultur. Ziel war es, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Interkultur auch jenseits der „Sozialen Stadt“ (seit 2020 „Sozialer Zusammenhalt“) institutionell eine Rolle spielt. Viele Befragte waren sich dessen nicht bewusst:

„Der interkulturelle Dialog war ein wichtiges Ziel meiner Arbeit bei der Stadterneuerung für benachteiligte Stadtteile, aber nicht in meinem aktuellen Arbeitsbereich, da befasse ich mich mehr mit allgemeinen Themen der Stadterneuerung.“ (#sh_01)

Das Forschungsteam organisierte zudem zwei digitale  Fachdialoge zu den Themen „Online-Beteiligung“ und „Institutioneller

Rassismus“. Aus ihren unterschiedlichen Perspektiven heraus besprachen Verwaltungsmitarbeiter*innen, Vertreter*innen migrantischer Selbstorganisationen und andere zivilgesellschaftliche Akteure hier einerseits strategische Impulse für die Entwicklung gezielter Online-Ressourcen und sozialer Medien, andererseits Möglichkeiten, um Rassismus in den Institutionen zu begegnen.

Dabei wurde auch Crossmedialität als Ansatz thematisiert. Crossmediale Beteiligungsangebote, die verschiedene Online- und Offline-Kommunikationsformate und -medien konzeptionell verbinden, können eine interkulturelle Öffnung begünstigen. Durch die Kombination von verschiedenen Angeboten, die sowohl im physischen Raum als auch virtuell wahrgenommen werden, werden unterschiedliche Zugänge geschaffen (↪ Kap. 7).

Das Feedback aus diesen Veranstaltungen zeigte, dass die Teilnehmer*innen diese Gelegenheiten zur Unterstützung der interkulturellen Öffnung und einer Veränderung der institutionellen Kultur begrüßten. Die Veranstaltungen boten eine Möglichkeit für die gemeinsame professionelle und individuelle Reflexion über verschiedene Dimensionen von Interkultur und Tabu-Themen wie Diskriminierung, Privilegien und Rassismus, die zuvor in den Fachworkshops noch zu selten angesprochen worden waren.

„Die intensive Berührung mit dem Projekt INTERPART hat dazu geführt, dass ich mich im Rahmen meines Aufgabengebietes Bürgerbeteiligung in der Städtebauförderung/ „Soziale Stadt“ zu den Themen Diversity, Rassismus/Privilegien und Argumentationstechniken bei antidemokratischen Haltungen weiterqualifiziert habe. Hier ist zu betonen, dass mein direktes Aufgabengebiet mit diesen Querschnittsthemen sehr eng verknüpft ist und auch für die Fachvorgesetzten, die Weiterqualifizierungen genehmigen müssen, sichtbar ist. Das erworbene Wissen wurde z. T. als Merkblatt verschriftlicht und an den Arbeitsbereich verteilt. Einen verbindlichen (oder strukturierten) Zugang zu diesen Querschnittsthemen gibt es nicht [...].

(#R_RL_ViP, Zitat aus der Selbstreflexion eines ViP-Mitglieds, 2020)

Zu weiteren Themen, die im professionellen Alltag mit Kolleg*innen schwer zu behandeln sind, gehören individuelle Positionierungen und Erfahrungen mit Privilegien und Diskriminierung. Wie ein Interviewpartner aus einer Abteilung für Stadterneuerung argumentierte, hängt die Einstellung der Mitarbeiter*innen zur Interkultur zwangsläufig damit zusammen (→ Kap. 5). Während für die einen negative Erfahrungen zum Alltag gehören, sei es für die anderen ein ‚Luxus-Problem‘, über Interkultur nachzudenken: Sie sind in ihrem Alltag nicht mit Stereotypen und Diskriminierung konfrontiert. Entsprechend braucht es gerade für diejenigen Verwaltungsmitarbeiter*innen, die zu den privilegierten Bevölkerungsgruppen gehören, Anreize, um über Interkultur nachzudenken. Für Mitarbeiter*innen mit negativen Erfahrungen ist es oft schwierig, diese Erfahrungen im Kreis von Kolleg*innen zu thematisieren. Hier sind eine große Offenheit auf allen Seiten sowie eine sensible und professionelle Unterstützung für den Austausch unabdingbar. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Führungskräfte.



Ankündigung (links) der ersten Vor-Ort-Intervention, Wiesbaden-Biebrich

Denkraum


In Anlehnung an einen ursprünglich in den USA entwickelten und für den deutschen Kontext adaptierten Privilegien-Test (Debus, 2015) bitten wir Sie, über die folgenden drei Fragen nachzudenken: Können Sie diese Fragen eindeutig mit ‚ja‘ oder ‚nein‘ beantworten? Was würde sich an Ihrem Blick auf Beteiligung ändern, wenn Sie alle Fragen mit ‚ja‘ beantworten müssten?

- Haben Sie je versucht, Ihr Aussehen oder Ihr Verhalten zu ändern, um nicht verurteilt oder lächerlich gemacht zu werden?
- Wurde Ihnen jemals aufgrund Ihrer Hautfarbe, Nationalität, Religion, Ihres Geschlechts oder Ihrer sexuellen Orientierung davon abgeraten, bestimmte Orte in der Stadt aufzusuchen oder bestimmte Urlaubsorte zu wählen?
- Haben Sie durch Migration und/oder einen politischen Systemwechsel schon einmal erlebt, dass das Wissen, das Sie in der Schule über eine ‚gute‘ oder ‚normale‘ Gesellschaft gelernt haben, plötzlich als falsch gilt?

Das Silo-Denken überwinden

Ein Silo-Denken innerhalb der verschiedenen Verwaltungssegmente verhindert aus Sicht vieler Mitarbeiter*innen, dass Kompetenzen gebündelt und Synergieeffekte für Interkultur in der Beteiligung geschaffen werden. Dieses Denken ist in den Fachverwaltungen – bezogen auf Planung oder Stadtentwicklung – zu beobachten, aber auch in der Zusammenarbeit mit anderen Ressorts oder in der Kommunikation mit der Zivilgesellschaft, z. B. migrantischer Selbstorganisation. Bisher wird es noch am ehesten im Programm „Soziale Stadt“ überwunden.

„Und ich glaube schon, dass es da ganz wichtig ist, dass man die Verantwortlichkeiten auch umschichtet, dass die Silo-Strukturen aufgebrochen werden, und das ist natürlich [...] ein dickes Brett. [...] Ich glaube, da gibt es keine einzelne [zuständige] Position, sondern ich glaube, da muss wie bei Bürgerbeteiligung mehr oder weniger für alle klar sein, es gibt bestimmte Kriterien und da hat man dran zu denken und die Leute miteinzubeziehen, und dass sich dadurch natürlich eine Haltung fortsetzt.“ (#cd_015)

In Wiesbaden lud das Forschungsteam Fachleute aus der Planungs- und der Integrationsbehörde zu einem  Verstärkungsworkshop ein, um eine gemeinsame Strategie zur Verknüpfung von Partizipations- und Integrationsrichtlinien zu diskutieren. Anlass war, dass sowohl die Leitlinien Bürgerbeteiligung als auch das kommunale Integrationskonzept überarbeitet werden sollten. Das Ergebnis der Veranstaltung waren gemeinsame Handlungsziele für die nächsten fünf Jahre. Dazu zählen

- die Berücksichtigung von Kriterien zu einer interkulturellen Öffnung in den überarbeiteten Leitlinien Bürgerbeteiligung;
- die systematische Integration niedrigschwelliger

Beteiligungsangebote für schwer erreichbare Zielgruppen sowie Zugewanderte mit geringen Deutschkenntnissen;

- die Bereitstellung der entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen sowie
- eine systematische Kooperation mit migrantischen Selbstorganisationen.

In Integrationskursen für Neuzugewanderte soll ein Modul zum Thema Beteiligung entwickelt werden. Eine Fachstelle Mentoring beim Freiwilligen-Zentrum Wiesbaden e. V. soll zudem die Integration von Zugewanderten in allen Handlungsfeldern des Integrationskonzeptes durch Paten-, Mentoring- und Tandemprojekte unterstützen.

Darüber hinaus organisierte das Forschungsteam einen zweitägigen Workshop für die verwaltungsinternen Projektgruppen aus beiden Fallstudienstädten und bot ihnen (pandemiebedingt in einem hybridem Format) die Möglichkeit, ihre jeweiligen Strategien und Erfahrungen zu präsentieren, zu diskutieren und zu kontextualisieren. Die externe Moderation durch das Forschungsprojekt erwies sich als hilfreich sowohl für den abteilungsspezifischen als auch für den abteilungsübergreifenden Dialog, der für stadträumliche Interventionen, für Beteiligung und für Interkultur relevant ist.

Eine Kultur der Mehrsprachigkeit etablieren

Ein wichtiges Thema, das in den Interviews und Fachworkshops, aber auch an mehreren Stellen in diesem Lesebuch Erwähnung fand und mehr Aufmerksamkeit verdient, ist die Sprache (↪ Kap. 3, Kap. 4 und Kap. 6). Hier geht es nicht nur um mehrsprachige Beteiligungsangebote und Werbematerialien, sondern auch um die Übersetzung zwischen der bürokratischen

Fachterminologie der Planer*innen und der Alltagssprache der Stadtnutzer*innen.

Letzteres betrifft viele Anwohner*innen, lokale Ladenbesitzer*innen sowie Unternehmer*innen mit oder ohne Migrationsgeschichte, die Schwierigkeiten haben, die bürokratische Sprache und Verfahren zu verstehen. Planer*innen müssen darüber nachdenken, inwieweit besonders gut organisierte (akademisch ausgebildete) Interessengruppen privilegiert sind, sodass sie Entscheidungsprozesse zu ihrem Vorteil beeinflussen können. Dies zu verhindern, erfordert nach Meinung des folgenden Interviewpartners auch weitergehende Kompetenzen:

„Ich glaube, zum einen müssten die Einladungsformate schon mal mehrsprachig sein, also zumindest mal auf Englisch. [Wichtig wäre dann auch], dass die Veranstaltung [...] tatsächlich auf ganz einfacher Sprache abgehalten wird. Ich glaube, dafür sind aber sozusagen die ‚normalen‘ Verwaltungsmitarbeiter vielleicht in dem Sinne gar nicht geeignet. Also vielleicht bräuchte man jemanden, der sozusagen das übersetzt in sehr einfache Sprache, die nicht technokratisch geprägt ist.“ (#cd_015)

Planer*innen stehen nicht nur mit Blick auf Interkultur, sondern auch im Rahmen gleichstellungspolitischer Vorgaben tatsächlich immer häufiger vor der Aufgabe, fachliche Inhalte in ‚einfacher Sprache‘ zu vermitteln. Die Kompetenz dafür zählt bisher aber eher nicht zu Einstellungskriterien in technischen Verwaltungsbereichen.

Interkulturelle Kompetenz fördern, Vertrauen bilden: Die Phase Null

Unter interkultureller Kompetenz verstehen wir „analytische, personale und handlungsorientierte Kompetenzen dafür, in einer

sozial und kulturell differenzierten Gesellschaft angemessen und an einer transkulturellen Ethik orientiert zu handeln“ (Gaitanides, 2017, S. 119). Die Ko-Forscher*innen aus der Verwaltung plädierten einerseits dafür, diese Kompetenz bei der Personalentwicklung bzw. der Besetzung von Stellen stärker zu berücksichtigen. Andererseits ging es aber auch um die Notwendigkeit, bei Neubesetzungen entsprechende Schulungen verpflichtend anzubieten:

„Dann ist es meines Erachtens wichtig, dass wir in den Institutionen verpflichtende Schulungen hätten zum Thema Rassismus-Sensibilität. Ich habe vor dieser Veranstaltung hier noch mal nachgesehen in der Verwaltungsakademie, was eigentlich angeboten wird. Das ist vor allem interkulturelle Kommunikation und häufig werden auch noch zum Thema Diversity Schulungen angeboten, aber nicht zu Rassismus. Und interkulturelle Kommunikation und Diversity sind für mich auch unterschiedlich, sind nicht hilfreich, sagen wir mal so, um eine Rassismus-Sensibilisierung herzustellen.“ (#FD_RI)

Denkraum

Was halten Sie von der Idee, interkulturelle Trainings durchzuführen, an denen Verwaltung, Zivilgesellschaft und Stadtbevölkerung gemeinsam teilnehmen? Was wären zentrale Voraussetzungen dafür, dass solche Trainings gelingen und allen Beteiligten einen Mehrwert bringen?

Zur interkulturellen Kompetenz in der Verwaltung gehört auch die Fähigkeit zur Vertrauensbildung und Vernetzung mit migrantischer Selbstorganisation. Vielen Behörden fehlt jedoch der direkte Kontakt zur städtischen Bevölkerung und insbesondere zu Migrant*innen-Selbstorganisationen, die zunehmend Mitwirkung an politischen Entscheidungsprozessen einfordern. Dies hat nicht zuletzt mit der Arbeitsteilung zwischen öffentlicher Verwaltung und Dienstleistern oder „intermediären Organisationen“ zu tun: Während die Stadtverwaltung für strategische Entscheidungen zuständig ist, sind Dienstleistende wie Planungs- oder „Quartiersmanagement“-Büros – zumindest in größeren Gemeinden und Städten – für die Umsetzung und Arbeit ‚vor Ort‘ verantwortlich. Eine ähnliche Arbeitsteilung prägt die Verwaltung mit ihren verschiedenen Abteilungen und Zuständigkeiten. Mögliche Synergie-Effekte – z. B. zwischen Leitbildern der Integration und der Beteiligung – werden dadurch nicht immer erkannt und genutzt.

Ein Teilnehmer eines Fachdialogs stellte fest, eine Verständigung mit der Stadtgesellschaft über soziale Medien funktioniere gut, solange es einen ‚Verwendungszweck‘ gebe. Ansonsten halte er die persönliche Ansprache nach wie vor für ausschlaggebend. Es gehe weniger um eine gute Webseite als vielmehr um Personen, die zu den Menschen gehen, auch wenn dies teurer sein mag. Bis heute sei es in seiner Behörde nicht gelungen, Schlüsselpersonen in den migrantischen Communities zu identifizieren, die geeignet und bereit seien, die Anliegen der Verwaltung weiterzutragen. Es müsse jemand in der Verwaltung bereit sein, als Ansprechperson zu fungieren und Kontakte aufrechtzuerhalten. Dafür brauche es aber Ressourcen (#FD_BI).

Als Schlüsselement nicht nur nutzer*innenorientierter Planung, sondern auch interkultureller Öffnung von Planungs- und Beteiligungsprozessen bewertet INTERPART in diesem Kontext die Einführung einer ‚Phase Null‘. Sie geht den klassischen Planungsphasen und auch der Konzeption von Beteiligungsprozessen voraus. Hier stimmen Planer*innen und potenzielle Nutzer*innen gemeinsam Ziele, Verfahren und formale Rahmenbedingungen für Planungsvorhaben ab. Die Phase Null bietet zudem den erforder-

derlichen Raum für die explizite Auseinandersetzung mit allen Aspekten von Interkultur in Planungsprozessen. Gleichzeitig birgt sie Potenzial für eine Vertrauensbildung zwischen zu beteiligten Akteuren und Individuen mit und ohne Migrationsgeschichte.

Mit Vielfalt für Vielfalt werben: Personalentwicklung als Schlüssel für Interkultur

Eine Diversifizierung des Planungspersonals wird zwar vermehrt in Leitlinien und politischen Zielen dokumentiert, aber nur sehr begrenzt in der Einstellungspraxis umgesetzt. Der Weg hin zu Institutionen, die Interkultur abbilden, scheint im Bereich der Planung vielerorts noch weit. Die Zahl an Menschen mit Migrationsgeschichte, die in den Verwaltungen Fach- und Leitungsaufgaben übernehmen, ist seit den 1990er Jahren zwar unübersehbar gewachsen. Gleichzeitig sind sie in weiten Bereichen der öffentlichen Verwaltung, so auch in der Planung (und der Planungsausbildung), bislang stark unterrepräsentiert. Während sie einen Anteil von bundesweit rund 22 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung ausmachen, sind sie in der öffentlichen Verwaltung mit kaum mehr als sechs Prozent vertreten (FES, 2019).

Dabei sehen auch unsere Ko-Forscher*innen einen Zusammenhang zwischen interkultureller Öffnung und Personalentwicklung. In einem Interview bemerkte ein Verwaltungsmitarbeiter, der mit bürgerschaftlichem Engagement befasst ist, der Begriff interkulturelle Öffnung sei üblicherweise an Migration gekoppelt. Da die Verwaltungen jedoch noch immer vergleichsweise homogen seien, was die kulturelle Herkunft und kulturelle Zugehörigkeit angehe, sei bisher für dieses Thema der Bedarf noch nicht gesehen worden (#cd_005).

In einem weiteren Verstetigungsworkshop mit Verantwortlichen für die Personalentwicklung in einer Planungsverwaltung äußerten die Teilnehmer*innen die Hoffnung, durch eine interkulturelle Öffnung Menschen mit Zuwanderungserfahrung für die

unterschiedlichen Fachbereiche zu gewinnen und ihr Wissen in Verwaltungsabläufe und -strukturen einfließen lassen zu können. Damit könnte die alltägliche Vielfalt der Stadtgesellschaft auch in der Verwaltung gelebt werden.

Die Teilnehmerinnen betonten, dass Diversity-Kompetenz bei der Personalakquise, in Auswahlverfahren und bei der Formulierung von Anforderungsprofilen zunehmend eine wichtige Rolle spiele. Gleichzeitig stehe diese Kompetenz häufig hinter ‚dringlicheren‘ Kompetenzen zurück. Es fehle an ‚selbstverständlicher‘ interkultureller Kompetenz, die in anderen Ländern schon in den Schulen vermittelt werde. Solange dies der Fall sei, müsse insbesondere bei der Auswahl von Fachkräften interkulturelle Kompetenz ein Einstellungskriterium sein.

„Bei den Bewerberinnen und Bewerbern, die ich bisher gesehen habe, waren sehr wenige dabei, die aus ihrem Lebenslauf oder aus ihrem persönlichen Hintergrund, ja, interkulturelle Kompetenzen besonderer Art mitbringen.“ (#rb_015)

Im Verstetigungsworkshop wurden mehrere Ansatzpunkte für Veränderung identifiziert. Dazu gehörte erstens das Thema Weiterbildung: Diversität und interkulturelle Kompetenz sollten als Pflichtseminare für alle Berufseinsteiger*innen und neu Eingestellten festgeschrieben werden. Zweitens gehörten die Verfahren der Personalauswahl auf den Prüfstand, sodass der bisherige Stellenwert von interkultureller (Diversitäts-)Kompetenz in Anforderungsprofilen und bei der Gewichtung von Anforderungen hinterfragt wird.

Interessant sind hier auch die zum Einsatz kommenden Methoden: Wie können diese Kompetenzen tatsächlich abgefragt werden? Möglicherweise könnten hier wiederum Erzählformate und andere narrative Strategien (↪ Kap. 6) eine größere Rolle spielen als bisher. Ein drittes Thema sind Qualifizierungswege in der Verwaltung: Welche gibt es, wie gut sind sie verankert? Im Verstetigungsworkshop in Berlin wurde diskutiert, dass die Verpflichtung zur Fortbildung hinsichtlich Diversity und inter-

kultureller Kompetenz im Personalentwicklungskonzept 2021 aufgenommen wird. In Wiesbaden sind solche Fortbildungen seit Jahren vor allem für Auszubildende verbindlich.

„Also bei den Auszubildenden ist es ein Pflichtseminar. Eigentlich bei den Mitarbeitern auch. Das Problem ist, wir überwachen es nicht, das müsste der heutige Vorgesetzte eigentlich dann spätestens im Rahmen des Jahresgesprächs auch mal sagen, da gibt es noch offene Punkte und da fehlt dir das und das noch.“ (#cd_004).

Vor allem im Kontext der Integration fluchtbedingt Zugewanderter stellt sich die Frage: Wie und durch wen können z. B. Traineeprogramme verankert werden? Pilotverfahren könnten hier zielführend sein, mit denen Menschen mit Migrationsgeschichte qualifiziert und gleichzeitig ihre Kompetenzen anerkannt werden können.

„Also, es wird ja immer so von der Seite der [...] ‚Aufnahmegesellschaft‘ geguckt: Was müssen die alles lernen? Also, die werden eher so defizitär betrachtet: Denen fehlt dies, das, jenes, ja? Das ist über weite Strecken wahrscheinlich auch richtig, aber es gibt ja mindestens auch noch die andere Perspektive: Die Menschen, die bringen etwas mit.“ (#sh_002)

Last, but not least geht es auch um die Personalrekrutierung und die Frage, ob Personen mit Migrationsgeschichte, die für Laufbahnen in der Verwaltung infrage kommen, sich überhaupt von den üblichen Werbestrategien angesprochen fühlen.

Mit Mehrdeutigkeiten umgehen lernen

INTERPART beschäftigte sich mit Blick auf relevantes Wissen für eine fachliche interkulturelle Öffnung der Planung auch mit Planungs- und Beteiligungskulturen in ausgewählten Herkunftsländern von Zugewanderten. Ein wichtiges Ergebnis war dabei, dass solches Wissen nicht direkt übersetzbar ist. Wenn Planer*innen darüber Kenntnis haben, können sie aber möglicherweise besser mit den Mehrdeutigkeiten oder unvereinbaren Gegensätzen umgehen, die in interkulturellen Räumen häufig wahrgenommen werden.

Einem pragmatischeren Ansatz, der eine andere Position zur Relevanz interkulturellen Wissens bezieht und für den Umgang mit Mehrdeutigkeit die Haltung ins Zentrum stellt, begegneten wir in einem unserer Expert*innen-Interviews. Hier wird interkulturelle Kompetenz vor allem als Sozialkompetenz definiert:

„Also interkulturelle Kompetenz [...] ist [...] in unserem Verständnis eine Sozialkompetenz. Mein Mitarbeiter im Sozialamt muss jetzt nicht wissen, wie die politischen Hintergründe [sind oder] welche Religionsgemeinschaften es in der Türkei gibt. [...] Natürlich gibt es gewisse Fachkompetenzen, die man braucht, die man auch bei Beteiligung bräuchte [...]. Wenn ich weiß, dass es im Türkischen keine Artikel gibt, dann habe ich einen Begründungszusammenhang, warum das Kind im Deutschen sagt: ‚Ich gehe Kino‘. Klar. Das ist der Punkt, das kann ich mitdenken, es ist aber nicht wichtig. Wichtig ist natürlich die Sozialkompetenz, also die Haltung.“ (#pp_001)

Ein weiterer wichtiger Baustein für den Umgang mit Mehrdeutigkeit in interkulturellen Räumen ist die Fähigkeit, unbekannte, unerwartete oder gar widersprüchliche Situationen auszuhalten und zuzulassen. Sie wird in der pädagogischen Forschung als

‚Ambiguitätstoleranz‘ bezeichnet (Reis, 1997). Für interkulturelle Öffnung ist Ambiguitätstoleranz eine Schlüsselkompetenz: Sie befähigt, kompromissbereiter zu sein, andere Bedürfnisse wohlwollender zu akzeptieren und damit auch fachlich handlungsfähig zu bleiben (Barmeyer, 2012).

Reflexion

Interkulturelle Öffnung von Planungsverwaltungen steht – so unsere Ausgangs- und nun auch Schlussposition in INTERPART – vielfach noch am Anfang. Gleichstellungspolitische Anforderungen an Beteiligung tragen jedoch dazu bei, den Blick für individuelle und strukturelle Handlungsbedarfe im Bereich der interkulturellen Öffnung zu schärfen. INTERPART bot Räume, um die eigene Positionierung zu Interkultur zu reflektieren und mit Verwaltungsstrukturen, Verwaltungskulturen und fachlichen Aufgaben zu verknüpfen.

Die Begegnung verschiedener Verwaltungsbereiche mit den Positionen und Akteuren migrantischer Selbstorganisationen erwies sich als wichtige Erfahrung für die Veränderung der institutionellen und persönlichen Haltung zu Interkultur. Hier sind positive Effekte innerhalb der Institution wie bei der Gestaltung interkultureller Räume der Partizipation absehbar. Eine ‚offene Baustelle‘ hinterlässt (bisher) allerdings auch INTERPART: Nicht ausreichend gelöst ist die Aufgabe, interkulturelle Öffnung bei Planung und Beteiligung aus der Nische der benachteiligten Gebiete herauszuholen und in Planungsprozessen allgemein zu implementieren.

Mit explorativen und crossmedialen Formaten konnte INTERPART Impulse setzen für den Umgang mit Tabu-Themen ebenso wie für die Reflexion über Haltung (im Sinne einer Sensibilisierung und Positionierung zugunsten Benachteiligter) als eine Grundlage für den institutionellen Wandel. Strukturelle Veränderungen wurden im Sinne der Ansätze von Stefan Gaitanides und Mark Terkessidis angeregt: Im Rahmen von INTERPART ent-

stand in der Stabsstelle Wiesbadener Identität. Engagement. Bürgerbeteiligung. eine Stelle, die für die Vernetzung mit Migrant*innen-Selbstorganisationen zuständig war. Zudem gab das Projekt Impulse für die Überwindung von Silo-Denken hinsichtlich der Handlungsfelder von Integration. Absehbar ist auch, dass die gemeinsame Reflexion über Prinzipien der Personalakquise und -entwicklung Wirkungen entfalten wird – als wichtige Rahmenbedingung für das Gelingen von Interkultur in Planungsverwaltungen.

Eine zentrale Rolle für die Bereitschaft der beteiligten Verwaltungen, sich mit Interkultur als Element institutionellen Wandels zu beschäftigen, spielen parallel zu INTERPART aktuelle gesellschaftliche Diskurse zu Rassismus, andere integrationspolitische Aktivitäten und die Neuorientierung von städtebaulichen Programmen und lokaler Gesetzgebung. Förderlich war z. B. der Übergang des Programms „Soziale Stadt“ in das Programm „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“ (2020). Als hilfreich, aber gleichzeitig auch als Barriere erlebte INTERPART den Gesetzgebungsprozess zum „Berliner Gesetz zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft“ (Abgeordnetenhaus von Berlin, 2021): Einerseits verdeutlichte dieser Prozess Handlungsbedarfe mit Blick auf die interkulturelle Öffnung vor allem in den technischen Verwaltungen. Andererseits führte Unsicherheit in den Verwaltungen hinsichtlich erwarteter Anforderungen und Berichtspflichten auf fachlicher Ebene dazu, dass wir mit einer konkreten Bearbeitung im Rahmen von INTERPART zurückhaltend bleiben mussten.

Für die Wirkungsmacht eines dreijährigen Reallabors sind zwei weitere Barrieren wesentlich: Nur die Personen, die in den beteiligten Verwaltungen für INTERPART hauptverantwortlich waren, verfügten über die Ressource Zeit für das Ko-Forschen. Anders war die Situation in den verwaltungsinternen Projektgruppen: Die Beteiligten hatten zwar ein stetes Interesse an der Auseinandersetzung mit den Herausforderungen von Interkultur, aber keine zeitlichen Ressourcen, um den Forschungsprozess in ihren Arbeitsstrukturen zu verankern.

Die zweite Barriere war die mangelnde Einflussmöglichkeit auf die Strukturen der Verwaltung. Dies lag auch im Design des Real-labors begründet, da es keine systemische Prozessbegleitung im Sinne einer interkulturellen Organisationsentwicklung zum Ziel hatte. INTERPART hat jedoch seinen Zielsetzungen entsprechend Reflexionen angestoßen und Ansatzpunkte identifiziert, die Veränderungen den Weg ebnen können. Die Ergebnisse stellen wir – nicht zuletzt mit diesem Lesebuch – Interessierten zur Verfügung.



Workshop mit der verwaltungsinternen Projektgruppe,
Wiesbaden-Biebrich

9 Ein Plädoyer für den Reallabor-Ansatz im Kontext von Interkultur

🔍 Hier geht es zum Glossar.

📖 Hier geht es zu den Methoden, Artefakten und Werkzeugen.

➔ Hier wird das Thema weiter vertieft.

Anspruch und Wirklichkeit

Das Forschungsprojekt INTERPART hatte – wie wir in den vorangehenden acht Kapiteln dargestellt haben – den Anspruch, transdisziplinär, partizipativ und ∞ transformativ zu forschen (\hookrightarrow Kap. 1). Unser Methoden-Bündel bestand aus einer Vielzahl qualitativer und experimenteller Forschungsmethoden: von klassischen Recherchen und Befragungen über partizipative Workshops und experimentelle Beteiligungsformate bis hin zu (digitalen) Ko-Forschungs-Angeboten und Interventionen im öffentlichen Raum (\hookrightarrow Kap. 2). Wir ließen uns auf die lokalen Gegebenheiten ein und arbeiteten mit unterschiedlichen Partner*innen in den Reallaboren vor Ort zusammen.

Mit dieser Vielfalt an Vorgehensweisen prüften wir immer wieder unsere Fragen und Annahmen, formulierten sie neu und näherten uns so schrittweise den im Anschluss erprobten Lösungsansätzen. Durch das Vorgehen wollten wir das Wissen und die Kreativität aller Beteiligten zusammenbringen und unsere Ergebnisse sowohl für Wissenschaft als auch für Verwaltung und ∞ Zivilgesellschaft fruchtbar machen.

Der Reallabor-Ansatz bedeutete für uns zunächst, engagierte Menschen aus Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft über die Dauer von drei Jahren zusammenzubringen: Unser Ziel war es, geteiltes Wissen darüber zu erzeugen, wie unterschiedliche Erfahrungen, Hintergründe und Interessen in Städten aufeinandertreffen und in ∞ Dialog miteinander gebracht werden können. Wir wollten gemeinsam darüber nachdenken, wie Vielfalt und Diversität stadtplanerisch anerkannt und in Beteiligungsformaten proaktiv aufgegriffen werden können (\hookrightarrow Kap. 3).

Gemeinsam darüber nachzudenken und partizipativ zu forschen, sollte nicht nur möglichst viele Perspektiven bündeln, aus denen heraus neues Wissen entstehen kann. Es sollte auch transformativ wirken, um interkulturellen Dialog zu befördern und eine interkulturelle Öffnung in den Verwaltungen zu unterstützen. Die transformative Wirkung von INTERPART zeigte sich etwa anhand der sich formierenden Allianzen und Netzwerke innerhalb von

Verwaltungen sowie zwischen Verwaltungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren oder in der Diskussion von Strategien zur interkulturellen Öffnung bei Personalentscheidungen in den Verwaltungen (↪ Kap. 4 und Kap. 8).

Viele Wirkungen von INTERPART lassen sich allerdings nicht direkt nachweisen, sondern nur aus dem unmittelbaren Feedback nach den durchgeführten Interventionen und aus den Reflexionsgesprächen am Ende des Projekts ableiten. Demnach hat das Projekt auf drei Ebenen direkt oder indirekt einen Wandel herbeigeführt:

- **Verwaltung:** INTERPART hat das Nachdenken über Interkultur in der Beteiligung angestoßen und Anforderungen an interkulturellen Dialog in konkrete Handlungsfelder übersetzt (↪ Kap. 4 und Kap. 8). Auch Potenziale der Crossmedialität konnten aufgezeigt werden (↪ Kap. 7). Zudem hat das Projekt geholfen, institutionellen Rassismus zu thematisieren (↪ Kap. 5).
- **Stadtutzer*innen und Zivilgesellschaft:** INTERPART hat Erfahrungen der Selbstwirksamkeit ermöglicht, indem alltägliches Wissen über Stadt sichtbar gemacht, in Wert und zueinander in Beziehung gesetzt wurde (↪ Kap. 3 und Kap. 6).
- **Wissenschaft:** INTERPART hat neue Formen der Wissensproduktion ausprobiert und weiterentwickelt (↪ Kap. 2) und inhaltliche wie methodische Erkenntnisse generiert.

Im Sinne transdisziplinärer Forschung fand über den gesamten Prozess hinweg ein intensiver Dialog sowohl zwischen den beteiligten wissenschaftlichen Disziplinen – Raum-, Planungs- und Designforschung – als auch zwischen Wissenschaft und Praxis statt. Er trug zur Schärfung der Fragen, Begriffe und Lösungsansätze bei. Ein solches fach- und feldübergreifendes Forschungsunterfangen erfordert viel Aushandlung, Abstimmung und Absprachen. Damit ist es in einem hohen Grade kollaborativ,

partizipativ und im Sinne der Grundhaltung im Projekt demokratisch. Interkultureller Dialog – zwischen unterschiedlichen soziokulturellen Prägungen ebenso wie zwischen verschiedenen Arbeitskulturen und Wissensfeldern – war dementsprechend nicht nur Gegenstand der Forschung, sondern auch inhärenter Bestandteil der Zusammenarbeit.

Gleichzeitig arbeiteten wir an einem interkulturellen Dialog mit der Stadtgesellschaft und zwischen den beteiligten Ko-Forscher*innen, indem wir Annahmen ebenso wie Lösungsansätze iterativ überprüften und anpassten. Im Folgenden spiegeln wir das neu entstandene Wissen zurück, indem wir diejenigen Dimensionen und Aspekte der Reallaborforschung diskutieren, die sich für das Thema Interkultur in der Beteiligung als besonders bedeutend herauskristallisiert haben. Damit machen wir das gewonnene Wissen für interkulturelle Beteiligung und interkulturellen Wandel nutzbar.

Reallabor als kommunikative Herausforderung


Zweifelsohne ist die größte Herausforderung im Reallabor die Kommunikation, denn es müssen permanent Abstimmungs- und Übersetzungsleistungen erbracht werden. Kommunikation bestimmt die Arbeitskultur und das Arbeitsklima innerhalb des Projekts, die externe Projektwahrnehmung und das Verständnis der Aufgabenstellung. Sie betrifft darüber hinaus die partizipative Einbindung und die Selbstpositionierung der Ko-Forscher*innen aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, die sich am Prozess beteiligen.

Kommunikation ist die Basis für gelungenen Dialog und Austausch und hat damit erheblichen Einfluss auf das transformative Potenzial des Forschungsprozesses. Sie entscheidet, ob die Erfahrungen und Erkenntnisse für Wissenschaft, Stadtgesellschaft und Verwaltung nutzbar gemacht werden können.

Dabei sind Übersetzungen von zentraler Bedeutung:

- aus einer Erstsprache in eine andere Erstsprache;
- aus einer Fachsprache in eine andere Fachsprache;
- aus einer oder aus mehreren Fachsprachen in Alltagssprache oder in einfache Sprache

und wieder zurück (↪ Kap. 6).

In partizipativen Prozessen ist Übersetzung auf mehreren Ebenen nötig. Geht es um die Einbindung von diversen Stadtnutzer*innen und migrantischen Perspektiven, sind Möglichkeiten der Sprachübersetzung erforderlich – insbesondere dort, wo mangelnde Deutsch-Sprachkenntnisse zur Beteiligungsbarriere werden. Dies ist zum Beispiel durch mehrsprachiges Personal, Sprachmittler*innen oder Systeme, die durch künstliche Intelligenz gestützt sind, realisierbar. Darüber hinaus sollten Veranstalter*innen in der Lage sein, fachspezifische und komplexe Zusammenhänge sowohl für Menschen mit unterschiedlichem Bildungsgrad als auch für Menschen mit weniger ausgeprägter Sprachkenntnis oder Eloquenz aufzubereiten. Hilfreich können dabei Visualisierungen von Informationen sein oder das Arbeiten mit Symbolen (Icons), Illustrationen sowie Objekten/Materialien in spielerischen Formaten (z. B. als  Brettspiel).

Durch ein Verharren in ‚Silos‘ der eigenen Fachsprache – egal, ob Verwaltungs- oder Wissenschaftssprache – besteht die Gefahr, nicht verstanden zu werden. Zudem werden dadurch möglicherweise Machtverhältnisse zementiert, die es eigentlich in solchen partizipativen und transdisziplinären Prozessen aufzulösen gilt – soweit überhaupt möglich. Reallabore erfordern also soziale und kommunikative Kompetenz, weil sie überwiegend von sozialen Interaktionen geprägt sind.

Kommunikation und Übersetzung sind aber auch in einem interdisziplinären (verschiedene wissenschaftliche Disziplinen arbeiten zusammen) und transdisziplinären (hier: Wissenschaft,

Verwaltung, Beteiligungspraxis arbeiten zusammen) Projektteam ausschlaggebend: In den Bereichen, die ein Reallabor-Kernteam ausmachen, kommen jeweils eigene wissenschaftliche oder fachspezifische Kulturen, Sprachen und Methoden zum Ausdruck. Fachliche Ergebnisse werden an unterschiedlichen Orten angewandt oder veröffentlicht bzw. in separaten Foren diskutiert. Die Kommunikationsbarrieren sind umso höher, wenn sich die Interaktion nicht auf benachbarte oder bekannte Arbeitsweisen und Methoden beschränkt, sondern etwa die empirischen, experimentellen und interpretierenden Kulturen unterschiedlicher Wissenschaften aufeinandertreffen.

Reallabore setzen die Fähigkeit zur Übersetzungsleistung und zum Perspektivwechsel ebenso voraus wie die Bereitschaft, das Potenzial bzw. die Ergebnisse nicht nur in ihrer Relevanz für das eigene Tätigkeitsfeld, sondern auch mit Blick auf das gesamte Team zu erkennen und anzuerkennen. Diese Schnittstellen bieten gerade eine besondere Chance, innovative und transformative Erkenntnisse zu gewinnen.

Damit wird deutlich, dass Reallabore, wenn sie für alle Beteiligten einen Mehrwert schaffen sollen, einen größeren Aufwand bei der Vorbereitung und der Einarbeitung erfordern und damit einen erhöhten Zeitaufwand mit sich bringen. Eine solche transdisziplinäre und partizipative Forschung setzt Kooperationsbereitschaft voraus. Im Idealfall schafft sie es aber, besonders komplexe Probleme anwendungsorientiert zu bearbeiten und gesellschaftliche Herausforderungen angemessener als in herkömmlichen Forschungssettings zu adressieren.


Reallabor als ‚Mindset‘ für Offenheit und Neugierde

Angesichts des erhöhten Aufwands, den Reallabore erfordern, ist es umso wichtiger, offen und neugierig in den Prozess einzutauchen: neugierig auf das Wissen und die Erfahrungen, die die Ko-Forscher*innen ins Projekt einbringen, und offen für die Möglich-

keiten, das eigene Wissen zu hinterfragen, neu zu justieren und anzureichern. Neugierde und Offenheit sind nicht immer und überall gegeben und können bzw. müssen erlernt und geübt werden. Dafür eignen sich Reallabore besonders gut.

Es reicht aber nicht aus, Offenheit und Neugierde mitzubringen oder sich diese im Prozess anzueignen, wie unser Projekt gezeigt hat. Einen wesentlichen Einfluss darauf haben auch die institutionellen Rahmenbedingungen und die Freiheiten, die die einzelnen Ko-Forscher*innen im eigenen professionellen Umfeld haben. Gerade in Verwaltungen sind Hierarchien zu berücksichtigen. Auch standen Ko-Forscher*innen, die für das Reallabor neu in den ∞ Institutionen eingestellt wurden, vor einer besonderen Herausforderung: sich einerseits selbst in ihren Institutionen verorten zu müssen und andererseits bereits als Schnittstelle zwischen Institution und Projekt zu agieren.

Dabei spielt für das Gelingen des Reallabors die Haltung aller Beteiligten zu Interkultur und Wandel in der Institution eine wichtige Rolle. Sie kommt zum Ausdruck durch die Art des Miteinanders – (im besten Falle) auf Augenhöhe, wertschätzend und respektvoll. Das heißt nicht unbedingt, kontinuierlich konfliktfrei agieren zu müssen. In der (wenn nötig auch konfrontativen) Auseinandersetzung müssen immer wieder Verständnisse, Erwartungshaltungen und vor allem Missverständnisse geklärt werden.

Unsere Erfahrung zeigt: Im Reallabor forschen heißt, sich Zeit zu nehmen, um auf Menschen, Geschichten, Hintergründe einzugehen, zuzuhören und Wertschätzung zu zeigen. Es ist deshalb ausschlaggebend, Situationen und Räume explizit dafür zu schaffen und bewusst zu gestalten. Der Austausch sollte im Idealfall von allen Beteiligten als bereichernd empfunden werden. So berichteten Teilnehmer*innen aus den Workshops oder der  Podcast-Produktion in Feedback-Gesprächen, dass die intensiven Gespräche für sie anregend waren und sie über die Formate hinaus lange weiter beschäftigt haben.

Die Rollen, die die Mitglieder des Reallabor-Kernteam übernehmen, sind dabei variabel: Sie sind gleichzeitig oder in verschiedenen Phasen des Projekts Fachleute, Forscher*innen,

Aktivist*innen, Initiator*innen, Vermittler*innen, Geschichtenerzähler*innen und Geschichtensammler*innen, Übersetzer*innen oder auch Moderator*innen. Sie machen sich Gedanken über:

- die Zusammensetzung und Diversität des Kernteams wie auch des erweiterten Kreises der Ko-Forscher*innen;
- die Selbstdarstellung und Selbstpositionierung des Projekts – im Spannungsfeld zwischen allwissender Instanz mit Entscheidungsmacht und neugierigem, zugewandt fragendem Akteur;
- die Wahl und Art der Kommunikation – von Mehrsprachigkeit bis zu einfacher oder barrierefreier Sprache und Bildsprache;
- räumliche Anordnungen (runder Tisch versus ‚frontal‘);
- die Geschichte oder die ‚Story‘, die das Projekt erklärt und einordnet. Denn die Art und Weise, wie wir über Interkultur in der Stadt und Nachbarschaft sprechen, prägt die hervorgerufenen Bilder und damit die weiteren Erzählungen.

Hier ist also interkulturelle Kompetenz gefragt. Doch wie erlangt man sie? Sie kann (und muss), so unsere Erkenntnis, mehr oder weniger mühselig erlernt werden: Die Beteiligten müssen sich darauf einlassen, ihr jeweiliges Gegenüber und dessen/deren Geschichte ernst zu nehmen sowie die eigene Haltung und Rolle im Projektteam gemeinsam und kontinuierlich zu reflektieren. Denn im Reallabor ist man gleichzeitig (Ko-)Forscher*in und Mensch, der durch die eigene professionelle wie persönliche Haltung Werte transportiert und ethische Fragen in den Prozess einschreibt.

Reallabor als Lernumgebung und Sensibilisierungsformat

Im Reallabor findet auf allen Seiten nicht nur faktenbezogenes Lernen statt. Die Modi des Lernens variieren im Prozess, je nach Art der Interaktion, angewandeter Methode und Projektphase. Individuelles und soziales Lernen (Schäpke et al., 2018) sind dabei feste Bestandteile des Reallabor-Prozesses. In unserem Fall trug das Reallabor als Lernumgebung dazu bei, die oft fest verankerte Kluft zwischen ‚der‘ Verwaltung, ‚der‘ Zivilgesellschaft und ‚der‘ Wissenschaft zu durchbrechen und teilweise zu überwinden: Der direkte, intensive Austausch half dabei, differenzierte Verständnisse von den jeweiligen Arbeitsweisen und Lebensrealitäten zu entwickeln und auch die Wahrnehmung der drei Bereiche als jeweils scheinbar homogene Strukturen zu überwinden. Dies gelingt nicht immer vollständig, denn es ist nicht leicht, eigene Denkmuster zu verwerfen und andere Perspektiven zuzulassen. Das Projekt hat uns bestätigt, dass die Lernbereitschaft und der Wille zum Austausch Voraussetzung dafür sind.

Prozesse des ‚gegenseitigen Lernens‘ konnten wir an vielen Stellen im Projekt nachzeichnen (↪ Kap. 3, Kap. 6 und Kap. 8). Der intensive Austausch im Rahmen von INTERPART warf dabei die Frage nach der Beziehung zwischen (theoretischer) Relevanz und (praktischem) Anwendungsbezug immer wieder neu auf. Zudem zeigte sich, wie wichtig die gemeinsame Diskussion ist, damit Lernprozesse in Gang gesetzt werden und neues Wissen auch umgesetzt werden kann. Denn oft verweisen Umsetzungsdefizite auf eine Lücke zwischen Theorie und Praxis, die aber gerade im Reallabor gezielt angegangen werden kann.

Voneinander und miteinander zu lernen heißt im Reallabor auch, Wissensformen aufeinander zu beziehen und die verschiedenen individuellen wie institutionellen Interessen auszutarieren (wissenschaftliche Interessen, Interessen der Praxis, politische Interessen, Interessen der Stadtnutzer*innen). Zwar konnte INTERPART seinen Ansprüchen selbst nicht immer gerecht werden. Dennoch bestätigte sich, wie wichtig ein transparentes Vorgehen

ist und warum ein gelungenes Erwartungsmanagement die Zusammenarbeit im Reallabor befördert und hilft, Frustrationsmomente zu reduzieren. Im Idealfall müssen sich alle Beteiligten möglichst früh und in adäquater Form über die Möglichkeiten und Ziele des Projekts, die zu erbringenden Leistungen und die gewünschten Ergebnisse für die Ko-Forscher*innen verständigen.

Im Reallabor arbeiteten wir iterativ und justierten die Teilzielsetzungen im Prozess nach oder definierten sie auch neu – in Abhängigkeit von den lokalen Gegebenheiten und den sich kontextspezifisch verändernden Akteurskonstellationen. Daher waren Abstimmung und Erwartungsmanagement eine Herausforderung. Oft waren wir im Arbeits- und Forschungsalltag so stark eingebunden, dass Entscheidungen nicht ausreichend kommuniziert oder nicht alle Ko-Forscher*innen angemessen daran beteiligt wurden. Daraus schließen wir, dass es deutlich mehr Räume und Gelegenheiten für regelmäßige Absprachen über Veränderungen im Forschungsprozess oder bei einzelnen Arbeitsschritten geben muss, die bereits bei der Projektplanung berücksichtigt werden müssen.

Denn neben Transparenz und klarer Kommunikation brauchen erfolgreiche Aushandlungsprozesse im Reallabor auch Vertrauen und Sicherheit. Sie können nur durch regelmäßigen Kontakt und gemeinsamen Austausch entstehen: Erst in einem sicheren Umfeld ist fruchtbare Kollaboration möglich. Besonders wichtig ist dabei auch ein sensibler Umgang mit Diskriminierungsformen wie Sexismus oder Rassismus.

Reallabor als Freiraum und Spielwiese

Als Forschungsformat bietet das Reallabor Raum für Experimente und Reflexion. Dies wurde von allen Ko-Forscher*innen wertgeschätzt, unabhängig von ihrem institutionellen Hintergrund. Ein großer Mehrwert ergibt sich aus dem Freiraum, auch außerhalb gewohnter Arbeits- und Funktionsumgebungen agieren zu können und Ungewohntes auszuprobieren. Reallabore bieten

die Möglichkeit für sowohl Wissenschaft als auch Praxis, jenseits von Routinen zu agieren – und auch auf dem Weg scheitern zu dürfen. Freude am Spielerischen und Experimentellen erwies sich dabei im Prozess als fruchtbar sowohl für Forscher*innen und Ko-Forscher*innen als auch für die Stadtnutzer*innen. Damit alle profitieren, ist jedoch immer ein vorsichtiges Austarieren von Experiment und Wirkung sowie eine gemeinsame Verfügungsgewalt über die Forschungsergebnisse nötig.

Darin unterscheiden sich Reallabore von den typischen naturwissenschaftlichen Labor-Situationen. Die Freiheiten gelten für alle Beteiligten, und das ‚Spielfeld‘ sollte so gestaltet werden, dass sich Teilnehmer*innen nicht als Datenlieferant*innen ausgenutzt fühlen, ohne selbst zumindest minimal zu profitieren. Neben dem gegenseitigen Respekt ist auch verantwortungsvolles Handeln gefragt.

Wie auch INTERPART zeigt, verlangt der Reallaboransatz nach neuen Methoden, um seinem Anspruch an Transdisziplinarität, Partizipation und Transformation im Kontext interkultureller Dialog-Räume (↪ Kap. 4) gerecht zu werden. Spielerische digital-analoge \mathcal{O} Artefakte, bewusst gestaltete Erzählräume und Beteiligungssituationen als experimentelle Formate können traditionelle Forschungsmethoden weiterentwickeln. Sie bringen nicht nur anderes Wissen hervor, indem sie Alltagswissen, Fachwissen und implizites oder explizites Erfahrungswissen auch \mathcal{O} performativ aufeinander beziehen. Sie inspirieren auch und ermuntern dazu mitzumachen. So wird die Zusammenführung von Forschungs- und Partizipationsmethoden im Reallabor befördert.

Dabei begegneten uns aber auch Herausforderungen und Grenzen. Wir konnten nur begrenzt vorausplanen, was bei einer Intervention im öffentlichen Raum passieren würde. Wer würde zufällig vorbeikommen, sich angesprochen fühlen, sich beteiligen und anschließend den Austausch fortsetzen wollen? Welche analogen und digitalen Angebote würden wie genutzt, welche unvorhersehbaren Faktoren wie das Wetter nahmen Einfluss auf das Geschehen?

In INTERPART stellte sich zudem die Frage nach der Einbindung von Menschen, die in Partizipationsprozessen der Stadt-

entwicklung regelmäßig unterrepräsentiert sind. Die Herausforderung, genau diese Menschen für eine Teilnahme an einer Intervention zu gewinnen, war daher besonders hoch und gelang nicht immer. Ergebnisoffenheit und Flexibilität waren erforderlich, um spontan auf das Geschehen reagieren zu können und Neues auszuprobieren. Die kurzfristige Anpassung der Vorgehensweise ist demnach in Reallaboren genauso gefragt wie das Nachjustieren von geplanten Maßnahmen, die sich im Laufe des Prozesses ergeben.

Wann machen Reallabore Sinn?

Die INTERPART-Erfahrungen zeigen, dass interkulturelle Dialog-Räume in der Beteiligung von Planer*innen und anderen kommunalen Akteuren gewollt sind. Sich auf ein solches Projekt wie INTERPART einzulassen und gemeinsam mit wissenschaftlichen Akteuren die unbekannte Reallabor-Reise anzutreten, zeugte von einer hohen Bereitschaft der beteiligten Verwaltungen, Interkultur in analoger und digitaler Beteiligung auf verschiedenen Ebenen zu thematisieren und voranzubringen.

Für Akteure aus Praxis und Wissenschaft heißt es nach wie vor, auf den dauerhaften Wandel in sozialer, ökonomischer, politischer und technologischer Hinsicht zu reagieren und sich auf die sich verändernden Beteiligungsbedürfnisse und -interessen von Individuen und Communities einzulassen. Der Reallabor-Ansatz bietet ein Instrumentarium dafür. Dennoch ist es wichtig, gut abzuwägen, ob man sich für den aufwändigen, nicht durchweg planbaren und ergebnisoffenen Reallabor-Ansatz entscheidet. Es ist wichtig, dass es aus Sicht aller Beteiligten in dem behandelten Themenbereich tatsächlich Spielräume (im doppelten Wortsinn) und Verhandlungsmasse gibt – und dass allen bewusst ist, worauf sie sich einlassen.

In transdisziplinärer und partizipativer Forschung müssen Begriffe, Auffassungen, Erwartungen und Konzepte immer wieder neu aufeinander bezogen werden. Dies bedeutet ein Mehr an

Zeitaufwand und an Relevanz ‚weicher‘ Faktoren wie Kommunikationsfähigkeit, emotionaler Intelligenz und interkultureller Kompetenz. Dieses Mehr an Aufwand und Ressourcen sollte in Reallabor-Projekten von Anfang an mitberücksichtigt werden. Denn unsere Erfahrung zeigt, dass zwei zentrale Herausforderungen im Reallabor gebührend Raum einnehmen sollten und Zeit benötigen:

1. Wege zu finden, um an vorhandene Interessen der Menschen anzuknüpfen angesichts der Vielfalt und Komplexität von Lebensrealitäten und daraus folgenden Perspektiven, und
2. das Wissen und gerade die schwer messbaren Erkenntnisse festzuhalten, in die verschiedenen Anwendungsbereiche zu übersetzen und über die Fallstudien hinaus zu verallgemeinern, um sie sowohl für Wissenschaft als auch für Praxis adäquat nutzbar zu machen.

Eine Voraussetzung, um im Format Reallabor zu forschen, ist die ‚richtige‘ Zusammensetzung im Team: Es ist nicht immer ganz einfach, Wissenschaftler*innen aus mehreren Disziplinen zu finden, die sich auf eine gemeinsame Problemdefinition und andere als die für sie üblichen Forschungsmethoden einlassen wollen. Genauso wichtig ist es, Praxispartner*innen zu finden, die engagiert sind und Lust darauf haben, über einen längeren Zeitraum auch außerhalb gewohnter Strukturen und Arbeitsmodi zu agieren. Ein starkes und langanhaltendes, gegenseitiges Engagement ist im Kontext Reallabor zu begrüßen. In gewissem Sinne entsteht im Reallabor ein spannender Flickenteppich verschiedener Modi von Engagement und Kollaboration.

Dabei ist sicherlich nicht jede*r bei jeder Gelegenheit offen für andere, nicht immer bereit, das eigene Wissen zu hinterfragen, andere Perspektiven einzunehmen und sich auf unbekannte Strukturen einzulassen. Doch das Reallabor lebt von der gemeinsamen Aushandlung verschiedener Haltungen und damit verbundener Emotionen. Im Idealfall erlaubt es auch Konflikte und

befördert teilweise sogar ein Aufeinanderprallen verschiedener (Alltags-)Realitäten, das wir mitunter aber als wichtigen Treiber für Wandel und Reflexion identifizierten. Denn auch ‚aneinanderzuprallen‘ bedeutet im Grunde, sich mit dem*der anderen auseinanderzusetzen.

Es ist leicht, sich von der Rhetorik des Transformativen und Partizipativen im Reallabor mitreißen zu lassen. Gleichzeitig ist es jedoch wichtig, auch auf Faktoren zu achten, die das gewünschte demokratische Potenzial einschränken können. Diese Faktoren ergeben sich aus denselben persönlichen, sozialen, wirtschaftlichen, technologischen und politischen Strukturen und Prozessen, die digitale und nicht-digitale Beteiligung ermöglichen oder einschränken. Dennoch: Unser Projekt hat uns gezeigt, wie interkulturelle Beteiligungsangebote und Dialog-Räume für Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte differenziert gestaltet werden können. Neue ‚Möglichkeitsräume‘ können mit dem Reallabor-Ansatz erforscht, weiterentwickelt und skaliert werden – im Sinne eines Wandels, der demokratische Kräfte stärkt und interkulturelle Gesellschaftsentwürfe realisiert.

10 Schlussfolgerungen – Was tun?

- 🔍 Hier geht es zum Glossar.
- 📖 Hier geht es zu den Methoden, Artefakten und Werkzeugen.
- ↪ Hier wird das Thema weiter vertieft.

Wir haben in diesem Lesebuch an mehreren Stellen betont, dass wir keine Handlungsempfehlungen geben wollen, die den Anschein erwecken, dass sie 1:1 überall umsetzbar wären.

Dennoch fragten wir uns zum Ende des Projekts: Was würden wir – als Forschungsteam nach den drei Jahren INTERPART-Erfahrung – Planer*innen und Beteiligungsakteure empfehlen, um interkulturelle Dialog-Räume in der Beteiligung zu gestalten?

Wir näherten uns dieser Frage mit der ‚Kopfstand-Methode‘ (<https://methodenundmehr.de/kopfstandmethode/>). Diese Methode geht davon aus, dass es Menschen häufig leichter fällt, negative Aspekte einer Idee zu benennen, als spontan Lösungen zu entwickeln. Sie besteht aus zwei Schritten. Zuerst wird überlegt: Was ist zu tun, um das Gegenteil zu erreichen? In unserem Fall also: das Entstehen eines interkulturellen Dialogs in der Beteiligung zu verhindern? Daraus zogen wir in einem zweiten Schritt Umkehrschlüsse, was wir Planer*innen empfehlen würden, die interkulturelle Beteiligung(sveranstaltungen) organisieren möchten (↪ Kap. 3).

Die abgeleiteten ‚Gestaltungsempfehlungen‘ basieren auf unseren Erfahrungen und Ergebnissen im INTERPART-Projekt. Sie sind sicherlich nicht uneingeschränkt verallgemeinerbar und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Da es sich bei Fragen der Beteiligung immer auch um politische Fragen und Fragen des planerischen Selbstverständnisses handelt, gehen wir davon aus, dass erfahrene Planer*innen einige Aspekte durchaus anders sehen oder handhaben würden. Für andere sind hingegen unsere Schlussfolgerungen vielleicht selbstverständlich. Die folgenden Ausführungen stellen deshalb vor allem eine inhaltliche Positionierung des Projekts INTERPART nach drei Jahren Forschung dar. Wir freuen uns, in anderen Zusammenhängen den Dialog fortzuführen und diese Schlussfolgerungen zu diskutieren.

Konzeption von Beteiligung

- Denken Sie Beteiligung nicht nur von der Planungslogik, sondern auch vom Thema Interkultur aus (↪ Kap. 4). Legen Sie bei der Auswahl der Methoden Wert auf den gegenseitigen Wissenstransfer zwischen Beteiligten und Beteiligten und gewährleisten Sie die Nachvollziehbarkeit partizipativ erzeugten Wissens für alle, z. B. durch niedrigschwellige Visualisierung, Übersetzung aus dem ‚Planerdeutsch‘ und eine zugängliche Dokumentation der Ergebnisse.
- Stellen Sie sicher, dass ausreichend Ressourcen (Zeit, Personal, Geld) zur Verfügung stehen, um unterschiedliche Bevölkerungsgruppen auf jeweils bedürfnisangepassten Wegen anzusprechen und ihnen eine Teilnahme ‚auf Augenhöhe‘ zu ermöglichen. Bilden Sie ein transdisziplinäres Team mit klaren Aufgaben und interkultureller Kompetenz (↪ Kap. 8). Sensibilisieren Sie auch die Führungskräfte und holen Sie sie mit ins Boot.
- Je nach Beteiligungsgegenstand: Beziehen Sie die Stadtnutzer*innen zu einem frühen Zeitpunkt ein, wenn es noch Entscheidungsspielräume gibt. Wo es möglich ist, bleiben Sie offen für Unerwartetes und reagieren Sie flexibel darauf. Berücksichtigen Sie, dass bei frühzeitiger Beteiligung die adressat*innengerechte Kommunikation des Beteiligungsanlasses besonders wichtig ist, da den verschiedenen Bevölkerungsgruppen die eigene Betroffenheit und Kompetenz oft noch nicht bewusst ist (↪ Kap. 3).
- Sorgen Sie für Transparenz bei der Bereitstellung von Informationen und geben Sie – soweit möglich – ein Stück weit die Definitionsmacht darüber ab, welche Themen relevant oder irrelevant für diesen Anlass sind. Ermöglichen Sie dadurch ein gemeinsames Verständnis über den Beteiligungsgegenstand, die Problem- und Zieldefinition.

Ein transparenter Umgang mit den Beiträgen und den Veranstaltungsergebnissen ist ein Ausdruck von Wertschätzung. Das sollte im Rahmen von Beteiligung eine Prämisse sein, um Missverständnisse zu vermeiden und Vertrauen zu schaffen.

- Eine enge Vernetzung zwischen Stadtverwaltung, lokalen städtischen Akteuren und zivilgesellschaftlichen Organisationen kann urbane Vielfalt in Partizipationsprozessen umfassender als bisher abbilden. Investieren Sie vorab in eine ‚Phase Null‘ (↪ Kap. 8): Suchen Sie den Kontakt mit Vertreter*innen derjenigen Gruppen, die Sie einbeziehen möchten. Bauen Sie Vertrauen auf und bringen Sie in Erfahrung, wie eine gute Beteiligung gerade aus Sicht beteiligungsferner Gruppen – mit und ohne Migrationsgeschichte – möglich wäre. Eine kontinuierliche Beziehungsarbeit durch niedrighschwellige Kontaktaufnahmen in Form von persönlicher Ansprache und gegenseitigen Besuchen in den jeweils anderen Veranstaltungsrahmen fördert die Motivation, sich einzubringen und sich für die Nachbarschaft einzusetzen.

Definition des räumlichen und zeitlichen Rahmens

- Die Gestaltung von Dialog-Räumen spielt eine wichtige Rolle. Mithilfe einer offenen, mehrsprachigen und gleichzeitig geschützten Gestaltung von Beteiligungsveranstaltungen können sich bisher wenig gehörte Gruppen besser auf die Situation der Beteiligung einlassen. Bereiten Sie deshalb Veranstaltungen nicht nur inhaltlich gut vor. Sorgen Sie auch für eine ansprechende Gestaltung der Rahmenbedingungen. Wählen Sie barrierefreie und den Stadtbewohner*innen vertraute, in deren Wahrnehmung sichere Orte. Sie sollten auch von den baulichen Voraus-

setzungen her für Dialog geeignet sein und Wertschätzung ausdrücken (z. B. bezogen auf die Sauberkeit).

- Organisieren Sie die Veranstaltungsräume so, dass eine gleichberechtigte Kommunikation unterstützt wird, z. B. durch eine kreisförmige (hierarchiefreie) Sitzordnung.
- Machen Sie sich Gedanken über das Vorwissen der Teilnehmer*innen. Setzen Sie interaktive Elemente ein und nutzen Sie Visualisierungen, Illustrationen, Simulationen und Animationen. Vermeiden Sie eine Textlastigkeit von Informationen; bevorzugen Sie schnell erfassbare Darstellungen. Ggf. können Sie Informationen in die Alltagswelt der Teilnehmer*innen übersetzen.
- Eine anerkennende Haltung gegenüber verschiedenen Arten des Engagements fördert die Wahrnehmung anderer Menschen als Akteure im Stadtteil und somit einen Dialog auf Augenhöhe.
- Beachten Sie bei der Terminfindung zeitliche Restriktionen diverser Gruppen von Teilnehmer*innen. Planen Sie (u. a. elternfreundlich) ggf. mehrere Veranstaltungen zu unterschiedlichen Zeiten. Bieten Sie crossmediale Beteiligungswege sowohl für private Endgeräte als auch an öffentlich zugänglichen Orten an, sodass eine zeit- und raumunabhängige Mitsprache möglich ist (↪ Kap. 7).
- Machen Sie sich mit den Alltagswelten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen vertraut, indem Sie z. B. einen interkulturellen Kalender nutzen.
- Planen Sie ein Verpflegungsangebot, das auf möglichst unterschiedliche Vorlieben und Ernährungskonzepte ausgerichtet ist. So verhindern Sie, dass der Eindruck erweckt wird, nur eine bestimmte Gruppe von Teilnehmer*innen sei erwünscht.

Kommunikation und Sprache

- Streuen Sie die Einladungen zu Ihren Veranstaltungen möglichst breit und über die tatsächlich genutzten Medien der potenziellen Teilnehmer*innen; beziehen Sie dabei auch digitale Medien ein. Legen Sie die Information an alltäglich genutzten Orten aus (Supermarkt, Arztpraxis, Kindergarten...). Arbeiten Sie bei der Vorbereitung eng mit Multiplikator*innen zusammen. Vermeiden Sie den Begriff ‚Bürger‘, da sich mit dieser Bezeichnung nicht alle Stadtnutzer*innen angesprochen fühlen.
- Überlegen Sie sich, wie Ihre eigenen Ziele der Veranstaltung mit den möglichen Interessen der Teilnehmer*innen in Einklang gebracht werden können. Versuchen Sie, die Komplexität von Zusammenhängen verständlich zu machen, und orientieren Sie die Darstellung und die Themenwahl an der Alltagswelt der Teilnehmer*innen.
- Schätzen Sie das Alltagswissen der Teilnehmer*innen. Nutzen Sie es als wichtige und unersetzliche Informationsquelle und vermitteln Sie dies den Beteiligten.
- Nutzen Sie eine einfache, alltagsgerechte Sprache. Lassen Sie z. B. über die Art der Ansprache deutlich erkennen, dass Sie sich vielfältige Teilnehmer*innen wünschen. Prüfen Sie, ob zielgruppenspezifische Angebote in dem jeweiligen Setting sinnvoll sind. Ermitteln Sie dabei Zielgruppen eher über einen \circ Milieuansatz als nach Nationalität oder Migrationsgeschichte. Lassen Sie Mehrsprachigkeit zu und binden Sie ggf. Sprachmittler*innen ein. Bieten Sie auch nicht-sprachbasierte, kreative Beteiligungsmöglichkeiten an.
- Wählen Sie Methoden, die auch persönliche Bezüge, spontane Reaktionen und Emotionen zulassen (z. B. Erzählformate, \hookrightarrow Kap. 6).

Haltung zur Interkultur

- Begreifen Sie Vielfalt als normal. Vermeiden Sie pauschale Annahmen über ‚die Deutschen‘ und ‚die Migrant*innen‘ und berücksichtigen Sie auch deren Vielfalt. Um interkulturelle Beteiligung (↪ Kap. 3 und Kap. 4) inklusiv zu gestalten, beachten Sie die Stimmen von in Beteiligung marginalisierten Personen. Finden Sie heraus, ob diese gerne als Teil der allgemeinen Stadtgesellschaft mit gleichen Möglichkeiten und Pflichten für alle angesprochen werden möchten oder inwiefern eine gesonderte Ansprache gewünscht ist.
- Bewerten Sie Berichte von rassistischen Erfahrungen nicht nur aus Ihrer eigenen Perspektive, sondern fragen Sie nach, um die Sichtweisen der Betroffenen zu verstehen (↪ Kap. 5). Seien Sie empathisch und bereit zu einem Perspektivwechsel.
- Treten Sie diskriminierenden und ausgrenzenden (z. B. rassistischen und sexistischen) Stereotypen und Äußerungen explizit entgegen und setzen Sie ihnen klare Grenzen.
- Heißen Sie insbesondere diejenigen willkommen, die Sie noch nicht kennen und die sich offenbar nicht häufig in Beteiligungskontexten aufhalten. Gehen Sie auf diese Teilnehmer*innen zu und laden Sie sie zum Mitwirken ein.
- Sensibilisieren Sie Ihre Kolleg*innen in verwaltungsinternen Reflexionsräumen für Ausgrenzungsmechanismen und ermöglichen Sie dort einen Perspektivwechsel. Weisen Sie sie auf Mechanismen des Othering und des impliziten (auf den ersten Blick unsichtbaren) Rassismus in \emptyset Institutionen hin.

Einbindung digitaler Anwendungen, Medien und Tools

- Nutzen Sie crossmedial Medien und Kommunikationswege, die im Alltag der potenziellen Teilnehmer*innen eine wichtige Rolle spielen (↪ Kap. 7). Setzen Sie bei Navigationswegen und -funktionen auf Wiedererkennung (z. B. Social Media, Maps, Messenger-Dienste etc.). Ermöglichen Sie eine vielfältige Nutzung durch verschiedene Endgeräte.
- Stellen Sie Endgeräte auch im öffentlichen Raum bereit, um denjenigen eine Beteiligungsmöglichkeit zu bieten, denen private Hard- und Software fehlt.
- Nutzen Sie auch nicht-sprachliche Formen der Kommunikation und der Informationsvermittlung (Bilder, Symbole u. Ä.). Wenn Texte nötig sind, achten Sie auf eine einfache Sprache. Nutzen Sie auch spielerische Elemente, wie sie unter dem Stichwort ‚Gamification‘ diskutiert werden. Visualisieren Sie eigene Beiträge und Beiträge anderer Teilnehmer*innen, z. B. in Form von Abstimmungsdiagrammen und Kommentarseiten. Ermöglichen Sie verschiedene Beteiligungstiefen (z. B. nur abstimmen oder Beiträge schreiben, in den Austausch treten und diskutieren).
- Vermeiden Sie, soweit möglich und sinnvoll, technische und datenschutzbezogene Zugangsbarrieren wie z. B. eine vorherige Anmeldung.

Wie eingangs gesagt: Diese Anregungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder universelle Umsetzbarkeit. Aus unserer Sicht können sie jedoch helfen, Interkultur in der Beteiligung zu stärken. Wir laden Sie herzlich dazu ein, sie für Ihre eigenen Zwecke anzupassen und weiterzuentwickeln.

Denn es gibt immer noch viel zu tun. Wir hoffen, mit diesem Lesebuch einige Impulse beigesteuert zu haben, wie verschiedene Kommunen und Institutionen die nächsten Schritte gehen könnten.

Glossar

ACTION RESEARCH, AKTIONSFORSCHUNG

Action Research (Aktionsforschung) ist eine Forschungsmethodologie, die auf eine partizipative Wissensproduktion in Wissenschaft und Praxis abzielt. Ziel von Action Research ist es, anwendungsbezogen gesellschaftliche Probleme und Fragestellungen zu lösen. Der Forschungsansatz geht auf die Arbeiten des Sozialpsychologen Kurt Lewin zurück und ist eine wichtige Grundlage für die Transformationsforschung und das Reallabor. Action Research wird sowohl in der Organisationsentwicklung als auch in der Bildungs- und Marktforschung eingesetzt.

(Weiterführend: Greenwood & Levin, 2007)

ARTEFAKT

Der Begriff Artefakt ist eine Zusammensetzung aus den lateinischen Wörtern ‚ars‘, also Bearbeitung, und ‚facere‘, also machen/herstellen. Damit sind zunächst solche Dinge gemeint, die von Menschen hergestellt wurden. Viele Disziplinen beschäftigen sich zunehmend mit der spezifischen Wirkungsmacht von Artefakten für die Entwicklung von sozialen, technischen und natürlichen Systemen. Es wird jedoch vermehrt die Frage gestellt, wie Wissen in kulturell geschaffenen und verwendeten Objekten oder Dingen wirkt. Der Designforschung kommt hier eine besondere Rolle zu, insofern sie sich als intervenierende Disziplin verstehen lässt, die genau an der Schnittstelle zwischen Artefakten und deren Umwelten situiert ist (Jonas, 2015).

(Weiterführend: Steffen, 2011; Lueger & Froschauer, 2018)

BÜRGERBETEILIGUNG

Bürgerbeteiligung meint die Einbeziehung der Öffentlichkeit in politischen Entscheidungsprozessen. Formelle Beteiligungsver-

fahren in der Bauleitplanung sind gesetzlich vorgeschrieben (§3 BauGB), ihr Zeitpunkt und die zu beteiligenden Behörden, Bürger*innen und Träger*innen öffentlicher Belange sind festgelegt. Im Vergleich dazu sind informelle Beteiligungsverfahren nicht gesetzlich vorgeschrieben. Bei der informellen Beteiligung wird die Bürgerschaft frühzeitig einbezogen. Im Rahmen von frei ausgestalteten Formaten können Bürger*innen sich austauschen und in Planungsprozesse einbezogen werden.

(Weiterführend: BMVI, 2014)

DIALOG

Ein Dialog ist ein Gespräch oder im weiteren Sinne auch eine schriftlich zwischen zwei oder mehreren Personen geführte Rede und Gegenrede. Als bewusst eingesetztes Gestaltungsmittel wird der Dialog verwendet, um Erkenntnisse zu vermitteln. Im Dialog treffen verschiedene Ansichten aufeinander. Teilnehmende gewinnen so Einsichten, die einer einzelnen Person verwehrt blieben.

(Weiterführend: Bohm, 1998; Dietz, 2014)

GOOGLE CLOUD API

Eine API (Application Programming Interface) ist eine Programmierschnittstelle. Sie ermöglicht es Anwendungen, miteinander zu kommunizieren. Es handelt sich um einen Satz von Befehlen, Funktionen, Protokollen und Objekten, die Programmierer*innen verwenden können, um eine Software zu erstellen oder mit einem externen System zu interagieren. Die API stellt Standardbefehle für die Ausführung allgemeiner Operationen zur Verfügung, so dass Codes nicht von Grund auf neu geschrieben werden müssen. Viele Online-Dienste stellen Programmierschnittstellen zur Verfügung, damit Dienste wie etwa die Spracherkennung auf lokalen Computern ausgeführt werden können.

(Weiterführend: <https://de.wikipedia.org/wiki/Programmierschnittstelle>; <https://cloud.google.com/>)

HYBRID

Interaktive Objekte werden als hybrid bezeichnet, wenn sie reale und virtuelle Anteile integrieren und dadurch neue Möglichkeiten der Mensch-Computer-Interaktion schaffen. Sie verknüpfen gewohnte analoge Kommunikationsarten (wie Postkarte schreiben, Klingel an der Sprechanlage drücken, mit einem Stift schreiben oder Begrüßungsgesten ausführen) mit computergestützten Anteilen und bieten den Nutzer*innen so bei der Interaktion mit dem hybriden Objekt sowohl reale als auch virtuelle Qualitäten zur Wahrnehmung an. Die Eingaben über analoge Kommunikationswege werden dabei ins Digitale übertragen, ihre computergestützte Verarbeitung und die erzeugten Ergebnisse führen zu einer integrierten Verknüpfung von analogen und digitalen Dialogmöglichkeiten.

(Weiterführend: Dorta et al., 2008)

INSTITUTIONEN

Im allgemeinen Sprachgebrauch wird der Begriff Institution häufig im Sinne von Organisation verwendet. In der Institutionenforschung werden beide Begriffe jedoch differenziert. Organisationen lassen sich dabei als Akteure verstehen. Institutionen sind demgegenüber geschriebene und ungeschriebene Regeln der Interaktion, die das Handeln von Akteuren lenken. Zu formellen Institutionen gehören z. B. Pläne, Gesetze und Vereinbarungen. Informelle Institutionen sind Gebräuche und ‚Kulturen‘, Routinen und Wahrnehmungen, die sich durch Gewohnheit ergeben und dadurch bestimmte Verhaltenserwartungen erzeugen.

(Weiterführend: Gailing & Hamedinger, 2019)

INTERMEDIÄRE/INTERMEDIÄRE ORGANISATIONEN/ INSTITUTIONEN

Intermediäre Akteure sind Wissensträger, Türöffner, Vermittler zwischen Kommunalpolitik, kommunaler Verwaltung, lokaler Wirtschaft und Stadtnutzer*innen. Sie geben aber auch inhaltliche Impulse und/oder setzen konkrete lokale Projekte um – an formellen, aber insbesondere auch informellen Schnittstellen und in Netzwerkstrukturen. Intermediäre werfen im Zuge dessen auch die Frage auf, wer mit welcher Legitimität welche Entscheidungen treffen kann und vor allem wer mit welchen Kompetenzen und Ressourcen Projekte anstößt und umsetzt. Der Aktivierung intermediärer Akteure (z. B. Stadtteilbüros, Wohlfahrtsverbände, Migrant*innen-Selbstorganisationen etc.) kommt eine besondere Rolle zu, wenn Alltagsinteressen von Zugewanderten mit Zielen von Stadtentwicklungsvorhaben verknüpft werden sollen.

(Weiterführend: Beck & Schnur, 2016; Beck, 2019)

ISEK (INTEGRIERTES STADTENTWICKLUNGSKONZEPT)

Ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) ist ein gebietsbezogenes Planungs- und Steuerungsinstrument für Städte und Gemeinden. Sie können damit eine aktive und steuernde Rolle bei der Entwicklung lokal angepasster Lösungsansätze einnehmen. Ein ISEK bezieht sich auf ein konkretes Stadt- bzw. Gemeindegebiet und stimmt teilräumliche Planungen mit den übergeordneten räumlichen Ebenen (Gesamtstadt, Region) ab. Der konkrete Gebietsbezug bietet eine gute Grundlage für eine problemorientierte Entwicklung von Lösungen und fördert die Kommunikation und Kooperation zwischen den beteiligten Akteuren. Die Handlungsschwerpunkte eines ISEK verfolgen einen ganzheitlichen, integrierten Planungsansatz unter Beachtung sozialer, städtebaulicher, kultureller, ökonomischer und ökologischer Handlungsfelder.

(Weiterführend: BMU, 2016)

MILIEU/MILIEUANSATZ

Der Begriff Milieu beschreibt die Gruppierung von Menschen mit ähnlichen Werten, Lebensstilen und Mentalitäten. Diese gesellschaftlichen Gruppen werden von ihrem jeweiligen Bildungsgrad, der beruflichen Stellung und dem sozialen Umfeld beeinflusst. Für den INTERPART-Kontext ist auch relevant, dass sich bestimmte Milieus wahrscheinlicher, andere weniger wahrscheinlich für Beteiligung interessieren.

(Weiterführend: SINUS GmbH, 2018; vhw, 2021)

MULTIKULTURALISMUS

Der Multikulturalismus ist ein sozialwissenschaftliches Konzept, das die Realität einer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft betont. Diesem Konzept folgend besteht die Gesellschaft aus klar voneinander abgrenzbaren und ethnisch, kulturell oder religiös homogenen Personengruppen, die ein Recht auf Eigenständigkeit und Teilhabe besitzen. Multikulturalismus geht eher von der parallelen Existenz verschiedener ‚Kulturen‘ aus, während Interkultur stärker den Austausch, Aushandlungsprozesse und gegenseitige Einflussnahme betont.

(Weiterführend: Scherr & Çiğdem, 2017)

PEOPLE/PERSON OF COLOUR

Der Begriff People/Person of Colour (oft auch kurz: PoC) ist eine positiv besetzte Selbstbezeichnung rassistisch diskriminierter Gruppen und Personen. Ihnen werden, im Vergleich zu Mitgliedern der weißen Dominanzkultur, Privilegien verwehrt, und sie erfahren Rassismus. Geprägt wurde der Begriff von der Black-Power-Bewegung in den USA der 1960er Jahre. Er verbindet Personen mit den gleichen Erfahrungen der Ausgrenzung bei vielfältiger ethnischer oder nationaler Zugehörigkeit, Kultur oder Religion.

(Weiterführend: Ha, 2013)

PERFORMATIV

Der Begriff ‚performativ‘ wurde erstmalig in den 1950er Jahren von John Langshaw Austin verwendet, einem britischen Philosophen und Begründer der Sprechakttheorie. Er beschreibt ‚Sprachhandlungen‘, die Sprechakt und Handlung zugleich sind, wie: „Hiermit ist der Spielplatz eröffnet!“ Die Aussprache des Satzes eröffnet den Spielplatz. Die Gendertheorie geht davon aus, dass Performanz in sozialen Interaktionen auch Identität prägt. Demnach wird die Geschlechtsidentität erst durch den Ausspruch „Es ist ein Mädchen!“ konstruiert und über viele alltägliche Interaktionen verfestigt.

(Weiterführend: Volbers, 2014; Wirth, 2002)

PRIVILEG, PRIVILEGIERT SEIN

Privilegien geben Personen Macht, entsprechende Handlungsmöglichkeiten und Zugänge zu gesellschaftlicher Teilhabe – oder auch nur Schutz vor Benachteiligungen. Privileg wohlhabender Personen ist es z. B., vor Armut geschützt zu sein. Privilegien sind auch an Identitätskategorien gebunden: So ist es ein Privileg *weißer* Personen, keinen Rassismus zu erfahren. Die meisten Privilegien entstehen aufgrund der Zugehörigkeit zu bestimmten Gesellschaftsgruppen, familiären Strukturen und entsprechenden Bildungszugängen. So erscheinen sie denjenigen, die sie besitzen, selbstverständlich und müssen – so die feministische und anti-rassistische Position – bewusst und verlernt werden. Historisch war ein Privileg ein Sonderrecht einer einzelnen Person im Rechtssystem. Heute wirkt das Grundgesetz mit Art. 3 Abs. 3 der Diskriminierung aufgrund fehlender oder ungleich verteilter Privilegien entgegen: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

(Weiterführend: Vester, 2006; McIntosh, 1988; migrazine.at, 2013; Ogette, 2019)

PROTOTYP

Ein Prototyp ist eine konkrete Repräsentation eines Systems. In Technik und Design wird das erste gebrauchsfähige Exemplar eines Produkts auch Prototyp genannt. Anhand eines Prototypen kann man einen Eindruck des Systems erlangen und dieses reflektieren, evaluieren und weiterentwickeln. Prototypen können in verschiedenen Arbeitsbereichen eine unterschiedliche Funktion haben und dementsprechend unterschiedlich gestaltet werden. Ein Prototyp bildet ein interaktives System ab, einen Arbeits- oder Forschungsprozess in Form eines materialisierten Objekts. Durch einen Prototyp können neue Lösungsansätze für Problemstellungen generiert und es kann mit Ideen experimentiert werden.

(Weiterführend: <https://www.interaction-design.org/literature/topics/prototyping>, <https://www.usability.de/leistungen/methoden/prototyping.html>)

QUALITATIVE SOZIALFORSCHUNG

Qualitative Sozialforschung dient als Oberbegriff für unterschiedliche Forschungsansätze. Sie beruht auf der Annahme, dass die soziale Welt nicht nach mathematischen Regeln funktioniert und es verschiedene Herangehensweisen benötigt, um menschliches Handeln als zentralen Gegenstand systematisch zu erfassen oder zu verstehen. Qualitativ arbeitende Forscher*innen beschreiben und analysieren soziale Kontexte, unterschiedliche Akteursgruppen oder biografische Verläufe. Dazu untersuchen sie Interaktions-, Sozialisations- und Bildungsprozesse ebenso wie subjektive Sichtweisen, Sinnstrukturen oder Handlungs- und Deutungsmuster. Ziel der qualitativen Sozialforschung ist es, die immer wieder neu ablaufenden Herstellungs- und Interpretationsprozesse sozialer Wirklichkeit zu interpretieren und zu rekonstruieren.

(Weiterführend: Kergel, 2018; Atteslander, 2010)

QUARTIERSMANAGEMENT

Das Quartiersmanagement ist ein Instrument des Programms „Soziale Stadt“ und seit 2020 auch seiner Weiterentwicklung, des Programms „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“. Es wird von Intermediären getragen und zielt auf den Erhalt und die Stärkung des nachbarschaftlichen, interkulturellen und sozio-ökonomischen Zusammenhalts benachteiligter Stadtteile. Dazu gibt es unterschiedliche bauliche und sozio-integrative Projekte mit einer Vielzahl von Partner*innen. Ein Quartiersmanagement-Team vor Ort ist zentraler Organisator im Stadtteil. Das Team aktiviert die Bewohnerschaft und initiiert lokale Netzwerke und Kooperationen. Es beteiligt lokale Akteure (insbesondere ‚starke Partner*innen‘ wie die Wohnungswirtschaft), migrantische Selbstorganisation und Stadtnutzer*innen an der Weiterentwicklung des Quartiers.

RASPBERRY PI MINI-COMPUTER

Der Raspberry Pi ist ein Einplatinencomputer, der von der gemeinnützigen Raspberry Pi Foundation entwickelt wird. Durch seine steuerbaren IO (Input-Output) Pins lassen sich sehr einfach Sensoren und andere Hardware auslesen und steuern. Dadurch und durch seinen geringen Preis stellt er auch eine sehr beliebte Möglichkeit zum Einstieg in die (hardwarenahe) Programmierung für Anfänger*innen, Kinder und generell Interessierte dar.

(Weiterführend: <https://www.raspberrypi.org/about/>)

SOZIALE STADT (-PROGRAMM)

Seit Anfang der 1970er Jahre stellen Bund und Länder in den Programmen der Städtebauförderung Gelder für die Erneuerung und Entwicklung der Städte und Gemeinden bereit. Innerhalb der Städtebauförderung unterstützt der Bund seit 1999 mit dem Programm „Soziale Stadt“ die Stabilisierung und Aufwertung städte-

baulich, wirtschaftlich und strukturschwacher Stadt- und Ortsteile. Seit 2020 wird das Programm „Soziale Stadt“ mit dem neuen Programm „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“ weiterentwickelt. Das Programm zielt darauf ab, die Wohn- und Lebensqualität und Nutzungsvielfalt in den Quartieren zu erhöhen, die Integration aller Bevölkerungsgruppen zu unterstützen und den Zusammenhalt in der Nachbarschaft zu stärken. Es setzt verstärkt auf die Einrichtung von Quartiersmanagements und die Mobilisierung von Teilhabe und ehrenamtlichem Engagement. Investitionen in das Wohnumfeld, die Infrastruktur und in die Wohnqualität sollen für mehr Generationengerechtigkeit sowie Familienfreundlichkeit im Quartier sorgen und die Chancen der dort Lebenden auf Teilhabe und Integration verbessern.

(Weiterführend: BBSR, 2020a; 2020b)

STÄDTEBAUFÖRDERUNG

Die Städtebauförderung ist ein Förderprogramm des Bundes und der Länder, das seit Anfang der 1970er Jahre existiert. Es unterstützt Städte und Gemeinden mit der Finanzierung von Baumaßnahmen in folgenden Bereichen: erneuerungsbedürftige Stadtkerne, vom Leerstand betroffene Wohnviertel, Quartiere mit sozialen Missständen. Es unterstützt Maßnahmen zum Umgang mit dem demografischen Wandel und anderen Herausforderungen. Dabei werden die Innenstädte und Ortszentren in ihrer städtebaulichen Funktion gestärkt, um den städtebaulichen Funktionsverlusten entgegenzuwirken. Die Städtebauförderung spiegelt das gemeinsame Bekenntnis von Bund und Ländern zum Einsatz von Fördermitteln für den sozialen Zusammenhalt und die Integration aller Bevölkerungsgruppen. Ein wichtiger Baustein der Städtebauförderung ist z. B. das Programm „Soziale Stadt“/„Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“.

(Weiterführend: BBSR, 2021)

STADTPLANUNG

Stadtplanung meint die Erarbeitung von Konzepten zur räumlichen Ordnung und Gestaltung der Stadt oder Gemeinde. Das räumliche Zusammenleben wird zum Wohle der Allgemeinheit geordnet, gestaltet und entwickelt. Stadtplanung steht für den Prozess des Planens oder den Plan als Ergebnis und Produkt dieses Prozesses.

(Weiterführend: Albers & Wekel, 2017; Pahl-Weber & Schwartze, 2018)

TEILHABE

Teilhabe bedeutet, ein (anerkannter) Teil der Gesellschaft zu sein sowie Zugang zu ihren Ressourcen zu haben. Teilhabe zu ermöglichen setzt voraus, das jeweilige Gegenüber und dessen legitime Ziele anzuerkennen. Für Teilhabe wird – vor allem im Kontext der Integrationsdiskussion – zunehmend synonym der Begriff Partizipation verwendet. Partizipation ist jedoch stärker mit der Gestaltung von und Mitbestimmung in Entscheidungsprozessen verbunden.

(Weiterführend: Autrata, 2013)

TEILNEHMENDE BEOBACHTUNG

Bei der teilnehmenden Beobachtung handelt es sich um eine vor allem in der Ethnologie, aber auch in den Raumwissenschaften angewandte qualitative Forschungsmethode. Wer beobachtend forscht, nimmt persönlich an Ereignissen oder der Alltagspraxis derjenigen teil, die erforscht werden sollen, in deren natürlicher Umgebung. Dabei entstehen Feldnotizen als Grundlage der wissenschaftlichen Analyse.

(Weiterführend: Lüders, 2003; Hauser-Schäublin, 2003)

TRANSFORMATIVE FORSCHUNG

Transformative Forschung analysiert gesellschaftliche Herausforderungen im Hinblick auf Lösungsstrategien. Transformation meint dabei den Prozess einer Veränderung, vom aktuellen Zustand hin zu einem angestrebten Ziel-Zustand. Sie repräsentiert somit einen dauerhaften Wandel. Kennzeichnend für transformative Forschung ist eine inter- sowie transdisziplinäre Vorgehensweise, einschließlich der Beteiligung von Akteuren aus Wirtschaft und Gesellschaft. Transformative Forschung im Kontext der Stadtentwicklung berücksichtigt z. B. die Wissensbasis von Akteuren aus der Planungspraxis, sodass unterschiedliche Anforderungen an städtische Räume und an Beteiligungsprozesse umfassend einbezogen werden können. Eine ‚idealtypische‘ Form der transformativen Forschung sind Reallabore.

(Weiterführend: Kollmorgen et al., 2014;
Schneidewind & Singer-Brodowski, 2014)

‚WEISS‘

Seit den frühen 1990er Jahren zeigt die kritische Weißseinsforschung (zuerst als Critical Whiteness Studies in den USA), wie ‚Weißsein‘ als gesellschaftliche Norm dazu dient, Privilegien für weiße Menschen zu sichern und zu begründen. ‚Weißsein‘ ist demnach keine biologische Kategorie, sondern eine soziale Konstruktion und gesellschaftliche Position. Sie ist in das europäische Selbstverständnis und in Wissensordnungen eingeschrieben. Durch ihre kritische Hinterfragung gerät Rassismus als gesellschaftliches Verhältnis in den Blick, das nicht nur mit Diskriminierung, sondern auch mit (unsichtbaren) Privilegien einhergeht.

(Weiterführend: Arndt & Ofuatey-Alazard, 2015)

ZIVILGESELLSCHAFT

Der Begriff Zivilgesellschaft hat eine lange Tradition und wurde unter anderem vom italienischen Theoretiker Antonio Gramsci (1891–1937) entwickelt. Er verstand darunter die Gesamtheit aller nichtstaatlichen Organisationen, die auf den ‚Alltagsverstand und die öffentliche Meinung‘ Einfluss haben. Heute umschreibt der Begriff einen Bereich innerhalb der Gesellschaft, der zwischen dem staatlichen, dem wirtschaftlichen und dem privaten Sektor angesiedelt ist. Dabei umfasst die Zivilgesellschaft die Gesamtheit des Bürger*innen-Engagements eines Landes – zum Beispiel in Vereinen, Verbänden und vielfältigen Formen von Initiativen und sozialen Bewegungen. Dazu gehören alle Aktivitäten, die nicht profitorientiert und unabhängig von parteipolitischen Interessen sind.

(Weiterführend: BMZ, 2021; Zimmer, 2012)

Literaturverzeichnis

- Abgeordnetenhaus von Berlin (2021). *Der Senat von Berlin: Vorlage – zur Beschlussfassung - über das Gesetz zur Neuregelung der Partizipation im Land Berlin*. Drucksache 18/3631, 18. Wahlperiode, 27.04.2021.
<https://www.parlament-berlin.de/ad0s/18/IIIPlen/vorgang/d18-3631.pdf>
- Ahmed, S. (2012). *On being included: Racism and diversity in institutional life*. Durham: Duke University Press.
- Albers, G. & Wekel, J. (2017). *Stadtplanung* (3. Aufl.). Darmstadt: WBG.
- Amjahid, M. (2021). *Der weiße Fleck. Eine Anleitung zu antirassistischem Denken*. München: Piper.
- Amt für Stadtforschung und Statistik (2019): *Stadtteilprofile 2019. Ortsbezirk Biebrich*. Wiesbaden: Landeshauptstadt Wiesbaden.
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2021): *Einwohnerregisterstatistik 30.06.2021. Statistischer Bericht A I 5 - hj 1/21*. Potsdam: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.
- Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der Stadt Wiesbaden (2019). *Wiesbadener Stadtanalysen: Engagierte Bürgerschaft? Umfrageergebnisse zu Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung*. Wiesbaden: Landeshauptstadt Wiesbaden.
- Arndt, S. & Ofuatey-Alazard, N. (Hg.). (2015). *Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk*. Münster: Unrast.
- Arnstein, S. R. (1972). *Stufen der Bürgerbeteiligung*. In L. Lauritzen (Hg.), *Mehr Demokratie im Städtebau*, 192 – 218. Hannover: Fackelträger.
- Atteslander, P. (2010). *Methoden der empirischen Sozialforschung* (13. Aufl.). Berlin: Schmidt.
- Autrata, O. (2013). *Teilhabe, Beteiligung, Partizipation...? Sozial Extra* 37, 15.
<https://doi.org/10.1007/s12054-012-0107-1>
- Barmeyer, C. (2012). *Taschenlexikon Interkulturalität*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Baumann, A.-L., Feneberg, V., Kronenbitter, L., Naqshband, S., Nowicka, M. & Will, A.-K. (2019). *Ein Zeitfenster für Vielfalt. Chancen für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- BBSR (Hg.). (2017). *Die Weisheit der Vielen: Bürgerbeteiligung im digitalen Zeitalter*. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.
<https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2017/smart-cities-buergerbeteiligung-dl.pdf>

- BBSR (Hg.). (2020a). Grundlagen zur Städtebauförderung [Videodatei]. https://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Grundlagen/grundlagen_node.html
- BBSR (Hg.). (2020b). *Wer lebt in den Gebieten der Sozialen Stadt?* Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/analysen-kompakt/2020/ak-04-2020-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=3
- BBSR (Hg.). (2021). *Ziele der Städtebauförderung*. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/fachbeitraege/stadt-region/2021/ziele-staedtebaufoerderung/start.html>
- Beck, S. (2011). Engagementpotenziale von Berliner Milieus. *vhw FWS* (2), 99 – 105.
- Beck, S. (2019). Das Projekt Interkulturanstalten. Die Transformation einer Refugees-Welcome-Initiative in einen kulturellen Begegnungsort. In O. Schnur, M. Drilling & O. Niermann (Hg.), *Quartier und Demokratie. Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots*, 125 – 139. Wiesbaden: Springer-Verlag Fachmedien.
- Beck, S. & Schnur, O. (2016). *Mittler, Macher, Protestierer. Intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung*. Berlin: Jovis.
- Bergmann, M., Schäpke, N., Marg, O., Stelzer, F., Lang, D.-J., Bossert, M., & Sußmann, N. (2021). Transdisciplinary sustainability research in real-world labs: success factors and methods for change. *Sustainability Science* 16(1), 541–564.
- BMU - Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2016). *Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte in der Städtebauförderung. Eine Arbeitshilfe für Kommunen* (2. Aufl.). Berlin: BMU. https://www.stadtentwicklung.berlin.de/nachhaltige-erneuerung/fileadmin/user_upload/Publikationen/Bund/Arbeitshilfe_ISEK_fuer_Kommunen.pdf
- BMVI - Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2014). *Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung*. Berlin: BMVI. <https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Publikationen/G/handbuch-buergerbeteiligung.pdf>
- BMZ - Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2021). *Lexikon der Entwicklungspolitik. Zivilgesellschaft*. <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/zivilgesellschaft-14976>
- Björgvinsson, E., Ehn, P. & Hillgren, P.-A. (2010). Participatory Design and „Democratizing Innovation“. In K. Bødker, T. Bratteteig, D. Loi & T. Robertson (Hg.), *Participation: the Challenge: Proceedings of the Participatory Design Conference*, 41 – 50. Sydney: Australia.
- Boger, M.-A. (2015). Theorie der trilemmatischen Inklusion. In I. Schnell (Hg.), *Herausforderung Inklusion: Theoriebildung und Praxis*, 51 – 62. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.

- Boger, M.-A. (2017). Theorien der Inklusion – eine Übersicht. *Zeitschrift für Inklusion* 1(1), 1–23. <https://inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/413>
- Bohm, D. (1998). *Der Dialog: Das offene Gespräch am Ende der Diskussionen*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Bukow, W.-D. & Cudak, K. (2017). Zur Entwicklung von institutionellem Rassismus: Rassistische Routinen in der kommunalen Praxis. In K. Fereidooni & M. El (Hg.), *Rassismuskritik und Widerstandsformen*, 385–403. Wiesbaden: Springer.
- Colinas, C. (2017). Die Neuen Deutschen Organisationen. In T. Groß, S. Huth, B. Jagusch, A. Klein & S. Naumann (Hg.), *Engagierte Migranten. Teilhabe in der Bürgergesellschaft*, 93–99. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag.
- Conrad, S., Randeria, S. & Römhild, R. (2013). *Jenseits des Eurozentrismus: Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*, (2. erweiterte Aufl.). Frankfurt am Main: Campus.
- Cooper, J. & Weaver, K. D. (2003). *Gender and Computers. Understanding the Digital Divide*. Mahwah, N.J.: Routledge; Lawrence Erlbaum Associates.
- Debus, K. (2015). *Privilegientest*. <http://portal-intersektionalitaet.de/uploads/media/Privilegientest.pdf>
- De Jong, M., Neulen, S. & Jansma, S. (2019). Citizens' intentions to participate in governmental co-creation initiatives: Comparing three co-creation configurations. *Government Information Quarterly* 36(3). <https://doi.org/10.1016/j.giq.2019.04.003>
- Dietz, K.-M. (2014). *Dialog. Die Kunst der Zusammenarbeit* (4. Aufl.). Heidelberg: Menon.
- Dorta, T., Pérez, E. & Lesage, A. (2008). The ideation gap: hybrid tools, design flow and practice. *Design Studies* 29(2), 121–141. <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0142694X07001068>
- Dyer, R. (2005). The Matter of Whiteness. In P. Rothenberg (Hg.), *White Privilege: Essential Readings on the Other Side of Racism*, 9–14. New York: Worth Publishers.
- Ehn, P. (2013). Partizipation an Dingen des Designs. In C. Mareis, M. Held & G. Joost (Hg.), *Wer gestaltet die Gestaltung? Praxis, Theorie und Geschichte des partizipatorischen Designs*, 79–105. Bielefeld: transcript.
- El-Mafaalani, A. (2018). *Das Integrationsparadox: Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt* (2. Aufl.). Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- El-Tayeb, F. (2015). *Anders Europäisch: Rassismus, Identität und Widerstand im vereinten Europa*. Münster: Unrast.
- El-Kayed, N., Keskinliç, L., Juhnke, S. & Hamann, U. (2021). *Nachbarschaften des Willkommens: Bedingungen für sozialen Zusammenhalt in super-diversen Quartieren – Forschungsbericht*. Berlin: Berliner Institut für empirische

- Espahangizi, K., Hess, S., Karakayali, J., Kasperek, B., Pagano, S., Rodatz, M. & Tsianos, V. (2016). Rassismus in der postmigrantischen Gesellschaft. *Movements: Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 2(1), 9–23.
- FES - Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.). (2019). *Ein Zeitfenster für Vielfalt. Chancen für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Für ein besseres Morgen*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. <https://www.fes.de/studie-zeitfenster-fuer-vielfalt>
- Fielitz, J. & Korte, J. (2018). Crossmediale Partizipation als Beitrag zur (besseren) Planung von sozialer Sicherung? Beispiele aus dem Bildungsbereich aus Frankfurt und Kiel. In L. Kaiser (Hg.), *Soziale Sicherung im Umbruch*. Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-06502-7_4
- Filsinger, D. (2018). Entwicklung, Konzepte und Strategien der kommunalen Integrationspolitik. In F. Gesemann & R. Roth (Hg.), *Handbuch lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft*, 315–344. Wiesbaden: Springer VS.
- Forester, J. (1999). *The Deliberative Practitioner: Encouraging Participatory Planning Processes*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Foroutan, N. (2019). *Die postmigrantische Gesellschaft: Ein Versprechen der pluralen Demokratie*. Bielefeld: transcript.
- Franz, Y. (2015). Designing social living labs in urban research. *info* 17(4), 53–66.
- Friesecke, F. (2017). Aktivierung von beteiligungsschwachen Gruppen in der Stadt- und Quartiersentwicklung. In H. Bauer, L. Hajasch, U. Lübking, U. Stein, R. Roth & H.-J. Sippel (Hg.), *Partizipation in der Bürgerkommune*, 117–138. KWI-Schriften: Bd. 10. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam.
- Fründt, K. & Laumer, R. (Hg.). (2019). *Mitreden: So gelingt kommunale Bürgerbeteiligung – ein Ratgeber aus der Praxis*. Marburg: Büchner.
- Gailing, L. & Hamedinger, A. (2019). Neoinstitutionalismus und Governance. In Th. Wiechmann (Hg.), *ARL Reader Planungstheorie Band 1*. 167–178. Berlin/Heidelberg: Springer Spektrum. https://doi.org/10.1007/978-3-662-57630-4_3
- Gaitanides, St. (2017). Interkulturelle Öffnungsprozesse. In T. Groß, S. Huth, B. Jagusch, A. Klein & S. Naumann (Hg.), *Engagierte Migranten. Teilhabe in der Bürgergesellschaft*, 118–124. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag.
- Geißler, R. & Weber-Menges, S. (2013). Medien und Integration: Mediennutzung und Vorstellungen zur medialen Integration bei Migranten. In H. U. Brinkmann & H.-H. Uslucan (Hg.), *Dabeisein und Dazugehören. Integration in Deutschland*, 273–289. Wiesbaden: Springer.
- Gerhard, U., & Marquardt, E. (2017). Reallabore als innovatives Forschungsformat zur Untersuchung nachhaltiger Stadtentwicklung. Eine kritische Reflexion. *Berichte. Geographie und Landeskunde* 91(1), 97–111.

- Gesemann, F. (2016). Kommunale Integrationspolitik. In H. U. Brinkmann & M. Sauer (Hg.), *Einwanderungsgesellschaft Deutschland: Entwicklung und Stand der Integration*, 281–309. Wiesbaden: Springer VS.
- Gesemann, F. & Roth, R. (Hg.). (2018). *Handbuch lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS.
- Gliemann, K. & Seydel, H. (2018). Interkulturelle Dialoge über städtische Entwicklungen: Internationales Symposium in Dortmund. *RaumPlanung* (196), 81–83.
- Greenwood, D. J. & Levin, M. (2007). *Introduction to action research. Social research for social change*. Thousand Oaks: SAGE.
- Güngör, D. (2019). *Ich bin Özlem: Roman*. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Ha, K. N. (2013). ‚People of Color‘ als Diversity-Ansatz in der antirassistischen Selbstbenennungs- und Identitätspolitik. <https://heimatkunde.boell.de/2009/11/01/people-color-als-diversity-ansatz-der-antirassistischen-selbstbenennungs-und>
- Handschuck, S. & Schröer, H. (2002). Interkulturelle Orientierung und Öffnung von Organisationen. *neue praxis*, 5/2002, 511–521.
- Haraway, D. (1988). Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective. *Feminist Studies* 14(3), 575. <https://doi.org/10.2307/3178066>
- Hark, S. & Villa, P.-I. (2017). Unterscheiden und herrschen: Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart. *X-Texte zu Kultur und Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Hasters, A. (2020). *Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen, aber wissen sollten*. (10. Aufl.). München: hanserblau.
- Hauser-Schäublin, B. (2003). Teilnehmende Beobachtung. In B. Beer (Hg.), *Methoden und Techniken der Feldforschung*, 33–54. Berlin: Reimer.
- Healey, P. (2006). *Collaborative Planning: Shaping Places in Fragmented Societies* (2. Aufl.). Basingstoke: Palgrave MacMillan.
- Helfferich, C. (2019). Leitfaden- und Experteninterview. In N. Baur & J. Blasius (Hg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, 669–686. Wiesbaden: Springer VS.
- Hess, S., Kasperek, B., Kron, S., Rodatz, R., Schwertl, M., Sontowski, S. (Hg.) (2016). *Der lange Sommer der Migration: Grenzregime*. Berlin/Hamburg: Verlag Assoziation A.
- Hill, M. & Yildiz, E. (2018). *Postmigrantische Visionen: Erfahrungen, Ideen, Reflexionen*. Postmigrantische Studien: Band 1. Bielefeld: transcript.
- Hillgren, P.A., Linde, P., Peterson, B. (2013). Matryoshka dolls and boundary

infrastructuring – Navigating among innovation policies and practices. In H. Melkas & J. Buur (Hg.), *Proceedings of the Participatory Innovation Conference: PIN-C 2013*. 422–429. Lappeenranta University of Technology. LUT Scientific and Expertise Publications. Tutkimusraportit – Research Reports No. 6. http://www.lut.fi/documents/27578/292022/PIN-C+2013_Proceedings_HQ.pdf/17fa385b-cc30-4ae4-82a6-59308a80d503

Inch, A. (2015). Ordinary citizens and the political cultures of planning: In search of the subject of a new democratic ethos. *Planning Theory* 14(4), 404–424. <https://doi.org/10.1177/1473095214536172>

Jonas, W. (2015). A cybernetic model of design research. Towards a trans-domain of knowing. In P.-A. Rodgers & J. Yee (Hg.), *The Routledge Companion to Design Research*, 23–37. New York: Routledge.

Kergel, D. (2018). Qualitative Sozialforschung. In ders., *Qualitative Bildungsforschung*, 43–76. Wiesbaden: Springer-Verlag Fachmedien.

Klare, H. (2017). „Im Vordergrund steht vor allem die Minimierung von Konfliktpotenzial“: Rassismuskritik und Antidiskriminierung als *Conditio sine qua non* der Interkulturellen Öffnung. In T. Groß, S. Huth, B. Jagusch, A. Klein & S. Naumann (Hg.), *Politik und Bildung. Engagierte Migranten: Teilhabe in der Bürgergesellschaft*, 125–131. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag.

Klemme, M., Wiegandt, C. & Wiesemann, L. (2017). Partizipation online – Gemeinsam Stadt entwickeln. *Informationen zur Raumentwicklung* (6), 6–11.

Kollender, E. (2016). „Die sind nicht unbedingt auf Schule orientiert“. Formationen eines ‚racial neoliberalism‘ an innerstädtischen Schulen Berlins. *Movements: Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 2(1), 39–64.

Kollmorgen, R., Merkel, W. & Wagener, H. J. (Hg.). (2014). *Handbuch Transformationsforschung*. Heidelberg: Springer-Verlag.

Kotzke, G. & Piechura, P. (2019). „There is no toolbox!“: Das INTERPART-Symposium „Creating Spaces of Intercultural Participation“. *Planerin* (3), 47–48.

Kuder, T. (2017). Inklusive Bürgerbeteiligung bei der digitalen Transformation der Stadt. *vhw FWS* (6), 315–318.

Landeshauptstadt Wiesbaden (Hg.). (2015). *Leitlinien Bürgerbeteiligung*. <https://www.wiesbaden.de/rathaus/stadtpolitik/identitaet-und-beteiligung/leitlinien-buergerbeteiligung.php>

Latour, B. (1999). *Pandora's Hope. Essays on the reality of science studies*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

Latour, B. (2014). *Der Berliner Schlüssel* (3. Aufl.). Berlin: BotoPress.

Lüders, C. (2003). Teilnehmende Beobachtung. In R. Bohnsack, W. Marotzki & M. Meuser (Hg.), *Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung*, 151–153. Stuttgart: utb.

- Lueger, M. & Froschauer U. (2018). *Artefaktanalyse. Grundlagen und Verfahren*. Wiesbaden: Springer VS.
- Martínez, M. (Hg.). (2011). *Handbuch Erzählliteratur. Theorie, Analyse, Geschichte*. Heidelberg: J.B. Metzler.
- McIntosh, P. (1988). *White privilege and male privilege: a personal account of coming to see correspondences through work in women's studies*. Working Paper 189, Wellesley Centers for Women, Wellesley, MA. https://nationalseedproject.org/images/documents/White_Privilege_and_Male_Privilege_Personal_Account-Peggy_McIntosh.pdf
- migrazine.at (2013). *Die Normalität entnormalisieren. Interview mit Lann Hornscheidt*. Ausgabe 2/2013. <http://www.migrazine.at/artikel/die-normalit-t-entnormalisieren>
- MWK - Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg (2013). *Wissenschaft für Nachhaltigkeit. Herausforderungen und Chancen für das baden-württembergische Wissenschaftssystem*. Stuttgart: MWK.
- Naranjo-Zolotov, M., Oliveira, T. & Casteleyn, S. (2019). Citizens' intention to use and recommend e-participation: Drawing upon UTAUT and citizen empowerment. *Information Technology & People* 32(11), 364–386. <https://www.emerald.com/insight/content/doi/10.1108/ITP-08-2017-0257/full/pdf>
- Nuernbergk, C. (2018). Digitale Öffentlichkeiten in der politischen Kommunikation. Nutzung, Partizipation und Interaktion. In S. Franke, S. & H. Magel (Hg.), *Digitalisierung. Neue Plattformen für Beteiligung und Demokratie auf dem Land?* 37–44. München: Hanns-Seidel-Stiftung e. V. (Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, 108)
- Ogette, T. (2018). *Exit RACISM. rassismuskritisch denken lernen* (9. Aufl.). Münster: Unrast.
- Ohde, D. (2020). *Streulicht: Roman*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Oluo, I. (2020). *Schwarz sein in einer rassistischen Welt: Warum ich darüber immer noch mit Weißen spreche*. Münster: Unrast.
- Pahl-Weber, E. & Schwartze, F. (2018). Stadtplanung. In ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.), *Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung*, 2509–2520. Hannover: ARL.
- Parodi, O., Albiez, M., Beecroft, R., Meyer-Soylu, S., Quint, A., Seebacher, A., & Waitz, C. (2016). Das Konzept „Reallabor“ schärfen. Ein Zwischenruf des Reallabor 131: KIT findet Stadt. *GAlA – Ecological Perspectives for Science and Society* 25(4), 284–285.
- Paust, A. (2016). *Grundlagen der Bürgerbeteiligung: Materialsammlung für die Allianz Vielfältige Demokratie*. Gütersloh: Bertelsmann.
- Paust, A. (2019). Sieben Schritte zu einer lokalen Beteiligungskultur: Kommunale Leitlinien für Bürgerbeteiligung. In K. Fründt & R. Laumer (Hg.), *Mitreden:*

So gelingt kommunale Bürgerbeteiligung – ein Ratgeber aus der Praxis, 49–64.
Marburg: Büchner.

- Reis, J. (1997). *Ambiguitätstoleranz: Beiträge zur Entwicklung eines Persönlichkeitskonstruktes*. Kröning/Heidelberg: Asanger Verlag.
- Reuter, W. (2000). Zur Komplementarität von Diskurs und Macht in der Planung. *DISP* (141), 4–16.
- Ricoeur, P. (1984). *Time and Narrative*. Chicago: University of Chicago Press.
- Ricoeur, P. (1986). Life. A Story in Search of a Narrator. In M.C. Doerer & J.N. Kraay (Hg.), *Facts and Values. Philosophical Reflections from Western and Non-Western Perspectives*. 121–132. Dordrecht: Springer.
- Sandercock, L. (2003). Out of the Closet: The Importance of Stories and Storytelling in Planning Practice. *Planning Theory and Practice* 4(1), 11–28. <https://doi.org/10.1080/1464935032000057209>
- Schachtner, C. (2016). *Das narrative Subjekt - Erzählen im Zeitalter des Internets*. Bielefeld: transcript.
- Schäpke, N., Stelzer, F., Caniglia, G., Bergmann, M., Wanner, M., Singer-Brodowski, M. & Lang, D. J. (2018). Jointly experimenting for transformation? Shaping real-world laboratories by comparing them. *GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society* 27(1), 85–96.
- Scherr, A. & Inan, C. (2018). Leitbilder in der politischen Debatte: Integration, Multikulturalismus und Diversity. In F. Gesemann & R. Roth (Hg.), *Handbuch lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft*, 201–226. Wiesbaden: Springer VS.
- Schneidewind, U. & Singer-Brodowski, M. (2014). *Transformative Wissenschaft: Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem* (2. leicht aktualisierte Aufl.). Marburg: Metropolis-Verlag.
- Schneider, J. (2020). *Was heißt „Integration“ in superdiversen Nachbarschaften?* <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/308203/integration-in-superdiverse-nachbarschaften>
- Scholten, P. (2020). *Mainstreaming versus Alienation: A Complexity Approach to the Governance of Migration and Diversity (Global Diversities)*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Schröer, H. (2018). Vielfalt als kommunale Gestaltungsaufgabe. Interkulturelle Öffnung und Diversity Management als strategische Antworten. In F. Gesemann & R. Roth (Hg.), *Handbuch lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft*, 243–256. Wiesbaden: Springer VS.
- Selle, K. (2004). Kommunikation in der Kritik? In B. Müller, S. Löb & K. Zimmermann (Hg.), *Steuerung und Planung im Wandel: Festschrift für Dietrich Fürst*, 229–256. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Selle, K. (2013). Noch eine Legende: Stadtplanung geht alle an. *Planerin* 6(13), 11–14.
- Selle, K. (2019). *Öffentlichkeitsbeteiligung in der Stadtentwicklung: Anstiftungen zur Revision*. vhw Schriftenreihe: Bd. 15. Berlin: vhw Bundesverband Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
- SenStadtUm - Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.). (2011). *Handbuch Partizipation*. Berlin: SenStadtUm. https://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/download/Handbuch_Partizipation.pdf
- SenSW – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin (Hg.). (2019). *Gemeinsam Stadt machen! Leitlinien für Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Projekten und Prozessen der räumlichen Stadtentwicklung*. Berlin: SenSW. https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/leitlinien-buergerbeteiligung/download/gemeinsamStadtmachen_Abschlusskommunikation.pdf
- SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH (2018). *Sinus Milieus 2018*. Heidelberg/Berlin. <https://www.sinus-institut.de/sinus-milieus/sinus-milieus-deutschland>
- Sommer, R. (2017). Gruppenbildung. In M. Martínez (Hg.), *Erzählen. Ein interdisziplinäres Handbuch*, 257–259. Heidelberg: J.B. Metzler.
- Suchman, L. (2006/2012). *Human-Machine Reconfigurations: Plans and Situated Actions* (2. Aufl., Learning in Doing: Social, Cognitive and Computational Perspectives). Cambridge: Cambridge University Press. doi:10.1017/CBO9780511808418
- Stanišić, S. (2019). *Herkunft* (2. Aufl.). München: Luchterhand.
- Steffen, D. (2011). *Praxisintegrierende Designforschung und Theoriebildung. Analysen und Fallstudien zur produktiven Vermittlung zwischen Theorie und Praxis*. urn:nbn:de:hbz:468-20130118-124233-9
- Stiftung Zukunft Berlin & Allianz Vielfältige Demokratie (2020). Fachtagung und Publikation „Demokratie 4.0 – Beteiligung und Mitverantwortung im Zeichen der Digitalisierung“. <https://gemeinsamberlin.blog/publikation-demokratie-4-0/>
- Tasan-Kok, T., Van Kempen, R., Raco, M. & Bolt, G. (2013). *Towards Hyper-Diversified European Cities*. Utrecht: Universität Utrecht, Fakultät für Geowissenschaften.
- Terkessidis, M. (2018). *Interkultur* (7. Aufl.). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Turnhout, E., van Bommel, S. & Aarts, N. (2010). How Participation Creates Citizens: Participatory Governance as Performative Practice. *Ecology and Society* 15(4), Art. 26. www.ecologyandsociety.org/vol15/iss4/art26
- Tsianos, V. & Karakayali, J. (2014). Rassismus und Repräsentationspolitik in der postmigrantischen Gesellschaft. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 64(13–14), 33–39.
- Van Deursen, A. & Van Dijk, A. (2018). The first-level digital divide shifts from inequalities in physical access to inequalities in material access.

New Media & Society, SAGE Journals 21(2), 354–375. <https://doi.org/10.1177/1461444818797082>

- Vester, M. (2006). Die geteilte Bildungsexpansion – die sozialen Milieus und das segregierende Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland. In K.-S. Rehberg (Hg.), *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München* (Teilbd. 1 und 2), 73–89. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- vhw (Hg.). (2009). *Migranten-Milieus. Ein Kompass für die Stadtgesellschaft*. Berlin: vhw Bundesverband Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
- vhw (Hg.). (2018). *Migranten, Meinungen, Milieus: vhw-Migrantenmilieu-Survey 2018*. Berlin: vhw Bundesverband Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
- vhw (Hg.). (2020). *Wohnraumversorgung und sozialräumliche Integration von Migrantinnen und Migranten. Belegungspolitiken institutioneller Wohnungsanbietender*. Berlin: vhw Bundesverband Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
- vhw (Hg.). (2021). *Milieuwissen für die Stadtentwicklung und Stadtplanung. Praxisleitfaden*. vhw-Schriftenreihe 24, Berlin: vhw Bundesverband Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
- Volbers, J. (2014). *Performative Kultur. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- WBGU - Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011). *Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Berlin: WBGU.
- Wirth, U. (Hg.). (2002). *Performanz. Zwischen Sprachphilosophie und Kulturwissenschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- WD - Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages (2018). Reallabore, Living Labs und Citizen Science-Projekte in Europa. Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit, Bildung und Forschung. <https://www.bundestag.de/resource/blob/550742/8f269b6399b3098eabf9d5b09f31f88f/WD-8-017-18-pdf-data.pdf>
- Wanner, M., Hilger A., Westerkowski, J., Rose, M., Stelzer, F. & Schöpke, N. (2018). Towards a Cyclical Concept of Real-World Laboratories: A Transdisciplinary Research Practice for Sustainability Transitions. *DisP - The Planning Review* 54(2), 94–114.
- Weiß, A. (2013). *Rassismus wider Willen*. Wiesbaden: Springer. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-93342-9>
- Young, I. M. (2005). Justice and the Politics of Difference. In S. S. Fainstein & L. J. Servon (Hg.), *Gender and Planning. A Reader*, 86–103. New York: Rutgers University Press.
- Zimmer, A. (2012). *Die verschiedenen Dimensionen der Zivilgesellschaft*. <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138713/dimensionen>

Projekt-Team

(in alphabetischer Reihenfolge, nicht alle Genannten waren im gesamten Projektzeitraum beteiligt)

Katja Adelhof, Ramona Almen, Hoda Aminian,
Robert Barbarino, Julia Bechtluft, Malte Bergmann,
Nina Blume, Johanna Bröckel, Rogério de Jesus Pereira Lopes,
Christiane Droste, Esther Feiertag, Keno Franke,
Katrín Gliemann, Clara Grillmaier, Bianca Herlo,
Sandra Huning, Melisa Yaren Isleyen, Zeynep Keskin,
Gabriele Kotzke (†), Omid Nowzamani, Ivonne Peitsch,
Philipp Piechura, Daniela Riedel, Michelle Ruesch,
Jennifer Schubert, Franziska Schüffler, Hanna Seydel,
Sandra Stark, Alexander Thom.

Autor*innen-Kollektiv

(in alphabetischer Reihenfolge)

Katja Adelhof

studierte Geographie, Stadt- und Regionalplanung, Betriebswirtschaftslehre sowie Architektur in Berlin und Paris und promovierte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Von 1999 bis 2015 lehrte und forschte sie an unterschiedlichen Berliner Universitäten zu Themen der Stadt- und Sozialgeographie, Quartiersentwicklung, Migration und Integration sowie zur kreativen Stadt. Seit 2016 ist sie Referentin in der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen im Bereich Städtebau-förderung/Sozialer Zusammenhalt. In diesem Rahmen steuert und gestaltet sie das Berliner Quartiersmanagement mit.

Robert Barbarino

studierte Geographie in Berlin, Havanna (Kuba), Bonn und Granada (Spanien). Er promoviert an der Humboldt-Universität zu Berlin in der Abteilung Angewandte Geographie und Raumplanung. Seit 2018 arbeitet er am Fachgebiet International Planning Studies der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund. Seine Forschungsfelder sind partizipative Stadtentwicklung, urbane Vielfaltspolitiken, Governance in der neoliberalen Stadt, Reallabore und Soziale Bewegungen.

Julia Bechtluft

erlangte 2014 den Magister der Ethnologie mit den Nebenfächern Soziologie und Politikwissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Eine zusätzliche Qualifikation in Gender Studies absolvierte sie parallel zum Studium am Cornelia Goethe Centrum. Als ehemalige Integrationsbeauftragte für geflüchtete und zugewanderte

Menschen des Main-Taunus-Kreises machte sie sich 2018 freiberuflich selbstständig und führt bis heute interaktive Workshops zu interkultureller Zusammenarbeit in unterschiedlichsten Arbeitsbereichen durch. Zusätzlich offeriert sie Workshops für Jugendliche an Schulen und für Träger des Freiwilligen Sozialen Jahrs im Rahmen von Diskriminierungsprävention.

Malte Bergmann

studierte Soziologie, Psychologie und Ethnologie an der Freien Universität Berlin. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Design Research Lab der Universität der Künste Berlin. Ab 2013 leitete er die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Designtheorie und -forschung (DGTF). Als Stipendiat im deutsch-israelischen Designforschungsprojekt „Community Now“ war er von 2013 bis 2016 auch an der Forschung und Lehre im Rahmen der Social Living Labs in Berlin und Jerusalem beteiligt.

Johanna Bröckel

studierte Kulturwissenschaft (Bachelor) an der Universität Koblenz-Landau und in Cádiz (Spanien) sowie Urbane Zukunft (Magister) am Institut für angewandte Forschung der Fachhochschule Potsdam. In ihrem Arbeitsalltag bei der Agentur für crossmediale Bürgerbeteiligung Zebralog beschäftigt sich die ausgebildete Design Thinkerin (HPI School of Design Thinking) mit (neuen) Formaten der kooperativen Stadtentwicklung. Seit 2019 ko-leitet sie das FEIN-Pilotprojekt „Lokallabor Dudenschänke“, in dem der Forschungsfokus auf der Weiterentwicklung der Reallabormethodik als demokratisierende Beteiligungsinfrastruktur liegt.

Christiane Droste

ist Kunst-, Kultur- und Sozialwissenschaftlerin und geschäftsführende Gesellschafterin der Büros UrbanPlus Droste&Partner GbR und UP19 Stadtforschung + Beratung GmbH. Sie forscht zu integrierter und partizipativer Stadtentwicklung, urbaner Governance und wohnungspolitischen Themen. Sie promovierte an der Westminster University London zu Werk und Professionalisierungsprozessen von Architektinnen in der Berliner Nachkriegszeit. Geschlechterfragen bewegen sie in der Forschung und seit 2006 auch als Gender Diversity Beraterin. Seit 2017 koordiniert sie auch die Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt.

Keno Franke

studierte Integrierte Europastudien an den Universitäten Bremen und Roskilde (Dänemark) und absolvierte einen Master in Parlamentsfragen und Zivilgesellschaft an der Universität Halle-Wittenberg. Als Projektleiter bei der Agentur für crossmediale Bürgerbeteiligung Zebralog arbeitet er täglich an der bedarfsorientierten Verknüpfung von On- und Offline-Partizipation. Seit 2021 ist Keno Franke Vorstandsvorsitzender des European Alternatives Berlin e. V., wo er sich u. a. als Mitglied des internationalen Board of Trustees des European Alternatives e. V. mit dem Aufbau einer transnationalen europäischen Zivilgesellschaft beschäftigt.

Katrin Gliemann

ist Raumplanerin und seit 2003 am (heutigen) Fachgebiet International Planning Studies der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund beschäftigt. Ein Schwerpunkt ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit liegt auf sozialräumlichen Phänomenen im nationalen und internationalen Kontext, insbesondere bezogen auf das Zusammenwirken von Migration und Stadtentwicklung.

Sie promovierte (gemeinsam mit Gerold Caesperlein) an der Fakultät Raumplanung über die Perspektive alteingesessener Bewohner*innen in Einwanderungsstadtteilen.

Bianca Herlo

ist Designforscherin, Dozentin und Gestalterin aus Berlin. An der Universität der Künste Berlin arbeitet sie im Schwerpunkt Social Design und leitet die Forschungsgruppe „Ungleichheit und digitale Souveränität“ am Berliner Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft. Bianca Herlo lehrt Design und Designtheorie an unterschiedlichen Hochschulen und ist seit 2021 Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Designtheorie und -forschung (DGTF).

Sandra Huning

studierte Raumplanung in Dortmund und Grenoble (Frankreich) und promovierte 2006 an der Fakultät Planen Bauen Umwelt der Technischen Universität Berlin. Seit 2009 ist sie am Fachgebiet Stadt- und Regionalsoziologie der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund beschäftigt. Ihre Forschungsfelder, die sie auch in der Lehre vertritt, sind Stadt- und Geschlechterforschung und Planungstheorie. Von 2008 bis 2018 war sie Mitglied des Fachfrauenbeirats der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin. Von 2018 bis 2021 leitete sie das BMBF-geförderte Verbundprojekt INTERPART.

Ivonne Peitsch

ist gelernte Bankkauffrau, Marketing- und Kommunikationswirtin und studierte Stadt- und Raumplanung an der Fachhochschule Erfurt. Sie arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin für die UP19 Stadtforschung + Beratung GmbH in Berlin. Seit 2021 lehrt sie im Fachgebiet Stadt- und Raumplanung der Fakultät Architektur und Stadtplanung an der Fachhochschule Erfurt zu wissen-

schaftlicher Forschungsarbeit. In forschenden und konzeptionellen Arbeiten beschäftigte sie sich im Bereich von Siedlungs-, Freiraum- und Infrastrukturentwicklung mit Kommunikationsprozessen mit den vulnerablen Gruppen der Stadtgesellschaft in der Stadtentwicklung.

Hanna Seydel

studierte Raumplanung in Dortmund und Newcastle (Großbritannien). Sie promoviert und arbeitet seit 2018 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet Stadt- und Regionalsoziologie der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund. Ihre Forschungsschwerpunkte sind digitale und hybride Formen der Partizipation sowie die Auseinandersetzung mit narrativen Methoden in Planungs- und Partizipationsprozessen im Kontext der Stadt- und Raumentwicklung. Der Schwerpunkt ihrer Lehrtätigkeit liegt auf den qualitativen Methoden empirischer Sozialforschung.

Sandra Stark

ist Gestalterin, Designforscherin und somatische Praktikerin in Berlin. Ihre Arbeit kombiniert somatische Praktiken mit Methoden der Designforschung, um Rahmen für verkörperte Ko-Forschung und Wissens-Ko-Produktion zu gestalten und den Körper als epistemische Ressource zu nutzen. Sie hat einen Master in Visueller Kommunikation von der weißensee kunsthochschule berlin und ist Studentin des Pantarei-Ansatzes (pantarei-approach.com). Derzeit arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Design Research Lab der Universität der Künste Berlin. Als somatische Praktikerin gibt sie 1:1-Sitzungen für Klient*innen.

Alexander Thom

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der UP19 Stadtforschung + Beratung GmbH in Berlin. Er studierte Geographie an der Humboldt-Universität zu Berlin

und forschte dort u. a. zu exkludierenden Mechanismen im öffentlichen Raum. Für UP19 arbeitet er seit 2017 im Projekt „Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt“. Darüber hinaus hat er in zahlreichen Projekten mit Berliner Verwaltungen zu Themen der Geschlechtergerechtigkeit, Diversität und interkulturellen Öffnung geforscht und diese bei der Suche nach Handlungsstrategien in diesem Bereich unterstützt.

Impressum

© 2021 Autor*innen-Kollektiv INTERPART; publiziert von jovis Verlag GmbH, Berlin
Dieses Buch ist als Open-Access-Publikation verfügbar über www.degruyter.com.

Umschlagmotiv

Zeynep Keskin, Universität der Künste Berlin

Redaktion und Lektorat

Christiane Droste, Katrin Gliemann, Bianca Herlo, Sandra Huning

Illustrationen

Zeynep Keskin, Universität der Künste Berlin

Zu ihren Illustrationen zählen auch die Zeichnungen der Gesichter,
die aus Datenschutzgründen in einem Teil der Fotos eingefügt wurden.

Gestaltung und Satz

Victoria Knabe

Das Verbund-Projekt INTERPART wurde gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Fördermaßnahme „Migration und gesellschaftlicher Wandel“ (Förderkennzeichen 01UM1822AY-EY).



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative-Commons-Lizenz CC BY-NC-ND 4.0. Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung des Werks ausschließlich in unbearbeiteter Form und zu nichtkommerziellen Zwecken sowie unter Nennung der Urheber*innen. Weitere Informationen finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

jovis Verlag GmbH
Lützowstraße 33
10785 Berlin

www.jovis.de

jovis-Bücher sind weltweit im ausgewählten Buchhandel erhältlich.
Informationen zu unserem internationalen Vertrieb erhalten Sie von Ihrem Buchhändler oder unter www.jovis.de.

ISBN 978-3-86859-992-3 (PDF)

tu technische universität dortmund

UdK Berlin

Design
Research
Lab

zebra log U P 19

Stadterneuerung
für Stadtentwicklung
und Wohnen

berlin

WIESBADEN

Mit freundlicher Unterstützung durch das
weizenbaum
institut

Gefördert von:
Bundesministerium
für Bildung
und Forschung